

**Die Berichtigung
gerichtlicher Entscheidungen
im Zivil-, Verwaltungs-, Finanz- und Sozial-
gerichtsprozeß**

Eine vergleichende Untersuchung

Dissertation, vorgelegt der
Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz
zur Erlangung des Grades eines Doktors
der Rechtswissenschaft (Dr. jur.)

von

Peter Wiesemann

1974



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554418_0020

DIE BERICHTIGUNG GERICHTLICHER ENTSCHEIDUNGEN
IM ZIVIL-, VERWALTUNGS-, FINANZ- UND SOZIAL -
GERICHTSPROZESS
EINE VERGLEICHENDE UNTERSUCHUNG

Dissertation, vorgelegt der Rechts- und
Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der
Johannes Gutenberg-Universität in Mainz
zur Erlangung des Grades eines Doktors
der Rechtswissenschaft [Dr. jur.]

von

P e t e r W i e s e m a n n

Richter in Mainz/Rhn.



Hauptberichterstatter : Professor Dr. M ü h l

Mitberichterstatter : Professor Dr. K o n z e n

Datum der mündlichen Prüfung : 11. Dezember 1974

INHALTSVERZEICHNIS

Schrifttumsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Einleitung	1

Erster Teil
=====

Die Geschichte des Berichtigungsverfahrens
Reformbestrebungen

Vorbemerkung	3
--------------	---

Erster Abschnitt

Die Geschichte der Urteilsberichtigung im
Zivilprozess

A. Die Berichtigung von Schreib- und Rechenfehlern im Römischen Recht	4
B. Die Berichtigung und Erläuterung gerichtlicher Entscheidungen im gemeinrechtlichen Prozess	6
C. Die Materialien zu § 319 ZPO	13
D. Reformbestrebungen	15

Zweiter Abschnitt

Die Geschichte der Urteilsberichtigung im
Verwaltungsprozess

A. Die Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in den deutschen Ländern [1863 - 1924]	16
B. Die Neuordnung der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach dem Zusammenbruch [1945]	24
I. Die Urteilsberichtigung nach den Verwaltungsge- richtsgesetzen der Besatzungszonen	24
II. Die Materialien zu § 118 VwGO	26
C. Reformbestrebungen	27

Dritter Abschnitt

Die Geschichte der Urteilsberichtigung im
Finanzprozess

A. Vorstufen und Beginn einer eigenständigen deutschen Finanzgerichtsbarkeit	28
B. Die Neuordnung der Finanzgerichtsbarkeit nach dem Zusammenbruch [1945]	31

I. Die Urteilsberichtigung nach den Finanzgerichts- ordnungen der westdeutschen Länder	31
II. Die Materialien zu § 107 FGO	32
C. Reformbestrebungen	33

Vierter Abschnitt

Die Geschichte der Urteilsberichtigung im Sozialgerichtsprozess

A. Berichtigungsregelungen der im ausgehenden 19. und be- ginnenden 20. Jahrhundert ergangenen Sozialversicher - ungs- und Versorgungsgesetze	34
B. Die Neuordnung der Sozialgerichtsbarkeit nach dem Zu - sammenbruch [1945]	37
I. Landesrechtliche Regelungen	37
II. Die Materialien zu § 138 SGG	37
C. Reformbestrebungen	38
<u>Zusammenfassung</u>	39

Zweiter Teil =====

Das Berichtigungsverfahren im einzelnen

Erster Abschnitt

Die der Berichtigung zugänglichen Mängel gerichtlicher Entscheidungen

A. Schreib- und Rechenfehler	42
I. Die Stellungnahme von Literatur und Rechtsprechung zum Begriff der Schreib- und Rechenfehler	42
II. Kritik: Wesen und Entstehung der Schreib- und Rechenfehler	49
B. Ähnliche offenbare Unrichtigkeiten	53
I. Die Versuche von Rechtsprechung und Schrifttum, den Begriff der "ähnlichen offenbaren Unrichtigkeiten" näher zu bestimmen	53

1. Die "strenge Erklärungstheorie"	53
2. Die "eingeschränkte Erklärungstheorie"	64
3. Die Lösung E. Osterlohs	74
4. K r i t i k	75
a) Die gegen die "strenge Erklärungstheorie" begründeten Bedenken	75
b) Die gegen die "eingeschränkte Erklärungstheorie" begründeten Bedenken	79
c) Die gegen die Lösung E. Osterlohs vorzu- bringenden Bedenken	83
d) Die "objektive Theorie"	84
II. Die "Offenbarkeit" des Versehens	86
1. Das Erfordernis der "Offenbarkeit" des Versehens im Licht von Rechtsprechung und Literatur	86
2. K r i t i k	97
Die an das Gebot der "Offenbarkeit" zu stellenden Anforderungen	97
III. Die Frage der Verursachung	101
<u>Zusammenfassung</u>	112

Zweiter Abschnitt

Die der Berichtigung zugänglichen Entscheidungen	113
A. Urteile	113
I. Die Berichtigung "unwirksamer" und "ungültiger" Urteile	113
II. Die Berichtigung von Teilurteilen und von Zwischenurteilen	115
III. Die Berichtigung von Anerkenntnis- und Versäumnisurteilen	116
IV. Die der Berichtigung zugänglichen Urteilselemente	118
1. Das Rubrum	118
a) Die Berichtigung einer fehlerhaften Partei- oder Beteiligtenbezeichnung	118
b) Die Berichtigung der Bezeichnung des gesetzlichen Vertreters	135

c) Die Berichtigung der Bezeichnung des Bevollmächtigten	136
d) Die Berichtigung der Bezeichnung des erkennenden Gerichts	138
e) Die Berichtigung der Namen der Richter, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben	139
2. Der Tenor	144
a) Die Berichtigung des Ausspruchs zur Hauptsache	144
b) Die Berichtigung des Ausspruchs über die Prozesskosten	150
c) Die Berichtigung des Ausspruchs der vorläufigen Vollstreckbarkeit	157
d) Die Berichtigung des Ausspruchs über die Rechtsmittelzulassung	160
3. Der Tatbestand	166
4. Die Entscheidungsgründe	169
B. Beschlüsse	171
I. Grundsätzliches	171
II. Einzelfälle	178
C. Die Berichtigung von Prozessvergleichen	185
D. Die Berichtigung von Schiedssprüchen	188
E. Die Berichtigung "sonstiger gerichtlicher Aktenstücke"	192
I. Die Berichtigung von Ausfertigungen gerichtlicher Entscheidungen	192
II. Die Berichtigung von Sitzungsprotokollen	194
III. Die Berichtigung von Zustellungsurkunden	197
<u>Zusammenfassung</u>	198

Dritter Abschnitt

Wesen und Wirkungen der berichtigenden Entscheidung

A. Allgemeines	199
----------------	-----

B. Die rückwirkende Kraft der Berichtigung	199
C. Auswirkungen der Urteilsberichtigung auf den Lauf der ordentlichen Rechtsmittelfristen	204
D. Die Abhängigkeit des Berichtigungsbeschlusses vom Schicksal der Hauptentscheidung	218
E. Die Berichtigung als "Spruchrichtertätigkeit" im Sinne des § 839 Abs.2 BGB	219
F. Auswirkungen der Berichtigung auf die Vollstreckung aus dem berichtigten Titel	222
G. Das Problem der Bindung des Gerichts an grob fehlerhafte Berichtigungsbeschlüsse	225
I. Entwicklung und gegenwärtiger Stand von Rechtsprechung und Lehre	225
II. Zur Abgrenzung der "anfechtbar gültigen" von den "unwirksamen" und "ungültigen" Berichtigungsbeschlüssen	232
<u>Zusammenfassung</u>	236

Vierter Abschnitt

Verfahren, Anfechtung und Rechtsmittel

A. Das bei der Berichtigung zu beobachtende Verfahren	237
I. Die Frage der [funktionellen] Zuständigkeit	237
1. Zur Frage der Zuständigkeit des erstinstanzlichen Gerichts	237
2. Zur Berichtigungsbefugnis des Rechtsmittelgerichts	246
3. Zur Frage der Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts	252
II. Amts- oder Antragsverfahren ?	254
III. Die Frage des Vertretungszwangs	258
IV. Mündliche Verhandlung und rechtliches Gehör	262
V. Zur Frage der Zulässigkeit der Beweisaufnahme	265
VI. Die Frage der Begründungspflicht	268
VII. Zur Frage der äusseren Form und der Zustellung des Berichtigungsbeschlusses	271
VIII. Die Kosten des Berichtigungsverfahrens	273

B. Zur Erzwingbarkeit und Beseitigung der berichtigenden Entscheidung	275
I. Die zeitlichen Grenzen der Berichtigungsbefugnis	275
II. Rechtsmittel gegen die Zurückweisung des Berichtigungsantrags	279
III. Die Anfechtung des Berichtigungsbeschlusses	294
C. Zur Zulässigkeit einer "Judikatsklage", einer "Klage auf Feststellung des Urteilsinhalts" oder einer "wiederholten Klage" an Stelle der Urteilsberichtigung	303

<u>Zusammenfassung</u>	305
------------------------	-----

Fünfter Abschnitt

Randfragen

A. Die Korrektur gerichtlicher Entscheidungen im Geltungsbereich des Zwangsversteigerungsgesetzes	307
B. Die Korrektur gerichtlicher Entscheidungen im Konkursverfahren	311
C. Die Korrektur gerichtlicher Entscheidungen im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit	314
D. Die Korrektur offenbar unrichtiger Verwaltungsakte	317
E. Exkurs: Die Urteilsberichtigung im Strafprozess	322
<u>Zusammenfassung</u>	325

Dritter Teil =====

Gemeinsame Grundsätze, reformatorische Erwägungen und Vorschläge

A. Die Berichtigungsnormen als Ausprägungen eines allgemein gültigen Prozessrechtssatzes	326
B. Möglichkeiten einer Vereinheitlichung bestehender Berichtigungsverfahren	332
I. Verfahrenseinheit, Verfahrensvereinfachung oder Verfahrensangleichung ?	332
II. Die Herstellung wörtlicher und sachlicher Übereinstimmung der Berichtigungsnormen	334
1. Die Behebung redaktioneller Unterschiede	334
2. Die Herstellung sachlicher Übereinstimmung	336
Formulierungsvorschlag	341
<u>Zusammenfassung</u>	342
Lebenslauf	343

SCHRIFTTUMSVERZEICHNIS

- Apelt, H. Heinrich Apelt,
Die Urteilsnichtigkeit im römischen Prozess,
ohne Orts- und Jahresangabe
(zit.: H. Apelt)
- Apelt, K. Karl Apelt,
Das Königlich Sächsische Gesetz über die
Verwaltungsrechtspflege,
Leipzig 1901
(zit.: K. Apelt)
- Auffarth-Schönherr Fritz Auffarth, Rudolf Schönherr,
Arbeitsgerichtsgesetz,
Berlin 1965
(zit.: Auffarth-Schönherr, ArbGG)
- Barske-Woerner Kurt Barske, Lothar Woerner,
Finanzgerichtsordnung,
Stuttgart 1966
(zit.: Barske-Woerner)
- Bartholomeyczik Horst Bartholomeyczik,
Die Kunst der Gesetzesauslegung,
2. Aufl. Frankfurt/M. 1960
(zit.: Bartholomeyczik)
- Baumbach-Lauterbach Zivilprozessordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz und anderen Nebengesetzen,
begründet von Adolf Baumbach,
fortgeführt von Wolfgang Lauterbach,
ausserdem bearbeitet von Jan Albers und
Peter Hartmann,
31. Aufl. München 1973
(zit.: Baumbach-Lauterbach, ZPO)
- Baumbach-Schwab Adolf Baumbach, Karl Heinz Schwab,
Schiedsgerichtsbarkeit,
2. Aufl. München und Berlin 1960
(zit.: Baumbach-Schwab)
- Baumgärtel Gottfried Baumgärtel,
Die Kriterien zur Abgrenzung von Parteibe-
richtigung und Parteiwechsel, in:
Festschrift für Ludwig Schnorr v. Carols-
feld S. 19,
Köln-Berlin-Bonn-München 1972
(zit.: Baumgärtel, Kriterien, in: Festschrift
für Schnorr v. Carolsfeld)
- Ders.,
Die Verwirkung prozessualer Befugnisse im
Bereich der ZPO und des FGG, in:
ZZP Bd. 67 S. 423
(zit.: Baumgärtel, ZZP...)
- Baur Fritz Baur,
Freiwillige Gerichtsbarkeit,
1. Buch Tübingen 1955
(zit.: Baur, Freiwillige Gerichtsbarkeit)

- Ders.,
Ist die Anschlussberufung [Anschlussrevision]
ein Rechtsmittel? Zugleich ein Beitrag zu Be-
griff und System der Rechtsmittel, in:
Festschrift für Charalambos N. Fragistras S.359
Thessaloniki 1966
(zit.: Baur, Anschlussberufung, in: Festschrift
für Ch. N. Fragistras)
- Bayer Hieronymus J.P. v.Bayer,
Vorträge über den gemeinen ordentlichen
Civilprocess,
8. Aufl. München 1858
(zit.: Bayer)
- Becker Enno Becker,
Zur Rechtsprechung, in:
StW 1929 I Sp. 819
(zit.: Becker, StW...)
- Becker-Riewald-Koch Enno Becker, Alfred Riewald, Carl Koch,
Reichsabgabenordnung
Finanzgerichtsordnung,
9. Aufl. Köln-Berlin-Bonn-München 1963
(zit.: Becker-Riewald-Koch, AbgO, FGO)
- Becker, H.H. H.H. Becker,
Gesetz für das Herzogthum Oldenburg, den
bürgerlichen Prozess betreffend,
Oldenburg 1859
(zit.: H.H. Becker)
- Bentzien Bruno Bentzien,
Zulassung der Revision, insbesondere durch
Berichtungsbeschluss, in:
NJW 1959 S. 1214
(zit.: Bentzien, NJW...)
- Berger Johann Friedrich Christian Berger,
Lehrbuch des gesamten Processes, vorzüglich
nach Chursächsischen Rechten,
Erster Theil Leipzig 1800
(zit.: Berger)
- Bericht Bericht der Kommission zur Vorbereitung
einer Reform der Zivilgerichtsbarkeit,
Bonn 1961
(zit.: Kommissionsbericht)
- Bethmann-Hollweg M.A. v.Bethmann-Hollweg,
Der Civilprozess des gemeinen Rechts,
Bd. II: Der römische Civilprozess,
Bonn 1865
(zit.: Bethmann-Hollweg)
- Bettermann Karl August Bettermann,
Notwendigkeit, Möglichkeiten und Grenzen
einer Angleichung der deutschen Verfah-
rensordnungen, in:
ZZP Bd. 70 S. 161
(zit.: Bettermann, ZZP...)

- Bleistein Franzjosef Bleistein,
Arbeitsrechtsklausur: Die mitarbeitende
Ehefrau, in: JuS 1969 S. 579
(zit.: Bleistein, JuS...)
- Blomeyer Arwed Blomeyer,
Zivilprozessrecht,
Berlin-Göttingen-Heidelberg 1963
(zit.: Blomeyer, Lehrb.)
- Boas (ohne Vornamen) Boas,
Das Urtheilsberichtigungsverfahren gemäss
der §§ 290 und 291 der Civil-Prozess-
Ordnung, in: Gruchot Bd. 25 S. 866
(zit.: Boas, Gruchot...)
- Böhle-Stamschräder A. Böhle-Stamschräder,
Konkursordnung,
10. Aufl. München 1971
(zit.: Böhle-Stamschräder)
- Boethke-Arlt Wilhelm Boethke, Hans Arlt,
Handbuch des Steuerrechts,
Köln 1926
(zit.: Boethke-Arlt)
- Bolgiano Karl Bolgiano,
Handbuch des Reichs-Civil-Prozessrechts
auf rationellen Grundlagen mit verglei-
chender Darstellung des gemeinen deut -
schen Civilprozesses,
Allgemeiner Teil, Stuttgart 1879
(zit.: Bolgiano)
- Boor Hans Otto de Boor,
Zur Lehre vom Parteiwechsel und Parteibe -
griff (aus: Festschrift für H. Siber),
Leipzig 1941
(zit.: de Boor)
- Brackmann Kurt Brackmann,
Handbuch der Sozialversicherung,
Bd. I, 1.-7. Aufl.
Bonn - Bad Godesberg 1972
(zit.: Brackmann)
- Bruns Rudolf Bruns,
Zivilprozessrecht
Eine systematische Darstellung,
Berlin u. Frankfurt/M. 1968
(zit.: Bruns, Lehrb.)
- Bülow (ohne Vornamen) Bülow, v.
Die Civilprozess-Ordnung und ihre Nebenge-
setze,
Hannover 1879
(zit.: v. Bülow, ZPO)

- Bull Hans-Joachim Bull,
Abhandlungen zum Zivilprozess,
München-Berlin 1961
(zit.: Bull, Abhandlungen)
- Ders.,
Prozesshilfen,
2. Aufl. München u. Berlin 1960
(zit.: Bull, Prozesshilfen)
- Ders.,
Erlebnisse mit Berichtigungsbeschlüssen,
in: Rpflger 1957 S. 401
(zit.: Bull, Rpflger...)
- Ders.,
Eine Wende,
in: Rpflger 1958 S. 245
(zit.: Bull, Rpflger...)
- Burkhardt Herbert Burkhardt,
Urteilsberichtigung, Tatbestandsberichter-
gung und Urteilsergänzung, in:
JurBüro 1960 Sp. 137
(zit.: Burkhardt, JurBüro...)
- Claproth Justus Claproth,
Einleitung in den ordentlichen bürgerlichen
Process,
Erster Theil, Zweyte Abtheilung
Göttingen 1780
(zit.: Claproth, Einleitung)
- Ders.,
Kurze Vorstellung des Processes,
Erster Theil vom ordentlichen Civilprocess,
3. Aufl. Göttingen 1776
(zit.: Claproth, Vorstellung)
- Coing Helmut Coing,
Grundzüge der Rechtsphilosophie,
2. Aufl. Berlin 1969
(zit.: Coing., Grundzüge)
- Dähne Erich Dähne,
Das Sozialgerichtsverfahren,
Köln 1961
(zit.: Dähne)
- Danz (ohne Vornamen) Danz,
Grundsätze des Reichsgerichtsprozesses,
Stuttgart 1795
(zit.: Danz)
- Dapprich Gerhard Dapprich,
Das sozialgerichtliche Verfahren,
Köln u. Berlin 1959
(zit.: Dapprich)

- Dassler-Schiffhauer Gerhard Dassler, Horst Schiffhauer,
Gesetz über die Zwangsversteigerung und die
Zwangsverwaltung,
10. Aufl. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1968
(zit.: Dassler-Schiffhauer, ZVG)
- Dersch-Volkmar Hermann Dersch, Erich Volkmar,
Arbeitsgerichtsgesetz,
6. Aufl., bearbeitet von Hermann Dersch,
Karl Fitting, Gerhard Müller und Günter
Schelp,
Berlin u. Frankfurt/M. 1955
(zit.: Dersch-Volkmar/Bearbeiter, ArbGG)
- Dietz-Nikisch Rolf Dietz, Arthur Nikisch,
Arbeitsgerichtsgesetz,
München u. Berlin 1954
(zit.: Dietz-Nikisch, ArbGG)
- Doerr Friedrich Doerr,
Allgemeine Lehren der Gerichtsverfassung,
in: AöR Bd. 41 S. 53
(zit.: Doerr, AöR...)
- Dollinger Karl Dollinger,
Die Fehlerberichtigung nach § 92 Abs.3 AbgO,
in: DStZ 1954 S. 185
(zit.: Dollinger, DStZ...)
- Düringer (ohne Vornamen) Düringer,
Falsche Urteile und Rechtskraft,
in: DJZ 1911 Sp. 38
(zit.: Düringer, DJZ...)
- Dyroff Anton Dyroff,
Bayerisches Verwaltungsgerichtsgesetz,
7. Aufl. Ansbach 1928
(zit.: Dyroff)
- Elbe Joachim v. Elbe,
Die Verwaltungsgerichtsbarkeit nach den
Gesetzen der Deutschen Länder,
Diss. Kiel 1925
(zit.: v.Elbe)
- Endemann W. Endemann,
Der Deutsche Zivilprozess,
Bd. II Berlin 1879
(zit.: Endemann, ZPO)
- Erman Handkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch,
herausgegeben von Walter Erman und Harm
Peter Westermann,
unter Mitwirkung von Klaus Küchenhoff,
[verschiedene Bearbeiter]
Bd.I [§§ 1 - 853 BGB] 5. Aufl. Münster 1972
(zit.: Erman/Bearbeiter, BGB)

Eyermann-Fröhler

Erich Eyermann, Ludwig Fröhler,
Verwaltungsgerichtsgesetz für Bayern, Bre-
men, Hessen und Württemberg-Baden,
München u. Berlin 1950
(zit.: Eyermann-Fröhler, VGG)

Ders.,
Verwaltungsgerichtsordnung,
6. Aufl. München 1974
(zit.: Eyermann-Fröhler, VwGO)

Fechner

Erich Fechner,
Rechtsphilosophie,
Tübingen 1956
(zit.: Fechner, Rechtsphilosophie)

Felix

Günther Felix,
Zur Erklärungstheorie des Bundesfinanzhofes
bei Berichtigungen wegen offenkundiger Unrich-
tigkeiten gemäss § 92 Abs.3 AO, in:
FR 1960 S. 35
(zit.: Felix, FR...)

Fitting

Hermann Fitting,
Der Reichs-Civilprocess,
11. Aufl. Berlin 1903
(zit.: Fitting)

Fleiner

Fritz Fleiner,
Institutionen des Deutschen Verwaltungs-
rechts,
8. Aufl. Tübingen 1928
(zit.: Fleiner, Institutionen)

Fliegauf

Harald Fliegauf,
Zur Klageänderung durch Parteiwechsel im
Verwaltungsprozess, in:
DVBl. 1963 S. 664
(zit.: Fliegauf, DVBl...)

Förster-Kann

A. Förster, Richard Kann,
Die Zivilprozessordnung für das Deutsche
Reich,
Bd. I, 3. Aufl. Berlin 1913
(zit.: Förster-Kann, ZPO)

Forsthoff

Ernst Forsthoff,
Lehrbuch des Verwaltungsrechts,
Bd. I, Allgemeiner Teil
10. Aufl. München 1973
(zit.: Forsthoff, Lehrb.)

Fränkel

R. Fränkel,
Namen-, Personen- und Parteiverwechslung
im Prozess, in: DJZ 1907 Sp. 294
(zit.: Fränkel, DJZ...)

- Freudenthal** Hugo Freudenthal,
Zivilprozessordnung,
4. Aufl., besorgt von Johann David Sauer -
länder,
München 1926
(zit.: Freudenthal-Sauerländer, ZPO)
- Freytag** Joachim Bernhard Freytag,
Berichtigung offenbarer Unrichtigkeiten
in richterlichen Entscheidungen,
Diss. Leipzig 1933
(zit.: Freytag)
- Friedrichs** Karl Friedrichs,
Das Landesverwaltungsgesetz,
Berlin 1910
(zit.: Friedrichs, LVerwG)
- Ders.,
Die Besonderheiten des preussischen Verwal-
tungsstreitverfahrens im Verhältnis zu den
Verfahren, welche über andere Rechtsstrei -
tigkeiten stattfinden, und ihre Berechti -
gung, in:
VerwArch. Bd. 6 S. 358
(zit.: Friedrichs, VerwArch...)
- Friesecke** Kuno Friesecke,
Berichtigung von Steuerbescheiden, in:
BB 1949 S. 438
(zit.: Friesecke, BB...)
- Ders.,
Die Frage der Fehlerberichtigung nach § 92
Abs.3 AO vom rechtsstaatlichen Standpunkt,
in: StW 1950 Sp. 83
(zit.: Friesecke, StW...)
- Gaupp-Stein** L. Gaupp, Friedrich Stein,
Die Civilprozessordnung für das Deutsche
Reich,
Bd. I, 6. u. 7. Aufl. Tübingen u. Leipzig
1904
(zit.: Gaupp-Stein, ZPO)
- Gerold-Schmidt** Wilhelm Gerold, Herbert Schmidt,
Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte,
4. Aufl. München 1970
(zit.: Gerold-Schmidt, BRAGEbO)
- Giese-Plath** Friedrich Giese, Helmuth Plath,
Reichsabgabenordnung,
Frankfurt/M. 1973
(zit.: Giese-Plath, AbgO)

XIV

- Gilles Peter Gilles,
Rechtsmittel im Zivilprozess,
Frankfurt 1972
(zit.: Gilles, Rechtsmittel)
- Gönner Nikolaus Thaddäus v. Gönner,
Entwurf eines Gesetzbuches über das gericht-
liche Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen
Bd. I Erlangen 1815
Bd. II Erlangen 1817
(zit.: Gönner, Entwurf I, II)
- Ders.,
Handbuch des deutschen gemeinen Prozesses,
Bd. I 2. Aufl. Erlangen 1804
(zit.: Gönner, Handb.)
- Göppinger Horst Göppinger,
Inwieweit sind Entscheidungen des Land -
gerichts als Berufungsgericht mit Beschwerde
anfechtbar ? in:
ZZP Bd. 68 S. 140
(zit.: Göppinger, ZZP...)
- Görg-Müller Hubert Görg, Klaus Müller,
Finanzgerichtsordnung,
Darmstadt 1966
(zit.: Görg-Müller, FGO)
- Götz Heinrich Götz,
Urteilsängel und innerprozessuale Bindungs-
wirkung,
Diss. Frankfurt/M. 1956
(zit.: Götz)
- Götze Alfred Götze,
Trübners Deutsches Wörterbuch,
Bd. II Berlin 1940
(zit.: Götze, Trübners Deutsches Wörterbuch)
- Goez Karl Goez,
Die Verwaltungsrechtspflege in Württemberg,
Tübingen u. Leipzig 1902
(zit.: Goez)
- Goldschmidt James Goldschmidt,
Der Prozess als Rechtslage,
Berlin 1925
(zit.: Goldschmidt, Prozess)
- Ders.,
Zivilprozessrecht,
2. Aufl. Berlin 1932
(zit.: Goldschmidt, Zivilprozessrecht)

- Graevell M.C.F.W. Graevell,
Praktischer Kommentar zur allgemeinen Ge-
richtsordnung für die preussischen Staa-
ten,
Bd. IV Erfurt 1828
(zit.: Graevell)
- Grimm Jacob Grimm, Wilhelm Grimm,
Deutsches Wörterbuch,
[Bearbeiter: Moritz Heyne]
8. Bd. 1. Lieferung Leipzig 1886
9. Bd. Leipzig 1899
(zit.: Grimm, Deutsches Wörterbuch)
- Grunsky Wolfgang Grunsky,
Grundlagen des Verfahrensrechts,
Bielefeld 1970
(zit.: Grunsky, Grundlagen)
- Gündner Otto Gündner,
Die Abänderlichkeit formell rechtskräftiger
Beschlüsse der streitigen Zivilgerichtsbar-
keit,
Diss. Giessen 1935
(zit.: Gündner)
- Hagemeister Heinrich Hagemeister,
Zur Berichtigung von Zwangsversteigerungs-
protokollen, in:
SchlHA 1960 S. 103
(zit.: Hagemeister, SchlHA...)
- Hagen Horst Hagen,
"Unrichtige Sachbehandlung" im Prozess und
Prozesskostenrisiko, in:
NJW 1970 S. 1017
(zit.: Hagen, NJW...)
- Hahn C. Hahn,
Die gesamten Materialien zur Civilprozess-
ordnung,
Erste Abtheilung Berlin 1880
Zweite Abtheilung Berlin 1880
(zit.: Hahn, Materialien I, II)
- Hanow-Lehmann H. Hanow, F. Hoffmann, J. Krohn, R. Lehmann,
W. Rabeling,
Kommentar zur Reichsversicherungsordnung,
5. u. 6. Buch von R. Lehmann,
4. Aufl. Berlin 1926
(zit.: Hanow-Lehmann, RVO)
- Haueisen Fritz Haueisen,
Die Entscheidung verwaltungsrechtlicher Strei-
tigkeiten durch Schiedsgerichte, in:
NJW 1962 S. 2129
(zit.: Haueisen, NJW...)

- Ders.,
Die Bestandskraft verwaltungsgerichtlicher
Vergleiche, in:
DVBl. 1968 S. 285
(zit.: Haueisen, DVBl...)
- Heffter August Wilhelm Heffter,
System des römischen und deutschen Civil-
Processrechts,
2. Aufl. Bonn 1843
(zit.: Heffter)
- Heilfron-Pick Ed. Heilfron, Georg Pick,
Lehrbuch des Zivilprozessrechts,
Bd. I 2. Aufl. Berlin 1910
(zit.: Heilfron-Pick, Lehrb.)
- Hein Wolfgang Hein,
Identität der Partei,
Bd. I Berlin u. Leipzig 1918
(zit.: Hein, Identität)
- Heinzerling Wilhelm Heinzerling,
Über die Remedur der beim Urtheilserlass
unterlaufenen richterlichen Versehen,
in: AcP Bd. 52 S. 499
(zit.: Heinzerling, AcP...)
- Hellwig Konrad Hellwig,
Lehrbuch des Deutschen Zivilprozessrechts,
Bd. I Leipzig 1903
(zit.: Hellwig, Lehrb.)
- Ders.,
System des Deutschen Zivilprozessrechts,
Erster Teil Leipzig 1912
(zit.: Hellwig, System)
- Henckel Wolfram Henckel,
Parteilehre und Streitgegenstand im Zivil-
prozess,
Heidelberg 1961
(zit.: Henckel)
- Hess Carl Hess,
Über die Berichtigung von Urteilen nach
§ 319 ZPO,
Diss. Bonn 1916
(zit.: Hess)
- Heyse Joh. Christ. Aug. Heyse,
Handwörterbuch der deutschen Sprache,
Bd. II Hildesheim 1968
(zit.: Heyse, Handwörterbuch)

- Hippe Wolfgang Hippe,
Die Änderung und Berichtigung von Steuerbescheiden,
Düsseldorf 1961
(zit.: Hippe, Änderung)
- Hörle (ohne Vornamen) Hörle,
Die Berichtigung der Bezeichnung der beklagten Partei im Urteil nach § 319 ZPO,
in: ZZP Bd. 44 S. 65
(zit.: Hörle, ZZP...)
- Hofmann-Schroeter Kurt Hofmann, Kurt Schroeter,
Sozialgerichtsgesetz,
2. Aufl. Berlin u. Frankfurt/M. 1957
(zit.: Hofmann-Schroeter, SGG)
- Hora W. Hora,
Über das Berichtigungsrecht im Zivilprozess,
Österreichisches Zentralblatt für die juristische Praxis Bd. 29 [1912] S. 801, 881
(zit.: Hora)
- Hübschmann (ohne Vornamen) Hübschmann, (ohne Vornamen) Hepp, (ohne Vornamen) Spitaler,
Kommentar zur Reichsabgabenordnung, Finanzgerichtsordnung und den Nebengesetzen,
Bd. I [Bearbeiter: v.Wallis] 68. Lieferung Köln 1971
Bd. V [Bearbeiter: V.Wallis, List] 53. Lieferung Köln 1967
(zit.: Hübschmann/Bearbeiter, AbgO, FGO)
- van Husen Paulus van Husen,
Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Bayern, Württemberg-Baden und Hessen,
Stuttgart 1947
(zit.: van Husen, VGG)
- Jacobson (ohne Vornamen) Jacobson,
Unterschrift von Urteilen in Zivilsachen durch Richter, die nicht mitgewirkt haben,
in: DJZ 1910 Sp. 1459
(zit.: Jacobson, DJZ...)
- Jaeckel-Güthe Paul Jaeckel, Georg Güthe,
Kommentar zum Zwangsversteigerungsgesetz,
7. Aufl., bearbeitet von Erich Volkmar und Ernst Armstroff,
Berlin 1937
(zit.: Jaeckel-Güthe, ZVG)
- Jaeger Ernst Jaeger,
Konkursordnung,
Bd. II 1. Halbband [Bearbeiter: Friedrich Weber]¹
8. Aufl. Berlin - New York 1973
(zit.: Jaeger-Weber, KO)
- Jansen Paul Jansen,
FGG
Bd. I 2. Aufl. Berlin 1969
(zit.: Jansen, FGG)

- Jauernig Othmar Jauernig,
Das fehlerhafte Zivilurteil,
Frankfurt/M. 1958
(zit.: Jauernig, Das fehlerhafte Zivilurteil)
- Jellinek Walter Jellinek,
Der fehlerhafte Staatsakt und seine Wirkun -
gen,
Tübingen 1908
(zit.: Jellinek, Der fehlerhafte Staatsakt)
- Ders.,
Verwaltungsrecht I,
3. Aufl. Berlin 1931
(zit.: Jellinek, Verwaltungsrecht)
- Karger Alfred Karger,
Können Vergleichsprotokolle berichtet wer -
den ? in: ZZP Bd. 52 S. 400
(zit.: Karger, ZZP...)
- Kaser Max Kaser,
Das römische Zivilprozessrecht,
München 1966
(zit.: Kaser)
- Kayser Robert Kayser,
Berichtigung von Steuerbescheiden, in:
BB 1949 S. 438
(zit.: Kayser, BB...)
- Ders.,
Die Erfordernisse der Stetigkeit und Ausge -
wogenheit der Rechtsprechung, in:
DStZ 1953 S. 58
(zit.: Kayser, DStZ...)
- Ders.,
Tragweite und Grenzen des § 92 Abs.3 AO im
Lichte der neueren Literatur und Rechtspre -
chung, in: DStZ 1950 S. 26
(zit.: Kayser, DStZ...)
- Keidel-Winkler Theodor Keidel, Karl Winkler,
Freiwillige Gerichtsbarkeit,
10. Aufl. München 1972
(zit.: Keidel-Winkler, FGG)
- Keller (ohne Vornamen) Keller,
Das Grossherzoglich-Hessische Gesetz über
Verwaltungsrechtspflege vom 8. Juli 1911,
in: VerwArch. Bd. 20 S. 517
(zit.: Keller, VerwArch...)
- Kisch Wilhelm Kisch,
Parteiänderung im Zivilprozess,
Bd.II : Die Parteiberichtigung,
München 1912
(zit.: Kisch, Parteiberichtigung)

- Kleinfeller Georg Kleinfeller,
Lehrbuch des Deutschen Zivilprozessrechts,
3. Aufl. Berlin 1925
(zit.: Kleinfeller, Lehrb.)
- Kleinschmidt Willi Kleinschmidt,
Das Berichtigungsverfahren nach deutschem
und österreichischem Zivilprozess,
Leipzig 1932
(zit.: Kleinschmidt)
- Klinger Hans Klinger,
Die Verordnung über die Verwaltungsgerichts-
barkeit in der britischen Zone,
Göttingen 1950
(zit.: Klinger, VGG)
- Ders.,
Verwaltungsgerichtsordnung,
2. Aufl. Göttingen 1964
(zit.: Klinger, VwGO)
- Kluge Friedrich Kluge,
Etymologisches Wörterbuch der deutschen
Sprache,
19. Aufl., bearbeitet von Walther Mitzka,
Berlin 1963
(zit.: Kluge-Mitzka)
- Knauer Arnd Knauer,
Zur Vereinheitlichung der verwaltungsge-
richtlichen Verfahrensordnungen
Das Verfahren im ersten Rechtszug
Diss. Göttingen 1968
(zit.: Knauer)
- Knauth Rudolf Knauth,
Die Gesetzgebung über die Verwaltungsrechts-
pflege in Thüringen,
Berlin 1914
(zit.: Knauth)
- Knoll Ernst Knoll,
Die Entwicklung der Gerichtsbarkeit des
Reiches bei Sozialleistungen, in:
Staatsbürger und Staatsgewalt Bd. I S. 87,
Karlsruhe 1963
(zit.: Knoll, Entwicklung, in: Staatsbürger
u. Staatsgewalt Bd. I)
- Koch Karl Koch,
Handbuch für den steuerlichen Rechtsschutz,
2. Aufl. Herne - Berlin 1970
(zit.: Koch, Handb.)
- Koehler Alexander Koehler,
Verwaltungsgerichtsordnung,
Berlin u. Frankfurt/M. 1960
(zit.: Koehler, VwGO)

- Kohler Josef Kohler,
Prozessrechtliche Forschungen,
Berlin 1889
(zit.: Kohler, Prozessrechtliche Forschungen)
- Konzen Horst Konzen,
Aufopferung im Zivilrecht,
Berlin 1969
(zit.: Konzen)
- Kopp Ferdinand O. Kopp,
Verwaltungsgerichtsordnung,
München 1974
(zit.: Kopp, VwGO)
- Kraemer Hans Joachim Kraemer,
Die Rechtsverwirkung im öffentlichen Recht,
Diss. Mainz 1960
(zit.: H.J. Kraemer)
- Kruse Heinrich Wilhelm Kruse,
Steuerrecht,
Bd. I Allgemeiner Teil
3. Aufl. München 1973
(zit.: Kruse)
- Kühn Rudolf Kühn,
Abgabenordnung
Finanzgerichtsordnung,
8. Aufl. Stuttgart 1966
(zit.: Kühn, AbGO, FGO)
- Kuhnt (ohne Vornamen) Kuhnt,
Entsprechende Anwendung des § 727 ZPO bei
Änderung oder Erlöschen der Firma, in:
JW 1913 S. 116
(zit.: Kuhnt, JW...)
- Kunze Fritz Kunze,
Das Verwaltungsstreitverfahren,
Berlin 1908
(zit.: Kunze)
- Lacambra Luis Legaz y Lacambra,
Rechtsphilosophie,
Neuwied u. Berlin 1965
(zit.: Lacambra, Rechtsphilosophie)
- Larenz Karl Larenz,
Methodenlehre der Rechtswissenschaft,
2. Aufl.,
Berlin-Heidelberg-New York 1969
(zit.: Larenz, Methodenlehre)
- Laun Rudolf Laun,
Allgemeine Rechtsgrundsätze, in:
Beiträge zur Kultur- und Rechtsphilosophie
[Festschrift für Gustav Radbruch] S. 117,
Heidelberg 1948
(zit.: Laun, Rechtsgrundsätze, in: Fest -
schrift für Gustav Radbruch)

- Lauterbach
Kostengesetze,
begründet von Wolfgang Lauterbach,
fortgeführt von Peter Hartmann unter Mitwir-
kung von Jan Albers,
17. Aufl. München 1973
(zit.: Lauterbach-Hartmann)
- Leingärtner
Wilhelm Leingärtner,
Die materielle Rechtskraft der Steuerent-
scheidungen und die Folgeänderung nach
§ 218 Abs.4 AO, in:
DStR 1967 S. 591
(zit.: Leingärtner, DStR...)
- Leise-Paleit
Horst Leise, Rolf-Dieter Paleit,
Finanzgerichtsordnung,
Frankfurt/M. 1972
(zit.: Leise-Paleit, FGO)
- Lent
Friedrich Lent,
Über die Beseitigung der Rechtszersplitterung,
in: NJW 1954 S. 1585
(zit.: Lent, NJW...)
- Lent-Jauernig
Friedrich Lent, Othmar Jauernig,
Zivilprozessrecht,
16. Aufl. München 1972
(zit.: Lent-Jauernig, Lehrb.)
- Leonhardt
Adolph Leonhardt,
Allgemeine bürgerliche Processordnung für
das Königreich Hannover,
Hannover 1848
(zit.: Leonhardt, Prozessordnung 1848)
- Ders.,
Die bürgerliche Processordnung und deren
Nebengesetze,
3. Aufl. Hannover 1861
(zit.: Leonhardt, Prozessordnung 1850)
- Ders.,
Das Civilprozessverfahren des Königreichs
Hannover,
Hannover 1861
(zit.: Leonhardt, Civilprozessverfahren)
- Linde
Justin Timotheus Balth. v. Linde,
Handbuch des deutschen gemeinen bürgerlichen
Prozesses,
Bd. IV Giessen 1831
(zit.: Linde, Handb.)
- Linder
Otto Linder,
Die Entstehung der Verwaltungsrechtspflege
des Geheimen Rats in Württemberg,
Berlin 1940
(zit.: Linder)

- Lobe (ohne Vornamen) Lobe,
Wie ist den hauptsächlichen Klagen des
Volkes über den Zivilprozess abzuhelpen ?
in: DRiZ 1913 Sp. 715
(zit.: Lobe, DRiZ...)
- Loewenwald Ludwig Loewenwald,
Lehrbuch der Civilprozessordnung für das
Deutsche Reich,
Berlin 1903
(zit.: Loewenwald, Lehrb.)
- Löwe-Rosenberg Die Strafprozessordnung und das Gerichtsver-
fassungsgesetz,
21. Aufl.,
herausgegeben von Dünnebier, Geier, Jagusch,
Sarstedt und Schäfer,
I. Bd. §§ 1-373 a StPO, Berlin 1963
(zit.: Löwe-Rosenberg/Bearbeiter, StPO)
- Lüdemann Wilhelm Lüdemann,
Ist ein Gericht befugt, seine eigenen Be-
schlüsse und Verfügungen abzuändern, zu
berichtigen und zu ergänzen ?
Diss. Hamburg 1930
(zit.: Lüdemann)
- Maeder-Mittelsteiner Gerhard Maeder, Karl-Heinz Mittelsteiner,
Finanzgerichtsordnung,
Baden-Baden 1969
(zit.: Maeder-Mittelsteiner, FGO)
- Maetzel Wolf Bogumil Maetzel,
Zur "inkorrekten" Entscheidung im Verwal-
tungsprozess, in: MDR 1969 S. 345
(zit.: Maetzel, MDR...)
- Martens, H. Hans Martens,
Zur Auslegung des § 92 Abs.3 AO, in:
StW 1950 Sp. 73
(zit.: Martens, StW...)
- Martens, J. Joachim Martens,
Ausserordentliche Rechtsbehelfe gegen rechts-
kräftige Urteile, in: DStR 1969 S. 652
(zit.: Martens, DStR...)
- Martin Christoph Martin,
Vorlesungen über die Theorie des deutschen
gemeinen bürgerlichen Processes,
Bd. I Leipzig 1855
Bd. II Leipzig 1857
(zit.: Martin, Vorlesungen I,II)
- Mellwitz Artur Mellwitz,
Sozialgerichtsgesetz,
München-Berlin 1956
(zit.: Mellwitz, SGG)

- Menger Christian-Friedrich Menger,
Allgemeine Prozessrechtssätze in der Ver-
waltungsgerichtsordnung, in:
Staatsbürger und Staatsgewalt Bd. II S.
427,
Karlsruhe 1963
(zit.: Menger, Allgemeine Prozessrechts -
sätze, in: Staatsbürger u. Staatsgewalt
Bd. II)
- Ders.,
System des verwaltungsgerichtlichen Rechts-
schutzes,
Tübingen 1954
(zit.: Menger, System)
- Mentzel-Kuhn Franz Mentzel, Georg Kuhn,
Konkursordnung,
7. Aufl. Berlin u. Frankfurt/M. 1962
(zit.: Mentzel-Kuhn, KO)
- Mettenheim Christoph v. Mettenheim,
Der Grundsatz der Prozessökonomie im Zivil-
prozess,
Berlin 1970
(zit.: v. Mettenheim, Prozessökonomie)
- Mielke Heinz-Martin Mielke,
Gerichtskostengesetz,
Köln-Berlin-Bonn-München 1965
(zit.: Mielke, GKG)
- Miesbach-Ankenbrank Hermann Miesbach, Kurt Ankenbrank,
Sozialgerichtsgesetz,
Frankfurt/M. 1973
(zit.: Miesbach-Ankenbrank, SGG)
- Mittelbach Rolf Mittelbach,
Rechtsbehelfe gegen Urteile der Finanzge -
richte, in: DStR 1968 S. 88, 151, 276
(zit.: Mittelbach, DStR...)
- Morstadt Carl Eduard Morstadt,
Gemein-deutscher Civilprocess-Schlüssel,
Heidelberg 1847
(zit.: Morstadt, Civilprocess-Schlüssel)
- Ders.,
J.C. Genslers vollständiger Commentar über
Martins Civilprocess-Lehrbuch,
Bd. II Heidelberg 1925
(zit.: Morstadt, Commentar)

- Motive Motive zu dem Entwurf einer Prozess-Ordnung
in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für
den Preussischen Staat,
Berlin 1864
(zit.: Motive)
- Mühl Otto Mühl,
Die Lehre vom Gutachten und Urteil,
in: JuS 1963 S. 351
(zit.: Mühl, JuS...)
- Müller Hanswerner Müller,
Entscheidung verwaltungsrechtlicher Strei -
tigkeiten durch Schiedsgerichte, in:
NJW 1963 S. 282;
(zit.: Müller, NJW...)
- Naumann Richard Naumann,
Verwaltungsverfahren - Finanzprozess, in:
DÖV 1968 S. 12
(zit.: Naumann, DÖV...)
- Neukamp Ernst Neukamp,
Handkommentar zur Zivilprozessordnung nebst
dem Einführungsgesetze,
unter Mitwirkung von Karl Becker, Walter
Kuhbier und Paul Strauss,
2. Aufl. Leipzig 1911
(zit.: Neukamp/Bearbeiter, ZPO)
- Niese Werner Niese,
Die allgemeine Prozessrechtslehre und der
Rechtskrafteintritt bei zurückgenommenen
und unzulässigen Rechtsmitteln, in:
JZ 1957 S. 73
(zit.: Niese, JZ...)
- Nikisch Arthur Nikisch,
Zivilprozessrecht,
2. Aufl. Tübingen 1952
(zit.: Nikisch, Lehrb.)
- Nussbaum Arthur Nussbaum,
Die Prozesshandlungen, ihre Voraussetzungen
und Erfordernisse,
München 1908
(zit.: Nussbaum)
- Oertmann (ohne Vornamen) Oertmann,
Namensverwechslung und Personenverwechslung
im Zivilprozess, in: DJZ 1906 Sp. 735
(zit.: Oertmann, DJZ...)
- Oppen Bruno v. Oppen,
Steuerliche Rechtskraft und Rechtsstaat,
in: StW 1949 Sp. 313
(zit.: v. Oppen, StW...)

- Ostendorf B. Ostendorf,
Berichtigung rechtskräftiger Veranlagungsbe-
scheide bei den Lastenausgleichsabgaben, in:
DStZ 1957 S. 50
(zit.: Ostendorf, DStZ...)
- Osterloh, E. Eilert Osterloh,
Die Berichtigung gerichtlicher Entscheidun-
gen nach § 319 ZPO,
Diss. München 1970
(zit.: E. Osterloh)
- Osterloh, R. Robert Osterloh,
Lehrbuch des gemeinen deutschen ordentlichen
Civilprocesses,
Bd. II Leipzig 1856
(zit.: R. Osterloh)
- Palandt Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch,
[verschiedene Bearbeiter]
32. Aufl. München 1973
(zit.: Palandt/Bearbeiter, BGB)
- Paulick Heinz Paulick,
Grundriss der Finanzgerichtsordnung,
Köln-Berlin-Bonn-München 1971
(zit.: Paulick)
- Paulus Gotthard Paulus,
Die Beschränkungen der Revisionszulässig -
keit, in: ZZP Bd. 71 S. 188
(zit.: Paulus, ZZP...)
- Pecher Hans Peter Pecher,
Der praktische Fall - Zivilprozessrecht, in:
JuS 1969 S. 230
(zit.: Pecher, JuS...)
- Petermann Gerhard Petermann,
Wann ist die Partei im vollstreckbaren Titel
"namentlich" richtig bezeichnet ? in:
Rpflger 1973 S. 153
(zit.: Petermann, Rpflger...)
- Peters (ohne Vornamen) Peters,
Die geschäftliche Behandlung der Mahnsachen,
Berlin 1889
(zit.: Peters, Die geschäftliche Behandlung
der Mahnsachen)
- Peters-Sautter-Wolff Horst Peters, Theodor Sautters, Richard
Wolff,
Kommentar zur Sozialgerichtsbarkeit,
4. Aufl. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1962
(zit.: Peters-Sautter-Wolff, SGG)

- Petersen Julius Petersen,
Civilprozess-Ordnung,
Bd. I, 5. Aufl. [Bearbeiter: Ernst Remelé
und Ernst Anger]
Lahr 1904
(zit.: Petersen/Bearbeiter, ZPO)
- Pikart-Henn Heinz Pikart, Karl Eugen Henn,
Lehrbuch der freiwilligen Gerichtsbarkeit,
Köln-Berlin-Bonn-München 1963
(zit.: Pikart-Henn)
- Planck Julius Wilhelm Planck,
Lehrbuch des Deutschen Civilprozessrechts,
Bd. I Allgemeiner Teil,
Nördlingen 1887
(zit.: Planck, Lehrb. I)
- Pohle Rudolf Pohle,
Zur Lehre vom Rechtsschutzbedürfnis, in:
Festschrift für Friedrich Lent S. 195,
München u. Berlin 1957
(zit.: Pohle, zur Lehre vom Rechtsschutzbe-
dürfnis, in: Festschrift für Friedrich Lent)
- Radbruch Gustav Radbruch,
Rechtsphilosophie,
6. Aufl. Stuttgart 1963
(zit.: Radbruch, Rechtsphilosophie)
- Radkau E. Radkau,
Das Braunschweigische Gesetz betreffend die
Verwaltungsrechtspflege, in:
VerwArch. Bd. 4 S. 421
(zit.: Radkau, VerwArch...)
- Redeker-v.Oertzen Konrad Redeker, Hans-Joachim v. Oertzen,
Verwaltungsgerichtsordnung,
4. Aufl. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1971
(zit.: Redeker-v.Oertzen, VwGO)
- Reimer-Mussfeld Ernst Reimer, Richard Mussfeld,
Die kaufmännischen Schiedsgerichte Deutsch-
lands,
Berlin 1931
(zit.: Reimer-Mussfeld)
- Reincke O. Reincke,
Die Deutsche Civilprozessordnung,
Berlin 1885
(zit.: Reincke, ZPO)

- Reinhardt Karl Friedrich Reinhardt,
Handbuch des gemeinen deutschen ordentlichen
Prozesses,
2. Teil Stuttgart 1824
(zit.: Reinhardt)
- Renaud Achilles Renaud,
Lehrbuch des gemeinen deutschen Civilpro-
cessrechts,
Leipzig und Heidelberg 1867
(zit.: Renaud, Lehrb.)
- Ders.,
Vorlesungen über das gemeine deutsche
Civilprocessrecht,
4. Aufl. Heidelberg 1867
(zit.: Renaud, Vorlesungen)
- Rittmann-Wenz Otto Rittmann, Peter Wenz,
Gerichtskostengesetz,
13. Aufl. Mannheim-Berlin-Leipzig 1927
(zit.: Rittmann-Wenz, GKG)
- Rohwer-Kahlmann (ohne Vornamen) Rohwer-Kahlmann,
Der Speyerer Entwurf, in:
SGB. 1968 S. 269
(zit.: Rohwer-Kahlmann, SGB...)
- Rosenberg, L. Leo Rosenberg,
Zu dem Entwurf einer Zivilprozessordnung,
in: ZZP Bd. 57 S. 185
(zit.: L. Rosenberg, ZZP...)
- Rosenberg, W. Werner Rosenberg,
Die Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit
in Elsass-Lothringen, in:
Annalen 1906 S. 811
(zit.: W. Rosenberg, Reform)
- Rosenberg-Schwab Zivilprozessrecht,
begründet von Leo Rosenberg,
fortgeführt von Karl Heinz Schwab,
10. Aufl. München 1969
(zit.: Rosenberg-Schwab, Lehrb.)
- Rüping H. Rüping,
Rechtliches Gehör und Prozessökonomie, in:
Information 1974 S. 133
(zit.: Rüping, Information...)
- Sanders Daniel Sanders,
Wörterbuch der Deutschen Sprache,
Bd. I Leipzig 1860
(zit.: Sanders, Wörterbuch)
- van de Sandt Theodor van de Sandt,
Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in der bri-
tischen Zone,
Münster [Westf.] 1949
(zit.: van de Sandt, VGG)

- Sauer Wilhelm Sauer,
Allgemeine Prozessrechtslehre,
Berlin-Detmold-Köln-München 1951
(zit.: Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre)
- Ders.,
System der Rechts- und Sozialphilosophie,
2. Aufl. Basel 1949
(zit.: Sauer, System)
- Savaète Eugen Savaète,
Die Rechtsmittelzulassung im arbeitsge-
richtlichen Verfahren, in:
AuR 1962 S. 264
(zit.: Savaète, AuR...)
- Schalhorn W. Schalhorn,
Kann der Kläger vom Gericht die Berichtigung
des Rubrums des zu seinen Gunsten ergangen-
en Urteils nach § 319 ZPO verlangen, wenn er
selbst den Vornamen des Beklagten im voran-
gegangenen Mahnverfahren falsch angegeben
hat? in: JurBüro 1971 Sp. 745
(zit.: Schalhorn, JurBüro...)
- Schieckel (ohne Vornamen) Schieckel,
Die Stellung der Berufsrichter der Sozial-
gerichtsbarkeit in der ersten Instanz, in:
DOK 1954 S. 169
(zit.: Schieckel, DOK...)
- Schlegelberger Franz Schlegelberger,
Gesetz über die Angelegenheiten der freiwi-
ligen Gerichtsbarkeit,
Bd. I 7. Aufl. Köln-Berlin 1956
(zit.: Schlegelberger, FGG)
- Schmid Andreas Christian Johannes Schmid,
Handbuch des gemeinen deutschen Civilpro-
cesses,
Dritter Theil Kiel 1845
(zit.: Schmid)
- Schmidt, Eb. Eberhard Schmidt,
Lehrkommentar zur Strafprozessordnung und
zum Gerichtsverfassungsgesetz,
Teil II: Erläuterungen zur Strafprozessor-
dnung und zum Einführungsgesetz zur Straf-
prozessordnung,
Göttingen 1957
(zit.: Eb. Schmidt, StPO)
- Schmidt, H.J. Hans-Joachim Schmidt,
Der Offenbarungseid des unter elterlicher
Gewalt stehenden Schuldners, in:
MDR 1960 S. 980
(zit.: Schmidt, MDR...)
- Schmitt, G. Gottfried Schmitt,
Der bayerische Civilprocess,
Bd. II Bamberg 1872
(zit.: G. Schmitt)

- Schmitt, K.H. Karl Hermann Schmitt,
Die Berichtigung fehlerhafter Steuerbescheide, Feststellungsbescheide und Steuermessbescheide, in: VerwArch. Bd. 43 S. 186
(zit.: K.H. Schmitt, VerwArch...)
- Schneider Egon Schneider,
Die Kostenentscheidung im Zivilurteil einschliesslich der Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit,
Berlin u. Frankfurt/M. 1962
(zit.: Schneider, Kostenentscheidung)
- Ders.,
Die Kostenerstattung bei unterbliebener Entscheidung nach § 276 Abs.3 S.2 ZPO, in:
MDR 1965 S. 799
(zit.: Schneider, MDR...)
- Ders.,
Streitwertänderungen mit Einfluss auf die Kostenentscheidung des Urteils, in:
NJW 1969 S. 1237
(zit.: Schneider, NJW...)
- Schönke-Kuchinke Lehrbuch des Zivilprozessrechts,
begründet von Adolf Schönke,
9. Aufl. von Kurt Kuchinke,
Karlsruhe 1969
(zit.: Schönke-Kuchinke, Lehrb.)
- Schraft Hans Schraft,
Sozialgerichtsgesetz,
Berlin 1961
(zit.: Schraft, SGG)
- Schröder Horst Schröder,
Die Bindung an aufhebende Entscheidungen im Zivil- und Strafprozess, in:
Festschrift für Arthur Nikisch S. 205,
Tübingen 1958
(zit.: Schröder, Bindung, in: Festschrift für Arthur Nikisch)
- Schultzenstein (ohne Vornamen) Schultzenstein,
Die Berichtigung tatsächlicher Anführungen im Verwaltungsstreitverfahren nach dem Landesverwaltungsgesetze, in:
VerwArch. Bd. 20 S. 39
(zit.: Schultzenstein, VerwArch...)
- Ders.,
Das Gesetz für das Grossherzogtum Oldenburg, betreffend die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 9. Mai 1906, in: VerwArch. Bd. 14 S. 439
(zit.: Schultzenstein, VerwArch...)

Ders.,
Parteien, Parteifähigkeit und Parteibegriff
im Verwaltungsstreitverfahren nach dem Lan-
desverwaltungsgesetz, in:
VerwArch. Bd. 12 S. 112
(zit.: Schultzenstein, VerwArch...)

Schumacher

Detlev Schumacher,
Die unrichtige Wiedergabe des Parteivor -
bringens als offenbare berichtigungsfähige
Unrichtigkeit, in: NJW 1969 S. 967
(zit.: Schumacher, NJW...)

Schumann

Ekkehard Schumann,
Fehlurteil und Rechtskraft, in: Festschrift
für Eduard Bötticher S. 289
Berlin 1969
(zit.: Schumann, Fehlurteil, in: Festschrift
für Eduard Bötticher)

Ders.,
Die Prozessökonomie als rechtsethisches
Prinzip, in:
Festschrift für Karl Larenz S. 271
München 1973
(zit.: Schumann, Prozessökonomie, in: Fest-
schrift für Karl Larenz)

Schunck-De Clerck

Egon Schunck, Hans de Clerck,
Das Landesgesetz über die Verwaltungsge -
richtbarkeit für Rheinland-Pfalz
Siegburg und St. Goar 1952
(zit.: Schunck-De Clerck, VGG)

Ders.,
Verwaltungsgerichtsordnung,
2. Aufl. Siegburg 1967
(zit.: Schunck-De Clerck, VwGO)

Schwab

Karl Heinz Schwab,
Die Bedeutung der Entscheidungsgründe, in:
Festschrift für Eduard Bötticher S. 321
Berlin 1969
(zit.: Schwab, Bedeutung der Entscheidungs-
gründe, in: Festschrift für Eduard Bötticher)

Schwartz

Johann Christoph Schwartz,
Vierhundert Jahre deutscher Civilprocess -
Gesetzgebung
Berlin 1898
(zit.: Schwartz, Civilprocess - Gesetzgebung)

Schwarz

(ohne Vornamen) Schwarz,
Berichtigung unzutreffender rechtskräftiger
Bodenschätzungsergebnisse, in:
DStZ 1951 S. 86
(zit.: Schwarz, DStZ...)

- Seemann Johannes Seemann,
Psychologie der Fehler,
Crailsheim 1949
(zit.: Seemann, Psychologie)
- Ders.,
Die Rechenfehler
Ihre psychologischen Ursachen und ihre Ver-
hütung,
Langensalza 1931
(zit.: Seemann, Rechenfehler)
- Seibert Claus Seibert,
Zur Berichtigung des Urteilsspruchs in Straf-
sachen, in: NJW 1964 S. 239
(zit.: Seibert, NJW...)
- Sellmann Martin Sellmann,
Der Weg zur neuzeitlichen Verwaltungsge-
richtsbarkeit - ihre Vorstufen und dog -
matischen Grundlagen, in:
Staatsbürger und Staatsgewalt Bd. I S. 25,
Karlsruhe 1963
(zit.: Sellmann, Vorstufen, in: Staatsbürger
u. Staatsgewalt Bd. I)
- Seuffert Lothar Seuffert,
Kommentar zur Zivilprozessordnung,
6. Aufl. München 1893 (zit.: Seuffert, ZPO)
- Seydel-Piloty Max v. Seydel, Robert Piloty,
Bayerisches Staatsrecht,
Bd. I : Die Staatsverfassung
Tübingen 1913 (zit.: Seydel-Piloty)
- Skonietzki-Gelpcke Richard Skonietzki, Max Gelpcke,
Zivilprozessordnung und Gerichtsverfassungs-
gesetz,
Bd. I Berlin 1911
(zit.: Skonietzki-Gelpcke, ZPO)
- Soergel-Siebert Bürgerliches Gesetzbuch,
begründet von Hs.Th. Soergel,
neu herausgegeben von W. Siebert,
Bd. 3 Schuldrecht II [§§ 611 - 853]
[verschiedene Bearbeiter]
10. Aufl. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1969
(zit.: Soergel-Siebert/Bearbeiter, BGB)
- Späth Wolfgang Späth,
Einige Gedanken und Anregungen zum Entwurf
einer neuen Abgabenordnung, in:
DStR 1970 S. 229 (zit.: Späth, DStR...)
- Speckmann Werner Speckmann,
Streitwertänderung und Kostenentscheidung,
in: NJW 1972 S. 232 (zit.: Speckmann, NJW...)
- Stein Friedrich Stein,
Die Novelle zur Zivilprozessordnung vom 1.
Juni 1909,
Tübingen 1910 (zit.: Stein, Novelle)

- Ders.,
Die Zivilprozessordnung für das Deutsche Reich,
Bd. I,
11. Aufl. des von L. Gaupp begründeten Kommentars,
Tübingen 1913
(zit.: Stein, ZPO)
- Stein-Jonas
Kommentar zur Zivilprozessordnung,
seit 1953 bearbeitet von Rudolf Pohle,
seit 1967 fortgeführt von Wolfgang Grunsky,
Dieter Leipold, Wolfgang Münzberg, Peter Schlosser und Ekkehard Schumann,
Bd. I 19. Aufl. Tübingen 1964 ff.,
Bd. II 19. Aufl. Tübingen 1968 ff.,
(zit.: Stein-Jonas/Bearbeiter, ZPO)
- Steinberg
(ohne Vornamen) Steinberg,
Die Berichtigung von Urteilen und Beschlüssen,
Berlin 1930
(zit.: Steinberg)
- Stieler
Karl Stieler,
Rechtsirrtum als offensichtliche Unrichtigkeit im Sinne von § 92 Abs.3 AO, in:
StW 1949 Sp. 855
(zit.: Stieler, StW...)
- Stier-Somlo
Fritz Stier-Somlo,
Reichsversicherungsordnung,
3. Aufl. München 1929
(zit.: Stier-Somlo, RVO)
- Strack
Albert Strack,
§ 77 SGG und seine Auswirkungen in der Praxis der Versorgungsverwaltung, in:
ZfS 1954 S. 99
(zit.: Strack, ZfS...)
- Struckmann-Koch
J. Struckmann, R. Koch,
Die Zivilprozessordnung für das Deutsche Reich,
2. Aufl. Berlin 1879
(zit.: Struckmann-Koch, ZPO)
- Stückrath
(ohne Vornamen) Stückrath,
Unrichtige Streitwertfestsetzung und Revisionsmöglichkeit, in: RdA 1961 S. 106
(zit.: Stückrath, RdA...)
- Sydow-Busch-Krantz
Zivilprozessordnung und Gerichtsverfassungsgesetz,
begründet von R. Sydow,
fortgeführt von L. Busch und W. Krantz,
Bd. I 20. Aufl. Berlin und Leipzig 1930
(zit.: Sydow-Busch-Krantz, ZPO)

- Tannen Karl-Heinz Tannen,
Die Berichtigung von sozialversicherungs-
rechtlichen Verwaltungsakten, in:
SGB. 1960 S. 66
(zit.: Tannen, SGB...)
- Teichner K. Teichner,
Zum Verhältnis des § 92 Abs.2 zu § 222 Abs.
1 Ziff.1 AO, in:
Die Information 1966 S. 438
(zit.: Teichner, Information...)
- Thalmann Albert Thalmann,
Das Berichtigungs- und Ergänzungsverfahren
gemäss §§ 319 - 321 ZPO, in:
JurBüro 1954 Sp. 99
(zit.: Thalmann, JurBüro...)
- Thomas-Putzo Heinz Thomas, Hans Putzo,
Zivilprozessordnung,
7. Aufl. München 1974
(zit.: Thomas-Putzo, ZPO)
- Tipke-Kruse Klaus Tipke, Heinrich Wilhelm Kruse,
Reichsabgabenordnung, Finanzgerichtsordnung
und Nebengesetze,
Köln-Marienburg 1965 ff.
(zit.: Tipke-Kruse, AbgO, FGO)
- Ule Carl Hermann Ule,
Verwaltungsgerichtsbarkeit,
2. Aufl. Köln-Berlin-München-Bonn 1962
(zit.: Ule, VwGO)
- Ders.,
Verwaltungsprozessrecht,
5. Aufl. München 1971
(zit.: Ule, Verwaltungsprozessrecht)
- Wach Adolf Wach,
Vorträge über die Reichs-Civilprocess-
ordnung,
2. Aufl. Bonn 1896
(zit.: Wach, Vorträge)
- Warneyer Otto Warneyer,
Die Zivilprozessordnung,
3. Aufl. Leipzig 1910
(zit.: Warneyer, ZPO)
- Weimer Hermann Weimer,
Psychologie der Fehler,
Leipzig 1925
(zit.: Weimer)

- Weismann Jakob Weismann,
Lehrbuch des deutschen Zivilprozessrechts,
Bd. I Stuttgart 1903
(zit.: Weismann, Lehrb.)
- Weizsäcker Hugo Weizsäcker,
Unrichtige Parteibezeichnung in der Klage-
schrift, in: ZZP Bd. 27 S. 20
(zit.: Weizsäcker, ZZP...)
- Wenger Leopold Wenger,
Institutionen des römischen Zivilprozess
rechts,
München 1925
(zit.: Wenger)
- Wennrich (ohne Vornamen) Wennrich,
Berichtigung und Zurücknahme von Verfügungen
und Urteilen, in: DStZ 1955 A S. 149
(zit.: Wennrich, DStZ...)
- Werder-Labs-Ortmann Otto v. Werder, Walter Labs, Paul Ortmann,
Das Verfahren vor den Verwaltungsgerichten,
Oldenburg 1949
(zit.: v. Werder-Labs-Ortmann, VGG)
- Wetzell Georg Wilhelm Wetzell,
System des ordentlichen Civilprocesses,
3. Aufl. Leipzig 1878
(zit.: Wetzell)
- Wieczorek Bernhard Wieczorek,
Zivilprozessordnung und Nebengesetze,
Bd. II Teil 1 [§§ 253 - 329 ZPO],
Berlin 1957
(zit.: Wieczorek, ZPO)
- Willenbücher Heinrich Willenbücher,
Grundriss des Prozess- und Zwangsvoll -
streckungsverfahrens,
Berlin 1889
(zit.: Willenbücher)
- Wilmowski-Levy G. v. Wilmowski, M. Levy,
Civilprozessordnung und Gerichtsverfassungs-
gesetz für das Deutsche Reich,
Bd. I 6. Aufl. Berlin 1892
(zit.: Wilmowski-Levy, ZPO)
- Winter W. Winter,
Erläuterungen zu dem Entwurf einer allge -
meinen Civilprozessordnung für die deut -
schen Bundesstaaten,
Wiesbaden 1867
(zit.: Winter)

- Woerner Lothar Woerner,
Die Zurücknahme, Änderung und Ersetzung von
Verfügungen der Steuerverwaltungsbehörden,
Stuttgart 1965
(zit.: Woerner)
- Wolff Hans J. Wolff,
Rechtsgrundsätze und verfassungsgestaltende
Grundentscheidungen als Rechtsquellen, in:
Forschungen und Berichte aus dem öffentli -
chen Recht [Gedächtnisschrift für Walter
Jellinek] S. 33 ,
München 1955
(zit.: Wolff, Rechtsgrundsätze, in: Ge -
dächtnisschrift für Walter Jellinek)
Ders.,
Verwaltungsrecht,
Bd. I 7. Aufl. München 1968
(zit.: Wolff, Verwaltungsrecht I)
- Wurzer Gustav Wurzer,
Nichturteil und nichtiges Urteil,
Breslau 1927
(zit.: Wurzer, Nichturteil)
Ders.,
Verurteilung unter fremdem Namen, in:
AcP Bd. 120 S. 409
(zit.: Wurzer, AcP...)
- Zastrow Berengar v. Zastrow,
Die Rechtswirksamkeit und Bestandskraft
von Sozialgerichtsvergleichen auf dem Ge -
biet der gesetzlichen Rentenversicherung,
in: JR 1967 S. 5
(zit.: v. Zastrow, JR...)
- Zeller Friedrich Zeller,
Zwangsversteigerungsgesetz,
7. Aufl. München u. Berlin 1967
(zit.: Zeller, ZVG)
- Zeuner Albrecht Zeuner,
Die objektiven Grenzen der Rechtskraft im
Rahmen rechtlicher Sinnzusammenhänge.
Zur Lehre über das Verhältnis von Rechts -
kraft und Entscheidungsgründen im Zivil -
prozess ,
Tübingen 1959
(zit.: Zeuner, Grenzen der Rechtskraft)

- Ziemer-Birkholz Herbert Ziemer, Hans Birkholz,
Finanzgerichtsordnung,
2. Aufl. München 1970
(zit.: Ziemer-Birkholz, FGO)
- Ziemer-Haarmann Herbert Ziemer, Hans Haarmann,
Einspruch, Beschwerde und Klage in Steuer-
sachen,
Bd. II Bonn - München 1971
(zit.: Ziemer-Haarmann)
- Zitzlaff Franz Zitzlaff,
Zur Frage der Fehlerberichtigung, in:
StW 1950 Sp. 337
(zit.: Zitzlaff, StW...)
- Zöllner Richard Zöllner,
Zivilprozessordnung mit Gerichtsverfassung-
gesetz und Nebengesetzen,
bearbeitet von Max Degenhart, Walter Karc:
Franz Scherübl und Dieter Stephan,
10. Aufl. München 1968
(zit.: Zöllner/Bearbeiter, ZPO)

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

a.A.	= anderer Ansicht
a.a.O. [aaO]	= am angegebenen Orte
Abs.	= Absatz
AcP	= Archiv für die civilistische Praxis
a.F.	= alte[r] Fassung
AN	= Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamtes
Anl.	= Anlage
Anm.	= Anmerkung
Annalen	= Annalen des Deutschen Reiches
AnwBl.	= Anwaltsblatt
AöR	= Archiv des öffentlichen Rechts
AP	= Arbeitsrechtliche Praxis. Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts
ArbRB1.	= Arbeitsrecht-Blattei
ArbR Samml.	= Arbeitsrechts-Sammlung. Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und der Landesarbeitsgerichte
ArchRpflge	= Archiv für Rechtspflege in Sachsen, Thüringen und Anhalt
Aufl.	= Auflage
AuR	= Arbeit und Recht. Zeitschrift für Arbeitsrechtspraxis
BAG	= Bundesarbeitsgericht
BAGE	= Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts. Herausgegeben von den Mitgliedern des Gerichtshofes
BAH	= Bundesamt für das Heimatwesen [zugleich: Entscheidungen des Bundesamtes für das Heimatwesen]
BayObLGZ	= Sammlung von Entscheidungen des Bayeri- schen Obersten Landesgerichts in Civil- sachen [alte Folge ab Bd. 1 - 1901 -]
BayVB1.	= Bayerische Verwaltungsblätter
BayVGHE	= Sammlung von Entscheidungen des Bayeri- schen Verwaltungsgerichtshofes
BB	= Betriebs-Berater

Bd.	= Band
BFH	= Bundesfinanzhof
BFHE	= Sammlung der Entscheidungen und Gutachten des Bundesfinanzhofes. Herausgegeben von den Mitgliedern des Bundesfinanzhofes
BGBI.	= Bundesgesetzblatt
BGH	= Bundesgerichtshof
BGHSt.	= Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGH Warn.	= Warneyer, Rechtsprechung des Bundesge- richtshofes in Zivilsachen
BGHZ	= Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BR	= Bundesrat
Breith.	= Sammlung von Entscheidungen der Sozialver- sicherung, Versorgung und Arbeitslosenver- sicherung [herausgegeben von Hermann Breithaupt]
BSG	= Bundessozialgericht
BStBl.	= Bundessteuerblatt
BT	= Bundestag
BVerfG	= Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	= Entscheidungen des Bundesverfassungsge- richts. Herausgegeben von den Mitgliedern des Gerichts
BVerwG	= Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	= Entscheidungen des Bundesverwaltungsge- richts. Herausgegeben von den Mitgliedern des Gerichts
d.A.	= diese[r] Arbeit
ders., dies., dass.	= derselbe, dieselbe, dasselbe
DGVZ	= Deutsche Gerichtsvollzieherzeitung
Diss.	= Dissertation
DJZ	= Deutsche Juristen-Zeitung
DÖV	= Die öffentliche Verwaltung
DOK	= Die Ortskrankenkasse

DR	= Deutsches Recht [ab 1. 4. 1939: Ausgabe <u>A</u> , vereinigt mit Juristische Wochenschrift; Ausgabe <u>B</u> , vereinigt mit Deutsche Rechts- pflege]
DRiZ	= Deutsche Richterzeitung
DStR	= Deutsches Steuerrecht
DStZ	= Deutsche Steuerzeitung
DVB1.	= Deutsches Verwaltungsblatt
EFG	= Zeitschrift "Entscheidungen der Finanzge- richte"
Einf.	= Einführung
Erl.	= Erläuterung
ESVGH	= Entscheidungen des Hessischen und des Baden-Württembergischen Verwaltungsge- richtshofes. Herausgegeben von den Mitgliedern der Verwaltungsgerichtshöfe
EuM	= Entscheidungen und Mitteilungen des Reichsversicherungsamtes
f., ff.	= folgend, folgende
FG	= Finanzgericht
FR	= Finanz-Rundschau
Fussn.	= Fussnote
FVGE	= Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Ver- waltungsgerichte
GesBl.	= Gesetzblatt
Ges.-u.VOB1. [GVBl.]	= Gesetz- und Verordnungsblatt
GesS.	= Gesetz-Sammlung
Gruchot	= Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts [begründet von J.A. Gruchot]
GRUR	= Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
Hans[R]GZ	= Hanseatische Gerichtszeitung [ab 1927: Hanseatische Rechts- und Gerichtszeitschrift]
HFR	= Zeitschrift "Höchststrichterliche Finanz- rechtsprechung"
Halbs.	= Halbsatz
h.M.	= Herrschende Meinung
HRR	= Höchststrichterliche Rechtsprechung

Information	= Die Information über Steuer und Wirtschaft
JBl.Saar	= Justizblatt des Saarlandes
JMBlnRW	= Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
JR	= Juristische Rundschau
JurBüro	= Das juristische Büro
JuS	= Juristische Schulung. Zeitschrift für Studium und Ausbildung
JW	= Juristische Wochenschrift
JZ	= Juristenzeitung
KG	= Kammergericht
[Kgl.]SächsOVG Jahrb.	= Jahrbücher des [Königlich] Sächsischen Oberverwaltungsgerichts. Herausgegeben von den Mitgliedern des Gerichtshofes
LArbG [LAG]	= Landesarbeitsgericht
Lehrb.	= Lehrbuch
LM	= Lindenmaier-Möhring. Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
LSozG [LSG]	= Landessozialgericht
LZ	= Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht
MDR	= Monatsschrift für Deutsches Recht
NdsRpfl.	= Niedersächsische Rechtspflege
NJW	= Neue Juristische Wochenschrift
OFH	= Oberster Finanzgerichtshof
OGHZ	= Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes für die britische Zone in Zivilsachen
OLG	= Oberlandesgericht
OLGZ	= Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen einschliesslich der freiwilligen Gerichtsbarkheit
OVG Berlin	= Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Berlin. Herausgegeben von Mitgliedern des Gerichts
OVG Münster [Lüneburg]	= Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster sowie für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein in Lüneburg. Amtliche Sammlung, herausgegeben von Mitgliedern des Gerichts

[Kgl.]PrOVG	= [Königlich]Preussisches Oberverwaltungs - gericht
PrOVGE	= Entscheidungen des [Königlich]Preussischen Oberverwaltungsgerichts. Herausgegeben von Mitgliedern des Ge - richtshofes
PrVB1.	= Preussisches Verwaltungsblatt
RAG	= Reichsarbeitsgericht
RAGE	= Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts. Herausgegeben von Mitgliedern des Ge - richtshofes
RdA	= Recht der Arbeit
RdL	= Recht der Landwirtschaft
Rdnr.	= Randnummer
RegBl.	= Regierungsblatt
RFH	= Reichsfinanzhof
RFHE	= Sammlung der Entscheidungen und Gutachten des Reichsfinanzhofes. Herausgegeben vom Reichsfinanzhof
RG	= Reichsgericht
RGB1.	= Reichsgesetzblatt
RGSt.	= Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	= Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
ROHG	= Reichsoberhandelsgericht [zugleich: Entscheidungen des Reichsober- handelsgerichts. Herausgegeben von den Räten des Gerichts - hofes]
Rpflger	= Der Deutsche Rechtspfleger
Rspr.	= Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte auf dem Gebiet des Zivilrechts
RStBl.	= Reichssteuerverblatt
RVA	= Reichsversicherungsamt
S.	= Seite
SächAnn.	= Annalen des Königlich Sächsischen Oberlan- desgerichts zu Dresden
SächsArch.	= Sächsisches Archiv für Bürgerliches Recht und Prozess
SchlHA	= Schleswig-Holsteinische Anzeigen. Justizministerialblatt für Schleswig - Holstein

SeuffA.	= J.A. Seufferts Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten
SGb.	= Die Sozialgerichtsbarkeit
SozE	= Sozialrechtliche Entscheidungssammlung
SozR	= Sozialrecht - Rechtsprechung und Schrifttum. Bearbeitet von den Richtern des Bundessozialgerichts
Sozialversicherung	= Die Sozialversicherung. Zeitschrift für Angelegenheiten der Renten- Kranken- und Unfallversicherung
StRK	= Steuerrechtsprechung in Karteiform. Höchststrichterliche Entscheidungen in Steuersachen
StW	= Steuer und Wirtschaft
ThüroVG Jahrb.	= Jahrbuch der Entscheidungen des Thüringischen Obergerverwaltungsgerichts
u.	= und
vgl.	= vergleiche
VersR	= Versicherungsrecht. Juristische Rundschau für die Individualversicherung
VerwArch.	= Verwaltungsarchiv
VerwRspr.	= Verwaltungsrechtsprechung in Deutschland. Sammlung oberstrichterlicher Entscheidungen aus dem Verfassungs- und Verwaltungsrecht
VG	= Verwaltungsgericht
VGH	= Verwaltungsgerichtshof
Vorbem.	= Vorbemerkung
Warn.	= Otto Warneyer, Die Rechtsprechung des Reichsgerichts auf dem Gebiete des Zivilrechts
WPM	= Wertpapier-Mitteilungen
z.B.	= zum Beispiel
ZfS	= Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung
ZMR	= Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZZP	= Zeitschrift für Zivilprozess

EINLEITUNG

Die Vorschrift des § 319 ZPO gehört zu den Bestimmungen der Zivilprozessordnung, die "der Rechtsprechung fortgesetzt Schwierigkeiten bereiten und sie vor Fragen stellen, die noch nicht in übereinstimmender und befriedigender Weise gelöst worden sind" (1). Diese - vor mehr als vierzig Jahren getroffene - Feststellung hat auch heute noch Gültigkeit. Sechs umfangreiche Literaturbeiträge (2) haben Zweifel hinsichtlich der Auslegung und Anwendung des § 319 ZPO nicht auszuräumen vermocht. Offenbar sind die Grenzen einer ausschliesslich zivilprozessualen Betrachtungsweise erreicht.

Die vorliegende Untersuchung geht deshalb einen anderen Weg.

Dem § 319 ZPO fast gleichlautende Vorschriften finden sich im Verwaltungs- [§ 118 VwGO], Finanz- [§ 107 FGO] und Sozialgerichtsprozess [§ 138 SGG]. Dies legt die Annahme nahe, dass die Frage der Urteilsberichtigung zu den prozessualen Grundproblemen gehört, die, wie Niese (3) bemerkt, in überzeugender Weise nicht für jede einzelne Gerichtsbarkeit, sondern nur für alle gemeinsam gelöst werden können.

Die vorliegende Untersuchung vergleicht deshalb, einer wiederholt (4) erhobenen Forderung entsprechend, nach einer einführenden Darstellung der Ursprünge des Berichtigungsverfahrens Rechtsprechung und Literatur der Zivil-, Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit miteinander und versucht, diesen Verfahrensordnungen gemeinsame Grundsätze für die Auslegung der Berichtigungsnormen zu erarbeiten. Sie hofft damit gleichzeitig einen geringen Beitrag zu einer "Allgemeinen Prozessrechtslehre" zu leisten. Endlich prüft die Untersuchung, ob

1) Steinberg S. 5;

2) Hora [1912], Hess [1916], Steinberg [1930], Kleinschmidt [1932], Freytag [1933], E. Osterloh [1970];

3) JZ 1957 S. 74;

4) Bettermann, ZZP Bd. 70 S. 161;

Naumann, DÖV 1968 S. 12;

Tipke, Anm. zu BFH StRK AbgO § 92 R. 24 [Urt. vom 4. Sept. 1961];

bestehende Unterschiede zwischen den einzelnen Berichtigungs - normen durch die Eigenarten der jeweiligen Verfahrensordnung geboten oder rein willkürlich (1) sind, und wie diese Unterschiede im Rahmen einer Vereinheitlichung, Vereinfachung oder Angleichung der untersuchten Prozessordnungen behoben werden können.

1) Darauf, dass Unterschiede in [inhaltlich verwandten] gesetzlichen Regelungen oft willkürlich oder zufällig sind, manchmal sogar auf Unfähigkeit des Gesetzgebers beruhen, weist Bettermann [ZZP Bd. 70 S. 186] hin;

Erster Teil =====

Die Geschichte des Berichtigungsverfahrens Reformbestrebungen

Vorbemerkung

Eine Untersuchung der Geschichte des Berichtigungsverfahrens erscheint aus drei Gründen geboten:

Einmal vermag die geschichtliche Entstehung einer gesetzlichen Regelung, ein Vergleich mit der früheren Gesetzgebung zum gleichen Problem, der bis zum Gemeinen oder Römischen Recht zurückreichen kann, Anhaltspunkte für die Bestimmung des "Sinnes" dieser Regelung zu vermitteln (1).

Zum anderen liegen zu den Vorschriften der §§ 118 VwGO, 107 FGO, 138 SGG Literatur und Rechtsprechung erst in geringem Umfange vor. Ältere, zu den früheren Regelungen ergangene Entscheidungen und vorhandene Kommentierungen heranzuziehen, lag deshalb nahe, war aber nur möglich, wenn der Nachweis zu führen war, dass vor Erlass der geltenden Regelungen ähnliche, wenn nicht gleichartige gegolten haben.

Endlich soll die Untersuchung der Ursprünge des Berichtigungsverfahrens zu dem - im Dritten Teil der Arbeit zu führenden - Nachweis beitragen, dass es sich bei den einzelnen Berichtigungsnormen um Konkretisierungen eines allgemein gültigen Prozessrechtssatzes handelt.

Diesen Zwecken dient der Erste Teil der Untersuchung.

1) Bartholomeyczik S. 53 f.;
Hellwig, Lehrb. S. 19 ;

Erster Abschnitt

Die Geschichte der Urteilsberichtigung im Zivilprozess

Die Berichtigung von Schreib- und Rechenfehlern im Römischen Recht

Die Korrektur von Schreib- und Rechenfehlern in einem den Parteien eröffneten, grundsätzlich unabänderlichen (1) Endurteil [sententia definitiva] war bereits dem Römischen Zivilprozess geläufig.

Die Befugnis des Richters, im Urteil unterlaufene Schreibfehler unter Wahrung des ursprünglichen "Sinnes" der Entscheidung richtigzustellen, fand in D. 42, 1, 46 (2) Ausdruck. Zwar spricht diese Digestenstelle nur von der Verbesserung der "acta", also der gerichtlichen Verhandlungsprotokolle (3). Indes musste das Urteil, um wirksam zu werden, vor seiner Eröffnung aufgezeichnet werden (4). Damit wurde es Bestandteil der "acta" und als solcher der Korrektur nach D. 42, 1, 46 zugänglich (5).

1) Vgl. D. 42, 1, 55 ["Iudex posteaquam semel sententiam dixit, iudex esse desinit; et hoc iure utimur, ut iudex, qui semel vel plurius, vel minoris condemnavit, amplius corrigere sententiam suam non possit; semel enim male seu bene officio functus est"] sowie Kaser S. 289;

2) "Actorum verba emendare, tenore sententiae perseverante, non est prohibitum" [Hermogenian];

3) Kaser S. 490;

4) Bethmann-Hollweg S. 628;
Kaser S. 392;
Wenger S. 293;

5) Bayer S. 426;

Die Befugnis des Richters, unterlaufene Rechenfehler zu korrigieren, fand in D. 49, 8, 1, 1 (1) Niederschlag. Dass der Fall dort unter der Überschrift "quae sententiae sine appellatione rescindantur" aufgeführt wurde, bedeutete nicht, dass ein Rechenfehler enthaltendes Urteil "unwirksam" [nichtig] war (2). Denn der Erlass der "appellatio" konnte viele Gründe haben, von denen die "Unwirksamkeit" des Urteils nur einer war (3).

Die Berichtigung beschränkte sich im übrigen auf geringfügige Korrekturen der "summierenden condemnation" (4). Sie fand von Amts wegen statt (5). Ihre Zulässigkeit entfiel, wenn ein gewisser Zeitraum ["longum tempus"] verstrichen war (6); eine Auffassung, die erst in neuester Zeit ["Verwirkung" der Berichtigungsbefugnis] wieder Eingang in Rechtsprechung und Lehre findet (7).

1) "Item si calculi error in sententia esse dicatur, appellare necesse non est; veluti si iudex ita pronuntiaverit: Quum constet, Titium Selo ex illa specie quinquaginta, item ex illa specie viginti quinque debere, idcirco Lucium Titium Selo centum condemno; nam quoniam error computationis est, nec appellare necesse est, et citra provocationem corrigitur" [Macer];

vgl. im übrigen Kaser S. 393 Fussn. 13;

2) Linde, Handb. S. 34;

3) H. Apelt S. 148;

4) Bethmann-Hollweg S. 626 Fussn. 37;
ders., S. 629;

5) Kaser S. 393 Fussn. 13;

6) H. Apelt S. 148;

7) Näheres später [S. 277 f. d.A.];

B. Berichtigung und Erläuterung gerichtlicher Entscheidungen im gemeinrechtlichen Prozess

Die gemeine Prozessrechtslehre unterschied zwischen der Berichtigung [emendatio] und der Erläuterung [declaratio] gerichtlicher Entscheidungen (1); eine Unterteilung, die [z.T.] auch in den Prozessordnungen und Entwürfen des 18. und des 19. Jahr - hundert Niederschlag (2) gefunden hat.

I. Das Berichtigungsverfahren

Ein den Parteien eröffnetes Urteil galt auch im gemeinen Recht grundsätzlich als unabänderlich (3). Als Ausnah -

- 1) Das Ergänzungsverfahren des gemeinen Rechts wird in dieser Untersuchung bewusst vernachlässigt, da es Anhaltspunkte für die Auslegung des § 319 ZPO nicht zu liefern vermag;
- 2) Vgl. §§ 217 f. der "Allgemeinen bürgerlichen Processordnung für das Königreich Hannover" vom Jahre 1847 ["Hannoversche Prozessordnung 1847"] (zit. nach Leonhardt, Prozessordnung 1847);

§§ 360 f. der "Bürgerlichen Processordnung für das Königreich Hannover" vom 8. Nov. 1850 ["Hannoversche Prozessordnung 1850"] (zit. nach Leonhardt, Prozessordnung 1850);

§§ 1088, 1094 der "Prozess-Ordnung in bürgerlichen Rechts - streitigkeiten für das Grossherzogthum Baden" vom 28. März 1864 ["Badische Prozessordnung"] (Karlsruhe 1864);

§ 506 des "Königlich Bayerischen revidirten Entwurfs" vom Jahre 1827 ["Bayerischer Entwurf"] (zit. nach Linde, Handb. S. 55;

§ 141 der "Hannöverschen Untergerichtsordnung" vom Jahre 1827 ["Hannoversche Untergerichtsordnung"] (zit. nach Linde, Handb. S. 54 f.);

eine Ausnahmestellung nahm die preussische Gesetzgebung ein:

Die "Allgemeine Gerichtsordnung für die preussischen Staaten" vom 6. Juli 1793 ["Allgemeine Gerichtsordnung"] (zit. nach Linde, Handb. S. 51 f.) liess in I. 14 § 1 lediglich die Deklaration zu, verstand darunter indes sowohl die Berichtigung als auch die Erläuterung des Urteils;

- 3) Morstadt, Civilprocess-Schlüssel S. 253;

me (1) von diesem Grundsatz aber wurde die Verbesserung blosser Schreibfehler und Rechnungsverstösse fast durchweg (2) zugelassen.

Die Befugnis des Richters, Schreibversehen richtigzustellen, wurde teils als selbstverständlich empfunden (3), teils aus der bereits zitierten Digestenstelle D. 42, 1, 46 abgeleitet (4). Als Schreibfehler galten neben Verstössen gegen die Rechtsschreibung (5) "Verunstaltungen" (6), "irrige Benennungen und Auslassungen" (7) oder "Irrtümer an Worten oder Namen" (8). Eine klare Unterscheidung zwischen "Fehler" und "Irrtum" wurde also insoweit nicht getroffen; ein Umstand, der auch in einzelnen Prozessordnungen Ausdruck fand (9).

Die Befugnis des Richters, Rechenfehler zu korrigieren, wurde aus der bereits angeführten Digestenstelle D. 49, 8, 1, 1 hergeleitet (10). Als Rechenfehler wurde ein

-
- 1) Bolgiano S. 325 Fussn. 7e;
 - 2) Zum Teil a.A. nur Morstdt [Commentar S. 139], der ein auf Rechenfehler gegründetes Urteil als nichtig, seine Verbesserung als unzulässig ansah;
 - 3) Gönner [Entwurf II S. 814] begnügt sich z.B. mit der Feststellung, eine Verbesserung des Urteils sei "dem Richter allemal erlaubt";
 - 4) Bayer S. 426;
Heffter S. 591 Fussn. 7;
 - 5) Linde, Handbuch S. 65;
 - 6) Wetzell S. 656;
 - 7) Renaud, Lehrb. S. 421;
 - 8) Gönner, Entwurf I S. 340;
 - 9) Vgl. z.B. Art. 126 Abs.1 des "Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, den bürgerlichen Prozess betreffend" [zit. nach H.H. Becker S. 97];
 - 10) Bayer S. 425;
R. Osterloh S. 170 Fussn. 19;
Reinhardt S. 241;

"Verstoss gegen die Zahlenlehre" (1), eine "den arithmetischen Regeln widersprechende Berechnung" (2) oder ein "Verstoss gegen unzweifelhaft feststehende arithmetische Grundsätze" (3) verstanden. Eine in der Literatur vertretene Mindermeinung (4) wollte dem Rechenfehler "Irrtümer an Zahlen oder an deren Zusammenrechnung" gleichstellen; eine Auffassung, der ein Teil der zeitgenössischen Prozessordnungen und Entwürfe (5) Rechnung trug. Die überwiegende Meinung (6) allerdings unterschied zwischen "Rechnungsfehlern" und "Rechnungsirrtümern". Als letztere sah sie "Irrtümer in der Beurteilung der von den Parteien gemachten Rechnungsansätze" (7) oder "Irrtümer, die nicht in einem Verstoss gegen die Zahlenlehre bestehen" (8) an und schloss derartige Fehlleistungen von der Berichtigung aus.

Bei dem Versuch, die Grenzen der - zulässigen - Berichtigung des Urteils zu bestimmen, bediente sich die gemeine Prozessrechtslehre unterschiedlicher Massstäbe. Gönner (9) stellte auf die Bedeutsamkeit der erforderlichen Korrektur ab und wollte "unwesentliche" Verbesserungen von "ausserwesentlichen" Fehlern zulassen. Morstadt (10) und

1) Bayer S. 426;
Schmid S. 365 Fussn. 4;
Renaud, Lehrb. S. 420;

2) Heffter S. 591;

3) Linde, Handb. S. 66;
Reinhardt S. 243;
Heinzerling, AcP Bd. 52 S. 500;

4) Gönner, Entwurf I S. 340 u. 359;

5) Vgl. § 506 des "Bayerischen Entwurfs" von 1827, der von "Irrtümern im Ansatz oder in der Zusammenrechnung der Zahlen" sprach;

6) Bayer S. 426;
Linde, Handb. S. 35 Fussn. 10;
Reinhardt S. 244;

7) Bayer S. 426;
Renaud, Lehrb. S. 420;

8) Linde, Handb. S. 66;

9) Handb. S. 433;

10) Civilprocess-Schlüssel S. 254;

Linde (1) dagegen betonten, die Berichtigung dürfe den Sinn des Urteils nicht verändern, sondern dasselbe nur vom Selbstwiderspruche säubern. Heffter (2) und insbesondere Wetzell (3) endlich stellten entscheidend auf den Willen des Richters ab: Wo ein Schreib- oder Rechenfehler vorliege, habe der Wille des Richters im Urteil nicht den zutreffenden Ausdruck gefunden. Deshalb seien als "Fehler" z.B. Auslassungen "nachweislich gewollter" Urteilsbestandteile, nicht aber solche, welche der Richter "zu wollen versäumt" habe, anzuerkennen.

Einig war sich die gemeinrechtliche Prozesslehre im wesentlichen darüber, dass nur Fehler des Richters, nicht auch solche der Parteien der Korrektur zugänglich seien (4). Einigkeit bestand auch weitgehend darüber, dass die Korrektur einer fehlerhaften Parteibezeichnung zulässig sei, soweit über die Identität der bezeichneten und zu bezeichnenden Personen kein Zweifel bestehe (5). Vereinzelt wurde die Korrektur der Parteibezeichnung sogar als die "unbedeutendste Verbesserung" (6) benannt, da über die Bezeichnung der Parteien "kein Zweifel möglich" sei (7); eine Auffassung, die angesichts der kleineren Gerichtsbezirke und der geringeren Bevölkerungsdichte früherer Jahrhunderte verständlich erscheint.

1) Handb. S. 67;

2) S. 591 Fussn. 10;

3) S. 656;

4) Bayer S. 426;
Linde, Handb. S. 33 Fussn. 4;
R. Osterloh S. 170 Fussn. 18;

5) Heffter S. 591;
R. Osterloh S. 170 Fussn. 18;
Renaud, Lehrb. S. 421;

6) G. Schmitt S. 327;

7) R. Osterloh S. 170 Fussn. 18;

Als der Berichtigung zugänglich galten im übrigen alle Bestandteile des Urteils (1), darüber hinaus aber auch andere richterliche Verfügungen (2). Dass Versehen, welche erst bei der Ausfertigung des Urteils unterlaufen waren, korrigiert werden durften, wurde als selbstverständlich empfunden (3).

Als zuständig für die Berichtigung galt der Richter, welcher das fehlerhafte Urteil erlassen hatte (4). Daneben kam die Berichtigung aber auch dem mit der Sache befassten Rechtsmittelgericht zu (5). Die Berichtigung durfte sowohl von Amts wegen als auch auf Antrag einer Partei erfolgen (6). Fand sie statt, so kam ihr rückwirkende Kraft zu; das Urteil galt als von Anfang an in der verbesserten Form erlassen (7). Konsequent wurde ein Einfluss der Berichtigung auf den Lauf der ordentlichen Rechtsmittelfristen geleugnet (8). In Härtefällen wurde der nicht anwaltlich beratenen Partei die Wiedereinsetzung in eine während des erfolglos gebliebenen Berichtigungsverfahrens abgelaufene Rechtsmittelfrist gewährt (9). Kosten wurden für das Berichtigungsverfahren nicht in Ansatz gebracht (10).

1) Heffter S. 591 Fussn. 9;

Leonhardt [Civilprozessverfahren S. 51] betont allerdings, dass Anträge auf Berichtigung des Tatbestandes zu den Seltenheiten gehörten;

2) Linde, Handb. S. 58;

zur Begründung führt Linde [Handb. S. 62] aus, der Richter müsse Verfügungen, die er sogar zurücknehmen könne, auch berichtigen dürfen [arguementum a maiore ad minus];

3) Heinzerling, AcP Bd. 52 S. 501 Fussn. 6;
Martin, Vorlesungen II S. 178;

4) Bolgiano S. 325;

5) Berger S. 169 [§ 2]; Graevell S. 10;

6) Schmid S. 365 Fussn. 4; R. Osterloh S. 171;

7) Heinzerling, AcP Bd. 52 S. 514;

8) R. Osterloh S. 171 Fussn. 21;

9) Heinzerling, AcP Bd. 52 S. 515;

10) R. Osterloh S. 171;

II. Das Erläuterungsverfahren

Von der Berichtigung eines "fehlerhaften" Urteils unterschied die gemeinrechtliche Prozesslehre die Erläuterung oder Deklaration einer "dunklen", "zweideutigen" oder "widersprüchlichen" Entscheidung (1).

Die Zulässigkeit der Erläuterung wurde teils aus D. 42, 1, 46 hergeleitet (2), teils als "in der Natur der Sache gegründet" angesehen (3). Durch die Erläuterung durfte der Richter sein früheres Urteil nicht ändern, sondern nur mit anderen Worten, anderer Satzstellung oder einer Bezugnahme auf die Akten den eigentlichen Sinn der Entscheidung zum Ausdruck bringen (4). Eine Deklaration, welche diese Grenzen überschreitet, war im Rechtsmittelwege anfechtbar (5). Im übrigen durfte die Deklaration sowohl von Amts wegen (6) als auch auf Antrag einer Partei (7) erfolgen. Zuständig war der Richter, welcher das zweideutige Urteil erlassen hatte (8); die Erläuterungsbefugnis anderer Richter wurde jedoch nicht grundsätzlich ausgeschlossen (9). Die Erläuterung war nicht fristgebunden (10), sie erfolgte kostenfrei (11).

1) Danz S. 610;
Martin, Vorlesungen I S. 554;
Morstadt, Commentar S. 125;

2) Heffter S. 590;

3) Danz S. 611;

4) Linde, Handb. S. 41;
Bolgiano [S. 327] bemerkt dazu, der Richter ändere die Sentenz nicht, wenn er sie deklariere; im Gegenteil, er befestige sie;

5) Renaud, Lehrb. S. 421;

6) Morstadt, Commentar S. 138;

7) Bayer S. 417;
ebenso die "Hessen-Darmstädtische Civil-Prozessordnung" vom Jahre 1724 [Darmstadt 1830];

8) Renaud, Vorlesungen S. 188;

9) Schmid S. 367;

10) Claproth, Einleitung S. 464; ders., Vorstellung S. 191;
Morstadt, Commentar S. 125;
Danz S. 611;
[anders setzten zeitgenössische Prozessordnungen vielfach kurze Antragsfristen fest];

11) R. Osterloh S. 171;

Umstritten war der Einfluss der Erläuterung auf den Lauf der ordentlichen Rechtsmittelfristen. Ein Teil (1) der Lehre nahm an, die Deklaration habe keinen Einfluss auf den Lauf dieser Fristen. Andere (2) meinten, die Rechtsmittelfristen begännen erst von der Publikation des erläuternden Erkenntnisses an zu laufen. Infolge der Unsicherheit der Rechtslage galt es als zweckmässig, mit dem Deklarationsgesuch die Einlegung des zulässigen Rechtsmittels "eventualiter" zu verbinden (3).

Das Deklarationsverfahren des gemeinen Rechts hat in die Zivilprozessordnung keinen Eingang gefunden. Soweit erforderlich, kann die Klärung des Inhalts eines rechtskräftigen Urteils im Wege der Feststellungsklage [§ 256 ZPO] betrieben werden (4). Einen Anhalt für die Auslegung des § 319 ZPO liefert das Deklarationsverfahren allenfalls insoweit, als es erhellt, dass die Verbesserung dunkler, zweideutiger oder widersprüchlicher Entscheidungen schon nach gemeinrechtlicher Praxis nicht Gegenstand des Berichtigungsverfahrens war.

1) Schmid S. 369 Fussn. 18;
Wetzell S. 659;

2) Morstadt, Commentar S. 125;
Bayer S. 419;

3) Danz S. 611;

auch die "Hessen-Darmstädtische Civil-Prozessordnung" von 1724 legte der Partei nahe, "eventualiter ad iudicem superiorem zu provociren";

4) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 256 Anm. II 2;
BGHZ Bd. 5 S. 189 ff., 194 [Urt. vom 22. Febr. 1952];

C. Die Materialien zu § 319 ZPO

Die Amtliche Begründung zu § 280 des "Entwurfs einer Deutschen Civilprozessordnung" (1) führt aus, diese Vorschrift bezwecke, die Berichtigung von Schreibfehlern, Rechnungsfehlern und ähnlichen offenbaren Unrichtigkeiten, welche in dem Urteil vor - kommen, "in einfacher und rascher Weise zu ermöglichen."

Daneben verweist die Amtliche Begründung pauschal auf eine Reihe gemeinrechtlicher Prozessordnungen sowie [u.a.] auf die Entwürfe von Preussen (2), Hannover (3) und des Norddeutschen Bundes (4).

-
- 1) Hahn, Materialien I S. 288;
 - 2) Der im Jahre 1864 ausgearbeitete "Entwurf einer Process-Ordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für den Preussischen Staat" [sog. "Preussischer Entwurf"], der "im Ganzen und Grossen betrachtet, an Stelle des alten deutschen Prozessrechts das französische rezipierte" [Schwartz, Civilprocess-Gesetzgebung S. 641], regelte in § 361 die Berichtigung von Schreibfehlern "in Worten, Namen und Zahlen" sowie die Verbesserung "blosser Rechnungsfehler". Die Berichtigung erfolgte auf Antrag, für den Anwaltszwang bestand [§ 361 Abs.2]. Der Berichtigungsbeschluss unterlag keinem Rechtsmittel [§ 361 Abs.5]. Eine Korrektur des Tatbestandes oder eine Erläuterung des Urteils sah der Entwurf, wie die Motive [S.79] betonen, nicht vor;
 - 3) Der von der deutschen Civilprocesskommission zu Hannover in zweiter Lesung am 24. März 1866 fertiggestellte [Schwartz, Civilprocess-Gesetzgebung S. 625] "Entwurf einer allgemeinen Civilprocessordnung für die deutschen Bundesstaaten" [sog. "Hannoverscher Entwurf"] regelte in § 262 die Berichtigung von Schreib- und Rechnungsfehlern sowie gewisser Auslassungen; § 263 normierte die Berichtigung des Tatbestandes, § 264 die Erläuterung und Ergänzung des Urteils. Gegen den Beschluss, der eine Berichtigung aussprach, war die Berufung zulässig [§ 267]; gegen den die Berichtigung verweigenden Beschluss die Berufung unter Wahrung der gegen das Urteil laufenden Rechtsmittelfrist. Letztere Regelung diente der Vermeidung doppelter Berufungen [Winter S. 109];
 - 4) Der im Sommer 1876 fertiggestellte "Entwurf einer processordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für den Norddeutschen Bund" [sog. "Norddeutscher Entwurf"], eine Überarbeitung des "Hannoverschen Entwurfs" [Schwartz, Civilprocess-Gesetzgebung S. 647], regelte in § 403 die Berichtigung von "Schreibfehlern, Rechnungsfehlern und ähnlichen offenbaren Unrichtigkeiten", die auch von Amts wegen jederzeit zulässig sein sollte. Eine anfechtung des Beschlusses, der einen Berichtigungsantrag zurückwies, war nicht vorgesehen [§ 403 S. 6]. Neben der Berichtigung war eine Ergänzung des Urteils normiert [§§ 404, 405].

Fassung und Inhalt des § 280 des "Entwurfs einer Deutschen Civilprozessordnung" sind in den Beratungen der Reichsjuristenkommission nur wenig verändert worden:

Bei der ersten Lesung des § 280 fand ein Antrag, Abs. 3 dieser Vorschrift dahingehend zu ändern, dass der Berichtigungsbeschluss in erster Linie mit den gegen das Urteil selbst gerichteten Rechtsmitteln anzufechten sei, keine Zustimmung.

Auch ein weiterer Antrag, in einem Abs. 4 dieser Vorschrift die Erläuterung des Urteils zu regeln, scheiterte (1).

Dagegen wurde einem dritten Antrag entsprochen, in § 280 Abs. 3 des Entwurfs die Beschwerde auch für den Fall einer von Amts wegen vorgenommenen Berichtigung zuzulassen (2).

Endlich stellte der Direktor im Reichskanzleramt v. A m s - b e r g auf Anfrage hin klar, nach der "Intention des Entwurfs" sei es nicht ausgeschlossen, dass am Berichtigungsbeschluss auch andere Richter mitwirken als diejenigen, welche das zu korrigierende Urteil selbst gefällt haben (3).

Sonstige Anhaltspunkte zur Auslegung des § 319 ZPO lassen sich den Materialien nicht entnehmen.

Die Vorschrift des § 280 des Entwurfs gelangte nach den Beschlüssen der ersten Lesung (4) unverändert zur Annahme (5) und wurde als § 290 Bestandteil der Zivilprozessordnung vom 30. Jan. 1877.

Sachliche Änderungen dieser Vorschrift haben auch später nicht stattgefunden (6).

1) Vgl. Hahn, Materialien I S. 607;

vgl. auch die Amtliche Begründung zu § 282 des Entwurfs [Hahn, Materialien I S. 289]; dieselbe führt aus, für ein Erläuterungsverfahren zur Behebung von Dunkelheiten oder Widersprüchen bestehe "kein Bedarf";

2) Hahn, Materialien I S. 607;

3) Hahn, Materialien I S. 607;

4) Hahn, Materialien II S. 916;

5) Hahn, Materialien II S. 1005; ders., aaO S. 1218;

6) Nur die Einordnung der Vorschrift änderte sich: Aus § 290 wurde § 319 ZPO [vgl. die sog. Novelle vom 17. Mai 1898 -RGBl. S. 256- sowie das sog. Ermächtigungsgesetz vom 17. Mai 1898 -RGBl. S. 342-];

D. Reformbestrebungen

Eine Reform des zivilprozessualen Berichtigungsverfahrens ist in jüngerer Vergangenheit (1) nur selten diskutiert worden.

Der "Entwurf einer Zivilprozessordnung" von 1931 (2) spricht nicht von der Berichtigung "ähnlicher offenkundiger Unrichtigkeiten" [§ 319 Abs.1 ZPO], sondern von "ähnlichen Versehen, durch die das vom Gericht Gewollte in dem Urteil unrichtig wiedergegeben wird [§ 311 Abs.1 des Entwurfs]. Durch diese Fassung sollte, wie die Begründung (3) des Entwurfs hervorhebt, einer "unerwünschten Beschränkung der Berichtigungsbefugnis des Gerichts entgegengewirkt werden." Der Entwurf hat teils Zustimmung (4), teils Kritik (5) erfahren. Zum Gesetz ist er nicht gediehen.

Weitere reformatorische Anregungen haben sich mit der Neufassung des § 319 Abs.3 ZPO (6) und mit einer inhaltlichen Ergänzung der Vorschrift (7) befasst.

In jüngster Zeit sind Bestrebungen, die Vorschrift des § 319 ZPO zu reformieren, nicht mehr bekannt geworden (8).

-
- 1) Aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg ist Lobes Vorschlag [DRiZ 1913 Sp. 728] zu erwähnen, sachliche Änderungen der verkündeten, aber noch nicht zugestellten Entscheidung über den Rahmen des § 319 ZPO hinaus zuzulassen; dagegen macht Freytag [S.69] geltend, dies würde der Urteilsverkündung jegliche Bedeutung nehmen;
 - 2) Veröffentlicht durch das Reichsjustizministerium, Berlin 1931;
 - 3) Amtliche Begründung zu §§ 310, 311 des "Entwurfs einer Zivilprozessordnung" [S. 324];
 - 4) Kleinschmidt S. 183;
 - 5) L. Rosenberg [ZZP Bd. 57 S. 243] und Freytag [S.69] bemängeln, der Wortlaut des Entwurfs lasse die Frage der Berichtigung von "Parteiversehen" im Unklaren;
 - 6) Freytag [S.70] will den Ausschluss der Beschwerde [§ 319 Abs.3 Halbs.1 ZPO] auf Fälle beschränken, in denen der Berichtigungsantrag "lediglich mangels eines formellen Fehlers zurückgewiesen wird";
 - 7) L. Rosenberg [ZZP Bd. 57 S. 244] will den Einfluss der Berichtigung auf den Lauf der ordentlichen Rechtsmittelfristen geregelt wissen;
 - 8) Insbesondere geht der "Bericht der Kommission zur Vorbereitung einer Reform der Zivilgerichtsbarkeit" [1961] auf § 319 ZPO nicht ein;

Zweiter Abschnitt

Die Geschichte der Urteilsberichtigung im Verwaltungsprozess

A. Die Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in den deutschen Ländern

I. Die "Vorstufen" deutscher Verwaltungsgerichtsbarkeit gehen auf das 15. Jahrhundert zurück. Zu ihnen zählen die Reichsgerichtsbarkeit, die [preussische] Kammerjustiz und die [süddeutsche] Administrativjustiz.

Reichskammergericht und Reichshofrat haben bis zur Auflösung des Reiches (1806) u.a. Aufgaben wahrgenommen, die heute den Verwaltungsgerichten zugewiesen sind (1). Ob ihre Entscheidungen der Fehlerberichtigung zugänglich waren, liegt jedoch im Dunkeln. Eigenartigerweise erwähnen einschlägige Werke wohl die Deklaration, nicht aber die Emendation reichsgerichtlicher Urteile (2).

Die [preussische] Kammerjustiz, eingeführt durch die Kammergerichtsordnung vom 1. März 1709, verstand sich als Rechtspflege durch Verwaltungsbehörden, zuständig für Klagen und Vergehen, die mit der Militär-, Steuer- und Polizeiverwaltung zusammenhingen (3). Mangels richterlicher Unabhängigkeit ihrer Repräsentanten wird der Kammerjustiz die Eigenschaft, "Vorstufe" deutscher Verwaltungsgerichtsbarkeit zu sein, indes verschiedentlich (4) abgesprochen. Deshalb mag die Frage der Emendation ihrer Entscheidungen offenbleiben.

Kern der Administrativjustiz war die Übertragung der letztinstanzlichen Entscheidung in Verwaltungsstreitigkeiten auf einen Staatsrat oder ein gleichgeordnetes Kollegium (5).

1) Fleiner, Institutionen S. 30;

2) Vgl. Danz S. 611 f.; auch Wetzell [S. 657 Fussn. 21] führt lediglich aus, das Reichskammergericht habe "Deklarationsgesuchen nur höchst selten zu willfahren" geruht;

3) Sellmann, Vorstufen in: Staatsbürger u. Staatsgewalt Bd. 1 S. 40;

4) Vgl. Knauer S. 9f;

Ihre Ausprägung fand sie in den Institutionen des "Geheimen Rates" in Bayern (1) und Württemberg (2) sowie in der Spruchstätigkeit des Hessen-Darmstädtischen "Administrativ - justizhofes" (3). Dass zumindest die Entscheidungen des württembergischen "Geheimen Rates" der Fehlerkorrektur zugänglich waren, steht zu vermuten (4), kann aber mangels Gerichtsqualität auch dieser Institution (5) letztlich offenbleiben.

II. Der Grundstein für eine Verwaltungsgerichtsbarkeit gegenwärtigen Verständnisses wurde erst mit dem badischen "Gesetz vom 5. Okt. 1863, die Organisation der inneren Verwaltung betreffend" (6) gelegt, das die Einrichtung besonderer, mit unabhängigen Richtern besetzter Verwaltungsgerichte vorsah.

-
- 1) Der "Geheime Rat" entschied in letzter Instanz über die "kontentiösen administrativen Gegenstände", d.h. über Streitigkeiten, die heute teils dem öffentlichen, teils dem Privatrecht zugerechnet würden. Seine Entscheidungen bedurften der Bestätigung des Königs [Linder S. 57];
 - 2) Die Entscheidungsbefugnis des 1819 errichteten Rates umfasste Rechtsverletzungen der Minister, der mittleren und der unteren Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts [Linder S. 62]. Sein Verfahren bestimmte sich nach einer am 3. Febr. 1822 erlassenen, nicht publizierten Instruktion [Linder S. 66]. Die Mitglieder des Rates wurden nach Belieben des Landesherrn ernannt und entlassen [Linder S. 76];
 - 3) Der 1832 errichtete "Administrativjustizhof" übte keine wirkliche Rechtsaufsicht über die Verwaltung aus, da gegen seine Entscheidung die Berufung an eine höhere Verwaltungsbehörde [Staatsrat oder Ministerium] möglich war [Linder S. 103];
 - 4) Der "Geheime Rat" war, wie Linder [S.79] ausführt, auf Anrufen einer der beteiligten Parteien berechtigt, seine Entscheidung abzuändern; dieses Recht dürfte die Berichtigungsbefugnis eingeschlossen haben;
 - 5) Wie hier Knauer S. 9; a.A. Linder [S. 72, 76], der hervorhebt, der Rat habe eine verwaltungsgerichtähnliche Stellung eingenommen und sei zwar nicht rechtlich, aber tatsächlich unabhängig gewesen;
 - 6) RegBl. S. 399;

Diesem Anstoss folgte, teils mit beträchtlicher Verzögerung, die Mehrzahl der deutschen Länder (1).

Nach der Ausgestaltung des Berichtigungsverfahrens lassen sich die zwischen 1863 und 1924 ergangenen Verwaltungsgesetze (2) in drei Gruppen zusammenfassen:

1. Eigenständige Berichtigungsregelungen enthielten die Verfahrensordnungen des Königreichs Sachsen, der Grossherzogtümer Oldenburg und Hessen, des Fürstentums Schwarzburg-Sondershausen und des Landes Thüringen.

a) Im Königreich Sachsen konnten Entscheidungen des Kgl. SächsOVGs, die "Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten" (3) aufwiesen, jederzeit ohne mündliche Verhandlung auch von Amts wegen berichtigt werden. Der Berichtigung zugänglich waren neben Urteilen auch bindende Beschlüsse und Verfügungen (4). Gegen den Beschluss, der eine Berichtigung aussprach, war die Beschwerde zulässig; der Beschluss, der einen Berichtigungsantrag zurückwies, war unanfechtbar (5).

Die vorstehende Regelung galt bis zur Errichtung des Landes Thüringen [1921] auch für die Fürstentümer Reuss älterer (6) und jüngerer (7) Linie, die durch Staatsver-

1) Dazu eingehend v. Elbe S. 23 ff.;

2) Nicht verwertet werden konnte das Sachsen-Altenburgische "Gesetz vom 18. März 1912, die Errichtung eines Verwaltungsgerichts betreffend" [GesS. 1912 S...] (Historisches Staatsarchiv Altenburg; nicht ausleihbar);

3) Vgl. §§ 59 Abs.1, 81 Abs.2 des Kgl. Sächsischen Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 19. Juli 1900 [im Wortlaut bei K.ApeltS. 190 u. S. 243];

4) K. Apelt S. 190 f.;

5) K. Apelt S. 191;

6) Vgl. §§ 1 u. 2 Abs.1 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege im Fürstentum Reuss älterer Linie vom 25. Juli 1912 (GesS. S.68) [im Wortlaut bei Knauth S. 332];

7) Vgl. § 27 Abs.1 des Gesetzes über das Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsverfahren vom 17. Juni 1912 (GesS. für das Fürstentum Reuss jüngerer Linie Nr. 807 S.67);

trag vom 22. Jan. 1911 an das Kgl. Sächsische Oberverwaltungsgericht angeschlossen worden waren (1).

- b) Im wesentlichen übereinstimmende Berichtigungsnormen enthielten die Verwaltungsgerichtsgesetze der Grossherzogtümer Oldenburg (2) und Hessen (3) sowie des Fürstentums Schwarzburg-Sondershausen (4): "Schreibfehler, Rechenfehler (5) und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten" durften jederzeit auch von Amts wegen (6) und ohne mündliche Verhandlung vom Gericht (7) verbessert werden. Gegen den Beschluss, der eine Berichtigung aussprach, war die Beschwerde zulässig (8); der Beschluss, der einen Berichtigungsantrag zurückwies, war unanfechtbar (9).

Bemerkenswert an der hessischen Regelung ist die fast wörtliche Übereinstimmung mit § 319 ZPO.

-
- 1) Vgl. v. Elbe S. 52;

der Wortlaut dieses Staatsvertrages ist u.a. in der Ministerialbekanntmachung vom 24. Febr. 1912 des Fürstentums Reuss jüngerer Linie [GesS. Nr. 796 S.19] bekannt gemacht worden;

- 2) Vgl. § 86 des Gesetzes, betreffend die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 9. Mai 1906 (GesBl. S. 693) [zit. nach Knauth S. 99];

- 3) Vgl. Art. 65 des Gesetzes, die Verwaltungsrechtspflege betreffend vom 8. Juli 1911 (RegBl. S. 265);

dagegen enthielt das Hessische Gesetz, betreffend das oberste Verwaltungsgericht vom 11. Jan 1875 (RegBl. S. 45) noch keine Berichtigungsregelung; man behelf sich mit der analogen Anwendung des § 319 ZPO [Keller, VerwArch. Bd. 20 S. 517];

- 4) Vgl. § 39 des Gesetzes, betreffend das Verfahren vor den Bezirksverwaltungsgerichten und dem Landesverwaltungsgericht vom 12. Okt. 1912 (GesS. S. 727);

- 5) Anders Art 65 Abs.1 der Hessischen Regelung: "Rechnungsfehler";

- 6) Anders § 83 der Oldenburgischen Regelung: Nur "von Amts wegen";

- 7) Anders § 39 Abs.1 der Regelung von Schwarzburg-Sondershausen: "...vom Vorsitzenden des Gerichts...";

- 8) In Oldenburg war die Beschwerde binnen 2 Wochen einzulegen [Schultzenstein, VerwArch. Bd.14 S.439];

- 9) In diesem Sinne § 39 Abs.2 S.2 der Regelung von Schwarzburg-Sondershausen und Art. 65 Abs.3 der Hessischen Regelung;

c) Verwickelt waren die Verhältnisse im Gebiet des [späteren]
Landes Thüringen.

Das Grossherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach (1), das Herzogtum Sachsen-Altenburg, das Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen und das Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt (2) hatten durch Staatsvertrag vom 15. Febr. 1910, dem die Herzogtümer Sachsen-Coburg und Gotha (3) am 1. Apr. 1912 beitraten, die Errichtung eines gemeinsamen Thüringischen Oberverwaltungsgerichts als Revisions- und Anfechtungsinstanz nach Massgabe der landesgesetzlichen Bestimmungen jedes Vertragspartners vereinbart. Dieses Oberverwaltungsgericht berichtigte seine Entscheidungen auf Grund einer "Geschäftsordnung" vom 21. Nov. 1912, die von ihm selbst ausgearbeitet und in den Gesetzessammlungen der beteiligten Länder veröffentlicht worden war (4). Nach § 44 Abs. 2 dieser "Geschäftsordnung" konnten "Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten", die in der Entscheidung vorkamen, "jederzeit vom Gericht auch von Amts wegen und ohne mündliche Verhandlung mittels eines auf der Urschrift und den Ausfertigungen zu vermerkenden Beschlusses berichtigt werden."

Auch bei dieser Regelung ist die Ähnlichkeit mit § 319 ZPO unverkennbar (5).

Mit der Bildung des Landes Thüringen [1921] ging das Oberverwaltungsgericht auf den thüringischen Gesamtstaat über

-
- 1) Vgl. das Ausführungsgesetz zum Staatsvertrag über die Errichtung eines gemeinschaftlichen obersten Verwaltungsgerichts vom 10. Juli 1912 [RegBl. S. 625];
 - 2) Vgl. die Ministerial-Bekanntmachung vom 8. Juli 1912, betreffend den Staatsvertrag über die Errichtung eines gemeinschaftlichen obersten Verwaltungsgerichts [GesS. S.59];
 - 3) Vgl. § 1 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages vom 15. Dez. 1910 / 1. Apr. 1912 über die Errichtung eines gemeinschaftlichen obersten Verwaltungsgerichts vom 18. Febr. 1913 [Gemeinschaftliche GesS. für die Herzogtümer Coburg und Gotha Nr. 841];
 - 4) Z.B. im RegBl. für das Grossherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach [96. Jahrgang] 1912 S. 825 [im Wortlaut bei Knauth S. 79];
 - 5) Knauth [Anm. 6 zu § 44 GeschO] betont, diese Vorschrift stimme mit § 319 Abs.1 u.2 ZPO fast wörtlich überein; wegen ihrer Auslegung könne daher auf die zu § 319 ZPO vorliegende Literatur und Rechtsprechung verwiesen werden;

und wurde für alle zum Lande Thüringen gehörenden Staaten zuständig (1). Auch die Urteilsberichtigung erfuhr eine Neuregelung (2). "Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten", die in einer Entscheidung des Bezirksverwaltungsgerichts (3) oder des Oberverwaltungsgerichts (4) vorkamen, konnte der Vorsitzende des Gerichts jederzeit von Amts wegen oder auf Antrag berichtigen. Gegen den Beschluss, der eine Berichtigung aussprach, war die Beschwerde zulässig (5), der eine Berichtigung versagende Beschluss war unanfechtbar (6).

2. Keine eigenständige Berichtigungsregelung, sonder eine Verweisung auf die Vorschriften der Zivilprozessordnung enthielten die Verwaltungsgerichtsgesetze des Königreichs Württemberg (7), der Hansestädte Lübeck (8) und Hamburg (9), des Landes Mecklenburg-Schwerin (10), des Freistaates Meck-

1) Fleiner, Institutionen S. 242 f. Fussn. 17;

2) Vgl. §§ 64 ff. des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 30. Mai 1923 (GesS. für Thüringen 1923 S. 393);

3) Vgl. § 64 des zit. Gesetzes;

4) Vgl. § 66 des zit. Gesetzes;

5) Vgl. § 64 S. 2 des zit. Gesetzes;

6) Vgl. § 64 S. 3 des zit. Gesetzes;

7) Nach Art. 72 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 16. März 1876 (RegBl. S. 485) fanden auf das Verfahren vor den Verwaltungsgerichten "die Vorschriften der jeweils bestehenden bürgerlichen Prozessordnung entsprechende Anwendung";

Goez [S. 592] führte dazu aus, es unterliege keinem Anstand, bezüglich des Berichtigungsverfahrens auf die Vorschriften der ZPO zurückzugreifen;

8) Nach § 32 Abs. 2 des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 6. Dez. 1916 (Sammlung der Lübeckischen Gesetze und Verordnungen Bd. 83 Nr. 167) fanden "auf die Berichtigung und Ergänzung des Urteils...die Vorschriften der §§ 319, 321 ZPO entsprechende Anwendung";

9) Nach §§ 38 Abs. 4, 50 Abs. 1 S. 1 des Gesetzes über Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 2. Nov. 1921 (Ges.-u. VOBl. S. 585) fanden auf die Berichtigung und Ergänzung verwaltungsgerichtlicher Urteile "die Vorschriften der §§ 319 und 321 ZPO entsprechende Anwendung";

10) Nach § 60 Abs. 4 des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 3. März 1922 (RegBl. S. 211) fanden "auf die Berichtigung und Ergänzung des Urteils...die Vorschriften des § 319 Abs. 1 u. 2 und des § 321 ZPO entsprechende Anwendung";

lenburg-Strelitz (1) und der Hansestadt Bremen (2).

3. Weder eine eigenständige Berichtigungsregelung noch eine Verweisung auf die Vorschriften der ZPO enthielten die Verwaltungsgerichtsgesetze des Grossherzogtums Baden (3), der Königreiche Preussen (4) und Bayern (5), der Herzogtümer Anhalt (6), Braunschweig (7) und Sachsen-Meiningen (8), des Fürstentums Lippe (9) und Elsass-Lothringens (10).

-
- 1) Nach § 42 Nr. 2 des Gesetzes vom 17. Aug. 1922 über das Verwaltungsstreitverfahren im Freistaat Mecklenburg-Strelitz (Amtlicher Anzeiger S. 473) waren "die Vorschriften der ZPO über Berichtigung und Ergänzung des Urteils (§§ 319 Abs. 1 u. 2, 320 u. 321)...ergänzend und sinngemäss anzuwenden";
 - 2) Nach § 46 Abs. 4 des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 6. Jan. 1924 (GesBl. S. 23) fanden "auf die Berichtigung und Ergänzung des Urteils...die Vorschriften der §§ 319 und 321 ZPO entsprechende Anwendung";
 - 3) Gesetz vom 5. Okt. 1863, die Organisation der inneren Verwaltung betreffend (RegBl. S. 399);
Gesetz vom 24. Febr. 1880, den Verwaltungsgerichtshof und das verwaltungsgerichtliche Verfahren betreffend (Ges.-u. VOBl. S. 29);
 - 4) Gesetz, betreffend die Verfassung der Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsstreitverfahren vom 3. Juli 1875 (GesS. S. 375);
 - 5) Gesetz vom 8. Aug. 1878 betreffend die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes und das Verfahren in Verwaltungsrechtssachen (Ges.-u. VOBl. S. 369);
 - 6) Gesetz, die Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsstreitverfahren betreffend vom 27. März 1888 (GesS. Nr. 777 S. 41);
 - 7) Gesetz, betreffend die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 (Gesetz- und Verordnungs-Sammlung für die Herzoglich Braunschweigischen Lande 82. Jahrgang 1895 S. 79);
 - 8) Gesetz, betreffend das Verwaltungsstreitverfahren vom 15. März 1897 (Sammlung der landesherrlichen Verordnungen Bd. 23 S. 193);
 - 9) Gesetz, die Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsstreitverfahren betreffend vom 9. Febr. 1898 (GesS. Bd. 14 Jahrgang 1896-1899 S. 281);
 - 10) Gesetz über die Einrichtung der Verwaltung vom 30. Dez. 1871 (zit. nach W. Rosenberg, Reform S. 811);
eine eigentliche Verwaltungsgerichtsbarkeit existierte in Elsass-Lothringen nicht [Fleiner, Institutionen S. 242 f. Fussn. 17]; Verwaltungsrechtsprechung wurde vielmehr durch Verwaltungsbehörden [Kaiserliche Räte] betrieben;

Aus dem Fehlen gesetzlicher Bestimmungen darf indes nicht geschlossen werden, dass in den angeführten Ländern eine Berichtigung verwaltungsgerichtlicher Urteile ausgeschlossen gewesen sei.

In Preussen z.B. hat die Rechtsprechung (1) unter Zustimmung der Literatur (2) auf die Urteilsberichtigung im Verwaltungsstreitverfahren die dem § 319 ZPO zugrunde liegende "allgemein gültige Regel des Prozessrechts" angewandt.

In Bayern hat zumindest die Literatur den Erkenntnis, dass das verwaltungsgerichtliche Verfahren durch das [zit.] Gesetz vom 8. Aug. 1878 (Ges.-u.VOBl. S. 369) nicht erschöpfend, sondern nur bruchstückweise geregelt worden sei (3), die Vorschrift des § 319 ZPO als im Verwaltungsstreitverfahren entsprechend anwendbar angesehen (4).

In Baden, Anhalt, Braunschweig, Sachsen-Meiningen und Lippe werden die Dinge, wie sich vermuten (5) lässt, nicht anders gelegen haben.

-
- 1) PROVGE Bd. 49 S. 436 (Urt. vom 1. Nov. 1906) ;
 PROVGE Bd. 55 S. 498 (Beschl. vom 25. Nov. 1909) ;
 PROVGE Bd. 59 S. 465 (Urt. vom 19. Sept. 1910) ;
 PROVGE Bd. 64 S. 578 (Bescheid vom 17. Juni 1913) ;
 - 2) Friedrichs, LVerwG § 79 Anm. 10;
 ders., VerwArch. Bd. 6 S. 507 mit zahlreichen Nachweisen;
 Kunze S. 101;
 Schultzenstein, VerwArch. Bd. 20 S. 40;
 - 3) Seydel-Piloty S. 446;
 - 4) Dyroff S. 647;
 Seydel-Piloty S. 448 Anm. 13;
 - 5) Z.B. sind die das Verfahren regelnden Bestimmungen des Braunschweigischen Gesetzes vom 5. März 1895 (Ges.-u. VGSammI. S. 79) fast wörtlich dem preussischen Landesverwaltungs-gesetz vom 30. Juli 1883 (GesS. S. 195) entnommen [Radkau, VerArch. Bd. 4 S. 424]; dies legt die Vermutung nahe, dass man in Braunschweig hinsichtlich der Urteilsberichtigung ähnlich wie in Preussen verfahren ist [zwh.];

B. Die Neuordnung der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach dem Zusammenbruch [1945]

I. Die Urteilsberichtigung nach den Verwaltungsgerichtsgesetzen der Besatzungszonen

Die nach dem Zusammenbruch des Reiches und dem vorübergehenden Stillstand der Verwaltungsrechtspflege (1) auf Betreiben der Zonenbefehlshaber (2) in den Besatzungszonen erlassenen Gesetze und Verordnungen lassen sich, was die Ausgestaltung des Berichtigungsverfahrens betrifft, in drei Gruppen zusammenfassen:

Das Land Württemberg-Hohenzollern (3) erklärte die Vorschriften der Zivilprozessordnung für anwendbar.

Die Länder Baden (4) und Berlin (5) erklärten diejenigen Vorschriften für anwendbar, die am 30. Jan. 1933 in dem jeweiligen Land in Kraft waren.

Dagegen enthielten die Gesetze Bayerns (6), Bremens (7),

-
- 1) Durch Gesetz Nr. 2 der Militärregierung Deutschland (Amtsblatt Nr. 3 S. 4) waren die noch bestehenden Verwaltungsgerichte im Reich und in den Ländern zunächst geschlossen worden;
 - 2) Durch Gesetz Nr. 36 des Kontrollrats vom 10. Okt. 1946 (Amtsblatt Nr. 11 S. 61) war die Wiedererrichtung der Verwaltungsgerichte in den einzelnen Besatzungszonen und in Berlin angeordnet worden;
 - 3) Vgl. § 19 der Rechtsanordnung über die Verwaltungsrechtspflege vom 19. Aug. 1946 (Amtsblatt des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns S. 224);
 - 4) Vgl. § 13 der Landesverordnung über den Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 30. März 1947 (Amtsblatt der Landesverwaltung Baden S. 89);
 - 5) Vgl. das Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 8. Juni 1951 (VOBl. Berlin I S. 46);
 - 6) Vgl. § 83 des Gesetzes Nr. 39 über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 25. Sept. 1946 (GVBl. S. 281);
 - 7) Vgl. § 83 des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 5. Aug. 1947 (GesBl. S. 171);

Hessens (1), des Landes Rheinland-Pfalz (2), des Saarlandes (3), Württemberg-Badens (4), des [späteren] Landes Baden-Württemberg (5) und der Länder der Britischen Zone (6) eigenständige Berichtungsnormen folgenden - übereinstimmenden (7) - Wortlauts:

"Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten im Urteil kann das Gericht jederzeit durch Beschluss berichtigen."

-
- 1) Vgl. § 83 des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 31. Okt. 1946 (Ges.-u.VOB1. für Gross - Hessen S. 194);
 - 2) Vgl. § 69 des Landesgesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 14. Apr. 1950 (Ges.-u.VOB1. I S.103);
 - 3) Vgl. § 69 des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 10. Juli 1951 (Amtsblatt II S. 1075);
 - 4) Vgl. § 83 des Gesetzes Nr. 110 über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 16. Okt. 1946 (RegBl. S. 221);
 - 5) Vgl. § 83 des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 7. Mai 1958 (GesBl. S. 140);
 - 6) Vgl. § 79 der Verordnung Nr. 165 der Militärregierung vom 15. Sept. 1948 (Amtsblatt der Militärregierung Deutschland - Britisches Kontrollgebiet - S. 799);
 - 7) Einen abweichenden Wortlaut enthielt § 50 des Gesetzes über das Bundesverwaltungsgericht vom 23. Sept. 1952 (BGB1. I S. 625), der von "sonstigen offenbaren Unrichtigkeiten" sprach;

II. Die Materialien zu § 118 VwGO

Der von einem Ausschuss der Vereinigung der Präsidenten der Verwaltungsgerichte des Bundesgebietes im Winter 1949/1950 erarbeitete und den Wünschen der Arbeitsgemeinschaft der Innenminister der Bundesländer angepasste "Entwurf einer Bundesverwaltungsgerichtsordnung" (1) sah folgende Berichtigungsnorm [§ 114] vor:

"Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten im Urteil sind jederzeit vom Gericht zu berichtigen.

Über die Berichtigung kann ohne vorgängige mündliche Verhandlung entschieden werden. Der Berichtigungsbeschluss wird auf dem Urteil und den Ausfertigungen vermerkt."

Der Entwurf wurde als Regierungsvorlage am 15. Apr. 1953 dem ersten (2), am 12. Apr. 1954 dem zweiten (3) und am 5. Dez. 1957 dem dritten deutschen Bundestag (4) unterbreitet. Die Amtliche Begründung des Entwurfs (5) führt zu der Berichtigungsregelung [nunmehr § 117] aus, diese Vorschrift sei dem § 319 Abs. 1 und 2 ZPO nachgebildet. Zum Unterschied von § 319 Abs. 3 ZPO sei auch gegen den Beschluss, der einen Antrag auf Berichtigung zurückweise, die Beschwerde zugelassen.

Der Bundestag verwies den Entwurf in erster Lesung ohne Erörterung an den Rechtsausschuss [federführend] und an den Aus -

1) Veröffentlicht als Beilage zu DVBl. Nr. 18/1951 [nach S. 568];

2) BT-Drucksache Nr. 4278 vom 15. Apr. 1953;

3) BT-Drucksache Nr. 462 vom 12. Apr. 1954;

4) BT-Drucksache Nr. 55 vom 5. Dez. 1957;

5) BT-Drucksache Nr. 55 vom 5. Dez. 1957 [S. 43];

schuss für Inneres (1). Der Rechtsausschuss nahm § 117 des Entwurfs ohne Diskussion an (2); auch sein schriftlicher Bericht (3) nimmt zu dieser Vorschrift nicht Stellung. Der deutsche Bundestag nahm in zweiter Lesung (4) die §§ 101 - 129 VwGO en bloc ohne Diskussion an. In dritter Lesung (5) wurde die VwGO mit Mehrheit angenommen, ohne dass § 117 des Entwurfs erörtert worden wäre. Spätere Beanstandungen des Bundesrates (6) betrafen nicht das Berichtigungsverfahren.

Damit ist § 114 des Entwurfs von 1951 [als § 118 VwGO] unverändert und unerörtert Bestandteil der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. Jan. 1960 [BGBI. I S. 17] geworden.

C. Reformbestrebungen

Neben den Versuchen, die Berichtigung von Verwaltungsakten gesetzlich zu regeln (7), verdient im vorliegenden Zusammenhang lediglich der "Entwurf eines Verwaltungsgerichtsgesetzes zur Vereinheitlichung der VwGO, der FGO und des SGG" ["Speyerer Entwurf"] (8) Erwähnung. Diesem Entwurf schwebt als Ziel ein einheitliches Prozessgesetz vor, welches das Verfahren für die drei Gerichtsbarkeiten durch gemeinsam geltende Vorschriften regelt (9). Das Berichtigungsverfahren normiert § 145 dieses Entwurfs in einer § 107 FGO wörtlich entsprechenden Fassung (10).

-
- 1) Dies geschah in der 6. Sitzung des Bundestags am 12. Dez. 1957 (Stenographische Berichte Bd. 39 S. 214);
 - 2) Das stenographische Protokoll der 48. Sitzung des 12. Rechtsausschuss des Bundestages vom 5. Febr. 1959 (S. 50) [nicht veröffentlicht] vermerkt zu § 117 des Entwurfs lediglich: "Wird angenommen";
 - 3) BT-Drucksache Nr. 1094 vom 12. Mai 1959;
 - 4) Dies geschah in der 85. Sitzung des Bundestags am 23. Okt. 1959 (Stenographische Berichte Bd. 44 S. 4603);
 - 5) Vgl. die 89. Sitzung des Bundestags am 11. Nov. 1959 (Stenographische Berichte Bd. 44 S. 4847);
 - 6) Vgl. Stenographische Berichte [BR] 1959/60 S. 234 ff.;
 - 7) Vgl. § 38 des "Entwurfs eines Verwaltungsverfahrensgesetzes" [BR-Drucksache Nr. 227 vom 23. März 1973];
 - 8) Bd. 40 der Schriftenreihe der Hochschule Speyer [Berlin 1969];
 - 9) Rohwer-Kahlmann, SGB. 1968 S. 269;
 - 10) So die Begründung [S. 237] des Entwurfs;

Dritter Abschnitt

Die Geschichte der Urteilsberichtigung im Finanzprozess

A. Vorstufen und Beginn einer eigenständigen deutschen Finanzgerichtsbarkeit

Auf fiskalischem Gebiet hat sich der Staat besonders ausdauernd gegen die Möglichkeit gewehrt, die Rechtmässigkeit seiner Massnahmen gerichtlicher Kontrolle zu unterwerfen. Z.B. bestimmte § 78 II 14 des Preussischen Allgemeinen Landrechts, dass "über die Verbindlichkeit zur Entrichtung allgemeiner Abgaben kein Prozess" statfinde. Ähnlich ordnete § 24 Abs. 2 des Preussischen Edikts über die Einführung einer allgemeinen Gewerbesteuer vom 28. Okt. 1810 [GesS. S. 79] an, dass für Beschwerden über die Höhe oder die Unrichtigkeit der angesetzten Gewerbesteuer "der Weg Rechts" nicht statfinde (1).

Als Vorläufer einer Finanzgerichtsbarkeit modernen Verständnisses können allenfalls die Steuerausschüsse, Einschätzungs- und Veranlagungskommissionen gelten, die in den deutschen Ländern zur Entscheidung über Einwendungen gegen Steuerfestsetzungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts errichtet wurden (2). Dabei handelte es sich indes nur um ein verwaltungsinternes Prüfungsverfahren, dem keine Gerichtsqualität zukam (3). Ob Entscheidungen jener Ausschüsse und Kommissionen der Fehlerberichtigung zugänglich waren, kann deshalb offenbleiben.

Mit der Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in den deutschen Bundesstaaten wurden die obersten Verwaltungsgerichtshöfe zur letztinstanzlichen Entscheidung in Steuersachen berufen (4). Hinsichtlich der Korrektur der Entscheidungen dieser Gerichte darf auf das an früherer Stelle Ausgeführte verwiesen werden.

-
- 1) Dieses Beispiel führt auch Sellmann, Vorstufen in: Staatsbürger u. Staatsgewalt Bd. I S. 69 an;
 - 2) Ziemer-Birkholz, FGO Einl. S. 63 Rdnr. 1;
 - 3) Görg-Müller, FGO Einl. S. XX ;
 - 4) Knauer S. 12;

Der Grundstein zu einer eigenständigen deutschen Finanzgerichtsbarkeit wurde erst mit dem "Gesetz über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes" vom 26. Juli 1918 [RGBl. I S. 959] (1) gelegt, das die Errichtung eines unabhängigen obersten Rechtstribunals anordnete (2).

Die Berichtigung der Entscheidungen des Reichsfinanzhofes bestimmte sich vor dem Erlass der Reichsabgabenordnung nach einer "Bekanntmachung, betreffend den Erlass einer Reichsfinanzhofordnung" vom 21. Sept. 1918 (3). Nach § 34 Abs. 1 S. 1 dieser "Bekanntmachung" konnten "Schreibfehler, Rechenfehler und andere offenbare Unrichtigkeiten im Urteil....vom Senate jederzeit berichtigt werden." Gemäss § 34 Abs. 1 S. 2 der "Bekanntmachung" war der Berichtigungsbeschluss "auf der Entscheidung und den Ausfertigungen zu vermerken."

Die Ähnlichkeit dieser Vorschrift mit § 319 Abs. 1 u. 2 ZPO liegt auf der Hand.

Der "Entwurf einer Reichsabgabenordnung" vom 6. Aug. 1919 (4) bestimmte [§ 74 Abs. 3], dass "Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten" auch nach der Bekanntgabe oder Verkündung der Verfügung berichtigt werden konnten. Die Amtliche Begründung zu § 74 dieses Entwurfs (5) führt aus, diese Vorschrift lasse die Änderung einer Verfügung noch nach ihrer Bekanntgabe "schlechthin" zu, soweit es sich um "Schreibfehler oder dergleichen" handele.

-
- 1) Dieses Gesetz enthielt keine verfahrensregelnden Bestimmungen; vielmehr überliess § 18 die Regelung des Verfahrens dem Bundesrat;
 - 2) Dazu eingehend: Ziemer-Birkholz, FGO Einl. S. 63 f. [Rdnr. 3 ff.];
 - 3) RGBl. I S. 1119;
 - 4) Aktenstück Nr. 759 zu den Stenographischen Berichten Bd. 338 Session 1919/20;
 - 5) Aktenstück Nr. 759 zu den Stenographischen Berichten Bd. 338 Session 1919/20 [S. 583];

Die Deutsche Nationalversammlung hat § 74 Abs.3 des Entwurfs weder in erster (1) noch in zweiter (2) Lesung diskutiert. In dritter (3) Lesung sind die §§ 47 - 87 des Entwurfs en bloc angenommen worden; eine Erörterung dieser Vorschriften fand nicht statt.

Nach seiner Stellung im System der Reichsabgabenordnung vom 13. Dez. 1919 [RGBl. I S. 1993] betraf § 74 Abs.3 [der spätere § 92 Abs.3] an sich nur die Korrektur behördlicher Verfügungen. Die Vorschrift ist indes von Rechtsprechung (4) und Schrifttum (5) später einhellig auch auf die Berichtigung gerichtlicher Entscheidungen angewendet worden. Ihre Ähnlichkeit mit § 319 Abs.1 ZPO ist unverkennbar (6).

Mit der Einführung der schrankenlosen Fehlerberichtigung durch § 19 Abs.3 der "Steuervereinfachungsverordnung" vom 14. Sept. 1944 (7) wurde die Berichtigungsnorm der Reichsabgabenordnung praktisch gegenstandslos (8). Den Zusammenbruch des Reiches [1945] hat § 19 Abs.3 StVVO allerdings nicht überlebt (9).

- 1) Dies geschah in der 77., 78. und 79. Sitzung der Deutschen Nationalversammlung am 12., 13. und 14. Aug. 1919 [Stenographische Berichte Bd. 329 S. 2347 ff., 2379 ff., 2421 ff.];
- 2) Dies geschah in der 116. und 117. Sitzung der Deutschen Nationalversammlung am 22. und 24. Nov. 1919 [Stenographische Berichte Bd. 331 S. 3669 ff., 3701 ff.];
- 3) Dies geschah in der 120. Sitzung der Deutschen Nationalversammlung am 27. Nov. 1919 [Stenographische Berichte Bd. 331 S. 3783 ff., 3815 ff.];
- 4) Vgl. RFH StW 1931 II Sp. 688 (Beschl. vom 24. März 1931); BFHE Bd. 80 S. 318 (Urt. vom 28. Aug. 1964);
- 5) Vgl. Wennrich, DStZ 1955 A S. 149 [150];
- 6) Ostendorf [DStZ 1957 S. 51] betont sogar, die Vorschrift sei "dem § 319 ZPO wörtlich nachgebildet"; Ähnlich BFHE Bd. 58 S. 585 (Urt. vom 18. Febr. 1954);
- 7) RGBl. I S. 202;
- 8) Der "Erlass des Reichsministers der Finanzen vom 20. Dez. 1944 betreffend Vereinfachungen bei der Vermögensbesteuerung" [RStBl. S. 763] führt aus, § 19 Abs.3 StVVO diene dazu, "die komplizierten Vorschriften der Reichsabgabenordnung über die Fehlerberichtigung durch eine einfache Vorschrift zu ersetzen";
- 9) Vgl. OFH StW 1948 Sp. 53 (Urt. vom 4. Mai 1948) ["mit rechtsstaatlichen Grundsätzen unvereinbar"];

B. Die Neuordnung der Finanzgerichtsbarkeit nach dem Zusammenbruch [1945]

I. Die Urteilsberichtigung nach den Finanzgerichtsordnungen der westdeutschen Länder

Nach dem Zusammenbruch des Reiches [1945] ordnete Art. I des Kontrollratsgesetzes Nr. 36 vom 10. Okt. 1946 (1) die Wiederrichtung von Verwaltungsgerichten in den deutschen Ländern und in Berlin an. Hierin lag zugleich die Ermächtigung zur Errichtung von Finanzgerichten als besonderen Verwaltungsgerichten (2).

Die in der Folgezeit in den Besatzungszonen und in Berlin erlassenen Gesetze und Verordnungen nahmen, soweit sie überhaupt verfahrensregelnde Vorschriften enthielten, auf die Regelung der Reichsabgabenordnung Bezug (3). Eigenständige Urteilsberichtigungsnormen fanden sich nirgends.

-
- 1) Amtsblatt des Kontrollrats S. 61;
 - 2) Ziemer-Birkholz, FGO Einl. S. 64 [Rdnr. 7];
 - 3) Britische Zone: § 21 Abs. 1 der Militärregierungsverordnung Nr. 175 [VOBl. der Britischen Zone 1948 S. 385];
Württemberg-Hohenzollern: § 5 der Rechtsanordnung über die Wiedereinführung des Berufungsverfahrens in Steuer-sachen und über die Errichtung eines Finanzgerichts vom 21. März 1947 [RegBl. S. 102];
Württemberg-Baden: Erlass des Finanzministeriums Württemberg-Baden vom 9. Aug. 1947 betreffend die Wiedereinführung des Berufungsverfahrens [Finanz und Steuer 1947 I S. 169];
Baden: §§ 1 u. 2 der Landesverordnung zum Vollzug des Kontrollratsgesetzes Nr. 36 über Verwaltungsgerichte vom 25. Aug. 1948 [GVBl. S. 111];
Rheinland-Pfalz: § 3 des Landesgesetzes über die Errichtung eines Finanzgerichts für das Land Rheinland-Pfalz vom 11. Aug. 1949 [GVBl. I S. 338];
Berlin: §§ 28, 29 des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 8. Jan. 1951 [GVBl. I S. 46];
§ 29 dieses Gesetzes bezog die Finanzgerichtsbarkeit in den Rahmen der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit ein;
Vgl. ferner: § 2 des Gesetzes über den Bundesfinanzhof vom 29. Juni 1950 [BGBl. I S. 257];

II. Die Materialien zu § 107 FGO

Der dem zweiten deutschen Bundestag zugeleitete "Regie - rungsentwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Finanzgerichtsbarkeit" vom 20. Apr. 1955 (1) enthielt die folgende Berichtigungsvorschrift [§ 95] :

"Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten sind jederzeit vom Gericht, in einfach liegenden Fällen durch den Vorsitzenden, durch Beschluss zu berichtigen.

Über die Berichtigung kann ohne vorherige mündliche Verhandlung entschieden werden. Der Berichtigungsbeschluss wird auf dem Urteil und den Ausfertigungen vermerkt."

Die Amtliche Begründung (2) zu dieser Vorschrift führt lediglich aus, die Möglichkeit, Schreibfehler etc. zu berichtigen, sei bereits in der Reichsabgabenordnung [§ 92] vorgesehen. Die Möglichkeit, Entscheidungen v o r ihrer Bekanntgabe zu ändern, ergebe sich aus allgemeinen verfahrensrechtlichen Grundsätzen.

Der Entwurf wurde vom zweiten deutschen Bundestag nicht mehr verabschiedet, sondern führte nur zur vorläufigen Regelung der Stellung der Finanzgerichte durch ein Gesetz, das keine Berichtigungsvorschrift enthielt (3).

Auch in der dritten Legislaturperiode gedieh der wenig veränderte (4) Entwurf nicht zum Gesetz.

Der in der vierten Legislaturperiode erneut eingebrachte, überarbeitete und an die zwischenzeitlich in Kraft getretene VwGO angepasste Entwurf (5) übernahm [§ 103] im we -

-
- 1) BT-Drucksache Nr. 1716 vom 20. Apr. 1955;
 - 2) BT-Drucksache Nr. 1716 vom 20. Apr. 1955 [S. 25 ff.];
 - 3) "Gesetz über Massnahmen auf dem Gebiet der Finanzgerichtsbarkeit" vom 22. Okt. 1957 [BGBl. I S. 1746];
 - 4) BT-Drucksache Nr. 127 vom 10. Jan. 1958;
 - 5) BT-Drucksache Nr. 1446 vom 2. Aug. 1963;

sentlichen die Regelung des Regierungsentwurfs vom 20. Apr. 1955; lediglich das Berichtigungsrecht des Vorsitzenden "in einfach liegenden Fällen" entfiel. Die Amtliche Begründung zu § 103 des Entwurfs (1) betont, diese Vorschrift sei "dem § 118 VwGO angepasst worden."

Der Entwurf wurde vom Bundestag in erster Lesung (2) ohne Aussprache an den Rechtsausschuss [federführend] und den Finanzausschuss überwiesen. Der Rechtsausschuss nahm § 103 des Entwurfs ohne Diskussion an (3); sein schriftlicher Bericht (4) geht auf diese Vorschrift ebenfalls nicht ein. Auch in zweiter (5) und dritter (6) Lesung fand die Berichtigungsregelung des Entwurfs keine Beachtung. Spätere Beanstandungen des Bundesrates (7) betrafen ebenfalls nicht das Berichtigungsverfahren.

Damit ist § 103 des Entwurfs unverändert und unerörtet [als § 107] Bestandteil der Finanzgerichtsordnung vom 6. Okt. 1965 [BGBI. I S. 1477] geworden (8).

C. Reformbestrebungen

Auf dem Gebiet der Finanzgerichtsbarkeit sind, von dem bereits an früherer Stelle erwähnten "Speyerer Entwurf" abgesehen, Bestrebungen, den § 107 FGO zu reformieren, nicht in Erscheinung getreten.

-
- 1) BT-Drucksache Nr. 1446 vom 2. Aug. 1963 [S. 3 ff.];
 - 2) Dies geschah in der 84. Sitzung des Bundestags am 9. Okt. 1963 [Stenographische Berichte Bd. 53 S. 4116];
 - 3) Das stenographische Protokoll der 113. Sitzung des 12. Rechtsausschusses des Bundestags vom 13. Mai 1965 [S. 29] (nicht veröffentlicht) vermerkt zu §§ 103 - 105 des Entwurfs lediglich: "Zustimmung in der Fassung des Finanz- bzw. Unterausschusses";
 - 4) BT-Drucksache Nr. 3523 vom 9. Juni 1965;
 - 5) Dies geschah in der 121. Sitzung des Bundestags vom 23. Juni 1965 [Stenographische Berichte Bd. 59 S. 9604 ff.];
 - 6) Wie vor [Anm. 5];
 - 7) BR-Drucksache Nr. 371 vom 9. Juli 1965;
 - 8) Dass Urteile seit Inkrafttreten der FGO nur noch nach § 107 FGO korrigiert werden können, hebt Teichner [Information 1966 S. 439 Fussn. 11] hervor;

Vierter Abschnitt

Die Geschichte der Urteilsberichtigung im Sozialgerichtsprozess

Berichtigungsregelungen der im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert ergangenen Sozialversicherungs- und Versor - gungsgesetze

- I. Eine Sozialgerichtsbarkeit im Sinne eines besonderen Zweiges der Verwaltungsgerichtsbarkeit ist erst mit dem Erlass der Sozialversicherungs- und Versorgungsgesetze des ausgehenden 19. Jahrhunderts entstanden (1).

Die Mehrzahl dieser Gesetze enthielt keine eigenständige Berichtigungsnorm (2). Die Rechtsprechung (3) behalf sich in - soweit mit der sinngemässen Anwendung des § 290 [a.F.] ZPO.

Vereinzelte (4) fanden sich aber auch Vorschriften, nach welchen "Schreib- und Rechenfehler sowie ähnliche offenbare Unrichtigkeiten", die in dem jeweiligen Bescheid oder Urteil

1) Knauer S. 13;

2) Eine erschöpfende Aufzählung dieser Gesetze erscheint nicht sinnvoll. Auf Einzelne wird im Folgenden einzugehen sein;

3) Vgl. RVA AN 1892 S. 329 [Rekursentscheid vom 9. Mai 1892] betr. die Berichtigung der Entscheidungen der Schiedsgerichte nach dem Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 [RGBl. S. 69];

RVA AN 1893 S. 70 [Urt. vom 23. Jan. 1893] betr. die Berichtigung der Entscheidungen der Schiedsgerichte nach dem Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889 [RGBl. S. 97];

RVA AN 1911 S. 451 [Rekursentscheid vom 17. Dez. 1910] betr. die Berichtigung der Entscheidungen der Schiedsgerichte nach dem Gesetz, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben tätigen Personen vom 5. Mai 1886 [RGBl. S. 132];

4) Vgl. §§ 264, 274, 296 des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dez. 1911 [RGBl. S. 989];

vgl. ferner § 137 des Gesetzes über das Verfahren in Versorgungssachen vom 10. Jan. 1922 [RGBl. I S. 59];

vgl. endlich §§ 281, 294, 296 des Gesetzes zur Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Reichsversicherungsordnung vom 10. Nov. 1922 [RGBl. I S. 849];

vorkamen, "jederzeit auf Antrag oder von Amts wegen" berichtigt werden konnten. Ob zu berichtigen war, entschied zum Teil der Vorsitzende (1), zum Teil die Gesamtheit der Mitglieder des Gerichts, die das Urteil unterzeichnet hatten (2). Die Verfügung, die eine Berichtigung ablehnte, war unanfechtbar; gegen die Verfügung, welche eine Berichtigung aussprach, war die Beschwerde (3) statthaft.

Die sachliche Ähnlichkeit dieser Regelungen mit § 319 ZPO liegt auf der Hand.

- II. Durch das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 [RGL. S. 69] wurde das Reichsversicherungsamt als Rekursinstanz gegen die Berufungsurteile der Schiedsgerichte auf dem Gebiet der Unfallversicherung geschaffen. Das Reichsversicherungsamt war eine Verwaltungsbehörde mit "verwaltungsgerichtlichem Gepräge", und sah seine Tätigkeit von vornherein zum grossen Teil als eine "verwaltungsgerichtliche" an (4).

Das Reichsversicherungsamt berichtigte seine Urteile zunächst in entsprechender Anwendung des § 290 [a.F.] ZPO (5). An Stelle dieser Analogie trat später § 45 der "Verordnung, betreffend den Geschäftsgang und das Verfahren des Reichsversicherungsamtes" vom 19. Okt. 1900 [RGL. S. 983]. Nach dieser Vorschrift konnten "Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche offenkundige Unrichtigkeiten" im Urteil "jederzeit auch von Amts wegen" berichtigt werden.

-
- 1) So § 264 Abs.2 S.1 des zit. Gesetzes vom 20. Dez. 1911 [RGL. S. 989];
so ferner § 281 Abs.2 des zit. Gesetzes vom 10. Nov. 1922 [RGL. I S. 849];
 - 2) So § 137 Abs.2 S.1 des zit. Gesetzes vom 10. Jan. 1922 [RGL. I S. 59];
 - 3) So § 264 Abs.2 S.3 u. Abs.3 des zit. Gesetzes vom 20. Dez. 1911 [RGL. S. 989];
so ferner § 137 Abs.4 des zit. Gesetzes vom 10. Jan. 1922 [RGL. I S. 59];
so endlich § 281 Abs.3 S.2 u. Abs.4 des zit. Gesetzes vom 10. Nov. 1922 [RGL. I S. 849];
 - 4) Eine Würdigung der Tätigkeit des Reichsversicherungsamtes, seiner Aufgaben und seiner Besetzung findet sich insbesondere bei Knoll [Entwicklung, in: Staatsbürger u. Staatsgewalt Bd. I S. 92 ff];
 - 5) Vgl. RVA AN 1887 S.166 [Beschl. vom 7. Juni 1887];

Mit der in § 319 Abs. 1 u. 2 ZPO getroffenen Regelung stimmte diese Vorschrift, die bis zum Erlass der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 [RGBl. S. 509] Gültigkeit behielt, fast wörtlich überein.

II. Der "Entwurf einer Reichsversicherungsordnung" vom 12. März 1910 (1) sah eine Berichtigungsregelung [§ 1636] vor, die im wesentlichen der des § 45 der zit. Verordnung vom 19. Okt. 1900 entsprach und letztere lediglich um eine Beschwerderegelung ergänzte.

Die Amtliche Begründung (2) zu § 1636 des Entwurfs führt aus, diese Bestimmung sei "der Vorschrift des § 319 ZPO nachgebildet und den besonderen Bedürfnissen des Verfahrens in Sachen der Reichsversicherung angepasst worden." Ihre Ähnlichkeit mit § 319 ZPO ist augenfällig.

Vom Deutschen Reichstag ist § 1636 des Entwurfs in erster Beratung (3) nicht erörtert und in zweiter Beratung (4) ohne Debatte angenommen worden. Er hat mithin unverändert [als § 1673] Eingang in die Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 gefunden.

-
- 1) Aktenstück Nr. 340 zu den Stenographischen Berichten Bd. 274 [2. Session 1909/11];
 - 2) A.a.O. Anlage S. 501;
 - 3) 66. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 18. Apr. 1910 [Stenographische Berichte Bd. 261 - 2. Session 1909/11 - S. 2457 ff.];
 67. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 19. Apr. 1910 [aaO S. 2493 ff.];
 68. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 20. Apr. 1910 [aaO S. 2529 ff.];
 - 4) 181. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 22. Mi 1911 [Stenographische Berichte Bd. 267 - 2. Session 1909/11 - S. 6999];

B. Die Neuordnung der Sozialgerichtsbarkeit nach dem Zusammenbruch [1945]

I. Landesgesetzliche Regelungen

Von den nach dem Zusammenbruch des Reiches [1945] in den westdeutschen Ländern ergangenen Versicherungs- und Versorgungsgesetzen weist - soweit ersichtlich - keines (1) eine eigenständige Berichtungsvorschrift auf.

II. Die Materialien zu § 138 SGG

Der dem Deutschen Bundestag am 19. Mai 1953 zugeleitete "Regierungsentwurf eines Gesetzes über das Verfahren in der Sozialgerichtsbarkeit" (2) sah [§ 86] eine Berichtungsregelung vor, die den heutigen § 138 SGG im Wortlaut vorwegnahm. Die "Amtliche Begründung" (3) zu § 86 des Entwurfs führt aus, diese Vorschrift sei dem § 319 Abs.1 und 2 ZPO nachgebildet. Zum Unterschied von § 319 Abs.3 ZPO sei auch gegen den Beschluss, der einen Antrag auf Berichtigung zurückweise, die Beschwerde zugelassen.

Der Entwurf wurde vom Deutschen Bundestag in erster Lesung am 2. Juni 1953 ohne Aussprache dem Ausschuss für Sozialpolitik [federführend] und dem für Kriegsopferversorgung überwiesen (4). Der schriftliche Bericht des Ausschusses für

1) Allein § 47 des Gesetzes von Württemberg-Hohenzollern über Leistungen an Körperbeschädigte vom 11. Jan. 1949 [RegBl. S. 215] enthielt eine Berichtungsregelung; dieselbe betraf indes die Korektur der Bescheide der Versorgungsämter; auf das Verfahren des Versorgungsgerichts fand gemäss § 48 Abs. 2 des Gesetzes die Vorschrift des § 1673 RVO Anwendung;

2) BT-Drucksache Nr. 4357 vom 19. Mai 1953;

3) BT-Drucksache Nr. 4357 vom 19. Mai 1953 [S. 30];

4) Dies geschah in der 267. Sitzung des Bundestags am 2. Juni 1953 [Stenographische Berichte Bd. 16 S. 13161];

Sozialpolitik (1), der dem Entwurf die Bezeichnung "Sozialgerichtsgesetz" gab, geht auf die Frage der Urteilsberichtigung nicht ein. Auch in zweiter (2) und dritter (3) Lesung wurde die Berichtigungsregelung des Entwurfs nicht erörtert. Spätere Änderungsvorschläge des Bundesrats (4) betrafen andere Probleme.

Damit ist § 86 des Entwurfs unverändert [als § 138] Bestandteil des Sozialgerichtsgesetzes vom 3. Sept. 1953 [BGBl. I S. 1239] geblieben.

C. Reformbestrebungen:

Auf dem Gebiet der Sozialgerichtsbarkeit sind, von dem bereits in früherem Zusammenhang erwähnten "Speyerer Entwurf" abgesehen, Bestrebungen, die Vorschrift des § 138 SGG zu reformieren, nicht bekannt geworden. Versuche, das sozialgerichtliche Verfahren im Ganzen zu modernisieren (5), lassen die Urteilsberichtigung unberührt.

-
- 1) Vgl. die Anlage 3 zu dem stenographischen Bericht der 280. Sitzung des Bundestags vom 3. Juli 1953 [Bd. 17 S. 14160 ff.];

[die stenographischen Protokolle der Sitzungen des Ausschusses für Sozialpolitik konnten nicht verwertet werden, da der Ausschuss unter Berufung auf § 73 Abs. 2 GeschO BT keine Einsicht gewährt];

- 2) Dies geschah in der 280. Sitzung des Bundestags am 3. Juli 1953 [Stenographische Berichte Bd. 17 S. 14075];
- 3) Wie vor [Anm. 2];
- 4) BT-Drucksache Nr. 4662 vom 17. Juli 1953;
- 5) Vgl. den "Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung des Bundessozialgerichts und zur Änderung und Ergänzung des Sozialgerichtsgesetzes mit Begründung" vom 14. März 1969 [BT-Drucksache Nr. 3979];

vgl. ferner den "Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes mit Begründung" vom 7. Jan. 1971 [BR-Drucksache Nr. 25/71];

vgl. endlich den "Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes" vom 23. Apr. 1973 [BR-Drucksache Nr. 300/73];

Zusammenfassung

1. Im Gemeinen Recht galt die Berichtigung von Schreib- und Rechnungsfehlern als zulässig, soweit es sich um Fehlleistungen handelte, die "unwesentlich" waren, dem "Willen" des Richters nicht entsprache, oder deren Korrektur den "Sinn" des Urteils unberührt liess. Nur Fehler des Richters, nicht auch solche der Parteien konnten korrigiert werden. Die Berichtigung war auch von Amts wegen jederzeit zulässig. Sie hatte keinen Einfluss auf den Lauf der ordentlichen Rechtsmittelfristen.

Von der Berichtigung fehlerhafter Urteile unterschied das Gemeine Recht die Erläuterung dunkler, zweideutiger oder widersprüchlicher Entscheidungen.

Den Materialien zu § 319 ZPO lassen sich folgende Anhaltspunkte zur Auslegung dieser Vorschrift entnehmen:

- a) Die Vorschrift des § 319 ZPO bezweckt, die Korrektur von Schreibfehlern, Rechenfehlern und ähnlichen offenbaren Unrichtigkeiten "in einfacher und rascher Weise zu ermöglichen."
- b) Am Berichtigungsverfahren können nach der "Intention" des "Entwurfs einer Deutschen Civilprozessordnung" auch andere Richter mitwirken als die, welche das Urteil selbst gefällt haben.
- c) Eine Erläuterung dunkler, zweideutiger oder widersprüchlicher Entscheidungen im Wege des § 319 ZPO ist ausgeschlossen.

2. Der überwiegende Teil der vor Erlass der Verwaltungsgerichtsordnung ergangenen Verwaltungsgerichtsgesetze enthielt Berichtigungsnormen, die der Vorschrift des § 319 ZPO in der Sache, teils sogar im Wortlaut entsprachen.

Ein weiterer Teil der Verwaltungsgerichtsgesetze verzichtete auf eine eigene Berichtigungsregelung und erklärte die Vorschrift des § 319 ZPO für entsprechend anwendbar.

Soweit jede Regelung oder Verweisung fehlte, wandten Rechtsprechung und Schrifttum - soweit nachprüfbar - die Vorschrift des § 319 ZPO entsprechend an.

Die Berichtigungsnorm des § 118 VwGO ist dem § 319 ZPO nachgebildet worden. Der Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens gibt keinen Aufschluss, warum § 118 VwGO in einzelnen Punkten anders als § 319 ZPO geregelt worden ist.

3. Bis zum Erlass der Finanzgerichtsordnung vom 6. Okt. 1965 korrigierten deutsche Finanzgerichte ihre Entscheidungen auf Grund von Vorschriften, die der Sache und dem Wortlaut nach weitgehend dem § 319 ZPO entsprachen. Die Wendung "Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten" fand sich in jeder dieser Berichtigungsnormen.

Die Vorschrift des § 107 FGO geht auf § 92 Abs. 3 AbgO zurück. Sie ist inhaltlich dem § 118 VwGO angepasst worden.

4. Bis zum Erlass des Sozialgerichtsgesetzes vom 3. Sept. 1953 wurden sozialrechtliche Entscheidungen entweder analog § 319 ZPO oder aber auf Grund von Normen korrigiert, die dieser Vorschrift nachgebildet waren. Die Wendung "Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten" fand sich in jeder dieser Vorschriften.

Die Vorschrift des § 138 SGG ist dem § 319 ZPO nachgebildet worden. Der Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens gibt keinen Aufschluss, warum § 138 SGG in einzelnen Punkten anders als § 319 ZPO geregelt worden ist.

Zweiter Teil

Das Berichtigungsverfahren im einzelnen

Erster Abschnitt

Die der Berichtigung zugänglichen Mängel gerichtlicher Entscheidungen

Nach dem Wortlaut der §§ 319 ZPO, 118 VwGO, 107 FGO, 138 SGG können "Schreibfehler, Rechenfehler (1) und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten" berichtigt werden. Daraus schliesst eine in der Literatur (2) verbreitete Meinung, dass die "Schreib- und Rechenfehler" nur als Beispiele für den Oberbegriff der "ähnlichen offenbaren Unrichtigkeiten" angeführt seien. Dem Wortlaut der Berichtigungsnormen dürfte indes eher die Deutung entsprechen, zwei Gruppen berichtigungsfähiger Mängel anzunehmen, von denen die Gruppe der "Schreib- und Rechenfehler" die Grundlage bildet, der mit der Gruppe der "ähnlichen offenbaren Unrichtigkeiten" eine Verallgemeinerung zuteil wird (3).

Entsprechend dieser Deutung soll im folgenden zunächst die Gruppe der "Schreib- und Rechenfehler" untersucht werden.

1) Die Vorschrift des § 319 ZPO spricht nicht von "Rechenfehlern", sondern von "Rechnungsfehlern". Ein sachlicher Unterschied liegt darin nicht, da beide Wortbildungen sich vom Zeitwort "rechnen" herleiten. Götze [Trübners Deutsches Wörterbuch Bd. II S. 332] bezeichnet ähnliche Wortbildungen ["Rechnungsexempel", "Rechnungsunterricht"] als bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts weit verbreitet, die Wortbildung "Rechenfehler" im übrigen als die nach heutigem Sprachgebrauch richtige Wortfassung. Im Folgenden wird deshalb abschliesslich der Ausdruck "Rechenfehler" verwendet.

2) Freytag S. 15;
Klinger, VwGO § 118 Anm. B 1;
Schunck-De Clerck, VwGO § 118 Anm. 1;

3) Zutreffend Kleinschmidt S. 97;

A. Schreib- und Rechenfehler

I. Die Stellungnahme von Literatur und Rechtsprechung zum Begriff der "Schreib- und Rechenfehler"

1. Auf zivilprozessualen Gebiet finden sich Untersuchungen zum Begriff der "Schreib- und Rechenfehler" nur vereinzelt (1). Das Wesen derartiger Fehler wird offenbar als bekannt vorausgesetzt (2). Zudem glaubt die überwiegende Meinung, mit einer Definition des [angeblichen] Oberbegriffs der "ähnlichen offenbaren Unrichtigkeiten" auch die Eigenart der "Schreib- und Rechenfehler" zutreffend zu erfassen.

- a) Als "Schreibfehler" im Sinne des § 319 ZPO werden zunächst alle Verstösse gegen die Regeln der Rechtschreibung angesehen (3), Fehler also, die davon herühren, dass sich ihr Urheber über die Regeln der Orthographie im Unklaren ist. Derartige Verstösse k ö n n e n, wie Freytag (4) hervorhebt, im Wege des § 319 ZPO korrigiert werden. In der Praxis allerdings komme, wie Kleinschmidt (5) betont, einer Be-richtigung solcher Versehen wegen des dabei zu beobachtenden formellen Verfahrens nur geringe Bedeutung zu.

Als "Schreibfehler" werden ferner alle beim Abschreiben von einem Konzept entstandenen Fehler (6), alle

1) Zu nennen sind die Beiträge Freytags [S.15 ff.], Kleinschmidts [S.111 ff.] und Steinbergs [S.8 ff.];

2) Kleinschmidt S. 97;

3) Freytag S. 15;
Kleinschmidt S. 112;

4) S. 15;

5) S. 112;

6) Kleinschmidt S. 111;

vgl. auch OLG Köln MDR 1971 S. 56 (Beschl. vom 21. Sept. 1970);

das OLG bezeichnet die versehentliche Verwendung des Ausdrucks "Offenbarungseid" anstelle von "eidesstattlicher Versicherung" bei Erlass eines Haftbefehls [§ 90a ZPO] als einen nach § 319 ZPO zu berichtigenden Schreibfehler;

Wortverwechselungen (1), Auslassungen (2) oder Verstümmelungen einzelner Worte oder ganzer Sätze (3) bezeichnet.

Als entscheidendes Kriterium derartiger "Schreibfehler" gilt dabei, dass es sich um "Unstimmigkeiten zwischen Wille und Ausdruck" (4), "unrichtige Verlautbarungen des vom Gericht Gewollten" (5), "Widersprüche des Gewollten und des Ausgesprochenen" (6), also kurz um "Verlautbarungsmängel", nicht aber um "Mängel im Wollen selbst", um "Willensbildungsmängel" handelt.

- b) Als "Rechenfehler" bezeichnet eine in Literatur (7) und Rechtsprechung (8) gelegentlich verwendete Definition jeden "Verstoss gegen die Zahlenlehre" oder jeden "unrichtigen Ausdruck für das arithmetische Verhältnis feststehender Zahlengrößen", der durch falsches Addieren, falsches Subtrahieren oder falsches Dividieren zustande komme.

Indes hat die Rechtsprechung den Begriff des "Rechenfehlers" nicht durchweg auf bloss fehlerhafte Rechenoperationen beschränkt. In einem vom Reichsgericht (9) entschiedenen Fall

- 1) Vgl. BayObLGZ Bd. 19 S. 265 (Urt. vom 27. Juni 1919); in dieser Entscheidung bezeichnete das OLG zwar die Berichtigung des in den Gründen eines Urteils verwendeten Wortes "Absatzstoff" in "Abfallstoff" unter dem Gesichtspunkt eines Schreibversehens als zulässig, lehnte es aber ab, an Stelle der Worte "hölzerne, auf Holzböcken ruhende Rinnenleitung" die Worte "unterirdische Leitung" einzusetzen, da dies einer "sachlichen Änderung des Urteils" gleichkomme;
- 2) Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. B I a 1;
vgl. auch OLG Düsseldorf JMB1NRW 1966 S. 149 (Beschl. vom 8. Nov. 1965);
- 3) Kleinschmidt S. 112;
- 4) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 2 A;
- 5) Zöllner-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 2 a;
- 6) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. I 1;
- 7) Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 3;
- 8) ROHG Bd. 7 S. 59 (Urt. vom 7. Sept. 1872);
- 9) SeuffA. Bd. 59 S. 288 (Beschl. vom 23. März 1904);
ähnlich OLG Schleswig SchlHA 1971 S. 40 (Beschl. vom 5. Nov. 1970) [Übersehen eines Rechnungspostens bei der Abrechnung einer Restforderung aus Bauleistungen];

war bei der Berechnung einer dem Kläger zu gewährenden Entschädigung durch ein Versehen an Stelle eines Rechnungspostens von 503 M ein solcher von 614 M eingestellt und so die dem Kläger zu leistende Geldsumme von einem zahlenmäßig unrichtigen Ansatz aus berechnet worden. Das Reichsgericht bezeichnete diese Fehlleistung als "Rechenfehler oder ähnliche offenbare Unrichtigkeit", da "nur das Zahlenmaterial betroffen" sei, "in welches die einzelnen Faktoren, die der Richter zugunsten oder zuungunsten der Partei berücksichtigen wollte, umzusetzen" seien. Das Reichsgericht sah mit anderen Worten einen "Rechenfehler" auch in solchen Rechenoperationen, die - obschon nach mathematischen Regeln fehlerfrei vollzogen - zur unrichtigen Lösung deshalb gelangen, weil sie von einem unrichtigen Rechenansatz ausgehen. Die Literatur stimmt dieser Auffassung zumindest teilweise (1) zu.

Ihrem Wesen nach werden auch die Rechenfehler von der älteren Literatur (2) als "Fehler im Ausdruck des Gewollten" ["Verlautbarungsmängel"] verstanden. Erst in jüngerer Zeit gewinnt die Auffassung Boden (3), dass Rechenfehler Denkfehler seien, die dem Stadium richterlicher Willensbildung zuzuordnen sind.

1) Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. B I a 2 ;
a.A. Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 3;

2) Hess S. 20 [ders. führt aus, soweit ein Richter die in den Gründen seines Urteils einzeln aufgeführten Rechnungsposten unrichtig addiert habe und dadurch zu einem fehlerhaften Urteilsausspruch gelangt sei, habe er doch den Beklagten in Wahrheit zur Zahlung der einzeln aufgeführten Beträge verurteilen wollen. Dieser Wille habe im Urteils-tenor nur den unzutreffenden Ausdruck gefunden ;

Kleinschmidt S. 100 f. [Ders. führt aus, richterlicher Wille sei nur, was einen Urteilszweck verfolge. Mit dem Rechnen verfolge der Richter keinen Urteilszweck, da er damit "weder etwas feststellen noch etwas begründen" wolle. Obwohl das Rechenergebnis gewollt sei, entspreche es doch nicht dem richterlichen Willen, da es einen "anderen Zweck" verfolge. Rechenfehler berührten deshalb den Erklärungs Willen, niemals aber den "Richterwillen", ;

3) RGZ Bd. 90 S. 228 [Urt. vom 15. Mai 1917];
Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. I 1;
Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. B I a 2;

2. Im Verwaltungsprozess bezeichnen Literatur (1) und Rechtsprechung (2) die "Schreibfehler" - denen versehentliche Auslassungen gleichgestellt (3) werden - und die "Rechenfehler" übereinstimmend mit der für die "ähnlichen offenbaren Unrichtigkeiten" verwendeten Definition als "Unstimmigkeiten zwischen dem, was das Gericht gewollt, und dem, was es ausgesprochen hat".

"Schreib- und Rechenfehler" werden mithin ihrem Wesen nach als "Verlautbarungsmängel" begriffen. Im Gegensatz zum Zivilprozess findet sich die Auffassung, dass zumindest die Rechenfehler Denkfehler ["Willensbildungsmängel"] seien, nur ganz vereinzelt (4).

3. Im Finanzprozess begreift ein Teil (5) der Literatur die "Schreib- und Rechenfehler", ohne auf eine begriffliche Abgrenzung zu den "ähnlichen offenbaren Unrichtigkeiten" Wert zu legen, als "Unstimmigkeiten zwischen dem Willen des Gerichts und dem Ausdruck dieses Willens im Urteil", d.h. als "Verlautbarungsmängel".

Daneben finden sich aber auch differenzierende Begriffsbestimmungen :

-
- 1) Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 3;
Klinger, VwGO § 118 Anm. B 2;
Koehler, VwGO § 118 Anm. III 3;
Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 2;
Schunck-De Clerck, VwGO § 118 Anm. 1;
v.Werder-Labs-Ortmann, VGG § 79 Vorbem.;
 - 2) Grundlegend PROVGE Bd. 55 S. 498 [Beschl. vom 25. Nov. 1909]; in dieser Entscheidung lehnte das Gericht die Korrektur eines Rechenfehlers ab, den es aus dem Gutachten eines Sachverständigen übernommen hatte. Das Gericht führte aus, es habe unrichtig entschieden, etwas Unrichtiges gewollt, nicht aber sich im blossen Ausdruck des Willens vergriffen;
 - 3) Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 2;
Kunze S. 101;
PROVGE Bd. 49 S. 436 [Urt. vom 1. Nov. 1906];
BVerwG DÖV 1960 S. 236 [Beschl. vom 22. Dez. 1959];
 - 4) Koehler [VwGO § 118 Anm. III 3] führt aus, "Rechenfehler" seien "zumeist sachliche Irrtümer";
 - 5) Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 2;
Leise-Paleit, FGO § 107 Anm. 1;
Maeder-Mittelsteiner, FGO § 107 Anm. II 2;
Boethke-Arlt S. 46 Fussn. 33;

- a) Die "Schreibfehler" will Ziemer-Haarmann (1) als "Versehen" verstanden wissen, "bei denen die schriftliche Willensäußerung von der Willensbildung ungewollt abweicht." Görg - Müller (2) versteht unter "Schreibfehlern" alle "grammatischen, orthographischen und stilistischen Fehler," Becker-Riewald-Koch (3) spricht von "Versehen, die nichts mit einem Überlegen oder Prüfen zu tun haben" Mittelbach (4) endlich stellt - als Einziger - fest, "Schreibfehler" könnten sowohl bei der Bildung als auch bei der Erklärung des richterlichen Entscheidungswillens vorkommen.

Einigkeit besteht darin, dass versehentliche Auslassungen den Schreibfehlern gleichzustellen seien (5).

- b) Die "Rechenfehler" begreift Ziemer-Haarmann (6) als "Fehlleistungen beim Vollzug von Rechenoperationen", Becker - Riewald-Koch (7) dagegen als "mechanische Versehen, die lediglich die primitive Technik derjenigen Tätigkeiten betreffen, deren sich die Verwaltung [hier: das Gericht] bedient." Der Bundesfinanzhof (8) endlich betont, unter "Rechenfehlern" seien nur "Fehler bei der Lösung einer rein rechnerischen Aufgabe, nicht aber auch Fehler beim Ansatz der in die Rechnung einzubeziehenden Beträge" zu verstehen.

Im Gegensatz zum Verwaltungsprozess hat im Finanzprozess die Auffassung, dass es sich bei den "Rechenfehlern" ihrem Wesen nach nicht um "Verlautbarungsmängel", sondern um

1) S. 427 [Rdnr. 4196];

2) FGO § 107 Anm. 1;

3) AbgO § 92 Anm. 5 [8];

4) DStR 1968 S. 88;

5) Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 3;
Leise-Paleit, FGO § 107 Anm. 1;
Maeder-Mittelsteiner, FGO § 107 Anm. II 2;

6) S. 427 [Rdnr. 4197];

7) AbgO § 92 Anm. 5 [8];

8) HFR 1965 S. 476 [Urt. vom 19. Febr. 1965];

vgl. ferner BFHE Bd. 107 S. 4 [Beschl. vom 6. Juli 1972]; die Entscheidung behandelt den wohl typischen Fall eines "Rechenfehlers" [Fehlerhafte Ermittlung der Gewerbesteuererrückstellung bei zutreffendem Rechenansatz infolge unrichtiger Multiplikation; Berichtigung zulässig];

Fehlleistungen handele, die bei der Bildung des richterlichen Entscheidungswillens auftreten ["Willensbildungsmängel"], weite Verbreitung (1) gefunden.

4. Der überwiegende Teil (2) der sozialgerichtlichen Literatur bezeichnet, ohne klar zwischen den einzelnen Gruppen korrigierbarer Versehen zu unterscheiden, die "Schreib- und Rechenfehler" als "Mängel im Ausdruck des Gewollten, nicht des Wollens selbst", also als "Verlautbarungsmängel." Auslassungen werden den "Schreibfehlern" gleichgestellt (3).

Daneben finden sich aber auch differenzierende Stellungnahmen:

- a) Unter "Schreibfehlern" versteht Tannen (4) "belanglose Fehlleistungen, die in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Sprachgebrauch als blosse Versehen bezeichnet werden." Peters-Sautter-Wolff (5) spricht von "Fehlern im Ausdruck in Wort und Schrift", die sich auch als Versprechen beim Diktat darstellen können. Letzterer Auffassung folgt auch das Bundessozialgericht (6), das als Beispiel eines Diktat- oder Schreibversehens die Anführung einer offenbar unrichtigen Gesetzesnorm im Urteil erwähnt.

1) BFHE Bd. 88 S. 155 (Urt. vom 10. Febr. 1967) ["unzweifelhaft ein Fehler in der Willensbildung"];

BFH BStBl. 1968 II S. 191 (Urt. vom 8. Dez. 1967) ["Der Rechenfehler kann in einer falschen Willensbildung seinen Ursprung haben"];

[beide Entscheidungen befassen sich mit der Korrektur eines fehlerhaften Einkommensteuerbescheids];

Ziemer-Birkholz, FGO § 107 Anm. I 1 [Rdnr. 2];

Mittelbach DStR 1968 S. 89;

Tipke, Anm. zu BFH StRK AbgO § 92 R. 24 [Urt. vom 4. Sept. 1961];

Woerner S. 13;

2) Hanow-Lehmann, RVO § 1673 Anm. 3;

Stier-Somlo, RVO § 1673 Anm. 2;

Hofmann-Schroeter, SGG § 138 Anm. 1;

Mellwitz, SGG § 138 Rdnr. 2;

Miesbach-Ankenbrank, SGG § 138 Anm. 2;

3) Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1;

Brackmann S. 248 o ;

4) SGB. 1960 S. 67;

5) SGG § 138 Anm. 1 ;

6) SGB. 1962 S. 275 [Urt. vom 31. Juli 1962];

- b) Als "Rechenfehler" bezeichnet Tannon (1) Mängel, die "gegen allgemein gültige mathematische - nicht auf Rechtsauslegung beruhende - Grundsätze verstossen." Davon geht auch das Bundessozialgericht (2) aus. Ein "Rechenfehler" liegt nach Auffassung dieses Gerichts darüber hinaus aber auch dann vor, wenn trotz einwandfreier Rechenmethode ein unrichtiges Ergebnis deshalb erzielt wird, weil zwei - an sich richtig addierte - Posten nicht hätten zusammengezählt werden dürfen. Entscheidend sei, so führt das Gericht aus, dass eine solche Fehlleistung nicht auf einem "logischen" Fehlschluss, sondern auf einem "mechanischen Versehen" beruhe.

Die Auffassung, dass "Rechenfehler" Denkfehler seien, ist in der sozialgerichtlichen Literatur wenig (3) verbreitet. Dapprich (4) führt zwar aus, Rechenfehler könnten nicht nur auf "Unachtsamkeit", sondern auch darauf beruhen, dass das Gericht seine Rechnung "bewusst für richtig halte", will aber solche Fehler von der Korrektur ausschliessen. Jenne - wein (5) meint dunkel, "Rechenfehler" seien meist nicht blosse Formulierungsfehler, sondern "solche, die der Entscheidung gedanklich vorausgehen, oft ohne in der Begründung selbst zum Ausdruck zu kommen." Das Bundessozialgericht (6) endlich führt aus, die Berichtigung nach § 138 SGG sei "auf solche Fälle beschränkt, in denen eine offenbare Unstimmigkeit zwischen Wille und Ausdruck vorliegt oder bei denen die Entscheidung auf einem offenbaren Denkfehler [wie bei Rechenfehlern] beruht."

1) SGb. 1960 S. 67;

2) DVBl. 1963 S. 252 [Urt. vom 23. Nov. 1962]; das Urt. befasst sich mit der Korrektur von Rechenfehlern im Rentenbescheid;

vgl. ferner BSG SGb. 1966 S. 265 [Urt. vom 9. Sept. 1965]; hier bezeichnet das BSG einen Multiplikationsfehler ["80 x 0,38 = 304"] als "Versehen, das einen Rechenfehler darstellt, jedenfalls ihm gleichzusetzen ist";

3) Von den Kommentaren weist allein Peters-Sautter-Wolff [SGG § 138 Anm.1] darauf hin;

4) S. 148;

5) Anm. zu LSG Berlin SGb. 1959 S. 300;

6) SozR Da 20 Nr. 31 zu § 67 SGG [Beschl. vom 24. Okt. 1961];

II. K r i t i k : Wesen und Entstehung der "Schreib- und Rechenfehler"

Entgegen der überwiegend vertretenen Auffassung sind "Schreib- und Rechenfehler" nicht ausschliesslich als "Verlautbarungsmängel" aufzufassen. Zu dieser - für den Begriff der "ähnlichen offenbaren Unrichtigkeiten" bedeutsamen - Feststellung führen folgende Erwägungen:

1. Eine Wortinterpretation, mit der jede Auslegung beginnt und die im Normalfall den Sinn einer gesetzlichen Regelung erschliesst (1), gibt über Begriff und Wesen der "Schreib- und Rechenfehler" wenig Aufschluss: "Schreibfehler" werden als "Fehler beim Schreiben" (2) oder "im Schreiben aus Versehen gemachte Fehler" (3), "Rechenfehler" als "Fehler, die beim Rechnen oder Berechnen begangen werden" (4), erklärt.
2. Aufschluss über Wesen und Entstehung der "Schreib- und Rechenfehler" vermitteln dagegen Untersuchungen, die zur "Psychologie der Fehler", also auf ausserjuristischem Gebiet, angestellt worden sind:

W e i m e r (5) deutet die "Schreibfehler" als "mechanische Entgleisungen, die gegen den Willen ihres Urhebers vom Richtigen abweichen (6) und durch ein Versagen psychischer Funktionen, nämlich der Aufmerksamkeit, des Gedächtnisses und des Denkens, bedingt sind.

Weniger deutlich spricht S e e m a n (7) von "psychischen Fehlleistungen, die in passiven Bewusstseinslagen bei ange-

-
- 1) Bartholomeyczik S. 18, ders. S. 36;
 - 2) Grimm, Deutsches Wörterbuch Bd.9 Sp. 1704 ["Schreibfehler"];
 - 3) Heyse, Handwörterbuch der deutschen Sprache S. 471 ["Schreibfehler"];
ähnlich Sanders, Wörterbuch S. 425 ["Schreibfehler"];
 - 4) Grimm, Deutsches Wörterbuch Bd. 8 Sp. 342 ["Rechenfehler"];
 - 5) S. 7;
 - 6) Von einem Versagen des Willens kann bei der Entstehung dieser Fehler nur insoweit die Rede sein, als die allgemeine Absicht, mit der fehlerhaften Leistung das Richtige zu treffen, nicht erreicht wird [Weimer S. 7];
 - 7) Psychologie S. 8;

nähert mechanisiertem Verlauf durch die Wirksamkeit falscher, aber leichter ausführbarer Tendenzen verursacht werden."

Klar grenzt W e i m e r (1) diese "Schreibfehler" von den "Schreibirrtümern" ab, die er als ein "Fürwahrhalten des Falschen" begreift, das "bedingt ist durch die Unkenntnis gewisser Tatsachen, die für die richtige Erkenntnis von wesentlicher Bedeutung sind." In ähnlichem Sinne äussert sich S e e m a n n (2).

Die "Rechenfehler" dagegen deutet S e e m a n n (3) als gesetzmässig bedingte Fehlleistungen, die beim mechanisierten Verlauf der Rechenoperationen auftreten und durch Ermüdung, Enge des Bewusstseins und emotionale Faktoren [Erregung, Furcht, Schmerz] ausgelöst werden. S e e m a n n (4) betont dabei, dass auch die einfachsten Rechenvorgänge Willens- und Denkakte, Rechenfehler mithin Willens- und Denkfehler seien.

3. Die Untersuchungen S e e m a n n s und W e i m e r s zeigen, dass die Auffassung, "Schreib- und Rechenfehler" seien ihrem Wesen nach "Verlautbarungsmängel", in dieser Allgemeinheit nicht zutrifft: Als "Verlautbarungsmängel" können lediglich die "Schreibfehler" gelten. Die "Schreibirrtümer" dagegen - deren Einbeziehung in den Geltungsbereich der Be-richtigungsnormen neben dem rechtspolitischen Zweck dieser Vorschriften auch früherer gemeinrechtlicher Praxis (5) entspricht, und deren Ausscheidung letztlich an Abgrenzungsschwierigkeiten scheitern würde (6) - müssen, ebenso wie die

1) S. 5;

2) Psychologie S. 7;

3) Rechenfehler S. 29;

4) Rechenfehler S. 11 f.;

5) Vgl. S. 7 d.A.;

6) Ob ein im Urteil enthaltener Fehler auf unbewusster Flüchtigkeit oder auf einem Irrtum des Richters über die Regeln der Orthographie, Grammatik oder Syntax beruht, liesse sich in nachprüfbarer Weise [zumal durch die Beschwerdeinstanz] kaum feststellen;

"Rechenfehler", als "Mängel im Willen selbst", d.h. als "Willensbildungsmängel" verstanden werden (1).

Demgegenüber können die an früherer Stelle zitierten, von Kleinschmidt (2) und Hess (3) vorgebrachten Argumente nicht überzeugen. Kleinschmidt ist entgegenzuhalten, dass "Urteilszweck" weder die Feststellung von Tatsachen noch deren Subsumtion, sondern die Realisierung der Gerechtigkeit (4) ist; diesem "Urteilszweck" aber dienen auch Rechenvorgänge, die dem Urteilsspruch zugrunde liegen. Hess wiederum sieht die Bildung des richterlichen Entscheidungswillens in einem allzu frühen Stadium als abgeschlossen an. In letzter Konsequenz reduziert Hess den "richterlichen Willen" auf das Bestreben, auf Grund des festgestellten Sachverhalts die "richtige", die "gerechte" Entscheidung treffen zu wollen. So verstanden, würden alle auf fehlerhafter Rechtsanwendung beruhenden Entscheidungen nur "Verlautbarungsmängel" enthalten; der Urteilsberichtigung wäre keine Schranke gesetzt.

Verbietet es sich, die "Schreib- und Rechenfehler" pauschal als "Verlautbarungsmängel" zu kennzeichnen, so liegt die Wahl eines anderen, umfassenderen Abgrenzungsmerkmals nahe. Als solches empfiehlt sich allein das Erscheinungsbild, das derartige Fehlleistungen dem objektiven Betrachter bieten:

Es handelt sich bei den "Schreib- und Rechenfehlern" um annähernd mechanisch verlaufende Entgleisungen, die zumeist auf Flüchtigkeit beruhen (5), sich als Fehler im Ausdruck von Wort und Schrift oder im Vollzug von Rechenoperationen (6) - nicht

1) Damit bestätigt sich die von Jellinek [Der fehlerhafte Staatsakt S. 42 Fussn.2] bereits im Jahre 1908 beiläufig geäußerte Ansicht, § 319 ZPO spreche "zum grössten Teil von Denkfehlern";

2) S. 100 ff.;

3) S. 20;

4) Vgl. Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre § 1 I 2 [S.3];

5) Insoweit habe ich den Definitionen Seemanns [aaO] und Weimers [aaO] Rechnung getragen;

6) Eine genauere Bestimmung ["addieren, subtrahieren" etc.] ist angesichts der Fülle denkbarer Rechenoperationen nicht möglich;

in deren Ansatz (1) - darstellen, in jedem Stadium richterki -
cher Willensbildung und Willensverlautbarung auftreten können,
und die in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Sprachgebrauch
als blosse Versehen ["lapsus"] bezeichnet werden können.

1) Zum gleichen Ergebnis gelangt E. Osterloh [S.73], der auf
die gemeinrechtliche Praxis verweist;

ob Fehler im Rechnungsansatz als "ähnliche offenbare Un -
richtigkeiten" berichtigt werden können, ist Frage des
Einzelfalls, die nach Massgabe später [s.u. unter B] dar-
zustellender Grundsätze zu entscheiden ist;

B. "Ähnliche offenbare Unrichtigkeiten"

I. Die Versuche von Rechtsprechung und Schrifttum, den Begriff der "ähnlichen offenbaren (1) Unrichtigkeit" näher zu bestimmen

Der Begriff "Unrichtigkeit" wird in verschiedenen Zusammenhängen gebraucht. "Unrichtig" ist eine tatsächliche Angabe, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Eine Rechtsausführung ist "unrichtig", wenn sie dem Gesetz widerspricht. Eine Entscheidung ist "unrichtig", wenn sie mit der Rechtslage nicht übereinstimmt oder eine Rechtsgestaltung ausspricht, auf die der Kläger keinen Anspruch hat (2). Darüber, welche von diesen Fällen die Berichtigungsnormen erfassen, werden verschiedene Auffassungen vertreten.

1. Die "strenge Erklärungstheorie"

- a) Nach einer in der zivilprozessualen Literatur (3) verbreiteten Auffassung liegt eine der Korrektur

-
- 1) Auf das Erfordernis der "Offenbarkeit" des Versehens werde ich später [s.u. unter II] gesondert eingehen;
 - 2) Hellwig, System S. 503;
 - 3) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 2 A;
 v.Bülow, ZPO § 290 [a.F.] Anm. 2;
 Förster-Kann, ZPO § 319 Anm. 1;
 Freudenthal-Sauerländer, ZPO § 319 Anm. 1;
 Neukamp-Becker, ZPO § 319 Anm. 3a;
 Seuffert, ZPO § 290 [a.F.] Anm. 1;
 Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 3;
 Stein-Jonas-Schumann-Leipold, ZPO § 319 Anm. I 1;
 Sydow-Busch-Krantz, ZPO § 319 Anm. 1;
 Warneyer, ZPO § 319 Anm. 2;
 Wilmowski-Levy, ZPO § 290 [a.F.] Anm. 1;
 Zöllner-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 2a;
 Blomeyer, Lehrb. § 87 II 1 a [S. 430];
 Fitting S. 316 Fussn. 14;
 Goldschmidt, Zivilprozessrecht S. 162;
 Heilfron-Pick, Lehrb. S. 747;

zugängliche "Unrichtigkeit" nur dann vor, wenn das Gericht das im Wege der Berichtigung zu Erklärende schon bei dem Erlass des Urteils gewollt und sich lediglich im Ausdruck vergriffen hat. Diese Voraussetzung fehle, wenn das Gericht zu dem Gewollten und Erklärten durch fehlerhafte Willensbildung gelangt sei.

Diese - im Folgenden als "strenge Erklärungstheorie" (1) bezeichnete - Auffassung beherrscht auch die Rechtsprechung (2).

Hellwig, System S. 503;
 Loewenwald, Lehrb. S. 315;
 Nikisch, Lehrb. § 101 II 1 [S. 392];
 Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 60 I 3 a [S. 284];
 Schönke-Kuchinke, Lehrb. § 75 I 1 a [S. 345 f.];
 Weismann, Lehrb. S. 226;
 Willenbücher S. 156;

Bull, Rpfleger 1957 S. 401;
 ders., Abhandlungen S. 35;
 Düringer, DJZ 1911 Sp. 40;
 Wurzer, Nichturteil S. 147;
 Freytag S. 20;
 Hess S. 15;
 Steinberg S. 7;

abw. Wleczorek, ZPO § 319 Rdnr. B I [ders. führt aus, es handle sich nicht um einen Widerspruch zwischen Gewolltem und Erklärtem, sondern "um den des Erklärten zueinander"];

- 1) Der Ausdruck "Erklärungstheorie" stammt von Felix [FR 1960 S. 35] und findet in der finanzgerichtlichen Rechtsprechung Verwendung;
- 2) RGZ Bd. 8 S. 390 (Urt. vom 3. Febr. 1883);
 RG JW 1888 S. 96 (Beschl. vom 21. Jan. 1888);
 RGZ Bd. 23 S. 399 (Beschl. vom 26. März 1889);
 RG JW 1889 S. 305 (Beschl. vom 27. Juni 1889);
 RG SächsArch. Bd. 1 S. 62 (Beschl. vom 22. Nov. 1890);
 RG JW 1892 S. 94 (Beschl. vom 13. Jan. 1892);
 RG JW 1897 S. 233 (Beschl. vom 8. Apr. 1897);
 RG JW 1899 S. 225 (Beschl. vom 7. März 1899);
 RG JW 1900 S. 714 (Beschl. vom 20. Aug. 1900);
 RG JW 1903 S. 100 (Beschl. vom 24. Jan. 1903);
 RGZ Bd. 65 S. 299 (Urt. vom 15. März 1907);
 RGZ Bd. 76 S. 357 (Urt. vom 20. Mai 1911);

Für diese Auffassung werden verschiedene Begründungen vorgebracht:

Stein-Jonas-Schumann-Leipold (1) meint, der Wille, den das Gericht bei der Beschlussfassung über das Urteil gehabt habe, müsse "gegenüber den Zufälligkeiten des äusseren Ausdrucks zur Geltung gelangen."

Andere (2) führen aus, den in § 319 ZPO besonders aufgeführten Unrichtigkeitsfällen ["Schreibfehler", "Rechenfehler"] "ähnlich" könnten nur Fallgestaltungen sein, in denen - wie dort - die "Unrichtigkeit" auf einem blossen Vergreifen im Ausdruck beruhe.

OLG Dresden ArchRpfl. 1931 S. 294 (Beschl. vom 12. Mai 1930);

OLG Dresden ArchRpfl. 1932 S. 36 (Beschl. vom 12. Okt. 1931);

OLG Hamburg GRUR 1949 S. 430 (Beschl. vom 22. Sept. 1949);

OLG Neustadt ZZP Bd. 69 S. 420 (Beschl. vom 13. Febr. 1956);

OLG Köln NJW 1960 S. 1471 (Urt. vom 20. Nov. 1959);

OLG Düsseldorf JMB1NRW 1964 S. 89 (Beschl. vom 2. Jan. 1964);

OLG Hamm JMB1NRW 1964 S. 88 (Beschl. vom 13. Febr. 1964);

OLG Celle JurBüro 1969 Sp. 456 (Beschl. vom 13. Jan. 1969);

OLG Hamm MDR 1970 S. 1018 (Beschl. vom 8. Juni 1970);

OLG Düsseldorf MDR 1973 S. 505 (Beschl. vom 24. Jan. 1973);

- 1) ZPO § 319 Anm. I ;

ähnlich bereits Planck, Lehrb. Bd. I S. 473 f. ["Der sicher erkennbare Wille des Richters hat den Vorzug vor dem fehlerhaften Ausdruck"];

- 2) Steinberg S. 7;

Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 1;

Nikisch, Lehrb. § 101 II 1 (S. 392);

Wieder andere (1) betonen, das Gericht sei an seine gewollte Entscheidung ohne die Möglichkeit einer nachträglichen Änderung gebunden [§ 318 ZPO]. Deshalb sei wohl eine Berichtigung zulässig, die einen blossen "Verlautbarungs-mangel" korrigiere, nicht aber eine solche, die mit der Behebung eines "Willensbildungsmangels" eine Änderung der getroffenen Entscheidung herbeiführe.

-
- 1) Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 3 [Ders. führt aus, eine Korrektur des Urteils sei "durch die Vorschrift des § 318 ZPO ausgeschlossen", wenn die Unrichtigkeit nicht in der unrichtigen Erklärung des Gewollten, sondern darin besteht, dass das Gericht zu dem Gewollten und Erklärten durch unrichtige Erwägungen oder Voraussetzungen gelangt ist"];

Zöller-Degenhart, ZPO § 319 Anm.2a [Ders. führt aus, eine falsche Willensbildung des Gerichts könne nicht nach § 319 ZPO korrigiert werden. Darin "läge ein Verstoß gegen § 318 ZPO" und - soweit das Urteil bereits rechtskräftig sei - eine verbotene Durchbrechung der Rechtskraft];

Bruns, Lehrb. § 40 VIII 1 (S. 371) [Ders. führt aus, dass die Änderung des Urteils ausgeschlossen sein müsse, folge "bereits aus seiner abschliessenden Form" ; zum Überfluss könne man "es ausserdem aus § 318 ZPO herauslesen"];

- b) Die ältere verwaltungsprozessuale Literatur bestimmt den Begriff der "ähnlichen Unrichtigkeiten" nur unbefriedigend : Ein Teil (1) verweist an Stelle einer eigenen Begriffsbestimmung pauschal auf Literatur und Rechtsprechung zu § 319 ZPO. Vereinzelt (2) findet sich auch der Hinweis, das Gericht dürfe "in dem Berichtigungsbeschluss nicht eine ganz neue Begründung statt der im alten Urteil enthaltenen geben."

Die neuere Literatur (3) und die Rechtsprechung (4) dagegen führen übereinstimmend aus, bei der Korrektur "ähnlicher Unrichtigkeiten" dürfe es sich nur um die Beseitigung eines Widerspruchs zwischen dem, was das Gericht gewollt, und dem, was es zum Ausdruck gebracht habe [d.h. um "Verlautbarungsmängel"], handeln. Das Gericht sei nicht befugt, ein Versehen bei der Beschlussfassung oder die später als unrichtig erkannte Entscheidung oder Begründung eines verlaublichen Urteils im Wege der Berichtigung zu korrigieren.

Diese Auffassung wird gelegentlich (5) mit dem Hinweis be -

-
- 1) K. Apelt, Anm. 1 zu § 59 SächsVerwRpflG;
Friedrichs, Anm. 10 zu § 79 LVerwG;
Dyroff S. 647;
Knauth, Anm. 6 zu § 44 der "Geschäftsordnung" vom 21. Nov. 1912;
Kunze S. 101;
 - 2) Friedrichs, Anm. 10 zu § 79 LVerwG;
 - 3) Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 3;
van Husen, VGG § 83 Anm. 2;
Klinger, VwGO § 118 Anm. B 2;
Koehler, VwGO § 118 Anm. III 3;
Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 2;
Ule, VwGO § 118 Anm. I;
Schunck-De Clerck, VwGO § 118 Anm. 1;
v.Werder-Labs-Ortmann, VGG § 79 vor Anm. I;
 - 4) Kgl.SächsOVG Jahrb. Bd. 2 S. 329 (Beschl. vom 30. Apr. 1902);
PROVGE Bd. 55 S. 498 (Beschl. vom 25. Nov. 1909);
ThüROVGE Bd. 6 S. 40 (Urt. vom 28. Juni 1918);
BayVGH, BayVBl. 1930 S. 360 (Urt. vom 31. März 1930);
OVG Berlin ZMR 1955 S. 157 (Urt. vom 17. Dez. 1954);
OVG Hamburg MDR 1961 S. 446 (Beschl. vom 31. Jan. 1961);
 - 5) Kgl.SächsOVG Jahrb, Bd. 2 S. 329 (Beschl. vom 30. Apr. 1902);

gründet, aus der Gleichstellung der "Unrichtigkeiten" mit den "Schreib- und Rechenfehlern" ergebe sich, dass es sich auch bei den ersteren nur um solche Fälle handeln könne, in denen der Wortlaut der Entscheidung nicht dem entsprechende, was in Wirklichkeit habe erklärt werden sollen.

Andere (1) dagegen führen aus, nach der auch im Streitverfahren anwendbaren Vorschrift des § 318 ZPO sei das Gericht an solche Entscheidungen gebunden, bei denen Wille und Ausdruck übereinstimmen. Deshalb seien nur Abweichungen des Ausgesprochenen vom Gewollten ["Verlautbarungsmängel"] der Berichtigung zugänglich.

Damit folgen die - neuere - Literatur und die Rechtsprechung in Ergebnis und Begründung der "strengen Erklärungs - theorie."

- c) Auch die finanzprozessuale Literatur (2) begreift die "ähnlichen Unrichtigkeiten" als Unstimmigkeiten zwischen dem Willen des Gerichts und dem Ausdruck dieses Willens im Urteil [d.h. als "Verlautbarungsmängel"] und schliesst Denkfehler, die einen Irrtum im Wollen zur Folge haben ["Willensbildungsmängel"] von der Berichtigung aus.

1) Am deutlichsten Ule, Verwaltungsprozessrecht S. 225 f.; vgl. ferner van de Sandt, VGG § 79 Anm. 1;

2) Görg-Müller, FGO § 107 Anm. 1 [Rdnr. 576];
 Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 2 u. 4;
 Leise-Paleit, FGO § 107 Anm. 1;
 Maeder-Mittelsteiner, FGO § 107 Anm. II 2;
 Tipke-Kruse, FGO § 107 Anm. 1;
 Ziemer-Birkholz, FGO § 107 Rdnr. 1 u. 3;
 Koch, Handb. S. 112 [Rdnr. 355];
 Kruse S. 358;
 Paulick S. 84 [Rdnr. 300];
 Ziemer-Haarmann S. 427 [Rdnr. 4198];
 Becker, StW 1929 I Sp. 822;
 Blencke, Anm. zu BFH StRK AbgO § 92 R. 26 (Urt. vom 17. Aug. 1961);
 Hippe, Anm. zu BFH StRK AbgO § 92 R. 40 (Urt. vom 24. Nov. 1965);
 Martens, DStR 1969 S. 652;
 Wennrich, DStZ 1955 A S. 149 (150);

Dabei will ein Teil (1) dieser Literaturbeiträge die Annahme einer "ähnlichen Unrichtigkeit" bereits in den Fällen ausschliessen, in denen auch nur die Möglichkeit eines Rechtsirrtums besteht.

Soweit die Literatur sich überhaupt um eine Begründung ihrer Auffassung bemüht, führt sie aus (2), die Formulierung >"ähnliche" Unrichtigkeiten< weise darauf hin, dass die genannten Versehen ihrem Wesen nach den "Schreib- und Rechenfehlern" entsprechen, also "Verlautbarungsmängel" sein müssten.

Die ältere Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes (3), die frühe Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes (4) und ein Teil der Rechtsprechung der Finanzgerichte (5) verstehen unter

-
- 1) Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Anm. 6;
Ziemer-Birkholz, FGO § 107 Rdnr. 5;
Ziemer-Haarmann S. 428 [Rdnr. 4199];
Blencke, Anm. zu BFH StRK AbgO § 92 R. 26 [Urt. vom 17. Aug. 1961];
Hippe, Anm. zu BFH StRK AbgO § 92 R. 40 [Urt. vom 24. Nov. 1965];
 - 2) Görg-Müller, FGO § 107 Anm. 1 [Rdnr. 576];
Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 2;
 - 3) RFH StW 1931 II Sp. 688 [Beschl. vom 24. März 1931];
RFH RStBl. 1933 S. 964 [Urt. vom 12. Sept. 1933];
RFH StW 1934 II Sp. 623 [Urt. vom 5. Apr. 1934];
RFH RStBl. 1935 S. 1189 [Urt. vom 21. Aug. 1935];
[die drei letztgenannten Entscheidungen befassen sich nicht mit der Berichtigung von Urteilen, sondern von Steuerbescheiden];
 - 4) BFHE Bd. 58 S. 585 [Urt. vom 18. Febr. 1954];
BFHE Bd. 60 S. 52 [Urt. vom 18. Nov. 1954];
BFHE Bd. 72 S. 625 [Urt. vom 17. März 1961];
[alle angeführten Entscheidungen befassen sich mit der Korrektur von Steuerbescheiden];
 - 5) FG München EFG 1956 S. 55 [Urt. vom 29. Nov. 1955]; hier führt das FG aus, die Nichtberücksichtigung geänderter Rechtsprechung des BFH über Streitwertberechnung sei keine "offenbare Unrichtigkeit", da der "Entscheidungswille" im Urteil den zutreffenden Ausdruck gefunden habe;

den "ähnlichen Unrichtigkeiten" ebenfalls "Verlautbarungsmängel", nicht aber "Willensbildungsmängel" und schliessen, sobald auch nur die Möglichkeit eines Rechtsirrtums (1) besteht, die Berichtigung aus. Zur Begründung weisen Reichs- (2) und Bundesfinanzhof (3) auf die gebotene "Ähnlichkeit" der "Unrichtigkeiten" mit den "Schreib- und Rechenfehlern", die "Verlautbarungsmängel" seien, hin.

Ein Wandel zeichnet sich indes in der jüngeren Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes ab:

Bereits in einer Entscheidung vom 17. März 1961 (4) räumt der Bundesfinanzhof ein, die Abgrenzung zwischen Fehlern, die bei der Erklärung, und solchen, die bei der Bildung des Entscheidungswillens unterlaufen, brauche "nicht immer zu einem eindeutigen Ergebnis zu führen" (5). Wenig später (6) stimmt der Bundesfinanzhof den von Teilen (7) der Literatur im Hinblick auf das Wesen der "Rechenfehler" gegen die "strenge Erklärungstheorie" erhobenen Bedenken zu. Schliesslich (8) weist der Bundesfinanzhof darauf hin, die Unterscheidung zwischen "Willensbildungsmängeln" und "Verlautba-

-
- 1) Vgl. RFH RStBl. 1935 S. 1189 [Urt. vom 21. Aug. 1935]; das Urteil verlangt die "hohe Wahrscheinlichkeit" eines Rechtsirrtums;
vgl. ferner BFH HFR 1965 S. 476 [Urt. vom 19. Febr. 1965]; das Urteil lässt die "entfernte Möglichkeit" unrichtiger Rechtsanwendung genügen;
 - 2) RFH StW 1931 II Sp. 688 [Beschl. vom 24. März 1931];
 - 3) BFHE Bd. 57 S. 558 [Urt. vom 10. Juni 1953];
 - 4) BFHE Bd. 72 S. 625 [Urt. vom 17. März 1961];
 - 5) Noch entschiedener führt der BFH in einer späteren Entscheidung [BFHE Bd. 90 S. 6 - Urt. vom 3. Aug. 1967 -] aus, diese "von der Rechtsprechung bisweilen (!) angewandte Unterscheidung" führe "nicht immer zu eindeutigen Ergebnissen";
 - 6) BStBl. 1961 III S. 502 [Urt. vom 1. Sept. 1961];
 - 7) Vgl. S. 46 f. d.A.;
 - 8) BFHE Bd. 88 S. 155 [Urt. vom 10. Febr. 1967];

runingsmängeln" biete "zwar manchmal einen Anhalt", könne aber "nicht allgemein angewandt werden", da sie schon bei dem gesetzlichen Beispiel des "Rechenfehlers" versage, der "un - zweifelhaft ein Fehler in der Willensbildung" sei (1). End - lich stellt der Bundesfinanzhof (2) resignierend fest, eine positive, alle Fälle befriedigend lösende Bestimmung des Begriffs der "ähnlichen Unrichtigkeiten" scheine nach der langjährigen Erfahrung nicht möglich zu sein. Negativ stehe jedoch nach "allgemeiner Auffassung" fest, dass die unrichtige Auslegung oder Nichtanwendung einer Gesetzesnorm jedenfalls keine derartige "Unrichtigkeit" sei.

- d) Die sozialgerichtliche Literatur (3) und Rechtsprechung (4) sehen übereinstimmend als "ähnliche Unrichtigkeiten" nur Fehler im Ausdruck des richterlichen Willens ["Verlautba -

1) Ähnlich BFH BStBl. 1968 II S. 191 (Urt. vom 8. Dez. 1967) ["kein sicheres Unterscheidungsmerkmal"];

2) BStBl. 1968 II S. 191 [Urt. vom 8. Dez. 1967];

3) Hanow-Lehmann, RVO § 1673 Anm. 3;
 Mellwitz, SGG § 138 Rdnr. 2;
 Miesbach-Ankenbrank, SGG § 138 Anm. 2;
 Stier-Somlo, RVO § 1673 Anm. 2;
 Brackmann S. 248 o ;
 Dähne S. 52;
 Dapprich S. 148;
 Schieckel, DOK 1954 S. 174;

abw. Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1 [ders. führt aus, zu Fehlern im Sinne des § 138 SGG rechne man auch Versehen, die sich bei der "stufenweisen Willensbildung" des Gerichts einschleichen, sodass die Grenze gegenüber den Fehlern beim "Fällen" der Entscheidung "flüssig" sei];

4) Grundlegend:

RVA AN 1894 S. 120 [Revisionsentscheidung vom 24. Jan. 1894]; die sehr instruktive Entscheidung führt aus, ein vom Richter gewolltes, irrtümliches Urteil könne auf Grund späterer Erkenntnis des Irrtums nicht berichtigt, sondern nur im Rechtsmittelzuge abgeändert werden;

vgl. ferner:

RVA AN 1911 S. 451 [Entsch. vom 17. Dez. 1910];
 RVA AN 1921 S. 183 [Entsch. vom 5. Nov. 1920];
 RVA EuM Bd. 15 S. 213 [Entsch. vom 7. Apr. 1923];
 RVA EuM Bd. 19 S. 280 [Entsch. vom 4. Febr. 1926];
 RVA EuM Bd. 33 S. 123 [Entsch. vom 10. Sept. 1932];

runngsmängel"], nicht aber solche in der Bildung dieses Willens ["Willensbildungsmängel"] an. Entscheidungen, deren "Unrichtigkeit" auf der Nichtanwendung oder fehlerhaften Anwendung von Rechtsvorschriften beruht, werden von der Berichtigung ausgeschlossen (1). Gelegentlich (2) wird auch betont, schon die Möglichkeit, dass die fehlerhafte Entscheidung auf einem Rechtsirrtum beruhe, schliesse ihre Berichtigung aus.

BSGE Bd. 9 S. 246 [Urt. vom 24. März 1959];
 BSGE Bd. 11 S. 146 [Beschl. vom 14. Dez. 1959];
 BSG SozR Da 20 Nr. 31 zu § 67 SGG [Beschl. vom 24. Okt. 1961];

LSG Baden-Württemberg Breith. 1955 S. 554 [Entsch. vom 15. Okt. 1954];

BayLSG Breith. 1956 S. 1255 [Beschl. vom 2. Juli 1956];
 BayLSG Breith. 1960 S. 652 [Beschl. vom 10. Dez. 1959];

- 1) RVA AN 1921 S. 183 [Entsch. vom 5. Nov. 1920]; hier führt das RVA aus, eine Änderung des Urteils sei ausgeschlossen, wenn bei seinem Erlass ein Irrtum unterlaufen sei, der auf einem "materiellen Versehen in der Auffassung und Beurteilung der Sache" beruhe;

RVA EuM Bd. 15 S. 213 [Urt. vom 7. Apr. 1923]; hier betont das RVA, ein nachträglicher Wechsel in der Rechtsauffassung des Gerichts könne nicht im Wege der Urteilsberichtigung Berücksichtigung finden;

RVA EuM Bd. 24 S. 222 [Entsch. vom 5. Febr. 1929]; hier führt das RVA aus, soweit ein "rechtlicher und tatsächlicher Irrtum" vorliege, könne das Berichtigungsverfahren nicht angewendet werden;

BayLSG Breith. 1955 S. 545 [Entsch. vom 9. Nov. 1954];

LSG Schleswig-Holstein SGB. 1967 S. 522 [Beschl. vom 18. Juli 1967];

- 2) RVA AN 1911 S. 451 [Entsch. vom 17. Dez. 1910];

BSGE Bd. 11 S. 146 [Beschl. vom 14. Dez. 1959];
 BSGE Bd. 24 S. 203 [Urt. vom 19. Jan. 1966];

[die letztgenannte Entscheidung betrifft nicht die Korrektur eines Urteils, sondern eines Rentenbescheides];

Eine Begründung für diese Auffassung findet sich in Literatur und Rechtsprechung gleichermaßen selten:

Zum Teil (1) wird erklärt, § 1673 RVO [der "Vorläufer" des § 138 SGG] dürfe nicht anders als § 319 ZPO, der auch nur "Verlautbarungsmängel" umfasse, ausgelegt werden.

Zum Teil (2) wird auch die Auffassung vertreten, aus dem Erfordernis der "Ähnlichkeit" der "Unrichtigkeiten" mit den in § 138 SGG ausdrücklich genannten "Schreib- und Rechenfehlern" ergebe sich zwingend, dass nur "Verlautbarungsmängel" gemeint seien.

Damit folgt die herrschende Auffassung im Ergebnis - z. T. auch in der Begründung - der "strengen Erklärungstheorie."

1) Vgl. RVA AN 1921 S. 183 (Entsch. vom 5. Nov. 1920); [hier betont das RVA, hinsichtlich der in § 1673 Abs. 1 RVO erwähnten "ähnlichen offenbaren Unrichtigkeiten" werde, da diese Vorschrift dem § 319 ZPO nachgebildet sei, auf die Auslegung zurückzugreifen sein, die dieser Begriff in der Praxis der ordentlichen Gerichte erfahren habe];

2) Brackmann S. 248 o ;

2. Die "eingeschränkte Erklärungstheorie"

- a) Ein Teil der [vorwiegend älteren] zivilprozessualen Literatur und Rechtsprechung befürwortet die Anwendung des § 319 ZPO nicht bloss auf "Verlautbarungsmängel", sondern auch auf solche Fehler, die auf offensichtlich fehlerhafter [oder unterbliebener] richterlicher Subsumtionstätigkeit oder auf einem offenbaren Irrtum über feststehende Tatsachen beruhen.

Ursächlich für die Entstehung dieser Rechtsauffassung war ein Urteil des Reichsgerichts (1). Darin führte das Reichsgericht aus, Rechenfehler seien zumeist auch Denkfehler. Eine verlässliche Unterscheidung zwischen Rechenfehlern und rein mechanischen Versehen einerseits und "materiellem Irrtum" andererseits lasse sich deshalb nicht durchführen. Die Grenzfällen der "offenbaren Unrichtigkeit" seien "schwierig und unbestimmt."

Diese Entscheidung nahmen verschiedene Oberlandesgerichte zum Anlass, sehr weitgehende Berichtigungsbeschlüsse zu erlassen oder gutzuheissen (2) :

In dem einem Beschluss des Kammergerichts (3) zugrunde liegenden Rechtsstreit hatte das Landgericht eine Berufung als unzulässig [weil verspätet] verworfen, dabei aber übersehen, dass die Frist zum Nachweis der Zahlung der Prozessgebühr dem Berufungskläger nicht ordnungsgemäss bekanntgegeben, der Lauf dieser Frist überdies durch die Gerichtsferien gehemmt war [§ 223 Abs.1 S.1 ZPO]. Das Kammergericht führte aus, diese Verstösse rechtfertigten die Annahme einer "ähnlichen offenbaren Unrichtigkeit" im Sinne des § 319 ZPO. Es sei zwar anerkannt, dass diese Vorschrift nur gelte, wenn der Fehler bei der Ausführung des Willensentschlusses aufgetre -

1) RGZ Bd. 90 S. 228 (Urt. vom 15. Mai 1917); in dem zugrunde liegenden Rechtsstreit hatte das OLG ein Sachverständigengutachten in tatsächlicher Hinsicht missverstanden und nach Aufdeckung seines Irrtums den Urteilstenor berichtigt;

2) Dazu eingehend Köst, Anm. zu OLG Dresden ZZP Bd. 62 S. 384 (Beschl. vom 30. Mai 1940);

3) JW 1925 S. 1418 (Beschl. vom 5. Jan. 1925);

ten sei, nicht aber, wenn die Willensbildung selbst vom Irrtum beeinflusst worden sei. An diesem Grundsatz sei zur Wahrung des Gedankens der Rechtskraft auch festzuhalten. Es gebe aber Grenzfälle, in denen eine solche scharfe Scheidung nicht durchführbar sei, weil "Willensbildung und Ausführung zusammenfielen." Im vorliegenden Falle sei zwar der Wille des Gerichts auf die Entscheidung über die Zulässigkeit der Berufung gerichtet gewesen; der Entschluss, die Berufung zu verwerfen, sei aber ohne jegliche Prüfung der in Frage kommenden gesetzlichen Vorschriften gefasst worden. Sei infolgedessen ein offenbar unrichtiges Ergebnis erzielt worden, so werde dieser Fall "durch Wortlaut und Sinn des § 319 ZPO gedeckt."

In einem sachlich ähnlich gelagerten Fall führte das Oberlandesgericht Jena (1) aus, die h.L. [d.h. die "strenge Erklärungs-
theorie"] , an der festzuhalten sei, müsse sich eine "gewisse Einschränkung" gefallen lassen. Die Möglichkeit der Korrektur auch von Willensmängeln, die § 319 ZPO bei den "Rechenfehlern" biete, lasse es zu, einen Beschluss über die Verwerfung einer Berufung zurückzunehmen, bei dessen Erlass das Gericht die "tatsächlichen Verhältnisse und die rechtlichen Bestimmungen völlig ausser Acht gelassen" habe. "Billige, vernünftige Anwendung des Gesetzes" gestatte in einem solchen Falle die Berichtigung; damit verbundene Nachteile [insbesondere der Schwebezustand der formellen Rechtskraft] hätten zurückzutreten (2).

1) JW 1928 S. 1317 (Beschl. vom 23. Sept. 1927);

2) Ähnlich OLG Stuttgart ZJP Bd. 69 S. 213 (Beschl. vom 16. Dez. 1954);
das OLG führt unter Hinweis auf KG JW 1925 S. 1418 und OLG Jena JW 1928 S. 1317 aus, die versehentliche Ausserachtlassung des Umstandes, dass der Lauf einer Wiedereinsetzungsfrist durch die Gerichtsferien gehemmt sei, werde "durch den Wortlaut des § 319 ZPO noch gedeckt";

Endlich entschied das Oberlandesgericht Dresden (1), ein Urteil, das eine Klage zufolge Aufrechnung abweise, könne dahin berichtigt werden, dass der Klage stattgegeben werde, wenn das Gericht irrtümlich die bereits anderweitig getilgte Aufrechnungsforderung bei seiner Entscheidung für noch bestehend gehalten habe. Zur Begründung führte das Oberlandesgericht aus, durch Sprüche, die auf "offenbarer Unrichtigkeit" beruhen, solle "offensichtliches Unrecht nicht zum Recht erhoben werden." Das Recht "dürfe nicht an Förmlichkeiten scheitern." Die "heutige Auffassung vom Recht und von der Rechtsfindung" verlange eine "freiere Handhabung" des § 319 ZPO dahin, dass die Berichtigung auch zulässig sei, wenn dem Willen ein "offenbarer Irrtum über feststehende Tatsachen" zugrunde liege.

Die vorstehenden Entscheidungen haben in der Literatur teils Zustimmung, teils Ablehnung erfahren:

Hein (2) führt aus, die Auslegung des § 319 ZPO dürfe bei dem blossen Ausdrucksfehler nicht haltmachen. Auch ein Willensfehler könne so offenkundig sein, dass jeder Beteiligte ihn sofort erkenne. Ein solcher Tatbestand stelle ebenfalls eine "offenbare Unrichtigkeit" des Spruchinhalts dar. Die Grenze sei so zu ziehen, dass Fehler, die sich durch "rein formale Subsumtion eines bindenden Akteninhalts" ergäben, zu den "ähnlichen offenbaren Unrichtigkeiten" gehörten. Wo hingegen eine "Auslegung von Willenserklärungen und Gesetzen" oder die "Bewertung eines Verhaltens" erforderlich sei, fehle die "Offenkundigkeit" des Fehlers und sei mithin eine Korrektur unzulässig.

1) DR 1940 S. 1483 = ZJP Bd. 62 S. 384 (Beschl. vom 30. Mai 1940);

2) Anm. zu OLG Celle, JW 1930 S. 3862 (Beschl. vom 12. Febr. 1930);

Grundsätzlich zustimmend äussert sich auch Schönke (1), der die Berichtigung von "Irrtümern über feststehende Tatsachen" zulassen, "Fehler in der Bewertung von Tatsachen", insbesondere bei der Beweiswürdigung, sowie "Fehler in der Anwendung von Rechtssätzen" dagegen von der Korrektur ausgeschlossen wissen will.

Dagegen betonen Köst (2), Roquette (3) und in neuerer Zeit Schneider (4), die Auffassung, Fehler der Rechtsfindung seien dem § 319 ZPO zuzuordnen, gebe dem Gericht die Möglichkeit, jedes Fehlurteil zu beseitigen und damit jegliche Rechtskraftwirkung aufzuheben. Damit trete, wie Schneider (5) ausführt, neben die ordentlichen Rechtsmittel bei dem auf Flüchtigkeit beruhenden "error in iudicandi" eine Art "Gegenvorstellung." Schwierigkeiten hinsichtlich der Abgrenzung des "ganz leichten, berichtigungsfähigen" von dem "nicht mehr so leichten", im Rechtsmittelzuge zu beseitigenden "error in iudicandi" wären die Folge.

Darüber hinaus weist Köst (6) darauf hin, der vom Reichsgericht (7) angeführte Umstand, dass die Grenzen der Berichtigung "schwierig und unbestimmt" seien, rechtfertige es nicht, zweifellos unzulässige Korrekturen vorzunehmen. In Fällen krasser Fehlentscheidungen helfe § 826 BGB (8).

-
- 1) Anm. zu OLG Dresden DR 1940 S. 1483 (Beschl. vom 30. Mai 1940);
Schönke [aaO] bezeichnet diesen Beschluss als einen "be-
grüssenswerten Beitrag zur Auslegung des § 319 ZPO";
 - 2) Anm. zu OLG Dresden ZZP Bd. 62 S. 384 ff., 393 (Beschl.
vom 30. Mai 1940);
 - 3) Anm. zu OLG Jena JW 1928 S. 1317 (Beschl. vom 23. Sept.
1927);
 - 4) Anm. zu OLG Celle JurBüro 1969 Sp. 456 (Beschl. vom 13.
Jan. 1969);
 - 5) Wie oben [Fussn. 4];
 - 6) Anm. zu OLG Dresden ZZP Bd. 62 S. 384 (Beschl. vom 30.
Mai 1940);
 - 7) RGZ Bd. 90 S. 228 (Urt. vom 15. Mai 1917);
 - 8) Roquette [Anm. zu OLG Jena JW 1928 S. 1318] weist in die-
sem Zusammenhang auf die Möglichkeit der Wiedereinsetzung
hin;

Auch in der übrigen Literatur werden die Grundsätze der "eingeschränkten Erklärungstheorie" durchweg (1) abgelehnt.

- b) In den Verwaltungsprozess haben die Grundsätze der "eingeschränkten Erklärungstheorie" keinen Eingang gefunden:

Die Literatur (2) beschränkt sich zumeist auf den Hinweis, die Urteilsberichtigung sei "kein Mittel, eine vom Gericht nachträglich als unrichtig erkannte Entscheidung abzuändern."

Eine - scheinbare - Ausnahme macht Koehler (3), der unter Hinweis auf eine unveröffentlichte Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (4) ausführt, die Grenze zwischen den reinen Formulierungsfehlern und bestimmten Fehlern in der Willensbildung sei bei der Anwendung des § 118 VwGO "weder gedanklich scharf zu ziehen" [auch "Rechenfehler" seien zumeist "sachliche Irrtümer"] noch "nach Sinn und Zweck dieser Vorschrift berechtigt." Indes will auch Koehler aus dieser Erkenntnis offenbar nicht die gleichen Folgerungen wie die "eingeschränkte Erklärungstheorie" ziehen. Koehler betont nämlich an gleicher Stelle (5) ausdrücklich, ein "Denkfehler oder ein Irrtum im Wollen" stelle keine Unrichtigkeit im Sinne des § 118 VwGO dar.

1) E. Osterloh S. 77 ["...findet in Wortlaut, systematischer Stellung und Entstehungsgeschichte des § 319 ZPO nicht die geringste Stütze"];

Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 60 I 3 a (S.284) ["..nicht nur eine Verkenennung des § 319 ZPO, sondern auch eine wegen der Konsequenzen höchst bedenkliche Verletzung der Grundsätze der Rechtskraft"];

Zöller-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 2 a ["...darin läge ein Verstoß gegen § 318 ZPO und - soweit das Urteil bereits rechtskräftig ist - eine verbotene Durchbrechung der Rechtskraft"];

2) Vgl. statt vieler: Ule, Verwaltungsprozessrecht S. 226;

3) VwGO § 118 Anm. III 3 ;

4) Entsch. vom 15. Sept. 1958 [I B 73/58];

5) VwGO § 118 Anm. III 3 ;

- c) In die finanzgerichtliche, zu § 107 FGO vorliegende Literatur und Rechtsprechung haben die Grundsätze der "eingeschränkten Erklärungstheorie" keinen Eingang (1) gefunden.

Anderes gilt für das Verfahren der Finanzbehörden [§ 92 Abs. 3 a.F. AbgO] (2):

In einem am 7. Aug. 1936 erstatteten Rechtsgutachten führte der Grosse Senat des Reichsfinanzhofes in Abkehr von der früheren Rechtsprechung dieses Gerichts aus (3), eine "Unrichtigkeit" im Sinne des § 92 Abs. 3 [a.F.] AbgO liege auch dann vor, wenn der Veranlagungsbeamte Tatsachen, die aus den Veranlagungsunterlagen hervorgehen, versehentlich nicht beachte und deshalb den Tatbestand unzutreffend beurteile, oder wenn der Beamte eine Gesetzesnorm, über deren Bedeutung und Tragweite kein Zweifel bestehe, aus Versehen nicht oder unrichtig anwende. Ausgeschlossen sei die Berichtigung nur dann, wenn der Beamte in Kenntnis und Würdigung aller Tatbestandsmerkmale den Tatbestand unzutreffend beurteilt oder eine Gesetzesvorschrift unzutreffend ausgelegt habe.

-
- 1) Vgl. Görg-Müller, FGO § 107 Anm. 1 (Rdnr. 576); ["Eine Änderung einer Entscheidung kann nur dort zugelassen werden, wo die Unrichtigkeit nicht auf falscher Bewertung von Rechtsnormen oder Tatsachen, sondern in einem Fehlgrieff der Bezeichnung, in Verschreiben etc. besteht"]; vgl. ferner Hübschmann-v. Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 4 ["Keinesfalls können nach § 107 FGO berichtigt werden Denkfehler, Irrtümer in der Beweiswürdigung, Verfahrensmängel"]; vgl. endlich Ziemer-Birkholz, FGO § 107 Rdnr. 3 ["Keine Unrichtigkeiten liegen vor bei Denkfehlern, die einen Irrtum im Wollen (Beweiswürdigung, Rechtsirrtümer, Verfahrensmängel) zur Folge hatten"];
- 2) Die Rechtsprechung zum Finanzverfahren vermag insoweit zumindest Denksätze und Argumentationshilfen für die Auslegung des § 107 FGO zu geben. Sie soll deshalb im vorliegenden Zusammenhang nicht unberücksichtigt bleiben;
- 3) RStBl. 1936 S. 919 = RFHE Bd. 40 S. 52 ;

Der vorstehenden Auffassung - einer "eingeschränkten Erklärungstheorie" auf dem Gebiet des Finanzverfahrens - folgte der Reichsfinanzhof fortan in ständiger Rechtsprechung (1). An ihr orientierte sich anfänglich auch die Nachkriegsrechtsprechung einzelner Finanzgerichte (2), nicht jedoch die des Bundesfinanzhofes (3).

In der Literatur setzen sich neben K. H. Schmitt (4) vor allem Barske (5) und Kayser (6) für eine erweiterte Auslegung des Begriffes der "ähnlichen Unrichtigkeiten" im Finanzverfahren ein:

Barske (7) führt aus, durch § 92 Abs.3 [a.F.] AbgO werde "der Grundsatz der Rechtssicherheit zu Gunsten des Grundsatzes der Rechtmässigkeit der Besteuerung durchbrochen."

-
- 1) RFH RStBl. 1936 S. 1107 [Beschl. vom 8. Okt. 1936]; RFHE Bd. 42 S. 196 [Urt. vom 6. Okt. 1937]; RFH RStBl. 1938 S. 81 [Beschl. vom 5. Jan. 1938]; RFHE Bd. 44 S. 17 [Beschl. vom 23. Juni 1938]; RFH RStBl. 1938 S. 890 [Beschl. vom 31. Aug. 1938]; RFH RStBl. 1939 S. 204 [Beschl. vom 4. Jan. 1939];
aus der Kriegszeit liegen keine Entscheidungen vor [Hippe, Änderung S. 66];
 - 2) Vgl. z.B. VG Berlin EFG 1961 S. 368 [Urt. vom 19. Dez. 1960];
in dieser Entscheidung führt das VG aus, eine Verfügung der Steuerbehörde, deren "Unrichtigkeit" auf einem Tatsachenirrtum beruhe, könne nach § 92 Abs.3 [a.F.] AbgO berichtigt werden;
 - 3) Vgl. insbes. BFH HFR 1961 S. 279 [Urt. vom 17. Aug. 1961]; in dieser Entscheidung betont der BFH, die Auffassung des RFH werde "heute als dem rechtsstaatlichen Denken widersprechend allgemein abgelehnt";
 - 4) VerwArch. Bd. 43 S. 186; K.H. Schmitt will [aaO] einen im Steuerbescheid enthaltenen Tatsachenirrtum stets, einen Rechtsirrtum dann berichtigen, wenn ders. nicht auf einem fehlerhaften Werturteil beruht, sondern sich auf die wesentliche Nichtanwendung oder einem mechanischen Versehen vergleichbare Nichtrichtiganwendung des Gesetzes beschränkt;
 - 5) Anm. zu BFH BB 1958 S. 1233 [Urt. vom 8. Aug. 1958];
 - 6) BB 1949 S. 438; ders., DStZ 1950 S. 26; ders., DStZ 1953 S. 58;
 - 7) A.a.O. [siehe Fussn. 5];
ähnlich: Martens, StW 1950 Sp. 75;

Deshalb dürfe in Ausnahmefällen auch das Übersehen einer Rechtsvorschrift ähnlich den "Rechenfehlern" als "mechanisches Versehen" oder "Flüchtigkeitsfehler" im Sinne des § 92 Abs.3 [a.F.] AbgO interpretiert werden.

Kayser (1) betont, den vom Grossen Senat des Reichsfinanzhofes aufgestellten Grundsätzen stünden rechtsstaatliche Bedenken nicht entgegen (2). Die durch die Rechtskraft des Steuerbescheids geschaffene Bindung dürfe nicht "durch Verewigung einer sachlichen Unrichtigkeit Unrecht schaffen." Wo eine Korrektur "offenbarer Unrichtigkeiten" das "wahre Recht" wiederherstelle, könne kein Verstoss gegen Prinzipien des Rechtsstaates vorliegen. Man diene nicht dem Recht durch "formaljuristische Berufung auf einen überspitzten Rechtskraftbegriff" (3).

Gegen eine erweiterte Auslegung des Begriffs der "ähnlichen Unrichtigkeiten" wenden sich insbesondere Zitzlaff (4) und Friesecke (5). Zitzlaff hebt die Notwendigkeit hervor, zwischen der Auffassung des Grossen Senats des Reichsfinanzhofes, welche "die Anwendung des § 92 Abs.3 [a.F.] AbgO über wortlaut und Zweck der Bestimmung hinaus erstreckt" habe, und der ursprünglich sehr engen Auslegung, welche die frühe Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes dieser Vorschrift gegeben habe, einen "vernünftigen Mittelweg" zu finden. Friesecke wiederum führt aus, bereits die Rechtsnatur des § 92 Abs.3 [a.F.] AbgO [der eine Ausnahme von dem Grundsatz der Rechtskraft statuiere] gebiete eine enge Auslegung dieser Vorschrift.

1) DStZ 1953 S. 61;

2) Ähnlich Stieler, StW 1949 Sp. 856 [ders. betont, das Gutachten des RFH sei "in seinem Ergebnis vernünftig"];

3) Ähnlich Stieler, StW 1949 Sp. 857 [ders. führt aus, letztes Ziel auch der Steuerrechtsfindung müsse das "sachliche Recht" bleiben. Das Verfahrensrecht sei nur ein zweitrangiges Mittel zu diesem Zweck. Man diene nicht dem Recht, wenn man in "formal-juristischer Kühle" sich in "überspitzter Weise" auf die Rechtskraft berufe];

Ähnlich auch v.Oppen, StW 1949 Sp. 313;

4) StW 1950 Sp. 337;

5) BB 1949 S. 438;

- d) In der sozialgerichtlichen Literatur haben die Grundsätze der "eingeschränkten Erklärungstheorie" nur geringe, in der Rechtsprechung keine Resonanz gefunden:

Jennewein (1) betont, bei der Konzeption einer Entscheidung handle es sich nicht um einen einheitlichen Vorgang, sondern um eine sich stufenweise vollziehende Entwicklung, die zahlreiche Fehlerquellen enthalten könne. In jedem Stadium dieser Entscheidungsbildung könnten Versehen unterlaufen. Es entspreche dem Sinn und Zweck der Berichtigungsnormen, alle derartigen Versehen und nicht nur die der Willensbildung folgenden reinen Formulierungsfehler als berichtigungsfähig anzusehen. Ob Jennewein damit auch den "Irrtum über feststehende Tatsachen" und den "offensichtlichen Rechtsirrtum" einbeziehen will, bleibt indes unklar.

Ähnlich unbestimmt äußert sich Mellwitz (2).

Der überwiegende Teil (3) der Literatur dagegen stellt unzweideutig fest, dass ein "Tatsachenirrtum" oder ein "Rechtsirrtum" keine Berichtigungsmöglichkeit eröffne.

1) Anm. zu LSG Berlin SGB. 1959 S. 300 (Urt. vom 6. März 1959);

2) SGG § 138 Rdnr. 3 [ders. führt aus, § 138 SGG sei "genau wie § 319 ZPO aus prozessökonomischen Gründen weit auszulegen"];

3) Vgl. Hanow-Lehmann, RVO § 1673 Anm. 3 ["Kommt das Gericht nach der Fällung des Urteils zu der Überzeugung, dass es so nicht hätte erkennen sollen, wie es erkannt hat, sei es, dass es etwas Tatsächliches übersehen, sei es, dass es einen Rechtsirrtum begangen hat, so ist eine Berichtigung nicht möglich"];

Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1 ["Ein Irrtum im Willen infolge Irrtums über die tatsächlichen oder rechtlichen Unterlagen der Entscheidung kann nicht berichtigt werden"];

Brackmann S. 248 o [ders. führt aus, § 138 SGG dürfe "nicht dazu benutzt werden, um bei Fehlern in der Willensbildung, die auf irriger Beurteilung von Tatsachen oder Rechtsirrtum beruhen, das Urteil zu berichtigen"];

Schleckel, DOK 1954 S. 174 [ders. führt aus, es dürfe sich nicht um Fehler "im Willen selbst, insbesondere nicht um Tatsachen- oder Rechtsirrtum" handeln];

Die Rechtsprechung distanziert sich eindeutig von den Grundsätzen der "eingeschränkten Erklärungstheorie" :

Schon das Reichsversicherungsamt führte in einer im Jahre 1929 ergangenen Entscheidung (1) aus, das Berichtigungsverfahren finde auf einen "rechtlichen und tatsächlichen Irrtum" keine Anwendung. Wenig später hob das Reichsschiedsamt (2) bei dem Reichsversicherungsamt hervor, dem "nachträglichen Wechsel der Rechtsauffassung des Gerichts" hinsichtlich der Anwendbarkeit einer der Partei günstigen Rechtsnorm könne nicht im Wege der Berichtigung der erlassenen Entscheidung Rechnung getragen werden. Das Bundessozialgericht (3) endlich betont, für eine Berichtigung nach § 138 SGG sei kein Raum, wenn das Gericht ein Rechtsmittel in offenbar unrichtiger Würdigung der Zulässigkeitsvoraussetzungen als unzulässig verworfen habe. Die Vorschrift des § 138 SGG enthalte keinen Anhalt dafür, dass eine Korrektur auch dann zulässig sei, wenn das Gericht bei seiner Entscheidung von "unrichtigen tatsächlichen Voraussetzungen" ausgegangen sei.

1) EuM Bd. 24 S. 222 [Entsch. vom 5. Febr. 1929];

2) EuM Bd. 33 S. 123 [Beschl. vom 10. Sept. 1932];

3) SozR Da 20 Nr. 31 zu § 67 SGG [Beschl. vom 24. Okt. 1961];

[in dem dieser Entscheidung zugrunde liegenden Fall war eine Revision wegen des - angeblichen - Fehlens der Revisionsbegründung als unzulässig verworfen worden. Später stellte sich heraus, dass die Revisionsbegründung rechtzeitig eingegangen, aber versehentlich einer falschen Geschäftsstelle zugeleitet worden war];

3. Die Lösung E. Osterlohs

Gegen die Grundsätze der "strengen" und der "eingeschränkten" Erklärungstheorie" wenden sich neuerdings die - freilich auf den Zivilprozess beschränkten - Ausführungen E. Osterlohs (1).

E. Osterloh meint, die Urteilsberichtigung habe nicht die Aufgabe, dem "wahren Willen" des Gerichts gegenüber dem "objektiven Erklärungswert" zum Durchbruch zu verhelfen. Sie solle vielmehr das äussere Bild der Entscheidung mit ihrem - allein der materiellen Rechtskraft fähigen - "Sinngehalt" in Übereinstimmung bringen. Den rechtskraftfähigen Inhalt des Urteils ändere die Berichtigung nicht ab, noch ergänze sie ihn.

Dieser Aufgabe des Berichtigungsverfahrens entspreche es, in Anlehnung an die "im vergangenen Jahrhundert weitgehend anerkannten Auffassungen über Funktion und Grenzen des Berichtigungsverfahrens" nur solche Mängel zu korrigieren, die auf den "Sinn" des Urteils ohne Einfluss seien oder nach rechtlicher Bewertung auf Grund des Satzes "falsa demonstratio non nocet" ohne Wirkung zu bleiben hätten. In Inhalt und "Sinn" des Urteils seien durch Auslegung zu ermitteln; ein dabei als solcher einwandfrei feststellbarer Ausdrucks- oder Formulierungsfehler bleibe ohne Rechtswirkung.

Im übrigen setze jede Berichtigung voraus, dass der rechtskraftfähige Inhalt der Entscheidung den Beteiligten erkennbar und für jedes mit dem Urteil befasste Gericht objektiv feststellbar sei. Damit werde "die Unrichtigkeit als solche offenbar." Umgekehrt liege eine "offenbare" Unrichtigkeit nur dann vor, wenn der Entscheidungsinhalt "eindeutig" sei.

1) S. 72 f.;

4. K r i t i k :

a) Die gegen die "strenge Erklärungstheorie" begründeten Bedenken

Die Auffassung, unter "ähnlichen Unrichtigkeiten" seien ausschliesslich "Verlautbarungsmängel" zu verstehen ["strenge Erklärungstheorie"], kann nicht überzeugen.

Das zur Stütze dieser Auffassung vorgebrachte Argument, der "erkennbare Wille des Richters" habe den Vorzug vor den "Zufälligkeiten des äusseren Ausdrucks" (1), ist nicht stichhaltig. Überzeugend weist E. Osterloh (2) darauf hin, dass sich der "Richterwille" objektiver Feststellung entziehe; wer ihm den Vorzug einräume, stelle die Wirkung des fehlerhaften Urteils dem Gedächtnis und letztlich der Willkür der über die Berichtigung entscheidenden Richter anheim. Diesen Bedenken ist beizutreten (3). Zusätzlich ist geltend zu machen, dass das Argument, der "Wille" habe den Vorrang vor dem "Ausdruck", nichts darüber besagt, warum "ähnliche Unrichtigkeiten" gerade auf "Verlautbarungsmängel" zu beschränken seien.

Das weitere Argument, den Schreib- und Rechenfehlern "ähnlich" könnten nur solche "Unrichtigkeiten" sein, die - wie erstere - auf einem Vergreifen im Ausdruck beruhen (4), verkennet das Wesen der "Rechenfehler", die Denkfehler, keine Verlautbarungsmängel sind. Deshalb besteht kein Anlass, den Rechenfehlern "ähnliche" Fehlleistungen auf Verlautbarungsmängel zu beschränken.

1) In diesem Sinne z.B. Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. I;

2) S. 72;

3) Feh1 geht deshalb Nikisch [Lehrb. § 101 II 1 S. 392], der diesen Bedenken geringes Gewicht beimisst ["Versichert das Gericht freilich..., dass es von Anfang an so habe entscheiden wollen, so ist dagegen kaum etwas zu machen. Das Unglück ist auch nicht gross."];

4) In diesem Sinne z.B. Kgl.SächsOVG Jahrb. Bd. 2 S. 329 [Beschl. vom 30. Apr. 1902];

Nicht zu überzeugen vermag endlich das Argument, die "in - nerprozessuale Bindungswirkung" des Urteils stehe der Korrektur anderer als blosser "Verlautbarungsmängel" entgegen (1).

Der Grundsatz der "innerprozessualen Bindung" - einer Konkretisierung der Rechtssicherheitsidee (2) - besagt u.a. , dass das Gericht seine eigenen Entscheidungen weder aufheben noch abändern darf (3). Der Umfang dieser Bindung entspricht dem der materiellen Rechtskraft (4), was bedeutet, dass das Gericht an die im Urteilstenor verlautbarte Rechtsfolge in der aus den "tragenden" Entscheidungsgründen (5) ersichtlichen Einordnung gebunden ist (6). Eine aus -

1) In diesem Sinne z.B. Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 3;

2) Schröder, Bindung, in: Festschrift für Arthur Nikisch S. 209 f.;

3) Grunsky, Grundlagen S. 490;

4) H.M., vgl. Grunsky, Grundlagen S. 491 mit weiteren Nachweisen;

infolge dieser Gleichheit des Bindungsgegenstandes wird oft von "Rechtskraft" gesprochen, wenn "innerprozessuale Bindung" gemeint ist [Nachweise bei Götz S. 20 Fussn.25]. Beide Institutionen haben indes nichts miteinander zu tun [Grunsky, Grundlagen S. 491]: Die "innerprozessuale Bindung" ist vom Eintritt der "Rechtskraft" unabhängig; sie setzt allein die rechtliche Existenz des Urteils voraus [Schröder, Bindung, in: Festschrift für Arthur Nikisch S. 209 f.];

5) Dass nicht nur das Entscheidungsergebnis, sondern auch die Entscheidungsgründe in gewissem Umfang an der Rechtskraft teilnehmen, hat zuerst Z e u n e r [Grenzen der Rechtskraft] nachgewiesen; "tragende " Entscheidungsgründe sind solche, die nicht hinweggedacht werden können, ohne dass die "Rechtsfolge" beeinträchtigt würde [Schwab, Bedeutung der Entscheidungsgründe, in: Festschrift für Eduard Böttcher S. 340];

6) Götz S. 24;

drückliche gesetzliche Regelung hat die "innerprozessuale Bindung" zwar nur im Zivilprozess [§ 318 ZPO] (1) erfahren. Im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess gilt jedoch nichts abweichendes (2).

Die so verstandene "innerprozessuale Bindung" ist ungeeignet, die "strenge Erklärungstheorie" zu stützen:

Dies erweist sich einmal am Beispiel der "Schreibirrtümer" sowie derjenigen "Rechenfehler", deren Existenz sich aus den "tragenden" Gründen der Entscheidung erschliesst und damit eine korrigierende Auslegung des [fehlerhaften] Urteilstenors erlaubt: Derartige Fehlleistungen sind "Willensbildungsmängel." Gleichwohl greift ihre [fraglos zu lässige] Korrektur in die "Bindungswirkung" des Urteils nicht ein. Dies zeigt, dass "Willensbildungsmängel" mit dem Hinweis auf § 318 ZPO jedenfalls nicht grundsätzlich von der Berichtigung ausgeschlossen werden können.

Es gibt darüber hinaus aber auch gewisse Fehlleistungen, deren Korrektur, obschon sie die "Bindungswirkung" des Urteils tangiert, doch als zulässig gelten muss. Hierzu zählen diejenigen "Rechenfehler", deren Existenz sich nicht [oder nicht allein] aus den Gründen des Urteils, sondern aus sonstigen "Vorgängen", "Urkunden" oder "Unterlagen" (3) erschliesst. Derartige Fehlleistungen - dem Vorschlage E. Osterlohs (4) folgend - von der Korrektur auszuschliessen, erscheint nicht sinnvoll. "Allein im Urteil selbst begangene, aus ihm ersichtliche Verstösse gegen die Rechenregeln" (5) mögen in Entscheidungen der Zivilgerichte vorkommen. Urteile der Finanz- und der Sozialgerichte dagegen, die sich

1) Götz S. 13;

2) Grunsky, Grundlagen S. 490 mit weiteren Nachweisen;

3) Darauf werde ich unter dem Gesichtspunkt der "Offenbarkeit" des Versehens näher eingehen [S. 97 ff. d.A.];

4) S. 73;

5) Auf solche "Rechenfehler" will E. Osterloh [S.73] die Urteilsberichtigung nach § 319 ZPO beschränkt wissen;

mit der Überprüfung von Steuer- oder Rentenbescheiden be-
fassen, gründen sich regelmässig auf Rechenvorgänge, deren
Zusammenhang, Verständnis und evtl. Fehlerhaftigkeit sich
allein aus den [Steuer- oder Renten-]Akten erschliesst. Der-
art fehlerhafte Urteile von der Korrektur auszunehmen, hies-
se, die §§ 107 FGO, 138 SGG weitgehend ihrer Bedeutung zu
entkleiden und damit die Bedürfnisse der Praxis zu ignorie-
ren. Dies kann nicht richtig sein (1).

Lässt man aber - mit der hier vertretenen Auffassung - eine
die "Bindungswirkung" des Urteils tangierende Korrektur ge-
wisser "Rechenfehler" zu, so können die Berichtigungsnormen
insoweit nur als gesetzlich normierte Ausnahmen vom Grund -
satz der "innerprozessualen Bindungswirkung" verstanden
werden (2).

Folgt man dieser Auffassung, so verliert das Argument, die
"innerprozessuale Bindungswirkung" des Urteils stehe der
Korrektur anderer als blosser "Verlautbarungsmängel" ent-
gegen, jegliches Gewicht. Die Grundsätze der "strengen Er-
klärungstheorie" lassen sich mithin unter keinem der von
Literatur und Rechtsprechung aufgezeigten Gesichtspunkte
rechtfertigen. Die Grenzen der Urteilsberichtigung müssen
auf andere Weise bestimmt werden.

1) Hier zeigen sich die Schwächen einer auf den Zivilprozess
beschränkten Untersuchung des Berichtigungsproblems;

2) Str.;

wie hier im Ergebnis allein Zöller-Degenhart [ZPO § 319
Anm. 1] und Bolgiano [S. 325 Fussn. 7e];

a.A. insbesondere Stein-Jonas-Schumann/Leipold [ZPO §
318 Anm. II]; ders. führt aus, die Berichtigung nach §
319 ZPO bilde "keine eigentliche Ausnahme von § 318 ZPO",
weil eine "Abänderung der Entscheidung dabei nicht erfol-
ge";

die vorstehende Auffassung bezeichnet Steinberg [S. 6] so-
gar als die herrschende;

b) Die gegen die "eingeschränkte Erklärungstheorie" begründeten Bedenken

Die Auffassung, unter "ähnlichen Unrichtigkeiten" seien neben "Verlautbarungsmängeln" Fehlleistungen zu verstehen, die auf offensichtlich falscher Subsumtion oder einem Irrtum über feststehende Tatsachen beruhen ["eingeschränkte Erklärungstheorie"], erscheint mit einer "extensiven" (1) Begriffsinterpretation vereinbar: Auch der Rechtsirrtum (2) kann im Einzelfall eine "auf Flüchtigkeit beruhende, angenähert mechanisch verlaufende Entgleisung" sein. Dagegen wird eine "restriktive" (3) Auslegung des Begriffes nur solche "Unrichtigkeiten" einbeziehen, die - ähnlich den "Schreib- und Rechenfehlern" - nicht dem eigentlichen Bereich richterlicher Subsumtionstätigkeit zuzurechnen sind.

Die Frage nach der Zulässigkeit einer "ausdehnenden" oder Notwendigkeit einer "einschränkenden" Interpretation des Begriffes der "ähnlichen Unrichtigkeiten" beantwortet sich danach, welche Auslegung dem "Prozesszweck" [der "Prozessidee" (4)] und damit der "Rechtsidee" am besten dient. Denn die Berichtigungsnormen sind - wie alle verfahrensregelnden Vorschriften - nur insoweit berechtigt, als sie dem Prozessganzen, der "Prozessidee" dienen (5), die ihrerseits Verwirklichung [Konkretisierung] der "Rechtsidee" ist (6).

-
- 1) Zum Begriff der "extensiven" oder "ausdehnenden" Auslegung vgl. Larenz, Methodenlehre S. 327 f.;
 - 2) Dass jeder "Irrtum über Tatsachen" notwendigerweise auch einen "Rechtsirrtum" zur Folge hat, weist K.H. Schmitt [VerwArch. Bd. 43 S. 192 f.] überzeugend nach ["Richterliche Subsumtion beruht auf dem zugrunde liegenden Tatbestand. Ist dieser unrichtig, so mögen zwar die auf den unrichtigen Sachverhalt angewandten Rechtsnormen für diesen passend sein; für den wirklichen Tatbestand aber sind sie unrichtig"];
 - 3) Zum Begriff der "restriktiven" oder "einschränkenden" Auslegung vgl. Larenz, Methodenlehre S. 327 f.;
 - 4) Vgl. Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre § 5 II 2 a (S. 61);
 - 5) Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre § 5 II 2 c (S. 62);
 - 6) Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre § 5 II 2 a (S. 61); ders., a.a.O. § 1 I 3 (S. 3);

Von den Elementen der "Rechtsidee" - der Rechtssicherheit, der Gerechtigkeit und der Zweckmässigkeit (1) [der " Prozesswirtschaftlichkeit " des Prozessrechts (2)] - wird die "Rechtssicherheit" durch eine restriktive Auslegung des Begriffes der "ähnlichen Unrichtigkeiten" am besten gefördert. Denn "Rechtssicherheit" herrscht dort, wo einmal begründete Rechtspositionen unangefochten bestehen bleiben, einmal gefällte Gerichtsentscheidungen unverändert aufrecht erhalten werden (3). Mit dem Hinweis auf die "Rechtssicherheit" tritt denn auch Görg-Müller (4) für eine einschränkende Interpretation des § 107 FGO ein. Richtig ist daran, dass der "Rechtssicherheit" als der Grundlage jeder rechtsstaatlichen Ordnung (5) ein höherer Wert zukommt als den übrigen Elementen der "Rechtsidee", ein dauerhafterer Wert insbesondere als der "Gerechtigkeit", die - nach den Worten Lacambas (6) - "inhaltlich vom Geist der Zeit immer neu erfüllt wird." Gleichwohl kann Görg-Müllers Argumentation nicht befriedigen: Die Berichtigungsnormen sind Ausnahmen vom Grundsatz der "innerprozessualen Bindungswirkung", der seinerseits als Konkretisierung der Rechtssicherheitsidee verstanden werden muss (7). Durch ihre blosse Existenz schränken diese Normen den Grundsatz der "Rechtssicherheit"

1) Radbruch, Rechtsphilosophie S. 170; anders Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre, Vorwort S. IX ["Gerechtigkeit, Gemeinwohl, Rechtssicherheit"];

2) Dass die "Zweckmässigkeit" im Prozessrecht im Grundsatz der "Prozesswirtschaftlichkeit" verwirklicht ist, hebt Menger [Allgemeine Prozessrechtssätze, in: Staatsbürger u. Staatsgewalt Bd. II S. 444] hervor;

3) Coing, Grundzüge S. 444;

4) FGO § 107 Anm. 1 [Rdnr. 576];

5) Vgl. BVerfGE Bd. 2 S. 403 (Urt. vom 1. Juli 1953);

6) Rechtsphilosophie S. 588; vgl. auch Leingärtner, DStR 1967 S. 591;

Ähnlich äussert sich Sauer, System S. 199 ["Nicht die Gerechtigkeit, sondern die Rechtssicherheit macht zunächst das Juristische Grundgesetz aus. Recht ist eine generelle Ordnung, und diese verlangt vor allem ihren eigenen Bestand... Das Nahziel ist Rechtssicherheit, das Fernziel ist Gerechtigkeit; ersteres kann und muss, letzteres kann nicht immer erreicht werden"];

7) Schröder, Bindung, in: Festschrift für Arthur Nikisch S. 209 f.;

auf einem Teilgebiet des Prozessrechtes ein. Allein mit dem Hinweis auf den "Vorrang" der "Rechtssicherheit" kann deshalb die Notwendigkeit restriktiver Auslegung der Berichtigungsnormen nicht begründet werden.

Der "Zweckmässigkeit" ["Prozesswirtschaftlichkeit"] wiederum (1) würde durch eine extensive Auslegung des Begriffs der "ähnlichen Unrichtigkeiten" am besten gedient: "Zweckmässig" ["prozesswirtschaftlich"] ist regelmässig die billigste und schnellste Verfahrensgestaltung (2). "Billiger" und "schneller" als das ordentliche Rechtsmittelverfahren wäre eine [umfassende] Fehlerkorrektur allemal. Mit prozesswirtschaftlichen Erwägungen wird eine extensive Auslegung der Berichtigungsnormen denn auch verschiedentlich (3) zu rechtfertigen versucht.

Auch diese Argumentation überzeugt indes nicht. Die "Prozesswirtschaftlichkeit" ist ein Prinzip im Interesse des "Prozesszwecks" (4). Deshalb findet jede auf prozesswirtschaftliche Erwägungen gestützte Argumentation dort ihre Grenze, wo die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens nur unter Verletzung dieses Zweckes erreicht werden kann. "Prozesszweck" ist auch und gerade die Konkretisierung der "Rechtssicherheit". Eine Beeinträchtigung der letzteren - die mit jeder extensiven Auslegung der Berichtigungsnormen verbunden ist - lässt sich mit dem Argument besonderer Prozesswirtschaftlichkeit nicht rechtfertigen.

-
- 1) Das zweite Element der "Rechtsidee", die "Gerechtigkeit", das "sum cuique" [Fechner, Rechtsphilosophie S.103], vermag zur Lösung der eingangs gestellten Frage keinen Beitrag zu liefern: "Rechtsirrtümer" lassen sich im Rechtsmittelverfahren korrigieren; die Gerechtigkeitsidee erzwingt deshalb weder die eine noch die andere Auslegung der Berichtigungsnormen;
 - 2) Schumann, Prozessökonomie, in: Festschrift für Karl Lorenz S. 278;
Mühl, JuS 1963 S. 354 ["Nach dem Prinzip der Prozessökonomie, das mit Recht mit dem Prozesszweck, der Prozessidee, in Verbindung gebracht wird, soll die Rechtsverfolgung möglichst ohne Schaden und ohne stärkere Belästigung Dritter auf dem kürzesten Wege erfolgen"];]
 - 3) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 2 C;
Mellwitz, SGG § 138 Rdnr. 3;
 - 4) Schumann, Prozessökonomie, in : Festschrift für Karl Lorenz S. 287;
Mühl, JuS 1963 S. 354 [vgl. Fussn. 2];

Im Ergebnis kann - für sich allein - weder der Hinweis auf die "Rechtssicherheit" eine restriktive Auslegung der Berichtigungsnormen erzwingen noch die Forderung nach "Zweckmässigkeit" ["Prozesswirtschaftlichkeit"] eine extensive Interpretation dieser Vorschriften rechtfertigen. Eine Lösung erlaubt erst die Verbindung beider Gesichtspunkte :

Die Berichtigungsnormen müssen in ihrer die "Rechtssicherheit" einschränkenden Wirkung ihrerseits im Lichte der Bedeutung dieses wichtigsten Elements der "Rechtsidee" gesehen werden. Sie müssen deshalb so ausgelegt werden, dass der besondere Wert dieses Rechtsgrundsatzes gewahrt bleibt. Es findet - vergleichbar dem Verhältnis von "Grundrecht" und "allgemeinem Gesetz" (1) - eine Wechselwirkung in dem Sinne statt, dass die Berichtigungsnormen im Interesse der "Zweckmässigkeit" [der "Prozesswirtschaftlichkeit"] dem Rechtsgrundsatz der "Rechtssicherheit" Schranken setzen, ihrerseits aber aus der Erkenntnis der besonderen Bedeutung der letzteren ausgelegt und so in ihrer die "Rechtssicherheit" einschränkenden Wirkung selbst eingeschränkt werden müssen.

Diese - einschränkende - Auslegung der Berichtigungsnormen schliesst eine Billigung der "eingeschränkten Erklärungstheorie" aus.

Die Richtigkeit dieser Auffassung wird im einzelnen durch die bedenklichen Konsequenzen bestätigt, zu denen die "eingeschränkte Erklärungstheorie" in der Rechtsprechung der Oberlandesgerichte geführt hat und auf die Köst (2), Schneider (3) und insbesondere Roquette (4) eindringlich hingewiesen haben. Andere - rechtspolitische - Gründe, die eben -

1) Vgl. BVerfGE Bd. 7 S. 198 ff (208/209) [Urt. vom 15. Jan. 1958]; dieser Entscheidung sind meine Ausführungen - z.T. wörtlich - entnommen;

2) Anm. zu OLG Dresden, ZZP Bd. 62 S. 384 (Beschl. vom 30. Mai 1940);

3) Anm. zu OLG Celle, JurBüro 1969 Sp. 456 (Beschl. vom 13. Jan. 1969);

4) Anm. zu OLG Jena, JW 1928 S. 1317 (Beschl. vom 23. Sept. 1927);

falls gegen eine extensive Auslegung der Berichtigungsnormen sprechen, seien nur am Rande (1) erwähnt.

Negativ lässt sich damit der Begriff der "ähnlichen Unrichtigkeiten" nach dem Stand der Untersuchung folgendermassen umreißen: Es sind Fehlleistungen, die nicht auf unterbliebener oder fehlerhafter richterlicher Subsumtionstätigkeit [d.h. nicht auf einem "Rechtsirrtum"] beruhen.

c) Die gegen die Lösung E. Osterlohs vorzubringenden Bedenken

Der Vorschlag E. Osterlohs (2), die Urteilsberichtigung auf solche Mängel zu beschränken, die auf den "Sinn" des Urteils ohne Einfluss sind oder nach dem Satz "falsa demonstratio non nocet" ohne Wirkung zu bleiben haben, verzichtet zu Recht auf die unhaltbare Abgrenzung der [korrigiblen] "Verlautbarungsmängel" gegenüber den [angeblich nicht korrigiblen] "Willensbildungsmängeln." Darin liegt sein Verdienst. Er versagt indes auf dem wohl umstrittensten Anwendungsgebiet der Berichtigungsnormen, der Korrektur fehlerhafter Parteibezeichnungen (3) : Für die "fehlerfreie" Fassung derartiger Bezeichnungen gibt der "Sinn" des Urteils keinen Anhalt; für die gesicherte Abgrenzung der "Parteiberichtigung" gegenüber dem "Parteiwechsel" bietet der gemeinrechtliche Satz, dass die übereinstimmend gemeinte Bedeutung die massgebliche sei ["falsa demonstratio non nocet"], keine ausreichenden Kriterien. Der Vorschlag kann damit zu einer grundsätzlichen Klärung nichts beitragen.

-
- 1) In der Literatur wird verschiedentlich darauf hingewiesen, eine extensive Auslegung der Berichtigungsnormen reize zum Missbrauch dieser Vorschriften [Bull, Abhandlungen S. 36]; sie wecke und ermuntere die Laschheit und Oberflächlichkeit der Richter bei der Abfassung ihrer Urteile [Hörsa S. 805] und führe zu einem allgemeinen Anwachsen richterlicher Sorglosigkeit [Bull, Anm. zu OLG Hamm, Rpfleger 1959 S. 280 - Beschl. vom 29. Apr. 1959];
 - 2) S. 72 f.;
 - 3) Näheres später [S. 118 ff. d.A.];

d) Die "objektive Theorie"

Die Ausführungen zu a) und c) haben gezeigt, dass Abgrenzungen, die sich an gedankliche Vorgängen ["Verlautbarungs-mängel", "Willensbildungsmängel"] orientieren oder massgeblich auf die Wahrung des "Sinnes" der Entscheidung abstellen, den Begriff der "ähnlichen Unrichtigkeiten" nicht überzeugend zu klären vermögen.

Zufriedenstellende Ergebnisse erzielt man erst, wenn man - Anregungen von Felix⁽¹⁾ und Bunjes⁽²⁾ folgend - diesen Begriff "objektiviert", auf das "Erscheinungsbild" des fehlerhaften Aktes abstellt und danach fragt, wie sich der Fehler dem "objektiven Betrachter" darstellt. An früherer Stelle habe ich ausgeführt, dass "Schreib- und Rechenfehler" als angenähert mechanisch verlaufende Entgleisungen zu verstehen seien, die zumeist auf "Flüchtigkeit" beruhen. Daraus folgt, dass auch "ähnliche Unrichtigkeiten" - objektiv betrachtet - nur derartige "Flüchtigkeitsfehler" sein können (3).

Diese Auffassung hat den Vorzug, den Begriff der "ähnlichen Unrichtigkeiten" als Ganzes fassen zu können : Sie um -

1) FR 1960 S. 35;

2) Anm. zu BFH StRK AbGO § 92 R.44 [Urt. vom 29. März 1966];

3) Einen gewissen Rückhalt findet diese "objektive" Betrachtungsweise in Lit. und Rspr. zum Finanzprozess. Vgl. z.B.: Becker-Riewald-Koch, FGO § 107 Anm. 1 ["mechanische Versehen, die nichts mit Überlegen oder Prüfen zu tun haben"]; Kühn, FGO § 107 Anm. 1 ["Flüchtigkeitsfehler der formalen Sphäre"];

Schwarz, DStZ 1951 S. 86 ["mechanisches Versehen, ...Flüchtigkeit, ...Fehlgreifen"];

BFH HFR 1965 S. 476 (Urt. vom 19. Febr. 1965) ["rein mechanisches Versehen"];

BFH BStBl. 1968 II S. 191 (Urt. vom 8. Dez. 1967) ["mechanisches Versehen"];

schliesst neben den Fehlleistungen, die - "ähnlich" den Schreibfehlern - blosse Verlautbarungsmängel sind (1) , auch solche, die sich - "ähnlich" den Rechenfehlern - als Mängel der Willensbildung qualifizieren (2). Damit meint eine solche "objektive Theorie" den inneren Widerspruch der "strengen Erklärungstheorie", die bereits mit der Korrektur von Rechenfehlern ihre eigenen Grundsätze in Frage stellt.

Eine Einschränkung dieser "objektiven Theorie" ist allerdings geboten: Als "Flüchtigkeitsfehler" kann im Einzel - fall auch der "Rechtsirrtum" gelten. Felix (3) will deshalb Fehler, die mit einer "wertenden Beurteilung" zusammenhängen, von der Berichtigung ausschliessen. Diese Formulierung überzeugt indes nicht, da sie im Unklaren lässt, ob sie Fälle rein "formal fehlerhafter" Subsumtion (4) einbeziehen will. Es erscheint deshalb besser, auf die an früherer Stelle gewonnene negative Abgrenzung des Begriffs der "ähnlichen Unrichtigkeiten" zurückzugreifen, die am Ausschluss derartiger Subsumtionsfehler von der Berichtigung keinen Zweifel lässt.

Damit lässt sich der Begriff der "ähnlichen Unrichtigkeiten" abschliessend wie folgt bestimmen:

Es sind Fehlleistungen, die sich - den Schreib- und Rechenfehlern vergleichbar - dem objektiven Betrachter als blosse Flüchtigkeitsfehler darstellen, in jedem Stadium richterlicher Willensbildung oder -verlautbarung auftreten können und weder auf unterbliebener noch auf fehlerhafter Rechtsanwendung beruhen.

1) Z.B. das Versprechen beim Diktat;

2) Z.B. die "Parteiversehen" [Näheres s.u. unter III 1];

3) FR 1960 S. 35;

4) Vgl. Hein, Anm. zu OLG Celle JW 1930 S. 3862 (Beschl. vom 12. Febr. 1930);

I. Die "Offenbarkeit" des Versehens

1. Das Erfordernis der "Offenbarkeit" des Versehens im Licht von Rechtsprechung und Literatur

Übereinstimmend fordern die Berichtigungsnormen die "Offenbarkeit" der den Schreib- und Rechenfehler "ähnlichen Versehen. Mit diesem Erfordernis haben sich Rechtsprechung und Schrifttum eingehend befasst.

a) Zivilprozessuale Untersuchungen nehmen sowohl zur Frage nach der "Erkenntnisquelle" (1) als auch zu der nach dem "Erkenntnissubjekt" Stellung:

aa) Das Reichsgericht vertrat die Auffassung, eine "offenbare" Unrichtigkeit liege dann vor, wenn sie aus dem Urteil selbst hervorgehe. In Entscheidungen (2), welche vorwiegend die Korrektur des Urteilstenors betrafen, führte das Reichsgericht aus, die Unrichtigkeit müsse "mit dem Inhalt der Entscheidungsgründe in Widerspruch stehen und dergestalt erkennbar sein, dass aus dem Zusammenhalt von Urteilssatz und Entscheidungsgründen sowohl das Vorliegen des unterlaufenen Versehens als auch das vom Richter beim Erlass des Urteils wirklich Gewollte sich mit Sicherheit ergebe."

Gleiche oder zumindest ähnliche Formulierungen finden

1) Treffend: OLG Dresden, ArchRpflge 1931 S. 294 (Beschluss vom 12. Mai 1930);

2) RGZ Bd. 23 S. 399 (Beschl. vom 26. März 1889);
RG JW 1900 S. 714 (Beschl. vom 20. Aug. 1900);
RG JW 1901 S. 58 (Beschl. vom 4. Jan. 1901);

ähnlich RG JW 1899 S. 36 (Beschl. vom 19. Dez. 1898) [in dieser Entscheidung führt das Reichsgericht aus, dass ein "Irrtum in der Erklärung des Willens" vorliege, müsse "sich aus der Entscheidung selbst ergeben, sodass kein Zweifel darüber bestehen kann, dass der wirkliche Wille des Richters nicht zum Ausdrucke gelangt ist"];

sich auch in der neueren Rechtsprechung (1) und im Schrifttum (2).

In neuerer Zeit wird indes neben dem Inhalt des Urteils eine Reihe anderer "Erkenntnisquellen" herangezogen:

Verbreitet findet sich die Auffassung (3), es reiche aus, wenn die "Unrichtigkeit" aus den Vorgängen bei Erlass und Verkündung des Urteils erkennbar geworden sei.

-
- 1) Vgl. BGH NJW 1958 S. 1917 (Urt. vom 25. Sept. 1958); in dieser Entscheidung führt der BGH aus, die Unrichtigkeit müsse sich "aus dem Zusammenhang des Urteils selbst" [oder zumindest aus den Vorgängen bei dessen Erlass und Verkündung] ergeben;
- vgl. ferner BGH NJW 1972 S. 2268 (Urt. vom 25. Sept. 1972); in dieser Entscheidung zitiert der BGH die erwähnte Rechtsprechung des Reichsgerichts und betont, er habe sich derselben angeschlossen;
- vgl. endlich BAGE Bd. 9 S. 205 (Urt. vom 5. Mai 1960); hier führt das BAG aus, die Unrichtigkeit müsse sich "aus dem Zusammenhang des Urteils selbst" [oder wenigstens aus den Vorgängen bei dessen Erlass und Verkündung] ergeben;
- besonders eigenartig OLG Stuttgart MDR 1960 S. 930 (Beschl. vom 24. Juni 1960); hier führt das OLG aus, eine Unrichtigkeit sei "offenbar", wenn "der Ausspruch des Gerichts unmöglich ernst genommen werden" könne;
- 2) Freudenthal-Sauerländer, ZPO § 319 Anm. 1;
 Gaupp-Stein, ZPO § 319 Anm. I;
 Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 2;
 Sydow-Busch-Krantz, ZPO § 319 Anm. 1;
 Warneyer, ZPO § 319 Anm. 3;
 Zöllner-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 2 b;
 Blomeyer, Lehrb. § 87 II 1 a (S. 429);
 Hellwig, System S. 503;
 Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 60 I 3 a (S. 284);
 Schönke-Kuchinke, Lehrb. § 75 I 1 a (S. 346);
 Freytag S. 20;
 Pecher, JuS 1969 S. 230;
 Steinberg S. 13;
- 3) BGH NJW 1958 S. 1917 (Urt. vom 25. Sept. 1958);
 BAGE Bd. 9 S. 205 (Urt. vom 5. Mai 1960);
 Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 2 B;
 Lent-Jauernig, Lehrb. § 58 III 1 (S. 179);
 Schönke-Kuchinke, Lehrb. § 75 I 1 a (S. 346);

Vereinzelt wird ferner betont, die Unrichtigkeit dürfe sich aus der "Kenntnis der Prozessvorgänge" (1), aus "den Prozessakten" (2), aus "anderen öffentlichen Urkunden" (3) oder aus "gerichtsbekannten Tatsachen" (4) ergeben.

Fast vollständig negiert wird das Erfordernis der "Offenbarkeit" endlich von Stein-Jonas-Schumann/Leipold (5). Der Kommentar führt aus, es entspreche "dem Sinn des § 319 ZPO und dringenden praktischen Bedürfnissen", in allen Fällen, in denen das Gericht einen Widerspruch zwischen dem Gewollten und dem Ausgesprochenen bejahe, die Berichtigung zuzulassen, wenn damit auch das Erfordernis der Offenbarkeit "fast zur Inhaltslosigkeit abgeschwächt" werde.

- bb) Ähnlich vielfältig sind die Stellungnahmen zu der Frage, für wen die Unrichtigkeit "offenbar" sein müsse [d.h. zu der Frage nach dem "Erkenntnissubjekt"]:

Das Reichsgericht hat in einer vereinzelt gebliebenen Entscheidung (6) die blosse Gerichtsoffenbarkeit des Versehens als ausreichend gelten lassen.

Eine Entscheidung des Kammergerichts (7) wiederum lässt die Berichtigung bei blosser Partelloffenbarkeit des Versehens zu.

Der Bundesgerichtshof endlich verlangt in einer Entscheidung (8), die Unrichtigkeit müsse "von jedem unbefangenen Leser unschwer erkannt werden können." In einer weiteren

1) Nikisch, Lehrb. § 101 II 1 (S. 392) ["Der Fehler muss ohne weiteres ersichtlich sein, wenn man das Urteil im Ganzen liest und die Prozessvorgänge kennt"];

2) Kleinfeller S. 450;
ähnlich Freytag S. 20 ["aus dem gesamten Akteninhalt"]
und Steinberg S. 15 ["ein Vergleich mit den Akten ist zulässig"];

3) Steinberg S. 16;

4) Freytag S. 20;

5) ZPO § 319 Anm. I 2 ;

6) RGZ Bd. 58 S. 118 (Urt. vom 6. Mai 1904);

7) Rspr. Bd. 27 S. 87 (Beschl. vom 9. Nov. 1912);

8) BGHZ Bd. 20 S. 188 (Urt. vom 8. März 1956);

Entscheidung (1) fordert das Gericht, die Unrichtigkeit müsse "auch jedem Aussenstehenden" erkennbar sein.

In der Literatur finden sich die unterschiedlichsten Auffassungen:

Geissler (2) betont, die Unrichtigkeit müsse nicht nur dem Gericht, sondern auch den Parteien erkennbar sein, verbindet also das Erfordernis der "Gerichtsoffenbarkeit" mit dem der "Parteiioffenbarkeit".

Hellwig (3) wiederum führt aus, das Versehen müsse für die "Prozessbeteiligten" erkennbar sein.

Andere fordern, der Fehler müsse für "jeden, der die Entscheidung zu Gesicht bekommt" (4), für "jeden Aussenstehenden" (5), für "jeden Einsichtigen" (6) oder für "jeden Verständigen" (7) erkennbar sein.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich im Zivilprozess weder zu der Frage nach der "Erkenntnisquelle" noch zu der nach dem "Erkenntnissubjekt" bislang eine gesicherte Auffassung gebildet hat.

- b) Literatur und Rechtsprechung zum Verwaltungsprozess haben dem Erfordernis der "Offenbarkeit" des Versehens geringere Aufmerksamkeit gewidmet:

1) BGH NJW 1958 S. 1917 [Urt. vom 25. Sept. 1958];

2) Anm. zu BGH NJW 1956 S. 344 [Urt. vom 27. Okt. 1955];

3) System S. 503;

ähnlich Hess S. 16 f. [ders. führt aus, die Unrichtigkeit müsse jedem, der die Sachlage kenne, also vor allem jedem Prozessbeteiligten, sobald er darauf aufmerksam gemacht werde, erkennbar sein];

4) Steinberg S. 13;

5) Lent-Jauernig, Lehrb. § 58 III 1 [S. 179];

6) Blomeyer, Lehrb. § 87 II 1 a [S. 429];

7) Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. BI;

daran knüpft Wieczorek [aaO] die Erwägung, wenn sich unter gleich Verständigen keine Einigung erzielen lasse, sei das Versehen nicht "offenbar" [bedenklich; das Versehen kann "offenbar", die Entscheidung der "Verständigen" falsch sein];

aa) Die Literatur führt aus, die Unrichtigkeit müsse sich "aus dem Urteil" (1), "aus dem Zusammenhang des Urteils" (2), "unmittelbar aus dem Urteil selbst" (3), den "Vorgängen bei Erlass und Verkündung" (4) oder "aus einer verfügbaren Urkunde" (5), einer "jederzeit greifbaren Urkunde" (6) bzw. aus den "dem Gericht vorliegenden Unterlagen" (7) "ohne weiteres" (8), "ohne weitere Nachforschungen" (9) und "nicht erst auf Grund von umfangreichen Ermittlungen" (10) ergeben.

Vereinzelt (11) wird dabei betont, das Erfordernis der "Offenbarkeit" sei "jedenfalls weit auszulegen."

bb) Die - ältere - Rechtsprechung hebt in Anlehnung an zivilrechtliche Entscheidungen hervor, der zwischen dem Willen des Gerichts und dem Ausdruck des Gewollten bestehende Widerspruch müsse dergestalt erkennbar sein, dass sich aus dem "Zusammenhalt von Urteilsformel und Urteilsgründen" (12) sowohl die Nichtübereinstimmung beider als auch das vom Gericht wirklich Gewollte "mit Sicherheit" (13), "ohne weiteres" sowie "klar und mit Ge-

-
- 1) Klinger, VwGO § 118 Anm. B 1 ; Kopp, VwGO § 118 Anm.2;
 - 2) Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 4;
 - 3) Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 3;
 - 4) Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 4;
 - 5) Koehler, VwGO § 118 Anm. III 4 ;
 - 6) Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 3;
 - 7) Klinger, VwGO § 118 Anm. B 1 ;
 - 8) Schunck-De Clerck, VwGO § 118 Anm. 1;
 - 9) Koehler, VwGO § 118 Anm. III 4;
 - 10) Koehler, VwGO § 118 Anm. III 4;
 - 11) Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 4;
Koehler, VwGO § 118 Anm. III 4;
 - 12) PROVGE Bd. 59 S. 465 (Urt. vom 19. Sept. 1910);
Landeswasseramt, PrVBl. 1916/17 S. 550 (Beschl. vom
2. März 1917);
 - 13) Kgl.SächsOVG Jahrb. Bd. 14 S. 288 (Urt. vom 20. Nov.
1909);
BAH Bd. 90 S. 103 (Entsch. vom 19. Sept. 1936);

wissheit" (1) ergebe. Es müsse sich um eine Unrichtigkeit handeln, über deren Richtigstellung "eine Meinungsver -
schiedenheit kaum entstehen" könne (2).

Das Bundesverwaltungsgericht nimmt in zwei Entscheidun -
gen zum Erfordernis der "Offenbarkeit" des Versehens
Stellung. Die eine (3) führt in ihrer - sehr kurz gehal -
tenen - Begründung aus, der Antrag der Kläger ziele
"nicht auf Berichtigung einer offensichtlichen Unrich -
tigkeit, sondern auf die Berichtigung einer Unrichtig -
keit ab, die nicht aus dem Urteil selbst erkennbar" sei.
Als "Erkenntnisquelle" will das Gericht also offenbar
nur den Inhalt des Urteils selbst gelten lassen. In dem
der anderen (4) Entscheidung zugrunde liegenden Rechts -
streit war ein Berufungsurteil ergangen, dessen Tenor
keinen Ausspruch über die Aufhebung des Ersturteils ent -
hielt. Die Gründe des Berufungsurteils leitete der Satz
ein, das Ersturteil könne "keinen Bestand haben." Hier -
aus ergab sich nach Auffassung des Bundesverwaltungsge -
richts eindeutig, dass das Berufungsgericht das Erstur -
teil habe aufheben wollen. Das Fehlen des Ausspruchs im
Tenor stelle eine "offenbare - ohne weiteres zutage
tretende - Unrichtigkeit" dar.

cc) Auffällig ist im Verwaltungsprozess das fast völlige Feh -
len eines Hinweises auf das "Erkenntnissubjekt." Die Li -
teratur enthält sich jeder Angabe. Aus der Rechtsprechung
ist allein eine Entscheidung des Thüringischen Oberver -
waltungsgerichts (5) anzuführen. Dieselbe hebt hervor,
die Unrichtigkeit müsse "allen Beteiligten", also den
Parteien (6) des Rechtsstreits, erkennbar sein.

1) ProVGE Bd. 55 S. 498 [Beschl. vom 25. Nov. 1909];

2) ThürOVG Amtl. Veröff. Bd. 6 S. 40 [Urt. vom 28. Juni
1918];

3) BVerwGE Bd. 7 S. 218 [Urt. vom 29. Aug. 1958];

4) BVerwGE Bd. 30 S. 146 [Beschl. vom 16. Juli 1968];

5) Amtl. Veröff. Bd. 6 S. 40 [Urt. vom 28. Juni 1918];

6) Vgl. Knauth S. 38, 84; ders. führt aus, dass unter den
- durch die "Geschäftsordnung für das Thür.OVG" vom 21.
Nov. 1912 nicht näher definierten - "Beteiligten" die
"Prozesssubjekte", also Kläger und Beklagter, zu ver -
stehen seien;

- c) Auf dem Gebiet der Finanzgerichtsbarkeit gelten (1) als "offenbar" solche Unrichtigkeiten, die sich entweder aus dem Urteil selbst unmittelbar und ohne weiteres ergeben oder sich zumindest in Verbindung mit einer je - derzeit erreichbaren Urkunde zweifelsfrei feststellen lassen.

"Unmittelbar und ohne weiteres" ergeben bzw. "zweifelsfrei feststellen" lassen sich diese Unrichtigkeiten aus den genannten "Erkenntnisquellen", wenn sie "durchschaubar, erkennbar, eindeutig, augenfällig, nicht zu über - sehen, handgreiflich, nicht zu bezweifeln" sind (2).

Unterschiedlich beantwortet wird die Frage nach dem "Erkenntnissubjekt":

Das Finanzgericht Stuttgart (3) betont, die Unrichtigkeit müsse "auch der Abgabepflichtige ohne weiteres erkennen können."

Das Finanzgericht München (4) wiederum führt aus, die Unrichtigkeit müsse "allen Beteiligten" offenbar sein. Die-

- 1) Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr.2;
Maeder-Mittelsteiner, FGD § 107 Anm. II 2;
Ziemer-Birkholz, FGO § 107 Rdnr. 4;
Ziemer-Haarmann S. 429 [Rdnr. 4203];
- 2) Tipke-Kruse, FGO § 107 Rdnr. 1 [ders. verweist auf Tipke-Kruse, AbgO § 92 Anm. 2];
Tipke, Anm. zu BFH StRK AbgO § 92 R. 24 [Urt. vom 4. Sept. 1961];
BFHE Bd. 86 S. 333 [Urt. vom 29. März 1966];
FG München EFG 1965 S. 411 [Urt. vom 19. Jan. 1965];
- 3) EFG 1961 S. 128 [Urt. vom 26. Juli 1960]; in dem dieser Entscheidung zugrunde liegenden Verfahren hatte der Finanzbeamte dem Abgabepflichtigen einen Freibetrag für dessen [längst verstorbene] Ehefrau gewährt; das FG Stuttgart führte aus, diese Unrichtigkeit hätte "auch der Abgabepflichtige ohne weiteres erkennen können";
- 4) EFG 1965 S. 411 [Urt. vom 19. Jan. 1965]; Die Entscheidung behandelt die Korrektur einer fehlerhaften Umsatzsteuer-Festsetzung; was mit "allen Beteiligten" gemeint ist, wird nicht näher erläutert;

se Auffassung wird von einem Teil (1) der Literatur geteilt.

Die wohl überwiegende (2) Literaturmeinung dagegen betont, die "Offenbarkeit" des Versehens könne weder vom Standpunkt des Richters noch von dem eines Prozeßbeteiligten, sondern allein aus der Sicht eines unbefangenen, sachkundigen Lesers beurteilt werden.

Unterschiedlich beantwortet wird endlich auch die Frage, ob an das Erfordernis der "Offenbarkeit" strenge oder nicht allzu strenge Anforderungen zu stellen seien:

Leise-Paleit (3) und Ziemer-Birkholz (4) wollen dieses Erfordernis "weit" bzw. "nicht zu eng" auslegen.

Noch weiter geht Becker-Riewald-Koch (5), der bei Versehen, die nicht den Inhalt der Entscheidung betreffen [das Zitat nennt "unrichtige Angaben der Richter, der Bevollmächtigten, das Datum"], auf das Erfordernis der "Offenbarkeit" ganz verzichten will.

Dagegen betont Tipke (6), dem Wort "offenbar" müsse ganz besonderes Gewicht beigemessen werden. Eine Auffassung, die das Gebot der "Offenbarkeit" bis zur Inhaltslosigkeit abschwäche, sei nicht haltbar.

1) Tipke-Kruse, FGO § 107 Rdnr. 1 [ders. verweist auf Tipke-Kruse, AbgO § 92 Anm. 2];

Tipke, Anm. zu BFH StRK AbgO § 92 R. 24 [Urt. vom 4. Sept. 1961];

2) Görg-Müller, FGO § 107 Anm. 1 [Rdnr. 576];

Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 2;

Ziemer-Birkholz, FGO § 107 Rdnr. 4;

Ziemer-Haarmann S. 429 [Rdnr. 4203];

Dollinger, DStZ 1954 S. 187 ["Jeder sachkundige Dritte, ...also der objektive Betrachter muss den Fehler erkennen können"];

3) FGO § 107 Anm. 1 ["Die Unrichtigkeit muss leicht erkannt werden können. Jedoch ist dies weit auszulegen."];

4) FGO § 107 Rdnr. 5 ["Die Vorschrift ist bezüglich ihrer Voraussetzungen aus prozessökonomischen Gründen nicht zu eng auszulegen"];

5) FGO § 107 Anm. 1 (2) ;

6) Anm. zu BFH StRK AbgO § 92 R. 24 [Urt. vom 4. Sept. 1961];

d) Im Sozialgerichtsprozess nimmt die Literatur lediglich zur Frage nach der "Erkenntnisquelle", die Rechtsprechung auch zu der nach dem "Erkenntnissubjekt" Stellung:

aa) In der Literatur wird vereinzelt (1) in Anlehnung an zivilrechtliche Entscheidungen hervorgehoben, die Unrichtigkeit müsse "dergestalt erkennbar sein, dass aus dem Zusammenhalt von Urteilssatz und Urteilsgründen sich sowohl das Vorhandensein des Versehens als auch das vom Richter wirklich Gewollte mit Gewissheit" ergebe.

Andere (2) Beiträge wiederum betonen, eine Unrichtigkeit sei "offenbar", wenn sie sich entweder aus dem Urteil selbst oder im Zusammenhang mit den dem Gericht bei Urteilserlass zur Verfügung stehenden Urkunden ohne weiteres ergebe.

bb) Die Entwicklung der Rechtsprechung zeigt Parallelen zum Zivilprozess auf:

Das Reichsversicherungsamt hat in älteren Entscheidungen (3) betont, eine Unrichtigkeit sei "offenbar", wenn der Widerspruch zwischen dem Willen des Gerichts und dem Ausdruck dieses Willens aus dem "Inhalt des Urteils" erkennbar sei.

Später hat das Reichsversicherungsamt (4) in offenkundiger Anlehnung an zivilrechtliche Entscheidungen hervorgehoben, die Unrichtigkeit müsse "dergestalt erkennbar sein, dass aus dem Zusammenhang

1) Stier-Somlo, RVO § 1673 Anm. 2;

2) Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1;
Dapprich S. 148;
Tannen, SGb. 1960 S. 67;

wenig brauchbar: Hofmann-Schroeter, SGG § 138 Anm. 2 ["Offenbar ist jede klar erkennbare Unrichtigkeit"];

3) RVA AN 1899 S. 444 [Rekursentscheid vom 19. Aug. 1898];
RVA AN 1911 S. 451 [Rekursentscheid vom 17. Dez. 1910];

4) RVA AN 1926 S. 277 [Beschl. vom 4. Febr. 1926];

von Urteilsformel und Urteilsgründen das Vorhandensein des Versehens sich ergibt."

Das Bundessozialgericht (1) dagegen hebt hervor, die "Offenbarkeit" des Fehlers könne nicht nur aus dem Urteil, sondern auch aus sonstigen verfügbaren Urkunden und Unterlagen hergeleitet werden.

Bei der Prüfung, ob eine "offenbare" Unrichtigkeit vorliegt, stellt das Bundessozialgericht (2) im übrigen in ständiger Rechtsprechung nicht auf das Erkenntnisvermögen der tatsächlich Beteiligten, sondern auf das "verständiger Personen" ab: Entscheidend sei dabei, dass es keiner besonderen Sachkenntnis, keiner Heranziehung von Erläuterungen, Aufklärungsmitteln u.dgl. bedürfe, um die Unrichtigkeit zu erkennen. Ein Fehler, der sich erst bei Überprüfung der Rechtslage herausstelle, sei nicht "offenbar" (3). Unschädlich sei es dagegen, dass sich das Zustande kommen des Versehens nicht aufklären lasse (4).

- 1) BSGE Bd. 15 S. 96 (Urt. vom 8. Sept. 1961);
vgl. auch LSG Baden-Württemberg Breith. 1955 S. 554 (Entsch. vom 15. Okt. 1954);
vgl. ferner BayLSG Breith. 1960 S. 652 (Beschl. vom 10. Dez. 1959);
- 2) BSGE Bd. 15 S. 96 (Urt. vom 8. Sept. 1961);
BSGE Bd. 18 S. 270 (Urt. vom 21. Febr. 1963);
BSG SozE I/4 § 138 Nr. 3 (Urt. vom 24. Juni 1965);
BSG NJW 1970 S. 2079 (Urt. vom 23. Juli 1970);
- 3) BSG NJW 1970 S. 2079 (Urt. vom 23. Juli 1970);
- 4) BSGE Bd. 18 S. 270 (Urt. vom 21. Febr. 1963);
das Urteil befasst sich mit der Korrektur einer fehlerhaften [Renten-]Umstellungsmitteilung; bei der dieser Mitteilung zugrunde liegenden Berechnung war die Höhe eines monatlichen Steigerungsbetrages fehlerhaft mit "9,5" statt mit "5,2" eingesetzt worden; wie dieser Fehler zustande gekommen war, hatte sich nicht aufklären lassen;

cc) Eingehend haben sich Rechtsprechung und Schrifttum endlich mit der Frage der "engen" oder "weiten" Auslegung des Offenbarkeitserfordernisses befasst. In der Literatur ist die Auffassung verbreitet (1), an die "Offenbarkeit" des Versehens dürften allzu strenge Anforderungen nicht gestellt werden.

Das Bundessozialgericht ist dieser Auffassung zu - nächst (2) gefolgt. Später (3) hat das Gericht aber einschränkend bemerkt, auf das Erfordernis der "Offenbarkeit" könne angesichts des Umstandes, dass es sich bei der Berichtigung nach § 138 SGG zwar um ein verfahrensrechtlich einfaches, für die Rechtsposition der Beteiligten aber u.U. sehr schwerwiegendes Mittel handle, nicht völlig verzichtet werden. Jedenfalls könne es im Interesse der Rechtssicherheit nicht hingenommen werden, wenn das Erfordernis der "Offenbarkeit" fast bis zur Inhaltslosigkeit abgeschwächt werde (4).

1) Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1; Tannen, SGB. 1960 S. 67;

2) BSGE Bd. 15 S. 96 (Urt. vom 8. Sept. 1961);

3) BSG NJW 1963 S. 126 (Beschl. vom 23. Okt. 1962); die sehr instruktive Entscheidung befasst sich mit der Nachholung einer zwar beschlossenen, aber versehentlich nicht in das Urteil aufgenommenen Rechtsmittelzulassung;

4) Eine deutliche Kritik an der bis heute von Stein-Jonas-Schumann/Leipold (ZPO § 319 Anm. I 2) vertretenen Auffassung!

2. K r i t i k :

Die an das Gebot der " Offenbarkeit " des Versehens zu stellenden Anforderungen

- a) Unter Zugrundelegung früherer Ausführungen über die Wechselwirkung von "Rechtssicherheit" und "Zweckmässigkeit" ["Prozesswirtschaftlichkeit"] und die dadurch erzwungene restriktive Auslegung der Berichtigungsnormen kann nicht zweifelhaft sein, dass das Gebot der "Offenbarkeit" des Versehens weder völlig vernachlässigt (1) noch bis zur Inhaltslosigkeit abgeschwächt (2) werden darf. Im Gegenteil wird der nur gelegentlich vertretenen Auffassung (3) zu folgen sein, die dem Erfordernis der "Offenbarkeit" besonderes Gewicht beimisst.
- b) Über den Begriff der "Offenbarkeit" gibt eine Wortinterpretation hinreichenden Aufschluss: "Offenbar", althochdeutsch >offanbār< , bedeutet "sich offen tragend" (4). "Offenbar" sind mithin Versehen, die [in der "Erkenntnisquelle"] so offen zutage treten, dass [für das "Erkenntnissubjekt"] an ihrem Vorliegen vernünftigerweise kein Zweifel bestehen kann.
- c) Schwieriger ist die Frage nach der "Erkenntnisquelle" zu beantworten.
 - aa) Unbedenklich ist der h.M. darin zu folgen, dass solche Versehen "offenbar" sind, die sich aus dem Zusammenhang des Urteils selbst ergeben. Eine näherliegende, dem mit der Korrektur befassten Richter besser zugängliche und im Beschwerdeverfahren überprüfbare "Erkenntnisquelle" ist nicht vorstellbar.

1) Wie dies z.B. Becker-Riewald-Koch [FGO § 107 Anm. 1(2)] bei bestimmten "Unrichtigkeiten" für zulässig hält;

2) Wie dies Stein-Jonas-Schumann/Leipold [ZPO § 319 Anm. I 2] für vertretbar hält;

3) Vgl. Tipke, Anm. zu BFH StRK AbgO § 92 R. 24 [Urt. vom 4. Sept. 1961];

4) Kluge-Mitzka, Etymologisches Wörterbuch S. 519;

bb) Bedenken dagegen erweckt die Auffassung, welche auch die Vorgänge bei Erlass und Verkündung des Urteils unbeschränkt als "Erkenntnisquelle" nutzen will. Diese Auffassung stellt die Beantwortung der Frage, ob ein korrigibles Versehen vorliegt, letztlich in das Erinnerungsvermögen, möglicherweise in die Willkür der an "Erlass" und "Verkündung" beteiligten Personen. Zwei Einschränkungen sind deshalb geboten :

Die "Vorgänge" müssen ihren - jederzeit im Beschwerdeverfahren nachprüfbaren - Niederschlag in einer all - zeit greifbaren Urkunde gefunden haben. Als solche kommt allein das Sitzungsprotokoll (1) in Betracht.

Die "Vorgänge" müssen ferner in der Entscheidung selbst zumindest einen "Anhalt" gefunden haben. Nur so kann die Möglichkeit ausgeschlossen werden, dass durch eine vorgängige, einfach zu bewirkende (2) Korrektur des Sitzungsprotokolls eine gesetzlose "Berichtigung" der Entscheidung selbst ermöglicht wird (3).

cc) Einer Konkretisierung bedarf auch die Auffassung, sonstige "Urkunden" und "Unterlagen" seien als "Erkenntnisquelle" zuzulassen:

Als solche kommen nur Belege in Betracht, die - wie z.B. die Prozessakten, das Grundbuch oder das Handelsregister - ständig zur Verfügung des Gerichtes stehen. Anders wäre weder eine von Amts wegen vorzunehmende Berichtigung denkbar noch die verlässliche Nachprüfung eines Berichtigungsbeschlusses im Beschwerdeverfahren vorstellbar.

1) Vgl. §§ 159 ff. ZPO, 105 VwGO, 94 FGO, 122 SGG;

2) Auf die - nicht den strengen Voraussetzungen der §§ 319 ZPO, 118 VwGO, 107 FGO, 138 SGG unterliegende - Korrektur des Sitzungsprotokolls werde ich später näher eingehen;

3) Eine Möglichkeit, die in Fällen drohender Regress - ansprüche nicht unterschätzt werden darf;

d) Ähnliche Einschränkungen sind hinsichtlich des "Erkenntnis-
subjekts" angebracht:

- aa) Die bloße "Gerichtsoffenbarkeit" des Versehens reicht nicht aus. Die gegenteilige Auffassung stellt die Berichtigung in das Belieben des Richters. Sie stellt damit dem Schutzbedürfnis (1) der Beteiligten nicht ausreichend Rechnung.
- bb) Dem Schutzbedürfnis der Beteiligten würde die reine "Partei-offenbarkeit" des Versehens zwar Genüge tun. In- des müssten sachlich gleich gelagerte Fälle je nach der Erkenntnisfähigkeit der Beteiligten u.U. verschieden behandelt werden. Für derart diffizile Erwägungen, wie sie die Beurteilung der Erkenntnisfähigkeit der Betei- ligten verlangt, ist das Berichtigungsverfahren aber weder bestimmt noch geeignet.
- cc) Die aufgezeigten Nachteile vermeidet allein eine Auf- fassung, die auf die Erkennbarkeit des Versehens für einen - fiktiven - verständigen, objektiven Betrachter abstellt, der mit dem Inhalt des Urteils und dem [nach- prüf- baren] Gang des Verfahrens vertraut ist. Diese Auf- fassung steuert richterlicher Willkür, dient mit der Gleichbehandlung sachlich gleich gelagerter Fälle der Berechenbarkeit des Rechts und trägt dem Schutzbedürfnis der Beteiligten hinreichend Rechnung.
- e) Der - so verstandene - Offenbarkeitsbegriff erlaubt eine letzte Präzisierung der Definition der "ähnlichen Unrich- tigkeiten":

1) Auf das "Schutzbedürfnis" des von der Berichtigung Be- troffenen stellt z.B. Baumgärtel [Kriterien, in: Fest- schrift für Schnorr v. Carolsfeld S. 19 ff.] massgeb- lich ab;

Fehlleistungen, die auf unterbliebener oder auf fehlerhafter Rechtsanwendung [also auf einem "Rechtsirrtum"] beruhen, sind von der Korrektur im Berichtigungsverfahren ausgeschlossen. Lässt sich im Einzelfall die Möglichkeit, dass ein [zweifelsfrei vorhandenes] Versehen auf einen solchen "Rechtsirrtum" zurückgeht, nicht mit Sicherheit ausschliessen, so ist das Vorliegen einer korrigiblen "Unrichtigkeit" nicht zweifelsfrei feststellbar, der Fehler nicht hinreichend "offenbar", seine Berichtigung ausgeschlossen (1).

1) Hippe [Anm. zu BFH StRK AbgO § 92 R.40 - Urt. vom 24. Nov. 1965] führt in diesem Zusammenhang aus, dass nicht zu prüfen sei, ob neben der Möglichkeit eines Rechtsirrtums auch die Möglichkeit eines korrigiblen Versehens bestehe und welcher der beiden Möglichkeiten der höhere Grad von Wahrscheinlichkeit zukomme: In jedem Falle sei die hinreichende "Offenbarkeit" des Versehens zu verneinen. Dem ist nichts hinzuzufügen.

III. Die Frage der Verursachung

1. Im Urteil enthaltene Flüchtigkeitsfehler können auf ein Versehen des Richters zurückgehen. Die Regel ist dies keineswegs. Häufig unterläuft bereits einer der Parteien [bzw. "Beteiligten"] - z.B. bei Abfassung der Klageschrift - ein Versehen, das - vom Richter unbemerkt - in das Urteil übergeht.

Die Frage, ob derartige "Parteiversehen" [bzw. "Beteiligtenversehen"] der Korrektur im Berichtigungsverfahren zugänglich sind, wird nicht einheitlich beantwortet.

- a) Auf zivilprozessualen Gebiet lehnt ein beachtlicher Teil der - älteren - Literatur (1) und Rechtsprechung (2) die Berichtigung von "Parteiversehen" ab. Zur Begründung wird ausgeführt, die Vorschrift des § 319 ZPO betreffe nur "Verlautbarungsmängel." Von einem solchen Mangel könne aber keine Rede sein, wenn der Richter eine falsche Angabe dem Schriftsatz einer Partei entnommen und im Urteil verwendet habe. Denn in diesem Falle habe der Wille des Richters im Urteil den zutreffenden Ausdruck gefunden (3).

-
- 1) Freudenthal-Sauerländer, ZPO § 319 Anm. 1;
 Petersen-Anger, ZPO § 319 Anm. 2;
 Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 5;
 Warneyer, ZPO § 319 Anm. 14;
 Wilmowski-Levy, ZPO § 290 [a.F.] Anm. 1;

Bull, Rpfleger 1957 S. 401;
 Kisch, Parteiberichtigung S. 595 f.;
 Kuhnt, JW 1913 S. 116;
 Oertmann, DJZ 1906 Sp. 736;
 Schultzenstein, Anm. zu KG ZZP Bd. 15 S. 74;

- 2) RG JW 1899 S. 369 (Beschl. vom 1. Mai 1899);
 RGZ Bd. 45 S. 359 (Urt. vom 9. Nov. 1899);
 RG JW 1901 S. 484 (Beschl. vom 4. Juni 1901);
 RG JW 1902 S. 588 (Urt. vom 8. Okt. 1902);

OLG Dresden SächsArch. Bd. 4 S. 724 (Urt. vom 29. Dez. 1893);
 KG Rspr. Bd. 1 S. 397 (Beschl. vom 7. Juli 1900);
 OLG München Rspr. Bd. 26 S. 399 (Beschl. vom 27. Juli 1912);
 OLG München Rspr. Bd. 27 S. 88 (Beschl. vom 12. Dez. 1912);
 KG LZ 1914 Sp. 203 (Urt. vom 20. Okt. 1913);
 LG Dresden SächsArch. Bd. 4 S. 721 (Beschl. vom 8. Nov. 1893);

- 3) Kisch, Parteiberichtigung S. 595;

Der weitaus überwiegende Teil der Literatur (1) und Rechtsprechung (2) dagegen betont, dass auch "Parteiversehen"

-
- 1) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 2 A;
 Förster-Kann, ZPO § 319 Anm. 1 b ;
 Neukamp-Becker, ZPO § 319 Anm. 3 b;
 Seuffert, ZPO § 290 [a.F.] Anm. 1;
 Stein, ZPO § 319 Anm. I 4 ;
 Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. I 4;
 Sydow-Busch-Krantz, ZPO § 319 Anm. 2;
 Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. B III a 1 ;

Heilfron-Pick S. 747 Fussn.24;
 Hellwig, System S. 504;
 Nikisch, Lehrb. § 101 II 2 [S. 392];
 Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 60 I 3 a [S. 284];
 Hess S. 28 f.;
 Hörle, ZZP Bd. 44 S. 67;
 E. Osterloh S. 80 f.;
 Petermann, Rpfllger 1973 S. 156;
 Steinberg S. 12;

einschränkend Weismann S. 226 [ders. will "Parteiversehen" dann berichtigen, wenn auch für das Gericht der durch die Partei veranlasste Fehler nur ein "Fehler im Ausdruck" ist];

einschränkend ferner Hora S. 828 [ders. will "Parteiversehen" nur berichtigen, wenn es sich um Schreibversehen handelt, die Berichtigung niemandem Nachteile zufügt, ihre Ablehnung die Partei aber zur Einleitung eines neuen Prozesses zwingen würde];

- 2) RG Gruchot Bd. 55 S. 1065 (Beschl. vom 1. März 1911);
 RAG ArbRSamml. Bd. 29 S. 273 (Urt. vom 13. März 1937);
 BGH Warn 1969 S. 833 (Urt. vom 19. Dez. 1969);
 OLG Dresden SachsArch. Bd. 21 S. 187 (Beschl. vom 25. März 1898);
 OLG Rostock Rspr. Bd. 3 S. 137 (Beschl. vom 11. Apr. 1901);
 KG Rspr. Bd. 9 S. 103 (Beschl. vom 10. März 1904);
 OLG Breslau Rspr. Bd. 17 S. 156 (Beschl. vom 27. März 1908);
 KG Rspr. Bd. 27 S. 87 (Beschl. vom 9. Nov. 1912);
 KG Rspr. Bd. 27 S. 85 (Beschl. vom 12. Dez. 1912);
 OLG Rostock SeuffA. Bd. 69 S. 213 (Beschl. vom 4. Dez. 1913);
 OLG Frankfurt LZ 1918 S. 878 (Beschl. vom 5. Febr. 1918);
 OLG Nürnberg JW 1925 S. 836 (Beschl. vom 5. Jan. 1925) mit zustimmender Anmerkung K r a e m e r ;
 KG JW 1928 S. 1148 (Beschl. vom 5. Sept. 1927) mit zustimmender Anmerkung R o q u e t t e ;
 KG GRUR 1951 S.71 (Beschl. vom 24. Nov. 1950);
 OLG Hamm Rpfllger 1959 S.280 (Beschl. vom 29. Apr. 1959);
 OLG Düsseldorf JMB1NRW 1964 S.89 (Beschl. vom 2. Jan. 1964);
 OLG Köln NJW 1964 S.2424 (Beschl. vom 24. Sept. 1964);

grundsätzlich (1) der Berichtigung zugänglich seien.

Für die letztgenannte Auffassung werden folgende Begründungen vorgebracht:

- aa) Einzelne führen aus, "Sinn und Zweck des § 319 ZPO" (2), "Sinn und Geist der Zivilprozessordnung", die den "Anforderungen des praktischen Lebens zu dienen bestimmt" sei (3), sowie die "Bedürfnisse des praktischen Rechtsverkehrs" (4) liessen die Korrektur auch von "Parteiversehen" angezeigt erscheinen.
- bb) Andere (5) betonen, soweit der Gesetzgeber nur den Fall richterlicher Versehen, nicht auch den von "Parteiversehen" geregelt habe, dürfe, da der rechtliche Gesichtspunkt in beiden Fällen der gleiche sei, im Wege der Gesetzesanalogie geholfen werden.
- cc) Wieder andere (6) heben hervor, weder aus dem Wortlaut des § 319 ZPO noch aus den Materialien lasse sich entnehmen, dass es sich bei der Anwendung dieser Vorschrift um durch Versehen des Gerichts hervorgerufene Fehlleistungen handeln müsse. Das Gesetz habe vielmehr die Berichtigung nur an das tatsächliche Bestehen einer "offenbaren Unrichtigkeit" geknüpft. Nirgends ha-

- 1) Die Auffassungen differieren nur dort, wo sich das "Parteiversehen" in der Parteibezeichnung niedergeschlagen hat [Näheres später];
- 2) Freytag S. 25;
Hess S. 29;
OLG Rostock Rspr. Bd.3 S.137 (Beschl. vom 11. Apr. 1901);
OLG Dresden JW 1932 S. 3637 (Beschl. vom 13. Juli 1932);
- 3) OLG Dresden SächsAnn. Bd.21 S.187 (Beschl. vom 25. März 1898);
- 4) Hora S. 828;
Steinberg S. 12;
- 5) KG Rspr. Bd. 9 S. 103 (Beschl. vom 10. März 1904);
- 6) So vor allem Hörle, ZZP Bd. 44 S. 67;
ähnlich E. Osterloh S. 80;
Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. I 4;
OLG Breslau Rspr. Bd.17 S.156 (Beschl. vom 27. März 1908);

be es die Frage des Verschuldens oder der Ursache der Unrichtigkeit aufgeworfen. Das Gesetz unterscheide nicht, ob der Fehler auf einem Versehen des Gerichts, einem Versehen der Partei oder einem Versehen beider beruhe. In jedem dieser Fälle sei die Berichtigung zuzulassen.

- dd) Wieder andere (1) heben hervor, § 319 ZPO müsse aus Gründen der Prozessökonomie auch auf "Partei versehen" angewendet werden. Neue Prozesse müssten vermieden werden, wenn auf dem einfacheren und billigeren Weg der Urteilsberichtigung dasselbe Ziel erreicht werden könne.
- ee) Hörle (2) endlich führt aus, in allen Fällen, in denen eine fehlerhafte Angabe im Urteil auf ein "Partei versehen" zurückgehe, liege ein "Irrtum des Gerichts im Ausdruck dessen, was es wegen der Gebundenheit an den Willen des Klägers nur habe wollen können", vor und sei deshalb die Berichtigung nach § 319 ZPO zuzulassen.

1) Neukamp-Becker, ZPO § 319 Anm. 3 b;

Petermann, Rpfleger 1973 S. 156 ["Diese Auffassung beschreitet den einfachsten und billigsten Weg, um der Partei insbesondere dann zu helfen, wenn Vollstreckungsorgane kleinliche Bedenken haben"];

OLG Nürnberg JW 1925 S. 836 (Beschl. vom 5. Jan. 1925) mit zustimmender Anmerkung K r a e m e r ;

OLG Königsberg JW 1931 S. 3570 (Beschl. vom 4. Mai 1931);

OLG Hamm Rpfleger 1959 S. 280 (Beschl. vom 29. Apr. 1959);

[diese Entscheidung hebt übrigens ausdrücklich hervor, dass es sich bei den "Partei versehen" nicht um "Verlautbarungsmängel" im Sinne der "strengen Erklärungstheorie" handele];

2) Z郑 Bd. 44 S. 69;

vgl. ferner die beachtlichen Ausführungen des OLG Rostock, SeuffA. Bd. 69 S. 213 (Beschl. vom 4. Dez. 1913);

- b) Auf dem Gebiet des Verwaltungsprozessrechts hat die Frage der Korrektur von "Beteiligtenversehen" (1) keine nennenswerte Diskussion ausgelöst.

Die Literatur (2) führt - zumeist unter Berufung auf einschlägige Entscheidungen der Zivilgerichte - übereinstimmend aus, dass auch Fehler, die durch einen Beteiligten verursacht worden seien, der Berichtigung zugänglich seien.

Eingehende Untersuchungen finden sich indes nirgends (3).

Auch die Rechtsprechung hat sich mit der Korrektur derartiger Versehen im Urteil (4) nur selten auseinanderzusetzen gehabt (5) :

-
- 1) Der Verwaltungsprozess kennt keine Parteien, sondern nur "Beteiligte" [vgl. § 63 VwGO sowie Ule, Verwaltungsprozessrecht S. 76];
 - 2) Klinger, VwGO § 118 Anm. B ["Es können auch Unrichtigkeiten berichtigt werden, die durch einen Beteiligten veranlasst worden sind"];
 Redeker-v. Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 2 [ders. führt aus, ein Verlautbarungsmangel liege vor, "selbst wenn die unrichtige Bezeichnung von Beteiligten und Gegenständen durch fehlerhafte Angaben eines Beteiligten hervorgerufen ist"];
 Schunck-De Clerck, VwGO § 118 Anm. 1 ["Gleich ist, durch wen die Unrichtigkeit verursacht wurde, etwa durch einen Beteiligten oder durch einen Gerichtsangehörigen"];
 unklar: Eyer mann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 3 [ders. erwähnt zwar die Berichtigung einer unrichtigen Beteiligtenbezeichnung, lässt aber offen, ob diese von einem Beteiligten verursacht worden sein darf];
 - 3) Die Beiträge von Fliegau [DVB1. 1963 S. 664] und Schultzenstein [VerwArch. Bd. 20 S. 39] befassen sich mit der Richtigstellung in der mündlichen Verhandlung, nicht im Urteil;
 - 4) Die Entscheidungen des Kgl. Sächs. OVG [Jahrb. Bd. 5 S. 38] vom 9. Sept. 1903 und [Jahrb. Bd. 18 S. 6] vom 6. Dez. 1911 befassen sich mit der Richtigstellung in der mündlichen Verhandlung, nicht im Urteil;
 - 5) Auf die Ursache werde ich bei der Frage der Korrektur der Beteiligtenbezeichnung zurückkommen [S. 124 d.A.];

In dem einer Entscheidung des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts (1) zugrunde liegenden Rechtsstreit war als Kläger der "Stadtrat zu Ölsnitz als Fürsorgeverband für den Stadtbezirk Ölsnitz, dem die Durchführung der Fürsorge und Wohlfahrtspflege zur eigenen Vertretung vom Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Ölsnitz übertragen ist", aufgetreten. Das Verwaltungsgericht hatte - mit gleichlautendem Aktivrubrum - die Klage abgewiesen. Das Sächsische Oberverwaltungsgericht berichtigte das Rubrum dieses Urteils dahin, dass Kläger der "Bezirksfürsorgeverband, vertreten durch den Stadtrat zu Ölsnitz" sei.

In dem einer Entscheidung des Preussischen Oberverwaltungsgerichts (2) zugrunde liegenden Rechtsstreit hatte ein Vikar G. in R. namens des - aufgelösten - "Katholischen Arbeitervereins St.J." in R. Klage vor dem Bezirksverwaltungsgericht erhoben. Das Gericht hatte die Klage abgewiesen und im Passivrubrum den "Katholischen Arbeiterverein St.J." aufgeführt. Das Preussische Oberverwaltungsgericht berichtigte die "Urteilsaufschrift" auf den Namen des Vikars G. in R.

Das Bundesverwaltungsgericht (3) endlich berichtigte das Passivrubrums eines Urteils des Oberverwaltungsgerichts Münster dahin, dass an Stelle des als Beklagten angeführten "Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung" die "Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung" einzusetzen sei.

Die vorstehenden Entscheidungen zeigen deutlich, dass die Verwaltungsgerichte durchweg auch "Beteiligtenversehen" korrigieren, die Frage der Verursachung also nicht aufwerfen.

1) Jahrb. Bd. 20 S. 324 (Urt. vom 13. Jan. 1927);

2) PROVGE Bd. 101 S. 151 (Urt. vom 9. Dez. 1937);

3) BVerwGE Bd. 20 S. 21 (Urt. vom 19. Nov. 1964);

Eine Auseinandersetzung mit den Grundsätzen der "strengen Erklärungstheorie" findet sich allerdings in diesem Zusammenhang auch in der Rechtsprechung nirgends.

- c) Während im Finanzverfahren die Frage der Korrektur von Steuerbescheiden, deren Unrichtigkeit auf ein Versehen des Steuerpflichtigen zurückgeht, umstritten ist (1), gehen Literatur und Rechtsprechung zum Finanzprozess

- 1) Gegen eine Berichtigung derartiger Versehen sprechen sich u.a. aus:

Hübschmann-v.Wallis, AbgO § 92 Anm. III 1 [ders. führt aus, Versehen des Steuerpflichtigen seien keine Fehler, die ohne weiteres zum Inhalt der Verfügung des Finanzamtes würden und Anlass zu ihrer Berichtigung geben könnten];

BFH BStBl. 1954 III S. 265 (Urt. vom 1. Juli 1954); [in dieser Entscheidung führt der Bundesfinanzhof beiläufig aus, § 92 Abs.3 [a.F.] AbgO gelte "nach seinem Sinn und Wortlaut" nicht für Fehler von Steuerpflichtigen];

FG Hannover, EFG 1958 S. 323 (Urt. vom 26. Febr. 1958); [das Finanzgericht führt aus, dem Finanzamt unterlaufe mit der Übernahme fehlerhafter Angaben des Steuerpflichtigen in den Bescheid kein Fehler in der Willenserklärung, sondern ein solcher in der Willensbildung; ein solcher Fehler aber könne nicht korrigiert werden;

Für eine Berichtigung derartiger Versehen sprechen sich u.a. aus:

Becker-Riewald-Koch, AbgO § 92 Anm. 5 (14); [ders. stellt auf den Gedanken der Parität zwischen Steuerpflichtigem und Finanzamt ab];

Giese-Plath, AbgO § 92 Anm. 3; [ders. führt aus, das Versehen des Steuerpflichtigen werde durch die Übernahme in den Bescheid des Finanzamtes dessen Bestandteil und damit ein Versehen des Finanzamtes];

Mittelbach, Anm. zu BFH StRK AbgO § 92 R. 51 (Urt. vom 8. Dez. 1967); [ders. will die Berichtigung zulassen, wo "das Finanzamt einen Fehler des Steuerpflichtigen in einer Weise übernommen hat, dass der Fehler als ein solcher des Finanzamtes anzusehen ist"];

Späth, DStR 1970 S. 229; [ders. bezeichnet die Gegenmeinung als "zweifelhaft, nicht zwingend notwendig und verfassungsrechtlich nicht unbedenklich"];

übereinstimmend (1) davon aus, dass auch durch Beteiligte (2) verursachte Versehen der Korrektur zugänglich seien.

Eine nähere Begründung dieser Auffassung findet sich freilich ebensowenig wie eine Auseinandersetzung mit den Grundsätzen der "strengen Erklärungstheorie."

- d) Im Sozialgerichtsprozess hat die Frage der Korrektur von "Beteiligtenversehen" (2) ebenfalls keine Diskussion ausgelöst.

Die Literatur führt - soweit sie überhaupt Stellung be-

Woerner S. 16 ["Bei der Selbstveranlagung des Steuerpflichtigen macht das Finanzamt das Versehen des Steuerpflichtigen zu seinem eigenen, wenn es die Steuer entsprechend der Selbstveranlagung des Steuerpflichtigen festsetzt"];

FG Karlsruhe, EFG 1958 S. 29 (Urt. vom 9. Okt. 1957); [das Gericht führt aus, Fehler des Steuerpflichtigen bei der Selbstveranlagung würden mit ihrer Übernahme Bestandteil der Verfügung des Finanzamtes. Dies könne nicht anders beurteilt werden, als ob dem Finanzamt selbst ein "formeller Fehler" unterlaufen sei];

- 1) Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 3;

Ziemer-Haarmann S. 429 (Rdnr. 4201); ["Es ist unerheblich, worauf der Fehler zurückzuführen ist; er kann auch auf offensichtlich unrichtigen Angaben eines Beteiligten beruhen, die der Senat versehentlich übernommen hat"];

BFHE Bd. 95 S. 97 (Urt. vom 23. Jan. 1969); [das dieser Entscheidung zugrunde liegende finanzgerichtliche Urteil enthielt im Rubrum eine fehlerhafte Bezeichnung der Beteiligten, die offenbar - insoweit lassen die nur im Auszug veröffentlichten Urteilsgründe allerdings letzte Klarheit vermissen - auf die Klageschrift zurückging; der Bundesfinanzhof berichtigte das Rubrum, ohne auf die Voraussetzungen einer solchen Korrektur näher einzugehen];

- 2) Auch die Finanzgerichtsordnung kennt keine "Parteien", sondern nur "Beteiligte" [vgl. § 57 FGO];

zieht - übereinstimmend (1) aus, der Umstand, dass eine Unrichtigkeit durch das Versehen eines Beteiligten verursacht worden sei, stehe einer Berichtigung nicht entgegen. Auf ein "Verschulden" komme es nicht an.

Aus der - karglichen - Rechtsprechung ist allein eine Entscheidung des Landessozialgerichts Bremen (2) anzuführen. Diese Entscheidung befasst sich mit der Umstellung des Aktivrubrums eines - noch auf den Namen des zwischenzeitlich verstorbenen Klägers ergangenen - Urteils auf den Namen des Erben. Die Entscheidungsgründe lassen erkennen, dass das Landessozialgericht der Frage, wer eine im Urteil enthaltene Unrichtigkeit verursacht habe, keine massgebliche Bedeutung beimisst.

Eine Auseinandersetzung mit den Grundsätzen der "strengen Erklärungstheorie" sucht man freilich auch hier vergeblich.

1) Mellwitz, SGG § 138 Rdnr.3 ["Hierher gehören alle erkennbaren Verlautbarungsmängel, auch wenn sie durch einen Beteiligten veranlasst sind...; auf ein Verschulden kommt es nicht an"];

Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1 ["Ob die Unrichtigkeit auf einem Versehen des Gerichts beruht oder durch unrichtige Angaben der Beteiligten veranlasst worden ist, ist unerheblich; auf ein Verschulden kommt es nicht an"];

Brackmann S. 248 o ["Dass die Unrichtigkeit durch einen Beteiligten veranlasst ist, steht der Berichtigung nicht entgegen. Dieser freieren Auslegung wird auch für die Sozialgerichtsbarkeit zu folgen sein"];

2) ZfS 1963 S. 311 (Beschl. vom 30. Okt. 1962);

2. K r i t i k :

Der Auffassung, dass die Korrektur von Partei- bzw. Beteiligtenversehen zulässig sei, ist im Ergebnis zuzustimmen :

Der Wortlaut der Berichtigungsnormen steht der Korrektur von "Schreib- und Rechenfehlern", die nicht auf richterlichem Versehen beruhen, nicht entgegen. Diese Vorschriften knüpfen die Zulässigkeit der Berichtigung allein an das Vorliegen eines "Schreib- oder Rechenfehlers", ohne der Frage der Verursachung das geringste Gewicht beizumessen.

Die Zwecksetzung der Berichtigungsnormen, die Korrektur von "Schreib- und Rechenfehlern" in "einfacher und rascher Weise" zu ermöglichen (1) und damit zur Rationalisierung des Verfahrens beizutragen (2), erzwingt eine Differenzierung nach der Ursache solcher Versehen ebenfalls nicht.

Als "ähnliche offenbare Unrichtigkeiten" sind nach der [hier vertretenen] "objektiven Theorie" Fehlleistungen zu verstehen, die sich dem objektiven Betrachter als blosse Flüchtigkeitsversehen darstellen. Auf die Frage der Verursachung stellt die "objektive Theorie" nicht ab. Deshalb wirft die Korrektur "ähnlicher offenkundiger Unrichtigkeiten", die nicht auf richterlichem Versagen beruhen, keine Probleme auf (3). Die "objektive Theorie" stellt damit zugleich ihre praktische Brauchbarkeit unter Beweis.

-
- 1) Vgl. den [bereits an früherer Stelle angeführten] Wortlaut der Amtlichen Begründung zu § 280 des Entwurfs einer Deutschen Zivilprozessordnung;
 - 2) Darauf werde ich u.a. im Dritten Teil der Untersuchung näher eingehen;
 - 3) Für die insbesondere vom OLG Dresden, SächsAnn. Bd. 21 S. 187 [Beschl. vom 25. März 1898] verwendete Gesetzesanalogie ist deshalb kein Raum; eine Gesetzeslücke liegt nicht vor;

Dagegen erweist sich im vorliegenden Zusammenhang einmal mehr die Unhaltbarkeit der "strengen Erklärungstheorie":

In jeder Entscheidung, deren "Unrichtigkeit" auf fehlerhaften Partei- oder Beteiligtenangaben beruht, hat der Wille des Richters den zutreffenden Ausdruck gefunden; ein "Verlautbarungsmangel" liegt deshalb nicht vor (1). Die gegenteilige, insbesondere von Hörle (2) vertretene Auffassung verkennt, dass der [Zivil-]Richter zwar an das tatsächliche Vorbringen der Parteien gebunden ist (3), seinen Entscheidungswillen aber gleichwohl frei bildet und hinsichtlich der von den Parteien übernommenen Angaben auch nicht lediglich als "Erklärungsbote" verstanden werden kann. Parteiversehen sind deshalb "Willensbildungsmängel." Mit ihrer Korrektur negiert die herrschende "strenge Erklärungstheorie" ihre eigenen Grundsätze.

-
- 1) Von der neueren Rechtsprechung stellt dies allein das OLG Hamm, Rpfleger 1959 S. 280 [Beschl. vom 29. Apr. 1959] unmissverständlich klar;
 - 2) ZZP Bd. 44 S. 69 [dasselbst führt Hörle aus, es liege ein "Irrtum des Gerichts im Ausdruck dessen, was es wegen der Gebundenheit an den Willen des Klägers nur haben wollen können", vor];
 - 3) Für den Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess trifft nicht einmal dies zu [vgl. §§ 86 Abs.1 S.2 VwGO, 76 Abs.1 S.4 FGO, 103 S.2 SGG];

Zusammenfassung

Um die Bestimmung des Begriffes der "ähnlichen Unrichtigkeiten" bemühen sich verschiedene Theorien. Die "strenge Erklärungstheorie" beschränkt derartige Fehlleistungen auf reine Verlautbarungsmängel. Die "eingeschränkte Erklärungstheorie" will in engem Umfang auch den Subsumtionsfehler und den Irrtum über Tatsachen korrigieren. Der Lösungsversuch E. Osterlohs endlich bezieht Urteils-mängel ein, die auf den "Sinn" des Urteils ohne Einfluss sind oder auf Grund des Satzes "falsa demonstratio non nocet" ohne Wirkung zu bleiben haben. Die Nachteile der beschriebenen Lösungen vermeidet eine "objektive Theorie", die entscheidend darauf abstellt, wie sich das Versehen für den objektiven Betrachter darstellt und "ähnliche Unrichtigkeiten" als "mechanische Flüchtigkeitsversehen" begreift, die nicht auf einem Rechtsirrtum beruhen.

Das Erfordernis der "Offenbarkeit" des Versehens ist, was die Erkenntnisquelle, das Erkenntnis-subjekt und den Umfang der Auslegung betrifft, gleichermassen umstritten. Haltbar ist nur eine Auslegung, welche den Begriff restriktiv interpretiert, auf die Erkennbarkeit des Versehens für den objektiven Betrachter abstellt und Fehler, die möglicherweise auf einem Rechtsirrtum beruhen, von der Korrektur ausschliesst.

Die Berichtigung von Partei- oder Beteiligtenversehen wird von einem Teil der - vorwiegend älteren - Rechtssprechung und Lehre mit der Begründung abgelehnt, es handle sich nicht um Verlautbarungsmängel. Neuere Beiträge lassen die Korrektur derartiger Fehler ohne überzeugende Begründung zu. Nach der - hier vertretenen - "objektiven Theorie" stehen der Berichtigung solcher Fehlleistungen grundsätzliche Bedenken nicht entgegen.

Zweiter Abschnitt

Die der Berichtigung zugänglichen Entscheidungen

A. U r t e i l e

Dass "Urteile" der Berichtigung zugänglich sind, kann nach dem klaren Wortlaut der §§ 319 Abs.1 ZPO, 118 Abs.1 VwGO, 107 Abs.1 FGO, 138 S.1 SGG [...im Urteil...] nicht zweifelhaft sein. Gleichwohl sind gewisse Unterscheidungen angebracht.

I. Die Berichtigung "unwirksamer" und ungültiger" Urteile

1. Als unwirksam" (1) bezeichnet die Prozessrechtslehre (2) mangelhafte Entscheidungen, die zwar als Urteile bestehen, die aber nicht in der Lage sind, irgend - welche dem Urteil gemässe Wirkungen zu entfalten. Eine allgemein gültige Formel, wann Entscheidungen "unwirksam" sind, lässt sich nicht aufstellen (3). Auf die insbesondere von Sauer (4) aufgezählten wichtigsten Beispiele sei an dieser Stelle verwiesen. Diese

-
- 1) Wurzer [Nichturteil S. 21 ff.] spricht von "nichtig", Jauernig [Das fehlerhafte Zivilurteil S.3] von "wirkunglosen" Entscheidungen; diese Arbeit bedient sich der von Sauer [Allgemeine Prozessrechtslehre § 14 IV S. 221 ff.] verwendeten Termini;
 - 2) Grunsky, Grundlagen S. 399; Jauernig, Das fehlerhafte Zivilurteil S. 141;
 - 3) Grunsky, Grundlagen S. 399;
 - 4) Allgemeine Prozessrechtslehre § 15 VII [S.230]; als "Unwirksamkeitsgründe" nennt Sauer [aaO] subjektive Mängel [Schein, Nichternstlichkeit, Irrtum] und objektive Mängel [Hemmung des Prozesslaufs, Verletzung des Grundsatzes der Einmaligkeit, tatsächliche Unmöglichkeit, rechtliche Unerträglichkeit];

Beispiele verdeutlichen, dass "Unwirksamkeitsgründe" jedenfalls keine "korrigiblen Versehen" im Sinne der Berichtigungsnormen sind. Damit aber scheiden unwirksame Urteile als Gegenstand des Berichtigungsverfahrens aus: Für eine Berichtigung, welche zwar offenkundige Flüchtigkeitsfehler des - unwirksamen - Urteils beheben, an seiner "Unwirksamkeit" aber im Ergebnis nichts ändern kann, fehlt das Rechtsschutzinteresse (1).

2. Als "ungültig" (2) bezeichnet die Prozessrechtslehre (3) Nichtprozessakte, die kein förmliches Verfahren nach sich ziehen, nicht rechtsmittelfähig sind (4) und von den Betroffenen als nicht existent betrachtet werden dürfen. Derartigen Entscheidungen fehlt mit der Qualität gerichtlicher Hoheitsakte eine tatbestandsmäßige Voraussetzung der Berichtigungsnormen. Eine Berichtigung "ungültiger" Urteile scheidet deshalb aus (5).

Der Anwendungsbereich der Berichtigungsnormen beschränkt sich damit im Ergebnis auf Entscheidungen, die zwar "fehlerhaft", im übrigen aber "gültig" und "wirksam" sind.

-
- 1) In diesem Sinne Kleinschmidt S. 96;
im Ergebnis auch Schultzenstein, Anm. zu KG ZZP Bd. 15 S. 74 ff., 87 [Beschl. vom 1. März 1889];
das LSG Bremen, ZfS 1963 S. 311 [Beschl. vom 30. Okt. 1962] hat die Frage aufgeworfen, im Ergebnis aber offengelassen;
 - 2) Jauernig [Das fehlerhafte Zivilurteil S. 3] spricht von "Nichturteilen";
wie hier: Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre § 14 IV [S. 221 ff.];
 - 3) Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre § 14 IV 2 [S. 225];
 - 4) Str.; a.A. z.B. Grunsky, Grundlagen S. 399;
 - 5) Die Literatur vernachlässigt diese Frage weitgehend; allein v. Werder-Labs-Ortmann [VGG § 79 Anm. I] führt aus, Voraussetzung für die Berichtigung sei, dass "tatsächlich ein Urteil vorliege" ;

II. Die Berichtigung von Teilurteilen und von Zwischenurteilen

Die Institutionen des Teilurteils und des Zwischenurteils finden sich in den Prozessordnungen der Zivil- (1), Verwaltung- (2) und Finanzgerichtsbarkeit (3); beide sind - obschon eine spezifische Regelung fehlt - auch der Sozialgerichtsbarkeit nicht fremd (4). Beiträge, die sich mit der Frage der Berichtigung derartiger Entscheidungen befassen, finden sich indes nur selten (5) und lassen an Klarheit zu wünschen übrig.

Die Antwort folgt aus der Rechtsnatur solcher Entscheidungen: Teilurteile sind Endurteile über einen abtrennbaren Teil des einheitlichen Streitgegenstandes oder über einen von mehreren Streitgegenständen, die hinsichtlich des entschiedenen Teiles das Verfahren für die Instanz beenden (6). Zwischenurteile entscheiden über einen Teil der Streitpunkte des Prozesses vorab; es sind Vorentscheidungen, die als Grundlage des späteren Endurteils den vorab entschiedenen Prozessstoff zum endgültigen und bindenden [§ 318 ZPO] Abschluss bringen (7). Als solche sind beide der Berichtigung zugänglich.

1) Vgl. §§ 301, 303 ZPO;

2) Vgl. §§ 109, 110 VwGO;

3) Vgl. §§ 97, 98 FGO;

4) Im Sozialgerichtsprozess folgt die Zulässigkeit von Teil- und Zwischenurteilen aus § 202 SGG i.V.m. §§ 301, 303 ZPO [Mellwitz, SGG Einl. VII 4 b und daselbst Fussn. 1 f.];

5) Vgl. aus der Rechtsprechung RG JW 1892 S. 180 [Urt. vom 8. März 1892]; hier bezeichnet das RG die Korrektur eines Teilurteils zwar als unzulässig, dies aber offenbar nur deshalb, weil im zur Entscheidung anstehenden Fall kein korrigibles Versehen vorlag;

vgl. aus der Literatur Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1, der ausführt, "Urteil" [§ 138 S.1 SGG] sei "im Sinne der §§ 134 - 136 SGG gemeint", ohne die Teilurteile besonders zu erwähnen; wenig später betont ders. allerdings, § 138 SGG gelte "für Entscheidungen aller Art";

6) Grunsky, Grundlagen S. 402;

7) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 303 Anm. I 1 ; vgl. ferner Grunsky, Grundlagen S. 404 f.;

III. Die Berichtigung von Anerkenntnis- und Versäumnisurteilen

Der Frage der Korrektur von Anerkenntnis- und Versäumnisurteilen kommt nur im Zivilprozess Bedeutung zu [vgl. §§ 307, 330 ff. ZPO]. Dem Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess sind beide Institutionen nach überwiegender (1), wenn auch nicht unbestrittener (2) Auffassung fremd.

Anerkenntnis- und Versäumnisurteile ergehen, soweit sie dem Antrag des Klägers entsprechen, regelmässig in abgekürzter Form [§ 313 Abs. 3 ZPO]. Der Ausspruch des Richters beschränkt sich auf den Satz, dass "nach dem Antrag der Klageschrift" oder "dem Anerkenntnis gemäss" erkannt werde. Mit der Begründung, dieser Ausspruch könne "irgend eine Unrichtigkeit nicht enthalten", lehnt ein Teil (3) der Rechtsprechung die Korrektur derartiger Urteile ab. Ein weiterer Teil der Rechtsprechung (4) und die Lite-

-
- 1) BVerwG NJW 1957 S. 885 (Urt. vom 7. März 1957) [Anerkenntnisurteil];
Redeker-v.Oertzen, VwGO § 107 Rdnr. 7 [Versäumnisurteil];
Tipke-Kruse, FGO § 95 Rdnr. 3 [Anerkenntnisurteil];
Ziemer-Birkholz, FGO § 91 Rdnr. 12 [Versäumnisurteil];
Peters-Sautter-Wolff, SGG Vorbem. 2 d, cc zu §§ 123 - 142 [Anerkenntnisurteil];
ders., SGG § 110 Anm. 3 [Versäumnisurteil];
 - 2) Vgl. Grunsky, Grundlagen S. 77 [Anerkenntnisurteil];
ders., Grundlagen S. 166 [Versäumnisurteil];
 - 3) OLG Dresden SächsArch. Bd. 2 S. 320 (Beschl. vom 20. Jan. 1892);
OLG München SeuffA. Bd. 68 S. 38 (Beschl. vom 20. Sept. 1912);
OLG München Rspr. Bd. 27 S. 88 (Beschl. vom 12. Dez. 1912);
 - 4) OLG Hamburg SeuffA. Bd. 64 S. 481 (Beschl. vom 18. Febr. 1909);
KG Rspr. Bd. 27 S. 87 (Beschl. vom 9. Nov. 1912);
OLG Stuttgart MDR 1960 S. 930 (Beschl. vom 24. Juni 1960); hier war der Beklagte durch Versäumnisurteil in ein in das Ermessen des Gerichts gestelltes Schmerzensgeld verurteilt worden; das OLG berichtigte das Urteil durch Einsetzen eines bezahlten Schmerzensgeldes [eine m.E. mehr als bedenkliche Entscheidung];

ratur (1) dagegen haben gegen die Korrektur solcher Entscheidungen nichts einzuwenden. Grundlegende Ausführungen finden sich indes nirgends.

Richtigerweise dürfe von Folgendem auszugehen sein :

Bei den abgekürzten Urteilen ist die Klageschrift Bestandteil des Urteils (2); Urteil und Klageschrift bilden eine Einheit (3). Fehler der letzteren sind deshalb zugleich Fehler des Urteils, das insofern durchaus eine "Unrichtigkeit" aufweisen kann.

Freilich können derartige Unrichtigkeiten, da sie regelmässig auf ein Versehen des Klägers zurückgehen, nicht als richterliche Verlautbarungsmängel qualifiziert werden. Dieser Umstand steht nach den Grundsätzen der "objektiven Theorie", die auf das Erscheinungsbild des Fehlers, nicht aber auf seinen Ursprung abstellt, einer Korrektur indes nicht entgegen. Die Vertreter der herrschenden "strengen Erklärungstheorie" allerdings müssten eine Berichtigung abgekürzter Urteile konsequenter Weise ablehnen. Dass sie sie gleichwohl zulassen, stellt die geringe praktische Eignung dieser Theorie aufs Neue unter Beweis.

1) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 1 ["Urteile jeder Art"];

Förster-Kann, ZPO § 319 Anm. 2 ["Auch die in einem Urteil abgekürzter Fassung gemäss § 313 III ZPO enthaltene Unrichtigkeit kann berichtigt werden"];

Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 4 ["Ob das Urteil ein kontradiktorisches oder ein Versäumnisurteil ist, macht keinen Unterschied"];

Stein, Novelle § 313 Anm. V;
Steinberg S. 16;

2) Stein, Novelle § 313 Anm. V;

3) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 313 Anm. VI 2 d;

IV. Die der Berichtigung zugänglichen Urteilelemente

1. Das Rubrum

In Literatur und Rechtsprechung zum Zivil-, Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess besteht Einigkeit über den Grundsatz, dass das Urteilsrubrum der Berichtigung zugänglich ist. Die Streitfragen liegen im Detail. Folgende, den Bestandteilen (1) des Rubrums entsprechende Problemkreise sind zu unterscheiden:

a) Die Berichtigung einer fehlerhaften Partei- oder Beteiligtenbezeichnung

aa) Die fehlerhafte Bezeichnung einer Partei [eines Beteiligten] im Rubrum geht zumeist - wenn auch nicht immer - auf ein Partei- oder Beteiligtenversehen zurück. Der Frage, ob - und gegebenenfalls in welchen Fällen - eine solche Bezeichnung berichtigt werden darf, wird im Zivilprozess erhebliche, im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess dagegen nur geringe (2) Beachtung geschenkt.

aaa) Die zivilprozessuale Literatur geht grundsätzlich (3) von der Zulässigkeit der Berichtigung

-
- 1) Hinsichtlich der Bestandteile des Rubrums stimmen die hier untersuchten Prozessordnungen im wesentlichen überein [vgl. §§ 313 Abs.1 Nr.1 u.2 ZPO, 117 Abs.2 Nr.1 u. 2 VwGO, 105 Abs.2 Nr.1 u. 2 FGO, 136 Abs.1 Nr. 1 u. 2 SGG];
 - 2) Auf die Ursache dieser Unterschiede werde ich später [s.u. unter bb] eingehen;
 - 3) Literaturbeiträge, welche die Berichtigung von Parteiversehen ablehnen, sprechen sich folgerichtig auch gegen die Korrektur einer auf Parteiversehen beruhenden Parteibezeichnung aus;
vgl. z.B. Kisch [Parteiberichtigung S. 595]; ders. führt aus, § 319 ZPO finde nur Anwendung, wenn die Partei im Laufe des Verfahrens richtig bezeichnet worden sei und nur der Richter infolge eines Versehens ihren Namen im Urteil falsch angegeben habe;

fehlerhafter Parteibezeichnungen aus (1). Die Berichtigung setze, so wird fast durchweg (2) betont, voraus, dass die Identität der im Urteil fehlerhaft bezeichneten Person mit derjenigen, auf deren Namen das Urteil berichtigt werden solle, feststehe und durch die Berichtigung gewahrt bleibe. Keine blosse Berich-

-
- 1) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 2 A;
 Förster-Kann, ZPO § 319 Anm. 1 a;
 Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 1 a;
 Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. I 5;
 Zöllner-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 2a;
 Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. B III a 1;
 Blomeyer, Lehrb. § 87 II (S. 430);
 Nikisch, Lehrb. § 101 II 2 (S. 392);
 Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 60 I 3 a (S. 284);
 Baumgärtel, Kriterien, in: Festschrift für Schnorr v. Carolsfeld S. 31;
 Boas, Gruchot Bd. 25 S. 868;
 de Boor S. 138;
 Hellwig, System S. 504;
 Hörle, ZZP Bd. 44 S. 69/70;
 E. Osterloh S. 80 f.;
 Pecher, JuS 1969 S. 230;
 Petermann, Rpfleger 1973 S. 156;
 Schalhorn, JurBüro 1971 Sp. 745;
 Steinberg S. 20;
 Wurzer, AcP Bd. 120 S. 409;
- 2) In diesem Sinne sprechen sich z.B. aus:
 Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. I 5;
 Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. B III a 1;
 Zöllner-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 2a;
 Blomeyer, Lehrb. § 87 II (S. 430);
abw. Nikisch, Lehrb. § 101 II 2 (S. 392) und Hellwig, System S. 504, die ausführen, eine Berichtigung des Urteils sei zulässig, wenn die dort verwendeten Identitätsmerkmale auf die offensichtlich gemeinte Person nicht zutreffen;

tigung der Parteibezeichnung, sondern ein unzulässiger Parteiwechsel liege dagegen vor, wenn an die Stelle der ursprünglichen - richtig bezeichneten - Partei eine neue - ebenfalls zutreffend benannte - gesetzt werde (1). Letzterer Fall sei, so führt Rosenberg-Schwab (2) in Anlehnung an de Boor (3) und wohl auch an Hörle (4) aus, insbesondere dann gegeben, wenn der geltend gemachte Anspruch aus dem Vermögen einer anderen Person als der bisher als Beklagter bezeichneten befriedigt werden müsse, oder wenn er dem Vermögen einer anderen Person als der bislang als Kläger bezeichneten zugute komme.

Abweichend äussert sich neuerdings Baumgärtel (5). Derselbe führt aus, eine Abgrenzung, die auf die Vermögenszuständigkeit abstelle, werde "den Schutzintressen des Betroffenen nicht voll gerecht" (6). Die Abgrenzung von dem - hoffnungslos umstrittenen - Parteibegriff her versage in "Grenzfällen", da sie "keine genauen Kriterien liefere" (7). Die Frage nach der "Identität" sei zudem nur bei natürlichen Personen sinnvoll; sie führe bei Prozessen, an denen juristische Personen beteiligt seien, nicht weiter (8). Endlich lasse die h.M. eine Stellungnahme vermissen, für wen und in welchem Zeitpunkt die "Identität" erkennbar sein müsse (9).

-
- 1) Kisch, Parteiberichtigung S. 524;
ähnlich Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 41 III (S. 174);
 - 2) Lehrb. § 41 III (S. 174);
 - 3) S. 89;
 - 4) Auch Hörle [ZZP Bd. 44 S. 72] betont, es müsse "sorgfältig geprüft werden, ob nicht eine Änderung des Prozesssubjekts und der vermögensrechtlichen Haftung eintrete";
 - 5) Kriterien, in: Festschrift für Schnorr v. Carolsfeld S. 19 ff.;
 - 6) A.a.O. S. 24;
 - 7) A.a.O. S. 25;
 - 8) A.a.O. S. 23 f.;
 - 9) A.a.O. S. 31;

Nach Auffassung Baumgärtels (1) kommt eine Berichtigung nur dann in Betracht, wenn die im Urteil enthaltene unrichtige Parteibezeichnung dem Betroffenen bereits in dem vorangegangenen Rechtsstreit "objektiv erkennbar gewesen" und der Betroffene - wenn auch unter anderer Bezeichnung - an dem Verfahren "beteiligt" gewesen ist. In zweifelhaften Fällen will Baumgärtel (2) die Berichtigung ausgeschlossen wissen, da für eine weite Auslegung des § 319 ZPO aus Gründen der Prozessökonomie in - soweit kein Raum sei.

Die - sehr umfangreiche - Rechtsprechung zieht den Grundsatz, dass eine fehlerhafte Parteibezeichnung berichtigt werden dürfe, nirgends in Zweifel (3). Vorhandene Divergenzen betreffen nur den Einzelfall. Als entscheidendes Abgrenzungskriterium dient auch der Rechtssprechung das Erfordernis der "Identität" der Partei. Beispiele mögen dies verdeutlichen:

Das Landgericht Oppeln (4) begründete die Berichtigung des - auf "A.L." lautenden - Passivrubrums eines Urteils in "Engelbert Wilhelm Ernst L." mit der Erwägung, zur Feststellung der Identität des Beklagten sei die Angabe seines Familiennamens, "Amtscharakters" [Berufes] und Wohnortes ausreichend (5).

1) A.a.O. S. 31;

2) A.a.O. S. 32;

3) Allerdings gilt die bereits auf S.118 Fussn. 3 getroffene Einschränkung auch hier;

4) ZZP Bd. 15 S. 517 (Beschl. vom 31. Okt. 1889);

5) Ähnlich OLG Dresden, SächsAnn. Bd. 21 S. 187 (Beschl. vom 25. März 1898); [Berichtigung des Passivrubrums eines Versäumnisurteils von "Emil X." in "Ernst X." zulässig, weil Beruf, Familienname und Anschrift des Beklagten zutreffend bezeichnet sind und der Kläger nachweist, dass unter der bezeichneten Anschrift ein "Ernst X.", nicht aber ein "Emil X." wohnt];

vgl. auch OLG Frankfurt, LZ 1918 Sp. 878 (Beschl. vom 5. Febr. 1918); [Berichtigung des Vornamens des Klägers von "Jean" in "Carl Gustav" zulässig, da "die Person des Klägers nicht zweifelhaft ist"];

vgl. endlich OLG Marienwerder, HRR 1937 Nr. 1343 (Beschl. vom 23. Apr. 1937); [Berichtigung des Passivrubrums von "E.K." in "Gustav K." zulässig, da "feststeht, wer als Partei gemeint ist"];

Einer weiteren Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde: Der Kläger hatte Zahlungsbefehl und Versäumnisurteil gegen "Herrn Chaja B." erwirkt. Später beantragte er, das Passivrubrum des Urteils in "Frau Chaja B." zu berichtigen; er habe "Chaja" irrtümlich als männlichen Vornamen angesehen. Das Kammergericht (1) gab dem Antrag mit der Begründung statt, die "Identität" der Beklagten stehe fest, da Zahlungsbefehl und Versäumnisurteil der "Frau Chaka B." zugestellt worden seien und die Zustellungsadressatin den Widerspruch mit "Frau Chaja B." unterzeichnet habe.

Aber auch die jüngere Rechtsprechung hebt das Erfordernis der "Identität" der Partei immer wieder hervor: So berichtigte das Kammergericht (3) das Passivrubrum eines Urteils, das noch den früheren Inhaber einer verklagten Firma auswies ["Firma Franz B., Alleininhaber Franz B."] auf den Namen der wirklichen Inhaber ["Firma Franz B. OHG, Inhaber Johann, Franz, Ernst und Hubert B."] mit der Begründung, an der "Identität der beklagten Partei" könne kein Zweifel bestehen. Das Landgericht Düsseldorf hebt

- 1) JW 1928 S. 1148 [Beschl. vom 5. Sept. 1927]; in einer Anmerkung [aaO] führt Roquette aus, es liege im Interesse einer "gesunden Prozessökonomie", in derartigen Fällen die Berichtigung zuzulassen;
- 2) Ähnlich LG Hamburg MDR 1957 S. 620 [Beschl. vom 5. Okt. 1956]:
Gegen "Hans C." war ein Zahlungsbefehl erlassen worden. "Paul C." erhob Widerspruch und liess durch seine Einlassung zur Sache erkennen, dass er der Schuldner sei. Später erging Urteil gegen "Hans C.". Das Landgericht billigte die Berichtigung des Urteilsrubrums in "Paul C.";
- 3) GRUR 1951 S. 71 [Beschl. vom 24. Nov. 1950];

in zwei Entscheidungen (1) hervor, eine Korrektur der Parteibezeichnung sei statthaft, wenn "die Identität der Partei von vornherein feststand und nach der Berichtigung die Personengleichheit auch erhalten bleibt." Ähnlich äussert sich das Oberlandesgericht Köln (2), das die Berichtigung der Parteibezeichnung für zulässig hält, wenn "die Person, auf deren Namen das Urteilsrubrum berichtet wird, erkennbar durch die falsche Parteibezeichnung betroffen worden ist." Aus jüngster Zeit endlich ist eine Entscheidung des Landgerichts Koblenz (3) anzuführen. Darin bezeichnet das Gericht die Berichtigung eines Zahlungsbefehls, der als Schuldner die "Firma Bernhard H., Sägewerk, Inhaber Bernhard H." auswies, in "Firma Bernhard H., Sägewerk, Inhaber Elisabeth H." mit der Begründung als unzulässig, der Berichtigungsbeschluss korrigiere nicht die offenbar unrichtige Bezeichnung einer als Schuldner feststehenden Person, sondern er bezeichne eine andere Person als Schuldner; letzteres aber sei "weder in entsprechender Anwendung des § 319 ZPO noch nach einer anderen gesetzlichen Vorschrift möglich."

1) MDR 1957 S. 749 [Beschl. vom 23. Juli 1957];
MDR 1960 S. 406 [Beschl. vom 28. Juli 1959];

2) NJW 1964 S. 2424 [Beschl. vom 24. Sept. 1964];

3) Rpfleger 1972 S. 458 [Beschl. vom 29. Aug. 1972] mit zustimmender Anmerkung Petermann;

bbb) Auf verwaltungsprozessualen Gebiet befassen sich mit der Korrektur einer fehlerhaften Beteiligtenbezeichnung nur wenige Beiträge aus Rechtsprechung und Schrifttum. Der Kontrast zum Zivilprozess ist augenfällig. Die Ursache dürfte weniger in den unterschiedlichen Verfahrensgrundsätzen - der "Verhandlungsmaxime" im Zivilprozess, der "Untersuchungsmaxime" im Verwaltungsprozess - zu suchen sein. Denn in beiden Verfahrensarten wirkt der Richter im Rahmen seiner Aufklärungspflicht [§§ 139 Abs.1 ZPO, 86 Abs.3 VwGO] auf eine korrekte Bezeichnung der Parteien [bzw. "Beteiligten"] hin (1). Entscheidend dürfte vielmehr der Umstand sein, dass an Verwaltungsprozessen regelmässig die öffentliche Hand als Beklagte beteiligt ist, zu deren Kennzeichnung die Angabe der Behörde genügt, die den angefochtenen Verwaltungsakt erlassen oder den beantragten Verwaltungsakt unterlassen hat [§ 78 Abs.1 Nr.1 VwGO], und bei deren Bezeichnung Fehler, die richterlicher Aufklärung entgegenstehen, kaum unterlaufen können (2).

Die verwaltungsprozessuale Literatur hält, ohne zwischen den einzelnen "Beteiligten" [§ 63 Nr.1-4 VwGO] zu unterscheiden, übereinstimmend (3) die Korrektur einer fehlerhaften Beteiligtenbezeichnung für zulässig.

-
- 1) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 139 Anm. 2 A; Eyermann-Fröhler, VwGO §. 82 Rdnr. 2;
 - 2) Der umgekehrte Fall - die fehlerhafte Bezeichnung des Klägers - ist selbst im Zivilprozess selten. Der Kläger bezeichnet sich [in der Klageschrift] regelmässig zutreffend;
 - 3) Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 3; Klinger, VGG § 79 Anm. B 1; ders., VwGO § 118 Anm. B 2; Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 2; Schunck-De Clerck, VGG § 69 Anm. 2; ders., VwGO § 118 Anm. 1;

Ausführungen über Voraussetzungen und Grenzen einer solchen Berichtigung finden sich freilich nirgends (1).

Die Rechtsprechung hat sich mit der Korrektur der Beteiligtenbezeichnung nur in vereinzelten, zumeist wenig aufschlussreichen Entscheidungen (2) befasst.

- 1) Die eingehenden Ausführungen Fliegaufs [DVHl. 1963 S. 664] und Schultzensteins [VerwArch. Bd. 20 S. 39] befassen sich mit der Korrektur im Verwaltungsstreitverfahren, nicht im Urteil.

Fliegau [aaO S. 665] führt aus, eine Berichtigung sei zulässig, sofern damit ein "Irrtum in der Bezeichnung" richtiggestellt werde, nicht aber ein Wechsel in der Partei eintrete;

Schultzenstein [aaO S. 56] betont, bei der Berichtigung müsse "die Person der Partei...dieselbe bleiben";

beide Beiträge stellen mithin auf das Erfordernis der "Identität" entscheidend ab;

- 2) PROVGE Bd. 79 S. 128 [Urt. vom 27. März 1924] betr. die Berichtigung des Aktivrubrums eines Urteils ["Eisenbahndirektion B."] in "Deutsche Reichsbahn, vertreten durch die Reichsbahndirektion B.";

PROVGE Bd. 79 S. 140 [Urt. vom 4. Dez. 1924] betr. die Berichtigung der "Aufschrift" eines Urteils ["Kreisausschuss"] in "Kreis";

SächsOVG Jahrb. Bd. 20 S. 324 [Urt. vom 13. Jan. 1927] betr. die Berichtigung der Bezeichnung des Klägers ["Stadtrat zu Ölsnitz als Fürsorgeverband etc."] in "Bezirksfürsorgeverband";

PROVGE Bd. 101 S. 151 [Urt. vom 9. Dez. 1937] betr. die Berichtigung des Aktivrubrums eines Urteils ["Kath.Arbeiterverein St. J."] in "Vikar G."; zur Begründung führte das Preussische Oberverwaltungsgericht aus, Kläger sei "derjenige, der in Wirklichkeit die Klage erhoben und die übrigen Prozesshandlungen als Kläger vorgenommen" habe; dies treffe auf den "Vikar G.", nicht aber auf den - vor Klageerhebung aufgelösten - "Kath.Arbeiterverein St.J." zu;

Bemerkenswerte Ausführungen lassen sich nur drei Urteilen entnehmen:

Das Königlich-Sächsische Oberverwaltungsgericht (1) begründete seine Entscheidung, die Bezeichnung der Klägerin ["Expedition der X-er Neueste Nachrichten"] in "Firma N. & Co." zu berichtigen, mit der Erwägung, es handle sich "nicht um den Eintritt einer neuen, von der ursprünglichen Klägerin zu unterscheidenden Person in den Verwaltungsrechtsstreit, sondern lediglich um die Berichtigung der Bezeichnung der ursprünglichen Partei unter Wahrung ihrer Identität." Eine derartige Berichtigung sei zulässig.

Das Bundesverwaltungsgericht (2) führt zur Begründung seiner Weigerung, das Aktivrubrum eines Urteils auf den Namen des bisherigen Prozessbevollmächtigten der Klägerin zu berichtigen, aus, Voraussetzung jeder Berichtigung einer unzutreffenden Parteibezeichnung sei, dass die Partei dabei dieselbe bleibe. Wo mit einer neuen Bezeichnung in Wirklichkeit eine neue Person in den Prozess eingeführt werde, handle es sich nicht um eine Parteiberichtigung, sondern um eine Parteiänderung.

In einer weiteren Entscheidung (3) berichtigt das Bundesverwaltungsgericht das Passivrubrum eines Urteils ["Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung"] in "Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Darin liege, so führte das Bundesverwaltungsgericht aus, "kein Austausch von Beteiligten."

1) Jahrb. Bd. 18 S. 6 (Urt. vom 6. Dez. 1911);

2) BVerwGE Bd. 3 S. 150 ff., 155 (Urt. vom 16. Febr. 1956);

3) BVerwGE Bd. 20 S. 21 (Urt. vom 19. Nov. 1964);

Die zitierten Entscheidungen messen mithin dem - vom Zivilprozess her vertrauten - Erfordernis der Iden- tität entscheidendes Gewicht bei.

ccc) Auf finanzprozessualen Gebiet hält die - vergleichs- weise spärliche (1) - Literatur (2), ohne zwischen den einzelnen Beteiligten [§ 57 Nr. 1 - 4 FGO] zu un- terscheiden, übereinstimmend die Korrektur einer feh- lerhaften Beteiligtenbezeichnung für zulässig. Vor- aussetzungen und Grenzen einer solchen Berichtigung werden allerdings nicht näher erörtert.

Aus der Rechtsprechung ist lediglich eine Entschei - dung des Bundesfinanzhofes (3) anzuführen. Der Bun - desfinanzhof berichtigt als Revisionsinstanz das Rubrum des erstinstanzlichen Urteils, das als Kläger u.a. zwei Söhne als Erben des verstorbenen Steuer - pflichtigen auswies, auf den Namen des Testaments - vollstreckers (4). Zur Begründung führt der Bundes- finanzhof lediglich aus, die Erwähnung der Söhne des Steuerpflichtigen als Erben sei eine falsche Fassung des Rubrums, solle aber "offenbar nur der Bezeichnung

1) Die Ursache dürfte auch hier nicht in den unter - schiedlichen Verfahrensgrundsätzen [den Finanzpro- zess beherrscht der Amtsermittlungsgrundsatz; § 76 Abs.1 FGO] , sondern darin zu suchen sein, dass Beklagter eine Behörde ist [§ 63 Abs.1 FGO], bei deren Bezeichnung Fehler, die richterlicher Auf - klärung [§ 76 Abs.2 FGO] entgehen, kaum unterlau- fen können;

2) Gürg-Müller, FGO § 107 Anm. 1 [Rdnr. 576]; Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr.2; Ziemer-Birkholz, FGO § 107 Rdnr. 2; Ziemer-Haarmann S. 428 [Rdnr. 4198];

wohl auch: Tipke-Kruse, FGO § 107 Rdnr. 1 [ders. erklärt ganz allgemein die Korrektur des Rubrums für zulässig];

3) BFHE Bd. 95 S. 97 [Urt. vom 23. Jan. 1969];

4) Nähere Angaben lassen sich den nur im Auszug veröf- fentlichten Entscheidungsgründen nicht entnehmen;

der Sache dienen." Der Senat habe deshalb "keine Bedenken, als Kläger...nur den Testamentsvollstrecker anzusehen."

ddd) Auch in der sozialgerichtlichen Literatur findet die Frage der Berichtigung einer fehlerhaften Beteiligtenbezeichnung vergleichsweise geringe (1) Beachtung. Als einziger führt Brackmann (2) aus, als "ähnliche offenbare Unrichtigkeiten" seien auch "Irrtümer in der Bezeichnung der Beteiligten" anzusehen. Mellwitz (3), Peters-Sautter-Wolff (4) und Schieckel (5) beschränken sich auf den - nicht näher erläuterten - Hinweis, dass die Berichtigung des "Rubrums" zulässig sei. Noch allgemeiner will Miesbach-Ankenbrank (6) die Berichtigung "offenbarer Unrichtigkeiten" in "jedem" Teil des Urteils zulassen, die Korrektur fehlerhafter Beteiligtenbezeichnungen also jedenfalls nicht ausschliessen.

Aus der Rechtsprechung ist allein eine Entscheidung des Landessozialgerichts Bremen (7) anzuführen. Der - nicht amtliche - Leitsatz dieser Entscheidung führt aus, das Aktivrubrum eines Urteils, das noch auf den Namen des Klägers ergangen sei, nachdem dessen Tod den Sozialrechtsstreit unterbrochen habe (8), könne

1) Hinsichtlich der Ursache gilt das zum Verwaltungs- und zum Finanzprozess Ausgeführte entsprechend; vgl. § 103 SGG [Offizialmaxime] und § 106 Abs. 1 SGG [richterliche Aufklärungspflicht];

2) S. 248 o.;

3) SGG § 138 Rdnr. 3;

4) SGG § 138 Anm. 1;

5) DOK 1954 S. 175;

6) SGG § 138 Anm. 2;

7) ZfS 1963 S. 311 [Beschl. vom 30. Okt. 1962];

8) Vgl. § 69 SGG in Verbindung mit § 239 Abs. 1 ZPO;

auf den Namen des Erben erst "umgestellt" [§ 138 SGG] werden, wenn die Unterbrechung des Verfahrens beendet worden sei.

In Wahrheit tragen die Gründe der angeführten Entscheidung diesen Leitsatz jedoch nicht. Das Landessozialgericht gelangte zur Aufhebung des von der Vorinstanz erlassenen Berichtigungsbeschlusses, weil die Erbin des Klägers den Rechtsstreit nicht - auch nicht durch Stellung eines Berichtigungsantrages - aufgenommen hatte, das Urteil mithin der Wahrheit zuwider bekundete, die Erbin sei prozessual Rechtsnachfolgerin des verstorbenen Klägers geworden. Das Landessozialgericht konnte deshalb die Frage, ob die Vorinstanz das Urteilsrubrum auf den Antrag der Erbin hin - also nach Aufnahme des Rechtsstreits - hätte berichtigen dürfen, im Ergebnis offenlassen.

Eine eindeutige Stellungnahme der Rechtsprechung zur Frage der Korrektur der Beteiligtenbezeichnung steht deshalb noch aus.

bb) K r i t i k :

aaa) Die Bezeichnung der Parteien [bzw. Beteiligten] ist Urteilsbestandteil [§§ 313 Abs.1 Nr.1 ZPO, 117 Abs.2 Nr.1 VwGO, 105 Abs.2 Nr.1 FGO, 136 Abs.1 Nr.1 SGG]. Da Urteile der Berichtigung zugänglich sind [vgl. §§ 319 Abs. 1 ZPO, 118 Abs.1 VwGO, 107 Abs.1 FGO, 138 S.1 SGG], kann an der grundsätzlichen Zulässigkeit der Korrektur einer fehlerhaften Parteibezeichnung [bzw. Beteiligtenbezeichnung] kein Zweifel bestehen. Unerheblich ist dabei, wer für den Fehler letztlich verantwortlich zeichnet: Die - hier vertretene - "objektive Theorie" stellt auf die Frage der Verursachung nicht ab.

bbb) Auf das Erfordernis der "Identität" der Partei [bzw. des Beteiligten] kann im Interesse einer verlässlichen Abgrenzung der blossen Bezeichnungskorrektur gegenüber dem Parteiwechsel [bzw. Beteiligtenwechsel] nicht verzichtet werden. Die materielle Rechtskraft des Urteils wirkt im Zivilprozess für und gegen die Parteien und deren Rechtsnachfolger [§ 325 Abs.1 ZPO]. Der Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess zieht die Grenzen insofern weiter, als die "Beteiligten" [§§ 63 Nr.1-4 VwGO, 57 Nr.1-4 FGO, 69 Nr.1-3 SGG] und deren Rechtsnachfolger an das Urteil gebunden sind [§§ 121 VwGO, 110 Abs.1 S.1 FGO (1), 141 Abs.1 SGG]. Sonstige Dritte unterliegen den Urteilswirkungen nicht, weil ihre Rechtsposition nicht durch das Ergebnis einer Prozessführung beeinträchtigt werden darf, an der sie nicht beteiligt waren (2). Deshalb muss die Korrektur einer Partei- oder Beteiligtenbezeichnung

1) Darüber hinaus bestimmt § 110 Abs.1 S.2 FGO, dass gegen eine Finanzbehörde ergangene Urteile auch gegen - über der Körperschaft wirken, der die Behörde angehört;

2) Grunsky, Grundlagen S. 481;

letztlich folgt die Notwendigkeit einer engen subjektiven Umgrenzung der Rechtskraftwirkung, wie Grunsky [Grundlagen S. 471] treffend bemerkt, aus Art. 103 Abs.1 GG, der einen verfassungsrechtlich gesicherten Anspruch eines von den Verfahrenswirkungen betroffenen Dritten auf Hinzuziehung zu dem Verfahren statuiert;

an Voraussetzungen gebunden werden, die eine nachträgliche Einbeziehung Dritter in die materielle Rechtskraft - wirkung des Urteils ausschliessen. Diesem Anliegen wird allein das Erfordernis der "Identität" der Partei [bzw. des Beteiligten] gerecht. Demgegenüber ist Baumgärtels Alternativformel (1), der von der Korrektur des Urteils Betroffene müsse - wenn auch unter anderer Bezeichnung - an dem vorausgegangenen Rechtsstreit "beteiligt" gewesen sein, für eine verlässliche Abgrenzung zu unbestimmt (2). Auch kann Baumgärtels Argument (3), die Forderung nach "Parteidentität" versage in "Grenzfällen", da sie "keine genauen Kriterien liefere", nicht überzeugen. Fälle, bei denen das Vorliegen eines offenkundigen Flüchtigkeitsversehens zweifelhaft ist - und nur um solche kann es sich bei den von Baumgärtel angesprochenen "Grenzfällen" handeln - sind nicht Gegenstand zulässiger Berichtigung.

Die Forderung nach "Identität" der Partei [des Beteiligten] setzt notwendig die Klärung des Partei- bzw. Beteiligtenbegriffes voraus. Dieser ist für die untersuchten Prozessordnungen ein einheitlicher : Partei des Zivilprozesses ist derjenige, den der Kläger in der Klageschrift als Partei bezeichnet [sog. formeller Parteibegriff] (4).

1) Kriterien, in: Festschrift Schnorr v. Carolsfeld S.31;

2) Am Zivilrechtsstreit "beteiligt" ist auch der Streitgehilfe [§ 67 ZPO]; gleichwohl erstreckt sich die Rechtskraftwirkung des Urteils nicht auf ihn und kann der Streitgehilfe nicht im Wege der "Berichtigung" des Rubrums an Stelle des Klägers oder Beklagten gesetzt werden;

3) Kriterien, in: Festschrift Schnorr v. Carolsfeld S.25;

4) Grunsky, Grundlagen S. 204;

eine eingehende Darstellung der zum Parteibegriff vertretenen Auffassungen ist im Rahmen der Arbeit nicht möglich;

eine knappe Zusammenfassung der älteren Literatur, insbesondere der Untersuchungen Oertmanns [DJZ 1906 Sp. 735], Fränkels [DJZ 1907 Sp. 294], Kischs [Partei-berichtigung S. 525 ff.], Nussbaums [S. 83 u. 88] und Weizsäckers [ZZP Bd. 27 S. 87] findet sich bei Hein [Identität S. 14 ff.];

aus der neueren Literatur ist auf die Untersuchungen de Boors (S. 141) Henckels (S. 245) und Wurzers (AcP Bd. 120 S.409) hinzuweisen;

Die Bedeutung dieser Bezeichnung ist durch Auslegung an Hand der Klageschrift zu ermitteln (1). Für den Verwaltungs- (2), Finanz- (3) und Sozialgerichtsprozess (4) gilt nichts Abweichendes. Auch hier wird die Frage, wer als Kläger oder Beklagter am Verfahren beteiligt ist, durch Auslegung der in der Klageschrift verwendeten Bezeichnungen beantwortet. Zwar sieht das Gesetz in diesen Verfahren ausser dem Kläger und dem Beklagten weitere Verfahrensbeteiligte vor (5). Dies ändert jedoch nichts daran, dass sich die Stellung als Kläger bzw. Beklagter wie im Zivilprozess nach dem Inhalt der Klageschrift richtet (6).

Die Korrektur einer fehlerhaften Partei- oder Beteiligtenbezeichnung ist mithin in allen hier untersuchten Verfahrensordnungen dann zulässig, wenn sich durch Auslegung der Klageschrift ermitteln lässt, wer an dem Rechtsstreit beteiligt ist, und wenn die begehrte Korrektur die Identität desselben unberührt lässt.

1) Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 41 II 1 (S. 172);

2) Vgl. BVerwGE Bd. 3 S. 150 ff., 155 (Urt. vom 16. Febr. 1956);
zum Parteibegriff im Verwaltungsprozess im übrigen eingehend bereits Schultzenstein, VerwArch, Bd. 12 S. 112 ff., 175;

3) Vgl. Ziemer-Birkholz, FGO § 65 Rdnr. 8;

4) Vgl. Peters-Sautter-Wolff, SGG § 69 Anm. 2;

5) Namlich den Beigeladenen (§§ 63 Nr. 3 VwGO, 57 Nr. 3 FGO, 69 Nr. 3 SGG), dessen prozessuale Rechtsstellung allerdings nicht durch die Klageschrift, sondern durch den Beiladungsbeschluss begründet wird [Eyer mann-Fröhler, VwGO § 65 Rdnr. 50; Mellwitz, SGG § 75 Rdnr. 19];

ferner den Oberbundesanwalt oder den Vertreter des öffentlichen Interesses (§ 63 Nr. 4 VwGO);

endlich die beigetretene Behörde (§ 57 Nr. 4 FGO);

6) Grunsky, Grundlagen S. 205 führt aus, die Stellung als Kläger bzw. Beklagter richte sich "nach dem in der Klage gestellten Antrag"; wer Partei [Beteiligter] wird, geht indes nicht aus dem Antrag, sondern aus dem sonstigen Inhalt der Klageschrift hervor;

Diese Voraussetzungen sind regelmässig erfüllt, wenn den vom Kläger gewählten, zutreffenden Individualisierungsmerkmalen [z.B. Name, Anschrift, Beruf, Geschlecht, ggfs. Alter] ein ausreichender, die fehlerhaften [oder gänzlich fehlenden] Individualisierungsmerkmale überwiegender Kennzeichnungswert zu kommt (1).

- ccc) Berechtigt ist Baumgärtels Kritik der h.M. insoweit, als er beanstandet (2), die Rechtsprechung lasse eine klare Stellungnahme vermissen, für wen und in welchem Zeitpunkt die "Identität eindeutig [d.h. offenbar] sein müsse." Tatsächlich sind Formeln des Inhalts, die Identität müsse "nach den Umständen des Einzelfalls für die Beteiligten eindeutig feststehen" (3), "erkennbar" (4) oder "zweifellos" (5) sein, nur von geringer Aussagekraft. Indes bewähren sich die zur Frage der "Offenbarkeit" des Versehens bereits in früherem Zusammenhang angestellten Erwägungen auch hier: "Offenbar" fehlerhaft ist eine Partei- oder Be-

1) In ähnlichem Sinne äussert sich das LG Koblenz, Rpfllger 1972 S. 458 [Beschl. vom 29. Aug. 1972]; daselbst war Zahlungs- und Vollstreckungsbefehl gegen die "Firma Bernhard H., Sägewerk, Inhaber Bernhard H." ergangen und später in "Firma Bernhard H., Sägewerk, Inhaber Elisabeth H." berichtigt worden; das Landgericht missbilligte diese Korrektur mit der Begründung, ein Zahlungsbefehl, der als Schuldnerin eine Handelsfirma bezeichne und deren Inhaber namentlich nenne, sei im Zweifel nicht gegen den wirklichen Inhaber der genannten Firma, sondern gegen die als Inhaber namentlich bezeichnete Person gerichtet: Der Bezeichnung eines Kaufmannes mit seiner Firma sei ein geringerer Kennzeichnungswert zuzuschreiben als der Angabe des bürgerlichen Namens der Partei;

- 2) Kriterien, in: Festschrift Schnorr v. Carolsfeld S. 31;
 3) AG Köln JurBüro 1968 Sp. 749 (Beschl. vom 10. Apr. 1968);
 4) OLG Köln NJW 1964 S. 2424 (Beschl. vom 24. Sept. 1964);
 5) KG GRUR 1951 S. 71 (Beschl. vom 24. Nov. 1950);

teiligtenbezeichnung, deren Unrichtigkeit sich für den verständigen, objektiven Betrachter [das "Erkenntnis - subjekt"] aus dem Zusammenhang des Urteils selbst (1) oder aus sonstigen, ständig zur Verfügung des Gerichts stehenden Urkunden oder Unterlagen (2) [dem "Erkenntnis - objekt"] zweifelsfrei erschliesst. Dabei wird seitens der Rechtsprechung einem wesentlichen Anhaltspunkt zu geringe Beachtung gezollt : der schriftsätzlichen Einlassung des [von der Unrichtigkeit] Betroffenen. Hat ein in der Klageschrift [im Zahlungsbefehl] unrichtig oder unvollständig bezeichneter Beklagter [Schuldner] sich unter Verwendung [wie zu vermuten steht:] zutreffender Individualisierungsmerkmale sachlich auf die Klage eingelassen [Widerspruch erhoben], so hat die zutreffende Bezeichnung in einer ständig zur Verfügung des Gerichts stehenden Gesamturkunde [den Prozessakten, einem zulässigen "Erkenntnisobjekt"] nachprüfbar Nieder - schlag gefunden (3). Unrichtigkeit und korrekte Fassung des Rubrums sind damit dem objektiven Betrachter erkennbar, die Korrektur unbedenklich zulässig (4).

1) Allerdings wird sich aus dem "Zusammenhalt des Urteils" u.U. zwar die Tatsache der Unrichtigkeit, selten aber die gebotene korrekte Fassung des Rubrums erschliessen;

2) Z.B. aus dem Handelsregister oder den Prozessakten [s. u.];

3) Dieser Gesichtspunkt versagt allerdings bei Zahlungsbefehlen, gegen die kein Widerspruch erhoben wird. Indes kann der Gläubiger einen neuen - fehlerfreien - Titel erwirken. Die Gebühr [§ 38 GKG] trägt er zu Recht, da er den Fehler regelmässig selbst verschuldet hat;

4) Zutreffend in diesem Sinne:

LG Hamburg MDR 1957 S. 620 (Beschl. vom 5. Okt. 1956) [der bereits zitierte Fall "Paul C."];

KG JW 1928 S. 1148 (Beschl. vom 5. Sept. 1927) [der bereits zitierte Fall "Chaja B."];

b) Die Berichtigung der Bezeichnung des gesetzlichen Vertreters

Nach im Zivilprozess verbreiteter (1), im übrigen nur gelegentlich (2) vertretener Auffassung ist von den Bestandteilen des Rubrums ferner die [fehlerhafte] Bezeichnung des gesetzlichen Vertreters einer Partei [eines Beteiligten] der Berichtigung zugänglich.

Dieser Auffassung ist grundsätzlich zuzustimmen. Im übrigen steht nichts entgegen, sogar die versehentlich unterbliebene namentliche Bezeichnung des gesetzlichen Vertreters im Wege der Korrektur des Rubrums nachzutragen. Beide Fälle setzen allerdings voraus, dass die fehlerhafte oder fehlende Bezeichnung nicht die wirksame Zustellung des Urteils unmöglich gemacht hat und damit dessen Wirksamkeit in Frage stellt (3). Diese Gefahr besteht insbesondere bei Urteilen, die ohne mündliche Verhandlung ergehen [§ 128 Abs. 2 ZPO] und bei denen die Zustellung Wirksamkeitserfordernis ist. Sie ist aber auch im übrigen nicht auszuschliessen. Enthält ein Urteil z.B. keine Angaben über den gesetzlichen Vertreter eines minderjährigen Beklagten, weil Gericht und Kläger dessen Prozessunfähigkeit überhaupt nicht erkannt haben, so haftet die mangelnde Prozessfähigkeit des Beklagten dem ganzen Verfahren an; die Sache ist mangels wirksamer Zustellung der Klage nicht einmal rechtshängig geworden, das gleichwohl ergangene Urteil ist "unwirksam" (4), seine Korrektur ausgeschlossen.

-
- 1) Förster-Kann, ZPO § 319 Anm. 1a;
Gaupp-Stein, ZPO § 319 Anm. I;
Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 1a;
Stein, ZPO § 319 Anm. 3;
Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. I 5;
Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. B III a 1;
Rosenberg-Schwab, Lehrb., § 60 I 3 a (S. 284);
 - 2) Redeker-v. Oertzen, VwGO § 117 Rdnr. 2;
Tipke-Kruse, FGO § 105 Rdnr. 2;
Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1;
 - 3) Darauf weist Ziemer-Birkholz [FGO § 105 Rdnr. 8] hin;
 - 4) Darauf weist Schmidt [MDR 1960 S. 980] hin;

c) Die Berichtigung der Bezeichnung des Bevollmächtigten

Berichtigt werden kann ferner nach einer in der zivil- (1), verwaltungs- (2), finanz- (3) und sozialgerichtlichen (4) Literatur gelegentlich anzutreffenden Auffassung auch die fehlerhafte Bezeichnung des Bevollmächtigten im Rubrum. Die Rechtsprechung dagegen führt nur Fälle an, in denen diese Berichtigung mangels ausreichender "Offenbarkeit" des Fehlers (5), wegen Fehlen des "Rechtsschutzinteresses" (6), wegen der nicht auszuschliessenden Möglichkeit eines Rechtsirrtums (7) oder aus sonstigen Gründen (8) abgelehnt worden ist. Sie lässt aber erkennen, dass sie Bedenken grundsätzlicher Art gegen eine Korrektur der Bevollmächtigtenbezeichnung nicht einzuwenden hat.

-
- 1) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 2A;
Förster-Kann, ZPO § 319 Anm. 1a;
Sydow-Busch-Krantz, ZPO § 319 Anm. 2;
Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. B III a 1;
Zöller-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 2a;
 - 2) Eyermann-Fröhler, VGG § 83 Anm. 2a, aa;
ders., VwGO § 118 Rdnr. 3;
Klinger, VGG § 79 Anm. B 1;
einschränkend Koehler, VwGO § 118 Anm. III 3, der unter Hinweis auf eine unveröffentlichte Entscheidung des OVG Münster vom 18. Mai 1955 [- II B 261/55 -] ausführt, eine Berichtigung scheide aus, wenn ein Rechtsanwalt absichtlich nicht als Prozessbevollmächtigter aufgeführt worden sei, weil die vorgelegte Vollmacht ihn nur als Terminsvertreter bezeichnet hatte;
 - 3) Becker-Riewald-Koch, FGO § 107 Anm. 1 (2);
Tipke-Kruse, FGO § 105 Rdnr. 2;
 - 4) Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1;
 - 5) OLG Hamm JMB1NRW 1963 S. 229 (Beschl. vom 11. Juni 1963);
 - 6) LG Köln JurBüro 1969 Sp. 447 (Beschl. vom 30. Dez. 1968); das Gericht führt aus, bei nachträglichem Wechsel des Prozessbevollmächtigten fehle für eine Berichtigung des Titels das Rechtsschutzbedürfnis [die Entscheidung verkennt, dass in einem solchen Falle eine "Unrichtigkeit" des Titels gar nicht vorliegt];
 - 7) BFHE Bd. 99 S. 94 (Beschl. vom 27. Febr. 1970);
 - 8) RG JW 1896 S. 655 (Beschl. vom 19. Okt. 1896);

Dieser Auffassung ist grundsätzlich beizutreten.

Ob die fehlerhafte Bezeichnung eines Prozessbevollmächtigten im Urteil auf einem korrigiblen Versehen beruht, kann im Einzelfall unter Beobachtung der bisher herausgestellten Grundsätze ohne besondere Schwierigkeit entschieden werden. Meist dürfte es sich um Fälle handeln, in denen die ursprünglich erteilte Prozessvollmacht erloschen (1) ist, das Gericht aber gleichwohl im Rubrum des Urteils versehentlich den früheren Bevollmächtigten angeführt hat. An der "Offenbarkeit" eines solchen Versehens kann, soweit die Anzeige der Bestellung eines anderen Bevollmächtigten [§ 87 Abs. 1 ZPO] zu den Prozessakten [einem zulässigen "Erkenntnisobjekt"] gelangt ist, kein Zweifel bestehen. Die Korrektur eines solchen Versehens ist unbedenklich zulässig.

1) Vgl. § 87 ZPO, der im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess entsprechende Anwendung findet;

d) Die Berichtigung der Bezeichnung des erkennenden Gerichts

Nur geringe Beachtung findet in Literatur und Rechtsprechung die Frage der Korrektur einer fehlerhaften oder fehlenden Bezeichnung des erkennenden Gerichts. Hellwig (1) hält sie für zulässig; zum gleichen Ergebnis gelangt ein Beschluss des Oberlandesgerichts Dresden (2).

Der Frage dürfte nur geringe praktische Bedeutung zukommen. Denkbar ist allenfalls, dass ein Richter, der mehreren Kammern angehört, beim Diktat einer Reihe von Urteilen die Kammerbezeichnungen durcheinanderwirft. Ein Einfluss auf die "Gültigkeit" oder die "Wirksamkeit" (3) des Urteils kommt einem solchen Fehler nicht zu (4). Da sich die "Unrichtigkeit" zudem an Hand der Prozessakten zweifelsfrei feststellen lässt, stehen der Korrektur des Rubrums Bedenken nicht entgegen.

1) System S. 504;

2) SächsAnn. Bd. 29 S. 275 (Beschl. vom 7. Febr. 1908); [das Landgericht O. hatte einen Beschluss erlassen, dem die Bezeichnung des erkennenden Gerichts fehlte; das Landgericht vervollständigte später diesen Beschluss unter Hinweis auf § 319 ZPO; das Oberlandesgericht billigte dies im Ergebnis mit der Begründung, das Landgericht sei "im allgemeinen an seine Beschlüsse nicht gebunden", einer Heranziehung des § 319 ZPO bedürfe es deshalb nicht];

3) Zum Unterschied vgl. Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre § 14 IV [S. 221 ff.];

4) Lent-Jauernig, Lehrb. § 58 II [S. 178];

e) Die Berichtigung der Namen der Richter, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben

Das Rubrum des Urteils führt im Zivilprozess die Namen der "Richter", im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess die Namen der "Mitglieder des Gerichts" auf, die "bei der Entscheidung mitgewirkt haben" (1), also an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt waren. Dieselben haben - unter Ausschluss der ehrenamtlichen Beisitzer (2) - das Urteil auch zu unterzeichnen (3).

Fehler können sowohl bei der Anführung der Richternamen im Rubrum als auch bei der Unterzeichnung des Urteils unterlaufen. Beide Fälle sollen im Folgenden behandelt werden. Drei mögliche Fallgestaltungen sind zu unterscheiden:

- aa) Das Urteil trägt die Unterschriften der Richter, die bei der Beratung und Beschlussfassung mitgewirkt haben. Das Rubrum dagegen führt den Namen eines oder mehrerer Unbeteiligter an.

In derartigen - in der Praxis wohl seltenen (4) - Fällen will eine in der Literatur gelegentlich (5) vertretene Auffassung die Berichtigung des Rubrums zulassen. Diese Auffassung verkennt das Erfordernis der "Offenbarkeit" des Versehens. Zwar ist in Fällen der vorbezeichneten Art dem objektiven Betrachter ohne

1) Vgl. §§ 313 Abs.1 Nr. 2 ZPO, 117 Abs.2 Nr. 2 VwGO, 105 Abs. 2 Nr. 2 FGO, 136 Abs. 1 Nr. 2 SGG;

2) Eyermann-Fröhler, VwGO § 117 Rdnr. 12;
Ziemer-Birkholz, FGO § 105 Rdnr. 1;
Mellwitz, SGG § 134 Rdnr. 3;

3) Vgl. §§ 315 Abs.1 S.1 ZPO, 117 Abs.1 S.2 VwGO, 105 Abs.1 S.2 FGO, 134 S.1 SGG, 153 Abs. 2 S. 1 SGG, 165 SGG;

4) Die Rechtsprechung hat sich - soweit ersichtlich - mit einem derartigen Fall noch nicht befasst;

5) Förster-Kann, ZPO § 319 Anm. 1 a;
Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 315 Anm. III 2 a;
Kleinfeiler, Lehrb. S. 450;

Eyermann-Fröhler, VwGO § 117 Rdnr. 4;
Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 3;
Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1;

weiteres erkennbar. dass der Entscheidung ein Mangel anhaftet; dies ist dem Widerspruch zwischen Rubrum und Unterschrift klar zu entnehmen. Nicht "offenbar" ist dagegen, ob dieser Mangel im Einzelfall auf der Unrichtigkeit des Rubrums [der mitwirkende Richter hat unterschrieben, das Rubrum aber führt einen Unbeteiligten an] oder auf der Unrichtigkeit der Unterschrift [das Rubrum führt die Namen der beteiligten Richter an, unterzeichnet aber hat ein Unbeteiligter] beruht. Für die Beantwortung dieser Frage liefert das Urteil selbst keinerlei Anhaltspunkte. Auch aus sonstigen Urkunden lassen sich Hinweise nicht gewinnen: Zwar beweist das Sitzungsprotokoll auch die Besetzung der Richterbank (1). Über die - allein entscheidende - Beratung und Beschlussfassung aber wird üblicherweise kein Protokoll geführt (2). Das Versehen ist deshalb allenfalls "gerichtsoffenbar", seine Berichtigung unzulässig (3).

- bb) Das Rubrum des Urteils führt den Namen eines Richters an, der bei der Entscheidung nicht mitgewirkt hat. Dieser Richter hat auch das Urteil unterzeichnet.

In derartigen Fällen berichtigt eine in Literatur (4)

1) Str.; wie hier Baumbach-Lauterbach, ZPO § 164 Anm. 1 a ;

2) Darauf weist Geissler, Anm. zu BGH NJW 1956 S. 344 [Urt. vom 27. Okt. 1955] hin;

3) Das - wenig erfreuliche - Ergebnis wollen Fischer [Anm. zu BGH LM Nr. 3 zu § 319 ZPO - Urt. vom 27. Okt. 1955 -] und Zöllner-Degenhart [ZPO § 319 Anm. 2 b] vermeiden, indem sie die "Offenbarkeit" des Versehens für die beteiligten Richter ausreichen lassen; meine Bedenken gegen eine solche Auffassung habe ich bereits an früherer Stelle dargelegt; ich halte sie aufrecht. Zudem spielen Fälle der vorbezeichneten Art in der Praxis keine Rolle und rechtfertigen schon deshalb keine grundsätzliche Korrektur des Offenbarkeitsbegriffes;

4) Jacobson, DJZ 1910 Sp. 1459;
Koehler, VwGO § 118 Anm. III 3 ;
Mellwitz, SGG § 138 Rdnr. 5 ;

und Rechtsprechung (1) vertretene Auffassung das Rubrum, streicht die Unterschrift des nicht beteiligten Richters und holt die fehlende Unterschrift nach.

Auch diese Auffassung kann keine ungeteilte Zustimmung finden. Ein Urteil der vorbezeichneten Art weist zwei Mängel auf: Zum einen ist das Urteil von einem Richter unterzeichnet, der an seinem Erlass nicht beteiligt war. Zum anderen führt das Rubrum dieses Urteils einen Richter an, der an seinem Erlass nicht mitgewirkt hat (2). Ein Mangel der erstbezeichneten Art [Unterschrift] kann behoben werden. Das Gericht ist nicht gehindert, die als überflüssig erkannte Unterschrift eines unbeteiligten Richters zu streichen und die fehlende Unterschrift nachzubringen (3). Denn in diesem Vorgang liegt keine eigentliche "Berichtigung" des Urteils, sondern die Nachholung einer versäumten Prozesstätigkeit, die dem Gericht nicht verwehrt sein kann (4). Dagegen steht der Berichtigung des Rubrums eines solchen Urteils auch hier die mangelnde "Offenbarkeit" des Versehens entgegen. Insoweit darf auf meine früheren Ausführungen verwiesen werden. Sie gelten an dieser Stelle um so eher, als das Urteil [vor Korrektur der Unterschrift] äusserlich einwandfrei ist,

-
- 1) RGZ Bd. 58 S. 118 [Urt. vom 6. Mai 1904];
 RG LZ 1933 Sp. 1027 [Urt. vom 17. März 1933];
 BGHZ Bd. 18 S. 350 [Urt. vom 27. Okt. 1955];
 KG Rspr. Bd. 23 S. 170 [Urt. vom 12. Mai 1910];
 - 2) Dagegen ist die Zustellung wirksam, weil sich die Ausfertigung eines solchen Urteils für die Parteien äusserlich als die einer fehlerlosen Entscheidung darstellt [vgl. Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 315 Anm. III 2 b sowie RGZ Bd. 58 S. 118 - Urt. vom 6. Mai 1904 -];
 - 3) A.A. insoweit Wieczorek, ZPO § 315 Rdnr. A II b;
 - 4) Treffend: KG Rspr. Bd. 23 S. 170 [Urt. vom 12. Mai 1910];

ein Anhalt dafür, dass ein Versehen vorliegt, sich mithin weder aus dem Urteil selbst noch aus sonstigen Urkunden oder Unterlagen ergibt. Ich halte deshalb auch und gerade hier eine Korrektur des Rubrums für unzulässig (1).

- cc) Das Rubrum des Urteils führt die Namen der beteiligten Richter an. Das Urteil trägt indes die Unterschrift eines oder mehrerer unbeteiligter Richter.

In derartigen Fällen ist nach Auffassung von Literatur (2) und Rechtsprechung (3) eine berichtigungsfähige Entscheidung noch nicht vorhanden. Vielmehr liege, so wird ausgeführt, bis zur Nachholung der Unterschrift des oder der tatsächlich beteiligten Richter ein blosser Entwurf vor, der durch Tilgung der falschen und Nachbringung der fehlenden Unterschrift vervollständigt werden könne.

-
- 1) Bezeichnenderweise lässt der BGH [BGHZ Bd. 18 S.350 - Urt. vom 27. Okt. 1955 -] jede Stellungnahme vermissen, warum die Unrichtigkeit des Rubrums "offenbar" sei. Im Gegenteil betont der BGH, ein solches Urteil sei "äusserlich mangelfrei" [1], erwecke also "den Anschein eines ordnungsgemässen Urteils" [a.a.O. S. 354]. Die einzig mögliche Konsequenz [fehlende "Offenbarkeit" des Versehens] zieht der BGH daraus jedoch nicht;
 - 2) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 315 Anm. III 2 b;
 Eyermann-Fröhler, VGG § 83 Anm. 2a, aa;
 Klinger, VwGO § 118 Anm. 3;
 Koehler, VwGO § 118 Anm. III 3;
 v.Werder-Labs-Ortmann, VGG § 79 Anm. I;
 Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 5;
 Ziemer-Haarman S. 429 (Rdnr. 4202);
 Mellwitz, SGG § 138 Rdnr. 5;
 Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1;
 - 3) RG JW 1901 S. 840 [Urt. vom 9. Nov. 1901];
 HessVGH DVBl. 1949 S. 21 [Urt. vom 15. Sept. 1948];
 BSG SozE I/4 § 153 Nr. 2 [Urt. vom 21. Sept. 1960];

Dieser Auffassung ist wenig hinzuzufügen. Dahin - stehen kann, ob ein Urteil der vorbezeichneten Art als ein blosser Entwurf, der weder das Gericht noch die Parteien bindet, oder als ein wirksames, wenn auch anfechtbares Erkenntnis anzusehen ist. In beiden Fällen muss es dem Richter, der am Erlass dieses Urteils beteiligt war, gestattet sein (1), seine Unterschrift nachzubringen (2). In diesem Vorgang liegt aber keine "Urteilsberichtigung", sondern die Nachholung versäumter Prozesstätigkeit. Ob darüber hinaus die überzählige Unterschrift des unbeteiligten Richters getilgt werden darf, bedarf im Grunde keiner Erörterung: Diese Unterschrift ist überflüssig, unschädlich und unbeachtlich (3), ihre Tilgung im Grunde unnötig.

-
- 1) Dazu ist der Richter sogar verpflichtet (Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 315 Anm. I 1;);
 - 2) A.A. allerdings Wleczorek, ZPO § 315 Rdnr. A II b, der ausführt, die Nachholung einer Unterschrift sei unzulässig, sobald das Urteil "begeben" worden sei;
 - 3) In diesem Sinne BSG SozE I/4 § 153 Nr.2 = SGB. 1960 S. 363 (Urt. vom 21. Sept. 1960) ["rechtlich bedeutungslos"];

2. Der Tenor

Über den Grundsatz, dass der Tenor als Urteilsbestandteil (1) der Berichtigung zugänglich sei, besteht kein Streit. Die Divergenzen liegen auch hier im Detail. Deshalb sollen die "Bestandteile" der Formel getrennter Prüfung unterzogen werden.

a) Die Berichtigung des Ausspruchs zur Hauptsache

aa) Literatur und Rechtsprechung zum Zivil- (2), Verwaltungswaltungs- (3), Finanz- (4) und Sozialgerichtsprozess (5) gehen im wesentlichen übereinstimmend da-

-
- 1) Vgl. §§ 313 Abs.1 Nr.5 ZPO, 117 Abs.2 Nr.3 VwGO, 105 Abs.2 Nr.3 FGO, 136 Abs.1 Nr.4 SGG;
 - 2) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 2 A;
 Förster-Kann, ZPO § 319 Anm. 1 b;
 Sydow-Busch-Krantz, ZPO § 319 Anm. 1;
 Zöllner-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 2a;
 Blomeyer, Lehrb. § 87 II [S. 430];
 Boas, Gruchot Bd. 25 S. 868;
 Hellwig, System S. 504;
 RG JW 1899 S. 162 [Beschl. vom 30. Jan. 1899];
 RG Warn. 1909 S. 295 [Beschl. vom 2. März 1909];
 OLG Schleswig, SchlHA 1971 S. 40 [Beschl. vom 5. Nov. 1970]
 - 3) Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 1;
 Klinger, VwGO § 118 Anm. B 2;
 Koehler, VwGO § 118 Anm. III 5;
 Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 2;
 Schunck-De Clerck, VwGO § 118 Anm. 1;
 BAH Bd. 52 S. 85 (88) [Entsch. vom 16. Dez. 1916];
 BAH Bd. 90 S. 103 [Entsch. vom 19. Sept. 1936];
 OVG Berlin ZMR 1955 S. 157 [Urt. vom 17. Dez. 1954];
 - 4) Görg-Müller, FGO § 107 Anm. 1 [Rdnr. 576];
 Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 3;
 Leise-Paleit, FGO § 107 Anm. 1;
 Tipke-Kruse, FGO § 107 Rdnr. 1;
 Ziemer-Birkholz, FGO § 107 Rdnr. 3;
 RFH StW 1931 II Sp. 688 [Beschl. vom 24. März 1931];
 BFHE Bd. 107 S. 4 [Beschl. vom 6. Juli 1972];
 - 5) Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1;
 LSG Schleswig SGb. 1967 S. 522 [Beschl. vom 18. Juli 1967];
 BayLSG Breith. 1960 S. 652 [Beschl. vom 10. Dez. 1959];

von aus, dass der im Tenor des Urteils fehlerhaft getroffene Ausspruch zur Hauptsache berichtigt werden könne, wenn die Entscheidungsgründe erkennen liessen, welche anderweitige, vom Inhalt der Formel abweichende Entscheidung das Gericht habe erlassen wollen. Dabei soll verbreiteter (1), wenn auch nicht unbestrittener (2) Auffassung zufolge die Berichtigung den Tenor sogar in das genaue Gegenteil dessen, was er ursprünglich besagte, umkehren dürfen.

Weniger einheitlich beantwortet wird dagegen die Frage, ob die Berichtigungsnormen auch dann Anwendung finden, wenn ein Teil des Klageantrags in der Formel überhaupt nicht beschieden wurde [der Tenor also lückenhaft ist], die Urteilsgründe aber die Auffassung des Gerichts hinsichtlich des fehlenden Teils klar erkennen lassen :

-
- 1) Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 1 a;
 Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. I 5;
 Blomeyer, Lehrb. § 87 II [S. 430];
 Steinberg S. 23;
 RG JW 1898 S. 199 [Beschl. vom 9. Febr. 1898];
 RG SeuffA. Bd. 45 S. 100 [Beschl. vom 6. Juli 1889];
 RG JW 1927 S. 1638 [Urt. vom 15. März 1927];
 OLG Karlsruhe Rspr. Bd. 13 S. 150 [Beschl. vom 25. Jan. 1905];
 Schultzenstein, VerwArch. Bd. 20 S. 57 f.;
 BAH Bd. 73 S. 106 [Entsch. vom 20. Dez. 1929];
 BayLSG Breith. 1960 S. 652 [Beschl. vom 10. Dez. 1959];
- 2) Vgl. OLG Bamberg Rspr. Bd. 19 S. 106 [Urt. vom 25. Apr. 1908]; das OLG führt aus, eine unklare, unbestimmte oder lückenhafte Formel könne durch Auslegung aus den Gründen ergänzt werden; dagegen könne eine klare und vollständige Formel nicht durch Heranziehung der Gründe widerlegt und geändert werden;
 vgl. ferner BAH Bd. 19 S. 158 [Urt. vom 11. Juni 1887]; hier lehnte das Bundesamt die Umkehrung eines "vollkommen klaren und deutlichen Tenors" in sein "direktes Gegenteil" ab;

Der Auffassung, dass in derartigen Fällen nicht die Berichtigung, sondern die Ergänzung (1) des Urteils geboten sei, folgen - neben älteren (2) und unklaren (3) Beiträgen - insbesondere Wieczorek (4) und das Bundesarbeitsgericht (5). Letzteres führt zur Begründung aus, die Berichtigung eines lückenhaften Tenors aus den Gründen lasse den Umfang der Rechtskraft des Urteils im Unklaren, da sich die Entscheidung zunächst nur aus den Gründen ergebe. Sie nehme zudem der Vorschrift des § 321 ZPO, die gerade und nur die Ergänzung der Urteilsformel betreffe, jeden Sinn.

Der gegenteiligen Auffassung folgt auf zivilprozessuallem Gebiet neben älteren (6) und jüngeren (7) Beiträgen der Bundesgerichtshof (8) mit dem Hinweis, überantwortete man die Korrektur einer lückenhaften Formel dem Urteils-

1) Vgl. §§ 321 ZPO, 120 VwGO, 109 FGO, 140 SGG;

2) KG Rspr. Bd. 19 S. 105 [Urt. vom 30. Jan. 1909];

3) Vgl. die - im Auszug veröffentlichte - Entscheidung des BVerwG vom 15. Sept. 1955 (FVGE Bd. 2 S. 5); dieser Entscheidung lag ein Berufungsurteil zugrunde, das die Anschlussberufung des Klägers in Tenor und Tatbestand übergang, ob auch in den Gründen, ist der Veröffentlichung nicht zu entnehmen; das BVerwG hielt die Ergänzung (§§ 320, 321 ZPO) für angezeigt;

vgl. ferner OVG Lüneburg, DÖV 1952 S. 94 [Beschl. vom 13. Juni 1952]; dass. führt aus, eine "inhaltliche Änderung" des Tenors sei nur im Wege der Urteilsergänzung zulässig;

4) ZPO § 319 Rdnr. B II 2 ;

5) NJW 1959 S. 1942 [Urt. vom 29. Mai 1959];

6) RG JW 1885 S. 67 [Urt. vom 20. Dez. 1884];

OLG Dresden Rspr. Bd. 3 S. 439 [Urt. vom 27. Juni 1901];
OLG Königsberg HRR 1936 Nr. 761 [Urt. vom 20. Dez. 1935];

Hellwig, System S. 504;

7) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 321 Anm. I 2;
Zöllner-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 2a;
Schönke-Kuchinke, Lehrb. § 75 I 1 a (S. 345);

8) NJW 1964 S. 1858 [Urt. vom 18. Juni 1964];

ergänzungsverfahren, so zwingt man die Parteien zur unnötigen Neuaufröhlung eines entschiedenen und von ihnen vernünftigerweise als erledigt betrachteten Rechtsstreites. Wo nämlich die Vorschrift des § 321 ZPO eingreife, erlösche die Rechtshängigkeit des übergangenen Anspruchs mit dem Ablauf der Wochenfrist [§ 321 Abs.2 ZPO]. Damit sei die Partei auf den Weg neuer Klage verwiesen.

Der vorbezeichneten Auffassung des Bundesgerichtshofes folgen die neuere Literatur zum Verwaltungs- (1), Finanz- (2) und Sozialgerichtsprozess (3) sowie das Bundesverwaltungsgericht (4).

- bb) Nach hier vertretener Auffassung ist die Berichtigung eines fehlerhaften Tenors - die hinreichende "Offenbarkeit" des Versehens vorausgesetzt - auch in sein Gegenteil zulässig. Die widerstreitenden Auffassungen (5) verkennen, dass es sich dabei eigentlich nicht um eine

-
- 1) Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 2;
Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 2;
Schunck-De Clerck, VwGO § 118 Anm. 1;
 - 2) Görg-Müller, FGO § 107 Anm. 1 [Rdnr. 576];
Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr.3;
Tipke-Kruse, FGO § 107 Rdnr. 1;
 - 3) Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1;
einschränkend Brackmann S. 248 p [ders. betont, bei der Berichtigung der Formel sei "grosse Vorsicht geboten, um nicht den Eindruck nachträglicher Änderung des Urteilsinhalts zu erwecken"];
 - 4) BVerwGE Bd. 30 S. 146 (Beschl. vom 16. Juli 1968);
[in dieser - bereits früher zitierten - Entscheidung berichtigt das BVerwG den Tenor eines Berufungsurteils, der keinen Ausspruch über die Aufhebung des Ersturteils enthielt, aus den Gründen des Berufungsurteils, welche die Feststellung einleitete, dass das Urteil des Verwaltungsgerichts "keinen Bestand haben" könne];
 - 5) Vgl. insbes. OLG Bamberg Rspr. Bd. 19 S. 106 [Urt. vom 25. Apr. 1908];

Auslegung, sondern vielmehr um eine Abänderung der Formel handelt (1). Eine solche ist, begreift man die Berichtigungsnormen als Ausnahmen vom Grundsatz der "innerprozessualen Bindung", unbedenklich.

Die gegen die Zulässigkeit der Korrektur eines lückenhaften Tenors vorgebrachten Bedenken sind nicht stichhaltig. Das Argument, der Umfang der Rechtskraft werde ins Ungewisse gestellt (2), verkennt, dass die "tragenden" Gründe der Entscheidung zur Feststellung dessen, worüber rechtskräftig entschieden wurde, ohnehin stets herangezogen werden müssen (3), der Tenor allein also keine Aussage erlaubt. Der weitere Einwand, die Korrektur der lückenhaften Formel nehme der Regelung des § 321 ZPO ihren Sinn (4), übersieht, dass diese Vorschrift jedenfalls in all den Fällen anwendbar bleibt, in denen ein Anspruch auch in den Urteilsgründen übergangen worden ist. Endlich verfängt auch der Hinweis nicht, der [lückenhafte] Tenor sei in lückenloser Fassung weder verkündet [§ 310 Abs.1 ZPO] noch zugestellt [§§ 310 Abs.2, 128 Abs.2 ZPO] worden, eine Entscheidung, der beides ermangle, aber als blosser Entwurf anzusprechen (5). Eine lückenhafte Verkündung [bzw. die Zustellung einer lückenhaften Formel] enthält zwar einen Verfahrensverstoss, ist aber für die "Wirksamkeit" oder "Gültigkeit" der Entscheidung ohne Belang (6).

1) Dies erkennt auch E. Osterloh [S. 83 Fussn. 294], betont aber, diese "terminologische Frage" sei "unerheblich";

2) BAG NJW 1959 S. 1942 [Urt. vom 29. Mai 1959];

3) Treffend: Eyermann-Fröhler, VwGO § 121 Rdnr. 24;

4) BAG NJW 1959 S. 1942 [Urt. vom 29. Mai 1959];

5) Vgl. zum letzteren Blomeyer, Lehrb. § 81 I [S.402];

6) Vgl. Thomas-Putzo, ZPO § 310 Anm. 3 b;

Mithin stehen der Korrektur einer fehler- oder lückenhaften Formel grundsätzliche Bedenken nicht entgegen.

Der Umstand, dass eine solche Berichtungsmöglichkeit in besonderem Masse zum Missbrauch reizt (1), vermag keine abweichende Beurteilung zu rechtfertigen.

1) Bruns [Lehrb. § 40 VIII 1 - S. 372 -] weist darauf hin, ein Richter, der ein "falsches" Urteil verkündet habe, könne versucht sein, die Urteilsgründe nachträglich so abzufassen, dass der Widerspruch zum Tenor [und damit des letzteren "Unrichtigkeit"] *ex post* zum Ausdruck komme;

Bruns begrüsst deshalb den Vorschlag des "Berichts der Kommission zur Vorbereitung einer Reform der Zivilgerichtsbarkeit" [S. 257 f.], bei Anberaumung eines besonderen Verkündungstermins das Vorliegen des vollständig abgefassten Urteils zu verlangen; dem ist nichts hinzuzufügen;

b) Die Berichtigung des Ausspruchs über die Prozesskosten

Darüber, dass der Tenor auch hinsichtlich des Ausspruchs über die Prozesskosten berichtigt werden kann, besteht im Grundsatz kein Streit. Im einzelnen freilich ist verschiedenes zweifelhaft:

- aa) In Fällen, in denen der Tenor fehlerhaft [die Kostenverteilung in der Formel stimmt mit den Ausführungen in den Gründen nicht überein] oder lückenhaft [die Kostenfrage ist in der Formel vernachlässigt, in den Gründen aber behandelt] ist, lässt eine im Zivil- (1), Verwaltungs- (2), Finanz- (3) und Sozialgerichtsprozess (4) verbreitete Auffassung die Korrektur des Tenors nach Massgabe der Entscheidungsgründe zu.

Dieser Auffassung ist aus den gleichen Erwägungen zuzustimmen, die hinsichtlich der Berichtigung des Aus-

-
- 1) Neukamp-Becker, ZPO § 319 Anm. 3 c;
Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. I 5;
Zöller-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 2 a;
Thalmann, JurBüro 1954 Sp. 99;
OLG Braunschweig, SeuffA. Bd. 48 S. 226 (Beschl. vom 15. Jan. 1892) ["lückenhafter" Tenor];
OLG Colmar, Rspr. Bd. 17 S. 120 (Beschl. vom 24. März 1908) ["fehlerhafter" Tenor];
OLG Dresden, SächsAnn. Bd. 37 S. 246 (Beschl. vom 30. Dez. 1915) ["fehlerhafter" Tenor];
 - 2) Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 3;
Klinger, VwGO § 118 Anm. B 1;
Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 2;
Schunck-De Clerck, VwGO § 118 Anm. 1;
PROVGE Bd. 64 S. 578 (Beschl. vom 17. Juni 1913) ["fehlerhafter" Tenor];
BVerwG DÖV 1960 S. 236 (Beschl. vom 22. Dez. 1959) ["lückenhafter" Tenor];
 - 3) Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 3;
Ziemer-Haarmann S. 672 [Rdnr. 5285];
 - 4) Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1;

spruchs zur Hauptsache angestellt worden sind. Nicht die Berichtigung, sondern die Ergänzung der Formel ist allein in den Fällen geboten, in denen die Kostenfrage "übergangen", d.h. weder im Tenor noch in den Gründen des Urteils angeschnitten worden ist (1).

- bb) Von den vorbezeichneten zu unterscheiden sind diejenigen Fälle, in denen die "Unrichtigkeit" der Kostenentscheidung auf der fehlerhaften Anwendung (2) oder auf dem gänzlichen Übersehen (3) einer Gesetzesnorm beruht. Derartige Fälle sind - da ein "Rechtsirrtum" vorliegt - von der Korrektur ausgeschlossen (4).

1) Anders Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. B II b [ders. will § 321 ZPO bereits auf den Fall des lückenhaften Tenors angewandt wissen];

2) Vor allem bei Entscheidungen, die sich auf § 92 Abs. 2 ZPO stützen, wird die Möglichkeit, dass die Kostenentscheidung auf fehlerhaftem Ermessensgebrauch beruht, selten auszuschliessen sein;

zutreffend deshalb RG JW 1901 S. 58 [Beschl. vom 4. Jan. 1901] und KG Rspr. Bd. 13 S. 151 [Beschl. vom 23. Okt. 1905]; beide Entscheidungen lehnen die Korrektur einer auf § 92 ZPO gestützten Kostenentscheidung ab;

3) Zutreffend OLG Hamm MDR 1970 S. 1018 (Beschl. vom 8. Juni 1970); [der Vorderrichter hatte im Urteilstatbestand den Umstand, dass der Kl. zunächst ein unzuständiges Gericht angerufen hatte, nicht erwähnt und zur Begründung der Kostenentscheidung nur §§ 91, 91 a ZPO angeführt; das OLG lehnte es ab, dem Kl. die entstandenen Mehrkosten [§ 276 Abs.3 S.2 ZPO] im Wege der Korrektur der Formel aufzuerlegen];

zum gleichen Ergebnis kommt Schneider [MDR 1965 S. 799] der die Berichtigung nur zulassen will, wenn die durch § 276 Abs.3 S.2 ZPO vorgesehene Kostentrennung in den Entscheidungsgründen ausgesprochen oder dort wenigstens die Vorschrift des § 276 Abs.3 S.2 ZPO genannt ist, im übrigen aber § 321 ZPO anwenden will;

4) Anders noch OLG Kassel HRR 1936 Nr. 1013 [Beschl. vom 4. März 1936];

cc) Schwieriger ist die Frage zu entscheiden, ob in Fällen, in denen der Ausspruch zur Hauptsache berichtigt worden ist, die Kostenentscheidung der neuen Fassung des Tenors inhaltlich angepasst werden darf (1).

In Fällen der vorbezeichneten Art ist die Kostenentscheidung so, wie sie ergangen ist, auch gewollt. Ein "Verlautbarungsmangel" im Sinne der [weithin herrschenden] "strengen Erklärungstheorie" liegt mithin nicht vor. Gleichwohl lässt die in Literatur und Rechtsprechung überwiegende (2), wenn auch nicht unbestrittene (3) Auffassung die "Berichtigung" der Kostenentscheidung zu. Im Hintergrund der meist etwas

-
- 1) Beispiel: Das Urteil gibt der Klage statt und legt die Kosten des Rechtsstreits dem Beklagten auf. Später wird der Urteilstenor [zulässigerweise] in eine Klageabweisung berichtigt. Können auch die Kosten im Wege der Berichtigung der Formel dem Kläger auferlegt werden?
 - 2) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 1;
 Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 3;
 Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 60 I 3 a [S. 284];
 RG SeuffA. Bd. 45 S. 100 [Beschl. vom 6. Juli 1889];
 RG JW 1892 S. 310 [Beschl. vom 25. Mai 1892];
 OLG Dresden DR 1940 S. 1483 [Beschl. vom 30. Mai 1940];
 van Husen, VGG § 83 Anm. 2;
 Schunck-De Clerck, VwGO § 118 Anm. 1;
 Becker-Riewald-Koch, FGO § 107 Anm. 1 (5);
 Ziemer-Haarmann S. 430 [Rdnr. 4208];
 - 3) A.A. E. Osterloh [S. 79 f.] mit dem Hinweis, die Kostenentscheidung könne nicht als "unselbständiges Annex der Hauptentscheidung" angesehen werden;
 A.A. ferner Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1;
 [ders. führt aus, wenn die Kostenentscheidung der unrichtigen Formel entspreche, sei zu vermuten, dass beide in der ursprünglichen Fassung gewollt seien; zu berichtigen sei die Kostenentscheidung nur dann, wenn sie selbst unrichtig im Sinne des § 138 SGG sei];

gequält anmutenden Rechtfertigungsversuche (1), die zumeist auf die [angebliche] "Abhängigkeit" der Kostenentscheidung vom Ausspruch zur Hauptsache abstellen, dürfte unausgesprochen (2) die Erwägung stehen, dass Kostenentscheidungen regelmässig isolierter Anfechtung nicht zugänglich sind (3), der betroffenen Partei mithin anders als durch eine "Berichtigung" des Urteils im Kostenpunkt nicht geholfen werden kann.

Eine solche "Berichtigung" mag im Ergebnis wünschenswert sein. Sie lässt sich indes nach der - hier vertretenen - "objektiven Theorie" nicht rechtfertigen. Ein "mechanisches Flüchtigkeitsversehen" haftet dem Ausspruch über die Prozesskosten nicht an. Der letz -

1) Vgl. RG JeuffA. Bd. 45 S. 100 (Beschl. vom 6. Juli 1889); [das RG führt aus, die "Abhängigkeit der Entscheidung über die Kosten" von derjenigen über die Hauptsache habe "die Folge, dass der Fehler der Entscheidung in der Hauptsache auch die Kostenentscheidung beherrscht";

vgl. ferner RG JW 1892 S. 310 (Beschl. vom 25. Mai 1892); [hier beschränkt sich das RG auf die Behauptung, es würde "schwer sein, einen Grund anzugeben, weshalb die Entscheidung über die Kosten in geringerem Masse der Berichtigung zugänglich sein sollte als diejenige über die Hauptsache"];

vgl. endlich OLG Dresden DR 1940 S. 1483 (Beschl. vom 30. Mai 1940); [das Gericht begnügt sich mit der Feststellung, die Berichtigung der Urteilsformel habe "notwendig eine entsprechende Berichtigung der Kostenentscheidung zur Folge gehabt"];

2) Offen spricht dies allein Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 1 aus ["Streng genommen falsch, aber wo kein Rechtsbehelf gegeben, der einzige Ausweg"];

3) Insoweit stimmen die hier untersuchten Prozessordnungen überein [vgl. § 99 Abs. 1 ZPO, 158 Abs. 1 VwGO, 145 Abs. 1 FGO, 193 SGG];

tere kann nicht als ein unselbständiger, von jeder Fehlsamkeit des Ausspruchs zur Hauptsache gewissermassen zwangsläufig mitbetroffener Teil der Entscheidung angesehen werden (1). Vielmehr ist die Kostenentscheidung, wie Jauernig (2) überzeugend nachweist, gegenüber dem sachlich erkennen - den Teil des Urteils selbständig (3). Sie enthält einen eigenen Entscheidungstatbestand, wenngleich dieser Umstand dadurch verdunkelt wird, dass der Ausspruch über die Kosten regelmässig an den Ausspruch zur Hauptsache anknüpft und die Anfechtung der Entscheidung in der Hauptsache auch den Kostenpunkt ergreift.

Diese Selbständigkeit der Kostenentscheidung rechtfertigt es, Fälle der vorbezeichneten Art von der Berichtigung auszuschliessen.

- dd) Vergleichbare Probleme entstehen in Fällen, in denen nicht der Ausspruch zur Hauptsache berichtigt wird, sondern die Festsetzung des Streitwertes eine nachträgliche Änderung erfährt (4).

Ein Streitwertbeschluss kann im Zivilprozess (5) nach § 23 Abs.1 S. 3 GKG durch das Prozessgericht oder das

1) Darauf weist bereits E. Osterloh [S. 79 f.] zutreffend hin;

2) Das fehlerhafte Zivilurteil S. 143 f.;

3) Dies folgt bereits aus der Existenz "isolierter Kostenentscheidungen" [vgl. §§ 99 Abs.2 ZPO, 158 Abs.2 VwGO, 145 Abs.2 FGO, 193 Abs.1 SGG];

4) Zum folgenden eingehend Speckmann, NJW 1972 S.232;

5) Im Verwaltungsprozess findet § 23 Abs.1 GKG ebenfalls Anwendung [Eyermann-Fröhler, VwGO § 162 Rdnr. 17 b];

im Finanzprozess gilt § 146 Abs.2 FGO, die Problemstellung ist aber die gleiche;

mit der Sache befasste Rechtsmittelgericht abgeändert werden; er kann ferner [u.a.] auf Streitwertbeschwerde [§ 23 Abs.2 GKG] (1) hin korrigiert werden. Geschieht dies, so kann die Kostenentscheidung im Einzelfall (2) unrichtig werden. Ob sie berichtigt werden darf, ist streitig. Die einen (3) halten die Berichtigung in "weitherziger Auslegung" des § 319 ZPO für zulässig. Speckmann (4) führt zur Begründung aus, die Kostenentscheidung sei von der Streitwertfestsetzung "abhängig." Bei einer derart "bedingten" Entscheidung müsse es genügen, dass die "offenbare Unrichtigkeit" nicht schon von Anfang an, sondern erst vorliege, nachdem die "bedingende" Entscheidung [der Streitwertbeschluss] geändert worden sei. Andere (5) dagegen lehnen die Korrektur der Kostenentscheidung ab.

Speckmanns Ausführungen können nicht überzeugen. Die im Urteil getroffene Kostenentscheidung ist sogar gegenüber dem Ausspruch zur Hauptsache selbständig. Um so mehr muss dies gegenüber der Streitwertfestsetzung gelten. Im übrigen wirkt die Korrektur der Kostenentscheidung auf den Zeitpunkt des Urteilserlasses zurück (6), die Streitwertkorrektur dagegen nicht. Würde die Kostenentscheidung "berichtigt", so würde damit ein bei Urteilserlass "richtiger" Entscheidungs-

1) Im Verwaltungsprozess richtet sich die Streitwertbeschwerde nach §§ 146 ff. VwGO [Eyer mann-Fröhler, VwGO § 162 Rdnr. 17 b];

im Finanzprozess gilt § 146 Abs.3 FGO;

2) Beispiele führt Speckmann, NJW 1972 S. 232 ff an;

3) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 1; Speckmann, NJW 1972 S. 236; OLG Frankfurt NJW 1970 S.436 [Beschl. vom 11. Sept. 1969];

4) NJW 1972 S. 236;

5) Schneider, NJW 1969 S. 1237; LG Bamberg NJW 1970 S. 1610 [Beschl. vom 20. Apr. 1970];

6) Näheres später [S. 199 ff. d.A.];

bestandteil - zumindest vorübergehend - ins Unrichtige korrigiert - eine dogmatisch unhaltbare Lösung.

Man wird es deshalb in Fällen der vorbezeichneten Art m.E. hinnehmen müssen, dass der Kostenausspruch infolge der Streitwertänderung unrichtig wird und unrichtig bleibt (1). Es geht, wie Schneider (2) treffend bemerkt, nicht an, Fehler in der Entscheidung dadurch auszumerzen, dass auch noch § 319 ZPO fehlerhaft angewendet wird. Letzten Endes würden damit Unrichtigkeiten, die an sich im Rechtsmittelverfahren korrigiert werden müssten, aber nach dem Willen des Gesetzgebers [arg. §§ 99 Abs.1 ZPO, 158 Abs.1 VwGO, 145 Abs.1 FGO, 193 SGG] nicht korrigiert werden können, ohne Rechtsmittelverfahren behoben. So wünschenswert ein solches Verfahren auch sein mag, lässt es sich doch mit der bestehenden gesetzlichen Regelung (3) nicht vereinbaren.

-
- 1) Die vom LG Bamberg [NJW 1970 S. 1610 - Beschl. vom 20. Apr. 1970 -] erwogene Lösung, die Streitwertänderung mit Rücksicht auf die nicht korrigible Kostenentscheidung überhaupt abzulehnen, findet im Gesetz keine Stütze;
 - 2) NJW 1969 S. 1237;
 - 3) Speckmann schlägt vor, de lege ferenda § 319 ZPO um den Satz zu ergänzen, dass diese Vorschrift bei einer Änderung des Streitwertes auf eine davon beeinflusste Kostenentscheidung entsprechende Anwendung finde;
systemgerechter wäre eine entsprechende Ergänzung des § 23 GKG;

c) Die Berichtigung des Ausspruchs der vorläufigen Vollstreckbarkeit

Die Frage der Korrektur des Ausspruchs der vorläufigen Vollstreckbarkeit ist im Zivilprozess wiederholt Gegenstand gerichtlicher Entscheidungen gewesen. Im Verwaltungs- und Finanzprozess kommt ihr dagegen nur geringe (1), im Sozialgerichtsprozess keine (2) Bedeutung zu.

Folgende Grundsätze lassen sich aufstellen:

- aa) Der Ausspruch der vorläufigen Vollstreckbarkeit ist Urteilsbestandteil. Das Gericht ist an diesen Ausspruch gebunden [§ 318 ZPO] (3). Ein sachlich fehlerhafter Ausspruch kann mit den gegen das Urteil statthaften Rechtsmitteln angegriffen (4), ein fehlender Ausspruch nach § 716 ZPO ergänzt werden (5).
- bb) Indes schliesst § 716 ZPO die Anwendung der Urteilsberichtigungsnormen nicht aus. Denn § 716 ZPO betrifft nur den Fall, dass eine Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit überhaupt nicht ergangen, ein Antrag aus §§ 710 S.2, 712, 713 ZPO übergangen worden ist, nicht aber den, dass die tatsächlich getroffene Ent-

-
- 1) Die Literaturhinweise sind kärglich [s.u.], Entscheidungen fehlen völlig. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die - besonders häufigen - Urteile auf Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen in der Hauptsache einer Vollstreckung nicht zugänglich sind [vgl. §§ 167 Abs.2 VwGO, 151 Abs. 3 FGO];
 - 2) Gemäss § 198 Abs.2 SGG finden die Vorschriften über die vorläufige Vollstreckbarkeit [§§ 708 - 720 ZPO] im Sozialgerichtsprozess keine Anwendung;
 - 3) Vgl. OLG Frankfurt, Rpflger 1969 S. 395 [Beschl. vom 14. Juli 1969]; unter Hinweis auf diese Bindung lehnte das OLG die nachträgliche Aufteilung einer im Urteil angeordneten Sicherheitsleistung auf die einzelnen Ansprüche als unzulässige nachträgliche Änderung des Urteils ab;
 - 4) Baumbach-Lauterbach, ZPO Einf. 3 A zu §§ 708-720 ;
 - 5) Schneider, Kostenentscheidung S. 130;

scheidung versehentlich nicht in die Formel aufgenommen worden ist (1).

Deshalb kann der Tenor hinsichtlich des fehlenden [oder fehlerhaften] Ausspruchs der vorläufigen Vollstreckbarkeit berichtigt werden, wenn die Gründe des Urteils zweifelsfrei erkennen lassen, dass und wie das Gericht über die vorläufige Vollstreckbarkeit entscheiden wollte (2).

Dagegen scheidet, wo Tenor und Gründe des Urteils hinsichtlich des Ausspruchs der vorläufigen Vollstreckbarkeit übereinstimmen, eine Korrektur der Formel aus (3). Denn die Möglichkeit, dass das Gericht zu dem [fehlerhaften] Ausspruch auf Grund eines Rechtsirrtums gelangt ist, wird sich in derartigen Fällen nie ausschliessen lassen.

-
- 1) Bemerkenswert: OLG Dresden ArchRpflge 1934 S. 309 [Beschl. vom 25. Juli 1934];
vgl. ferner LG Göttingen, NdsRpflge 1948 S. 87 [Beschl. vom 6. März 1947];
a.A. Wiczorek, ZPO § 319 Rdnr. B II b ["Auch bezüglich der weggelassenen vorläufigen Vollstreckbarkeit gibt es nur die Ergänzung nach § 716 ZPO, nicht die Berichtigung nach § 319 ZPO"];
 - 2) Einen derartigen Fall behandelt OLG Dresden ArchRpflge 1934 S. 309 [Beschl. vom 25. Juli 1934];
vgl. ferner das von Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 1 a angeführte Beispiel;
 - 3) Vgl. RG JW 1901 S. 751 [Beschl. vom 18. Sept. 1901];
Beachtlich OLG Celle NJW 1955 S. 1843 [Beschl. vom 4. Juli 1955]; Diesem Beschluss lag ein Urteil zugrunde, dessen Formel die Entscheidung als gegen Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbar erklärte, und dessen Gründe § 710 S.1 ZPO zitierten; das OLG bezeichnete - zu Recht - eine Berichtigung, welche das Urteil ohne Sicherheit für vorläufig vollstreckbar erklärte (§ 708 Nr. 4 ZPO), als unzulässig;

Eine Berichtigung scheidet endlich auch dort aus, wo der Ausspruch der vorläufigen Vollstreckbarkeit auf eine "Unrichtigkeit" des Ausspruchs zur Hauptsache zurückgeht (1). Denn in derartigen Fällen haftet ein korrigibles Versehen zwar dem Ausspruch zur Hauptsache, nicht aber dem Ausspruch der vorläufigen Vollstreckbarkeit an (2). Zumindest nach geltendem Recht ist dieses - wenig erfreuliche - Ergebnis nicht vermeidbar (3).

-
- 1) Beispiel: Der Tenor verurteilt den Beklagten zur Zahlung von 60.- DM und erklärt das Urteil ohne Sicherheit für vorläufig vollstreckbar, die Gründe zitieren § 709 Nr. 4 ZPO, lassen aber im übrigen erkennen, dass die Verurteilung auf Zahlung von 600.- DM lauten müsse: Der Ausspruch zur Hauptsache kann berichtigt werden, nicht aber das Urteil gegen Sicherheitsleistung [§ 710 S.1 ZPO] für vorläufig vollstreckbar erklärt werden;
 - 2) Vgl. insoweit meine früheren Ausführungen zur Berichtigung des Ausspruchs über die Prozesskosten;
 - 3) De lege ferenda wäre allerdings - entsprechend der Anregung Speckmanns [NJW 1972 S. 232 ff.] eine Ergänzung der Vorschrift des § 716 ZPO in Erwägung zu ziehen;

Die Berichtigung des Ausspruchs über die Rechtsmittelzu- lassung

Entscheidungen, denen die [absolute] Rechtsmittelfähigkeit fehlt, können in gesetzlich normierten Fällen (1) die [relative] Rechtsmittelfähigkeit durch besondere Zulassung erlangen. Diese Zulassung wird regelmässig im Tenor aus - gesprochen. Sie kann im Einzelfall fehlerhaft sein; dann stellt sich die Frage ihrer Berichtigung.

aa) Literatur und Rechtsprechung unterscheiden folgende Fallgestaltungen:

In Fällen, in denen die [beschlossene] Zulassung eines Rechtsmittels nicht verkündet worden ist, die Gründe des [später abgesetzten] Urteils aber Ausführungen über die Zulassung enthalten, lehnt das Bundesarbeitsgericht (2) die Berichtigung des Tenors ab: Das Urteil sei mit seiner Verkündung rechtskräftig geworden, ein Berichtigungsbeschluss als unstatthafter Urteilsnach -

1) Vgl. zum Zivilprozess § 546 Abs.1 S.1 ZPO [Zulassung der Revision durch das OLG];

vgl. zum Arbeitsgerichtsprozess [u.a.] §§ 69 Abs.3 S.1, 72 Abs.1 S.1 ArbGG [Zulassung der Revision durch das LAG];

vgl. zum Verwaltungsprozess [u.a.] § 132 Abs.1 S.2 VwGO [Zulassung der Revision durch das OVG];

vgl. zum Finanzprozess § 115 Abs.1 FGO [Zulassung der Revision durch das FG];

vgl. zum Sozialgerichtsprozess [u.a.] § 162 Abs.1 Nr.1 SGG [Zulassung der Revision durch das LSozG];

2) BAG NJW 1960 S. 1635 [Urt. vom 5. Mai 1960];

vgl. ferner BAG AP Nr. 14 zu § 319 ZPO [Urt. vom 9. März 1968];

gleicher Auffassung: Auffarth-Schönherr, ArbGG § 61 Anm. II 3 ;

trag unbeachtlich (1). Dagegen will ein Teil (2) der Literatur die Berichtigung zulassen. Peters-Sautter-Wolff (3) endlich scheint in Fällen der vorbezeichneten Art die Zulassung für wirksam, eine Berichtigung des Urteils für entbehrlich zu halten.

In Fällen, in denen das Gericht die Zulassung des Rechtsmittels zwar beschlossen, dieselbe aber [versehentlich] weder im Tenor noch in den Gründen der Entscheidung zum Ausdruck gebracht hat, lässt ein Teil (4) der Literatur und der - älteren - Rechtsprechung (5) die Berichtigung des Tenors zu. Die überwiegende Meinung (6) indes lehnt

-
- 1) Anderes soll nach Auffassung des BAG [aaO] dann gelten, wenn das vollständig abgesetzte Urteil im Zeitpunkt der Verkündung vorliegt und letztere unter Bezugnahme auf das schriftliche Urteil erfolgt [Zulassung wirksam, Berichtigung entbehrlich];
 - 2) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 2 B [ders. bezeichnet die Auffassung des BAG als "zu eng"]; Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 3, § 132 Rdnr. 21; Hübschmann-v. Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 3;
 - 3) SGG § 138 Anm. 1;
 - 4) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. I 5; ders., aaO Anm. VII 2; Stückrath, RdA 1961 S. 106;
auch ein Erlass des Reichsarbeitsministers vom 28. Nov. 1941 [EuM Bd. 49 S. 121] bezeichnet die Berichtigung der Entscheidungen der Oberversicherungsämter in Fällen der vorbezeichneten Art als zulässig;
 - 5) RG JW 1936 S. 102 [Beschl. vom 28. Okt. 1935]; RAG JW 1936 S. 2179 [Urt. vom 29. Febr. 1936]; RAG JW 1937 S. 1185 [Urt. vom 9. Dez. 1936];
 - 6) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 2 B; Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. B II d; Bentzein, NJW 1959 S. 1214; Savaète, AuR 1962 S. 271; Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 3; Becker-Riewald-Koch, FGO § 107 Anm. 1 (8); BGHZ Bd. 20 S. 188 [Urt. vom 8. März 1956]; BGH NJW 1958 S. 1917 [Urt. vom 25. Sept. 1958]; BGHZ Bd. 44 S. 396 [Urt. vom 2. Sept. 1966]; BAG NJW 1969 S. 1871 [Urt. vom 4. Juni 1969];

die Korrektur mit dem Hinweis auf die fehlende "Offenbarkeit" des unterlaufenen Versehens ab.

Streitig sind endlich die Fälle, in denen das Gericht irrtümlich von der [absoluten] Rechtsmittelfähigkeit seiner Entscheidung ausgegangen ist und deshalb die besondere Zulassung eines Rechtsmittels nicht beschlossen, nicht verkündet und nicht in das [abgesetzte] Urteil aufgenommen hat. In derartigen Fällen will ein Teil (1) der Literatur die Berichtigung mit der Begründung zulassen, das Gericht habe die Rechtsmittelfähigkeit seiner Entscheidung gewollt, es habe auf den besonderen Ausspruch der Zulassung lediglich deshalb verzichtet, weil es ihn zufolge eines zufälligen, als krasses Versehen auf der Hand liegenden Irrtums für überflüssig gehalten habe. Ein weiterer Teil (2) der Literatur und die Rechtsprechung (3) dagegen lehnen die Berichtigung des Urteils - zumeist mit der Begründung, die Nachholung eines mit vollem Bewusstsein unterlassenen Ausspruchs sei im Wege des Berichtigungsverfahrens nicht zulässig - ab.

-
- 1) In diesem Sinne vor allem Jonas, Anm. zu RAG JW 1931 S. 1291 [Urt. vom 21. Juni 1930];
ähnlich Paulus, ZZP Bd. 71 S. 205 ["Irrtum in der Wahl des Erklärungsmittels"];
 - 2) Nikisch, Lehrb. § 101 II 1 [S. 392];
 Bentzien, NJW 1959 S. 1214;
 Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 3;
 Ziemer-Birkholz, FGO § 115 Rdnr. 39;
 Mellwitz, SGG § 138 Rdnr. 4;
 Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1;
 - 3) RAG JW 1931 S. 1291 [Urt. vom 21. Juni 1930];
 BAGE Bd. 3 S. 21 [Beschl. vom 7. März 1955];
 LSozG Baden-Württemberg, Breith. 1955 S. 554 [Entsch. vom 15. Okt. 1954];

- bb) Richtiger Auffassung zufolge rechtfertigt keine der vorbezeichneten Fallgestaltungen die Anwendung der Berichtigungsnormen:

Eine [beschlossene] Rechtsmittelzulassung, die zwar nicht verkündet worden ist, sich aber aus den [später abgesetzten] Urteilsgründen zweifelsfrei erschliesst, ist wirksam. Die einschlägigen Gesetzesnormen (1) schreiben den Ausspruch der Zulassung im Tenor nicht vor; sie begnügen sich vielmehr mit dem Hinweis, die Zulassung habe "im Urteil" bzw. "im Beschluss" zu erfolgen, oder verzichten auf jede Angabe. Deshalb darf eine Rechtsmittelzulassung sich allein aus den Entscheidungsgründen erschliessen (2). Für die Wirksamkeit einer solchen Zulassung ist ihre Verkündung nicht wesentlich. Denn die einschlägigen Bestimmungen (3) schreiben eine Verkündung der Entscheidungsgründe nicht zwingend vor (4). Ist die Zulassung aber wirksam, so ist eine Berichtigung des Tenors überflüssig, unzweckmässig und damit unzulässig (5).

-
- 1) Vgl. §§ 546 Abs.1 S.1 ZPO, 61 Abs.3 S.1, 64 Abs.1, 69 Abs.3 S.1, 72 Abs.1 S.1, 91 Abs.3 S.1 ArbGG; 132 Abs.1 S.2, 134 Abs.1 S.1, 135 S.2 VwGO; 115 Abs.1 FGO; 150 Nr.1, 162 Abs.1 Nr.1 SGG;
 - 2) Wie hier z.B. BGH LM Nr.3 zu § 551 Ziff.7 ZPO [Urt. vom 10. März 1956]; Eyermann-Fröhler, VwGO § 132 Rdnr. 21; Ziemer-Birkholz, FGO § 115 Rdnr. 37; Peters-Sautter-Wolff, SGG § 150 Anm. 1;
a.A. ohne überzeugende Begründung Mellwitz, SGG § 150 Rdnr.3 ["Die Besonderheiten der SGb. gebieten, die Zulassung oder Nichtzulassung in den Urteilstenor mit aufzunehmen und mit zu verkünden"];
 - 3) Vgl. §§ 311 Abs.2 ZPO, 116 Abs.1 VwGO, 104 Abs.1 FGO, 132 Abs.2 SGG; [die letztere Vorschrift schreibt die Mitteilung des wesentlichen Inhalts der Entscheidungsgründe nur bei Anwesenheit der Beteiligten vor; die selben können darauf verzichten (Mellwitz, SGG § 132 Rdnr.2)];
 - 4) Zum gleichen Ergebnis kommt Savaète, AuR 1962 S. 270;
 - 5) Vgl. v.Mettenheim, Prozessökonomie S. 169 [ders. bezeichnet zu Recht jedes "unzweckmässige" Verfahren als unzulässig];

In den weiteren Fällen, in denen eine [beschlossene] Rechtsmittelzulassung weder im Tenor noch in den Gründen des Urteils Ausdruck gefunden hat, liefert die [schriftlich abgesetzte] Entscheidung nicht den mindesten Anhalt für das Vorliegen einer "Unrichtigkeit". Sie unterscheidet sich äusserlich in nichts von einer Entscheidung, in der die Frage der Rechtsmittelzulassung ungeprüft geblieben [übergangen worden] ist. Nichts anderes gilt für das über die Verkündung des Urteils errichtete Protokoll. Aufschluss bietet allein die in geheimer Beratung des Gerichts gefasste Entscheidung, das in Frage stehende Rechtsmittel zuzulassen. Dieser gerichtsinterne Vorgang (1) aber bleibt dem "objektiven Betrachter" verborgen; er entzieht sich überdies verlässlicher Nachprüfung im Beschwerdeverfahren. Von einer "Offenbarkeit" des Versehens kann unter solchen Umständen keine Rede sein. Die Berichtigung ist ausgeschlossen (2).

Keine abweichende Beurteilung rechtfertigen Fälle, in denen weder Tenor noch Gründe eine Zulassung erschliessen, die Entscheidung aber eine Rechtsmittelbelehrung [§§ 117 Abs. 2 Nr. 6 VwGO, 105 Abs. 2 Nr. 6 FGO, 136 Abs. 1 Nr. 7 SGG] enthält. Die blosse Belehrung über die zu beobachtenden Formalien eines Rechtsmittels kann, wie das Obergerverwaltungsgericht Hamburg (3) zutreffend ausführt, dessen im Einzelfall erforderliche Zulassung nicht er -

1) Treffend: Savaète, AuR 1962 S. 271;

2) Diese Auffassung dürften Redeker-v. Oertzen [VwGO § 118 Rdnr. 2], Görg-Müller [FGO § 107 Anm. 1] und Miesbach-Ankenbrank [SGG § 138 Anm. 2] teilen, die ausführen, der Zulassungsausspruch könne im Wege der Berichtigung nachgeholt werden, wenn die Auslassung hinreichend "offenbar" sei;

3) MDR 1961 S. 446 [Beschl. vom 31. Jan. 1961];

setzen. Sie bietet auch keinen zureichenden Anhalt für die Annahme, dass das Rechtsmittel zugelassen und die Zulassung nur versehentlich nicht in die Formel aufgenommen worden ist. Denn die Möglichkeit, dass das Rechtsmittel in Wahrheit nicht zugelassen, die Belehrung mithin versehentlich in das Urteil gelangt ist, lässt sich [für den "objektiven Betrachter"] nicht ausschliessen. Die "Unrichtigkeit" ist deshalb nicht "offenbar", ihre Korrektur ausgeschlossen (1).

In Fällen endlich, in denen das Gericht annimmt, eine von ihm erlassene Entscheidung sei [absolut] rechtsmittelfähig, erliegt es einem - wenn auch noch so offensichtlichen - Rechtsirrtum, dessen Korrektur nach der hier vertretenen Auffassung ["objektive Theorie"] ausgeschlossen ist.

1) Wie hier im Ergebnis: Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 3;

Der Tatbestand

a) Der Wortlaut der Berichtigungsnormen [§§ 319 ZPO, 118 VwGO, 107 FGO, 138 SGG] schliesst es nicht aus, einen offenbar fehlerhaften Urteilstatbestand nach Massgabe dieser Vorschriften zu korrigieren. Dies entspricht auch der h.M. (1). Andererseits ist die Berichtigung des Tatbestandes gesetzlich normiert [§§ 320 ZPO, 119 VwGO, 108 FGO, 139 SGG], sodass eine Abgrenzung geboten erscheint.

Im Zivilprozess erschliesst sich diese Abgrenzung aus dem Wortlaut des § 320 Abs.1 ZPO, der "Unrichtigkeiten" erfasst, die "nicht unter die Vorschriften des vorstehenden Paragraphen [§ 319 ZPO] fallen." Demnach ergreift § 319 ZPO alle im Tatbestand enthaltenen "Schreibfehler" (2) sowie ähnlich offenbare, nicht als "Tatsachenirrtum" zu qualifizierende Fehlleistungen, § 320 ZPO dagegen die nicht "offenbaren" Versehen sowie die irrtümlich falschen tatsächlichen Feststellungen (3).

Weniger deutlich folgt die vorstehende Abgrenzung aus dem Wortlaut der §§ 119 VwGO, 108 FGO, 139 SGG, die übereinstimmend von "anderen Unrichtigkeiten oder Unklarheiten" sprechen. Gleichwohl dürfte auch hier eine Abgrenzung, welche [neben den Schreibfehlern] die "offenbaren" Fehlleistungen den "Urteilsberichtigungsnormen", die nicht-"offenbaren"

1) Bruns, Lehrb. § 40 VIII 1 [S. 371];

Hora S. 892;

Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 2;

Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 2;

Schunck-De Clerck, VGG § 69 Anm. 2;

Leise-Paleit, FGO § 107 Anm. 1;

Tipke-Kruse, FGO § 107 Rdnr. 1;

Ziemer-Haarmann S. 427 [Rdnr. 4194];

Mittelbach, DStR 1968 S. 88;

Mellwitz, SGG § 138 Rdnr. 3;

Miesbach-Ankenbrank, SGG § 138 Anm. 2;

Brackmann S. 248 p;

2) "Rechenfehler" dürften im Tatbestand nicht auftreten;

3) Ähnlich bereits Steinberg S. 40;

abw. Thomas-Putzo [ZPO § 320 Anm. 1], der dem § 320 ZPO die "auf irriger Willensbildung beruhenden" Fehler zuordnen will; [vgl. dazu S. 167 Fussn. 2];

Fehler den "Tatbestandsberichtigungsnormen" zuordnet, dem Sinn der gesetzlichen Regelung gerecht werden. Sie entspricht im übrigen überwiegender (1), wenn auch nicht einhelliger (2) Auffassung.

- b) Bestandteil jedes Urteilstatbestandes sind die von den Parteien [bzw. Beteiligten] gestellten Anträge (3). Eine offenbar unrichtige Wiedergabe dieser Anträge im Urteil kann einer gelegentlich (4) vertretenen Auffassung zufolge berichtigt werden. Grundsätzlich ist dieser Auffassung zuzustimmen. "Offenbar unrichtig" ist ein solcher Antrag - nach dem hier vertretenen "Offenbarkeitsbegriff" - indes nur dann, wenn das Urteil selbst zumindest einen "Anhalt" ~~bietet~~, dass der wiedergegebene Antrag dem - ausweislich

-
- 1) Eyermann-Fröhler, VwGO § 119 Rdnr. 1;
Schunck-De Clerck, VwGO § 118 Anm. 1;
Tipke-Kruse, FGO § 108 Rdnr. 1;
Ziemer-Birkholz, FGO § 108 Rdnr. 1;
Ziemer-Haarmann S. 431 [Rdnr. 4218];
Mellwitz, SGG § 139 Rdnr. 1;
Miesbach-Ankenbrank, SGG § 139 Anm. 2;
- 2) Vgl. Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1; ders. will blosse "Verlautbarungsmängel" dem § 138 SGG, alle übrigen Mängel den §§ 139, 140 SGG zuordnen; auf die Untauglichkeit einer solchen Differenzierung habe ich an früherer Stelle hingewiesen;
- 3) Vgl. § 313 Abs.1 Nr. 3 ZPO;
weniger deutlich bestimmen die §§ 117 Abs.2 Nr.4 VwGO, 105 Abs.2 Nr.4 FGO, 136 Abs.1 Nr.5 SGG, das Urteil müsse "den Tatbestand" oder "die gedrängte Darstellung des Tatbestandes" enthalten; gleichwohl gilt die Hervorhebung der gestellten Anträge im Tatbestand als unentbehrlich [Eyermann-Fröhler, VwGO § 117 Rdnr. 6; Ziemer-Birkholz, FGO § 105 Rdnr. 12; Mellwitz, SGG § 136 Rdnr. 15];
- 4) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 2 A;
Neukamp-Becker, ZPO § 319 Anm. 3 c;
Stein, ZPO § 319 Anm. I 3;
Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. I 5;
Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 3;

des Sitzungsprotokolls - in der letzten mündlichen Verhandlung gestellten nicht entspricht. Dies wird oft (1), jedoch keineswegs immer (2) der Fall sein.

- c) Bestandteil des Tatbestandes ist endlich das Vorbringen der Parteien [bzw. Beteiligten]. Dass die unrichtige oder lückenhafte Wiedergabe dieses Vorbringens der Berichtigung zugänglich sei, wird in der zivilprozessualen Literatur gelegentlich (3) hervorgehoben. Zu beanstanden ist dies nicht; Interesse kommt allerdings nur dem ersteren Fall [der unrichtigen Wiedergabe des Vorbringens] (4) zu, dessen praktische Bedeutung angesichts der Regelung der §§ 314, 561 Abs.1 ZPO (5) nicht geleugnet werden kann.

Ihre Grenze findet jede Tatbestandsberichtigung im übrigen dort, wo der Tatbestand nicht "Fehler" oder "Lücken" aufweist, sondern fehlt. Eine solche "Unrichtigkeit" ist im Rechtsmittelverfahren zu beheben (6).

-
- 1) Beispiel: Der im Tatbestand wiedergegebene Klageantrag enthält keine Zinsforderung, die Entscheidungsgründe dagegen führen aus, die Zinsforderung des Klägers sei gerechtfertigt [oder ungerechtfertigt];
 - 2) Beispiel: Der im Tatbestand wiedergegebene Klageantrag verschweigt das auf § 710 S.2 ZPO gestützte Begehren des Klägers; die Klage wird in vollem Umfang abgewiesen, auf § 710 S.2 ZPO nicht eingegangen;
 - 3) Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. B III c ;
Hellwig, System S. 504;
Schumacher, NJW 1969 S. 967;
 - 4) Die Ausfüllung offenkundiger Lücken des Tatbestandes wird infolge der - allgemein üblichen - Bezugnahme auf den vorgetragenen Inhalt der von den Parteien gewechselten Schriftsätze selten praktisch werden;
 - 5) Vgl. §§ 137 Abs.2 VwGO, 118 Abs.2 FGO, 163 SGG, die inhaltlich der Regelung des § 561 Abs.1 ZPO entsprechen;
 - 6) Wie hier Hora S. 828;
Eyer mann-Fröhler, VwGO § 117 Rdnr. 9;

4. Die Entscheidungsgründe

In der Literatur zum Zivil (1), Verwaltungs- (2), Finanz- (3) und Sozialgerichtsprozess (4) findet sich vereinzelt der zu - meist nicht näher erläuterte Hinweis, dass auch die Gründe des Urteils der Berichtigung zugänglich seien. Während Hell - wig (5) neben den eigentlichen "Fehlern" auch "Unklarheiten" und "Dunkelheiten" als berichtigungsfähig bezeichnet, will Wieczorek (6) die Korrektur der Entscheidungsgründe auf die Behebung "mathematischer Fehlschlüsse" beschränkt wissen.

Auch die Rechtsprechung lehnt, wie vereinzelte Entscheidungen (7) beweisen, die Berichtigung der Gründe jedenfalls nicht grundsätzlich ab.

Hierzu ist Folgendes zu bemerken:

Die Entscheidungsgründe [§§ 313 Abs.1 Nr.4 ZPO, 117 Abs.2 Nr.5 VwGO, 105 Abs.2 Nr.5 FGO, 136 Abs.1 Nr.6 SGG] des Ur - teils enthalten die Würdigung des tatsächlichen und rechtli - chen Vorbringens der Parteien [bzw. Beteiligten], die Würdi - gung des Ergebnisses der Beweisaufnahme und die das Urteil tragenden rechtlichen Erwägungen des Gerichts (8). Diese

-
- 1) Endemann, ZPO § 290 [a.F.] Anm. I;
Petersen-Anger, ZPO § 319 Anm. 2;
Bruns, Lehrb. § 40 VIII 1 [S. 371];
 - 2) van Husen, VGG § 83 Anm. 2;
Klinger, VwGO § 118 Anm. B 2;
Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 2;
 - 3) Leise-Paleit, FGO § 107 Anm. 1;
Tipke-Kruse, FGO § 107 Rdnr. 1;
Mittelbach, DStR 1968 S. 88;
 - 4) Schieckel, DOK 1954 S. 175;
 - 5) System S. 505;
 - 6) ZPO § 319 Rdnr. B III d ;
 - 7) Vgl. OLG Hamburg Rspr. Bd. 41 S. 271 (Urt. vom 6. Okt. 1920); [das OLG bezeichnet nur das völlige Fehlen der Grün - de als nicht korrigibel];
vgl. ferner BSG SozR SGG § 138 Da 1 Nr.1 (Urt. vom 24. Mai 1955);
 - 8) Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 59 II 2 e [S. 278];
Eyer mann-Fröhler, VwGO § 117 Rdnr. 10;
Ziemer-Birkholz, FGO § 105 Rdnr. 14;
Mellwitz, SGG § 128 Rdnr. 8;

Aufzählung erhellt, dass der Inhalt der Entscheidungsgründe für ein Berichtigungsverfahren - das nach hier vertretener Auffassung weder den "Tatsachenirrtum" noch den "Rechtsirrtum" einbezieht - wenig Raum lässt.

Die Korrektur der Gründe wird sich deshalb - neben der Behebung von "Rechenfehlern" - auf die Beseitigung blosser Schreibversehen zu beschränken haben; Fehler, von denen Hellwig (1) mit Recht bemerkt dass ihre Korrektur "mehr im Interesse des Ansehens des Gerichts als aus prozessualen Gründen nötig" sei.

1) System S. 505;

B. B e s c h l ü s s e

I. Grundsätzliches :

1. Die Berichtigungsnormen [§§ 319 ZPO, 118 VwGO, 107 FGO, 138 SGG] gelten ihrem Wortlaut nach nur für "Urteile." Gleich - wohl wird der Anwendungsbereich dieser Vorschriften nicht auf Urteile beschränkt:

- a) Auf zivilprozessualen Gebiet wendet der weitaus überwiegende Teil der Literatur (1) und Rechtsprechung (2) den § 319 ZPO - teils unmittelbar, teils entsprechend - auch auf Beschlüsse an.

Zur Begründung führen Kann (3) und Steinberg (4) aus, wenn sogar bei Urteilen eine Berichtigungsmöglichkeit bestehe, so müsse sie auch und erst recht bei Beschlüs -

-
- 1) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 1;
 Freudenthal-Sauerländer, ZPO § 319 Anm. 2;
 Förster-Kann, ZPO § 329 Anm. 1 b ;
 Seuffert, ZPO § 290 [a.F.] Anm. 5;
 Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 329 Anm. 6;
 Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 329 Anm. 2;
 Wiczorek, ZPO § 319 Rdnr. A I;
 Zöller-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 2 b;
 Blomeyer, Lehrb. § 105 V 3 [S. 592 Fussn.1];
 Freytag S. 59 f.;
 Gündner S. 64;
 Lüdemann S. 67;
 E. Osterloh S. 99/100;
 Steinberg S. 38;
- 2) KG Rspr. Bd. 14 S. 146 [Beschl. vom 8. März 1906];
 OLG München Rspr. Bd. 26 S. 399 [Beschl. vom 27. Juli 1912];
 KG JW 1925 S. 808 [Beschl. vom 29. Okt. 1924] mit zustimmender Anm. Lemberg;
 OLG Celle SeuffA. Bd. 82 S. 352 [Beschl. vom 20. Juni 1928];
 OLG Düsseldorf JMB1NRW 1956 S. 137 [Beschl. vom 18. Apr. 1956];
 OLG Hamm JMB1NRW 1963 S. 229 [Beschl. vom 11. Juni 1963];
 OLG Hamm JMB1NRW 1964 S. 88 [Beschl. vom 13. Febr. 1964];
- 3) Anm. zu OLG München ZZP Bd. 54 S. 98 [Beschl. vom 4. Apr. 1928];
- 4) S. 38;

sen gegeben sein ["argumentum a maiore ad minus"] (1). Freytag (2) dagegen hebt hervor, Urteile und Beschlüsse seien "für die Frage der Berichtigung infolge der Bindung des Richters gleichgestellt." Diese Gleichstellung rechtfertige es, § 319 ZPO auf beide Arten gerichtlicher Entscheidungen anzuwenden. Stein-Jonas-Schumann/Leipold (3) endlich betont, aus der in § 329 Abs.2 ZPO enthaltenen - lückenhaften - Aufzählung der auf Beschlüsse anwendbaren Vorschriften könne nicht der Umkehrschluss gezogen werden, dass die dort nicht genannten Normen auf Beschlüsse unanwendbar seien. Vielmehr sei grundsätzlich davon auszugehen, dass die Mehrzahl der Vorschriften der §§ 308 - 328 ZPO auf Beschlüsse anwendbar sei. Hierzu gehöre "unbedenklich" auch der - in § 329 Abs.2 ZPO nicht angeführte - § 319 ZPO.

Gegen eine entsprechende Anwendung des § 319 ZPO auf Beschlüsse wendet sich neben Wach (4) und Warneyer (5) eine - ältere - Entscheidung des Oberlandesgerichts Dresden (6). Darin hebt das Gericht hervor, § 329 Abs.2 ZPO führe im einzelnen diejenigen von den vorausgegangenen Paragraphen des Titels an, die auf Beschlüsse des Gerichts entsprechende Anwendung finden sollen. Daraus folge, dass eine entsprechende Anwendung anderer Para -

1) Ähnlich, aber weniger deutlich: Baumbach-Lauterbach, ZPO § 329 Anm. 3 ["Bei einem unanfechtbaren Beschluss wäre es unbegreiflich, wenn das Gericht seinen Schreibfehler nicht berichtigen dürfte"];

2) S. 60;

3) ZPO § 329 Anm. I; ders., a.a.O. Anm. II 2 a;

4) Vorträge S. 126 [Wach führt aus, die grundsätzliche Abänderbarkeit der Beschlüsse lasse für eine Berichtigung keinen Raum];

5) ZPO § 319 Anm. 35 [ders. führt aus, gemäss § 329 ZPO finde die Vorschrift des § 319 ZPO auf Beschlüsse keine Anwendung];

6) SächsAnn. Bd. 29 S. 275 [Beschl. vom 7. Febr. 1908];

graphen dieses Titels auf Gerichtsbeschlüsse ausgeschlossen sei. Das gelte insbesondere von § 319 ZPO. Es liege auch "kein Anlass vor, die entsprechende Anwendung dieses Paragraphen zu verfügen." Denn anders als bei Urteilen sei das Gericht "im allgemeinen an seine Beschlüsse nicht gebunden."

- b) Im Verwaltungsprozess haben Literatur (1) und Rechtsprechung (2) vor dem Inkrafttreten der Verwaltungsgerichtsordnung [VwGO] die jeweils gültigen Urteilsberichtigungsnormen sinngemäss auf Beschlüsse angewandt.

Die Verwaltungsgerichtsordnung schreibt die entsprechende Anwendung des § 118 VwGO auf Beschlüsse ausdrücklich (3) vor.

Das gleiche gilt für den Finanz- (4) und den Sozialgerichtsprozess (5).

1) Knauth S. 100 [betr. § 44 Abs.2 der "Geschäftsordnung für das Thüringische Oberverwaltungsgericht" vom 21. Nov. 1912];

Eyermann-Fröhler, VGG § 83 Anm. 2 c;

Schunck-De Clerck, VGG § 69 Anm. 5;

2) BayVGH BayVB1. 1930 S. 360 [Entsch. vom 31. März 1930];
OVG Münster DÖV 1952 S. 94 [Entsch. vom 30. Juni 1951];

3) Vgl. § 122 Abs.1 VwGO ["§§ 88, 108 Abs.1 S.1, §§ 118, 119 und 120 gelten entsprechend für Beschlüsse und Vorbescheide"];

4) Vgl. § 113 Abs.1 FGO ["Für Beschlüsse gelten §§ 96 Abs. 1 S.1 und 2, 105 Abs.2 Nr.6, §§ 107 - 109 sinngemäss"];

5) Vgl. § 142 Abs.1 SGG ["Für Beschlüsse gelten § 128 Abs. 1 S.1, §§ 134 und 138... entsprechend"];

2. Nach hier vertretener Auffassung kann die rechtspolitische Notwendigkeit, auch "unrichtige" Beschlüsse dem Berichtigungsverfahren zu unterwerfen, nicht in Zweifel gezogen werden.

Fraglich ist indes [im Zivilprozess] die Rechtsgrundlage derartiger Korrekturen und [im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess] der Umfang der "sinngemässen" ["entsprechenden"] Anwendung der Berichtigungsnormen.

- a) Im Zivilprozess reichen die für eine [unmittelbare oder entsprechende] Anwendung des § 319 ZPO vorgebrachten Argumente nicht aus.

Den Ausführungen Kanns (1) und Steinbergs (2) ["argumentum a maiore ad minus"] ist entgegenzusetzen, dass zwischen Urteilen und Beschlüssen schon insofern ein gewichtiger Unterschied besteht, als jene auf Grund obligatorischer, diese allenfalls auf Grund fakultativer mündlicher Verhandlung ergehen (3). Zudem ist die Abfassung von Urteilen an strenge Formvorschriften geknüpft, während der Richter in Beschlussssachen viel freier gestellt ist (4). Urteile weisen infolgedessen eine weitaus höhere Richtigkeitsgewähr auf als Beschlüsse. Dies rechtfertigt es, Beschlüsse im Verhältnis zu Urteilen nicht als ein "minus", sondern als ein "aliud" aufzufassen. Ein "argumentum a maiore ad minus" muss deshalb versagen (5).

-
- 1) Anm. zu OLG München ZZP Bd. 54 S. 98 [Beschl. vom 4. Apr. 1928];
- 2) S. 38;
- 3) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO Vorbem. III 3 vor § 300;
- 4) Darauf weist Grunsky [Grundlagen S. 397] zutreffend hin, bezeichnet aber gleichwohl den Unterschied zwischen Urteilen und Beschlüssen als "rein formal";
- 5) Die gleiche Auffassung vertreten Lüdemann [S. 67 Fussn. 2] und Schultzenstein [Anm. zu KG ZZP Bd. 15 S. 74 ff., 85 Fussn. 14 - Beschl. vom 1. März 1889 -];

Freitag (1) wiederum ist entgegenzuhalten, dass es neben den "bindenden" auch solche Beschlüsse gibt, die - im klaren Gegensatz zu den Urteilen - der richterlichen Änderungsbefugnis (2) unterliegen, die von Freitag ins Feld geführte "Gleichartigkeit" von Urteilen und Beschlüssen also nicht durchweg gegeben ist.

Stein-Jonas-Schumann/Leipold (3) endlich ist zwar einzuräumen, dass § 329 Abs.2 ZPO keine erschöpfende Aufzählung enthält, ein Schluss aus der Nichtanführung des § 319 ZPO auf seine Unanwendbarkeit ["Umkehrschluss" (4)] deshalb nicht gerechtfertigt ist (5). Indes eröffnet die Negierung des Umkehrschlusses den Weg für eine gesetzesanaloge Anwendung des § 319 ZPO auf Beschlüsse nicht gleichsam automatisch, sondern nur dann, wenn die Voraussetzungen einer solchen Analogie vorliegen (6). Dazu aber lässt der Kommentar (7) Ausführungen vermissen.

Die Streitfrage kann nur im Vorgriff auf spätere Ergebnisse dieser Untersuchung beantwortet werden: Als Mittel der "Lückenausfüllung" bietet sich neben der [gesetzesanalogen] Anwendung des § 319 ZPO oder der [rechtsanalogen] Heranziehung einer Mehrzahl von Berichtigungsnormen (8) auch der Rückgriff auf eine ungeschriebene Norm des Prozessrechts, einen "allgemeinen Prozessrechtssatz" an, der in § 319 ZPO

1) S. 60;

2) Dazu Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 329 Anm. II 1 f.;

3) ZPO § 329 Anm. I; ders., a.a.O. Anm. II 2 a;

4) Dazu Larenz, Methodenlehre S. 368;

5) Insoweit unrichtig deshalb OLG Dresden SächsAnn. Bd. 29 S. 275 [Beschl. vom 7. Febr. 1908];

6) Larenz, Methodenlehre S. 368;

7) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 329 Anm. II 1 f.;

8) Unter "Rechtsanalogie" wird hier ausschliesslich die Heranziehung mehrerer Normen als Grundlage des Analogieschlusses, nicht auch die Gewinnung eines "allgemeinen Rechtsgrundsatzes" verstanden [wie hier Konzen S. 72 Fussn. 13];

Ausdruck lediglich für bestimmte - besonders wichtige - Arten gerichtlicher Entscheidungen [die "Urteile"] gefunden haben mag, ohne auf letztere - und den Zivilprozess überhaupt - beschränkt zu sein. Lässt sich aber ein solcher "Rechtssatz" nachweisen, so bleibt für eine Analogie kein Raum (1). Dass dies der Fall ist, wird im Dritten Teil (2) der Untersuchung darzulegen sein. Vorbehaltlich dieser [späteren] Ausführungen ist die Be - richtigung zivilprozessualer Beschlüsse als zulässig anzusehen.

Diese Feststellung bedarf indes einer Einschränkung.

Richterliche Berichtigungsbefugnis ist nur insoweit relevant, wie richterliche "Bindung" (3) besteht. Soweit der Richter seine in Beschlussform verlaubliche Willens - äusserung frei abändern kann (4), scheidet das formelle Berichtungsverfahren mit seinen engen Voraussetzungen

- 1) Vgl. Konzen [S. 74], der die "Reihenfolge beider Arten der Rechtsfortbildung" aus dem "unterschiedlichen Anwendungsbereich beider Erscheinungen" begründet; Vgl. ferner Menger [System S. 73], der ausführt, die "Anwendung allgemeiner Rechtsgedanken" sei keine blosse "Auffangstellung" in Fällen, in denen die Analogie versage; vielmehr treffe gerade das Gegenteil zu;
- 2) Vgl. S. 326 ff. d.A.;
- 3) "Bindend" sind die mit der sofortigen Beschwerde [§ 577 ZPO] angreifbaren Beschlüsse, auch wenn die Beschwerdesumme nicht erreicht ist; "bindend" sind ferner diejenigen Beschlüsse, für deren Anfechtung ein bestimmter anderer Rechtsbehelf als die [einfache] Beschwerde vorgesehen ist; "bindend" sind endlich alle Beschlüsse, die eine Rechtsmittelinstanz abschliessen; [eingehend: Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 329 Anm. II 1,2];
- 4) "Frei abänderbar" sind die mit der [einfachen] Beschwerde angreifbaren Beschlüsse; "frei abänderbar" sind ferner diejenigen Beschlüsse, die prozessleitende Anordnungen im Rahmen eines anhängigen Verfahrens aussprechen; [eingehend: Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 329 Anm. II 1 a];

und seiner eigenständigen Beschwerderegulierung [§ 319 Abs. 3 ZPO] als "unzweckmässig" und damit unzulässig (1) aus. Schreib- und Rechenfehler sowie ähnliche - auch nicht offenbare - Unrichtigkeiten können vielmehr schon - und allein (2) - unter dem Gesichtswinkel richterlicher Änderungsbefugnis behoben werden (3).

- b) Im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess kann angesichts der Regelung der §§ 122 Abs.1 VwGO, 113 Abs. 1 FGO, 142 Abs.1 SGG an der Zulässigkeit "entsprechen - der" ["sinngemässer"] Anwendung der Berichtigungsnormen kein Zweifel bestehen.

Zu denken ist hier allerdings an eine teleologische Reduktion (4), welche die in den §§ 122 Abs.1 VwGO, 113 Abs.1 FGO, 142 Abs.1 SGG enthaltene, zu weit gefasste Regel auf den ihr zukommenden Anwendungsbereich - die Anwendung der Berichtigungsnormen auf bindende (5) Beschlüsse - zurückführt.

1) Vgl. v.Mettenheim, Prozessökonomie S. 169;

2) A.A. Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. A I ["Soweit bei Beschlüssen und Verfügungen keine Bindung eintritt, kann über die blossе Berichtigung hinaus auch unter dem Gesichtswinkel der Änderungsbefugnis berichtigt werden"];
Wieczorek verkennt, dass sich nach dem Grundsatz der Prozesswirtschaftlichkeit das zweckmässigere beider Verfahren durchsetzt;

3) Unklar: Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 329 Anm. II 2 [ders. führt aus, soweit keine Bindung bestehe, bedürfe die Anwendung des § 319 ZPO "keiner Erörterung"];

4) Vgl. Larenz, Methodenlehre S. 369 ff.;

5) Die Frage, wann Beschlüsse "bindend" sind, wird in der Literatur weitgehend vernachlässigt; Ule [Verwaltungsprozessrecht § 58 I S. 225] beschränkt sich auf den Hinweis, die "Bindung" [§ 173 VwGO i.V.m. § 318 ZPO] gelte "in der Regel nicht für Beschlüsse und Verfügungen";
m.E. wird diese "Bindung" bei allen instanzbeendenden, nicht bloss prozessleitenden Beschlüssen [z.B. §§ 125 Abs.2, 144 Abs.1 VwGO; 126 Abs.1 FGO; 169 SGG] zu bejahen sein;

Einzelfälle :

Literatur und Rechtsprechung insbesondere zum Zivilprozess haben in zahlreichen Einzelfällen zur Frage der Korrektur richterlicher Beschlüsse Stellung genommen.

Im einzelnen sind Berichtigungsbeschlüsse (1), Verweisungsbeschlüsse [§ 276 ZPO] (2), Verwerfungsbeschlüsse [§ 519 b ZPO] (3), einstweilige Anordnungen (4), Zahlungsbefehle (5), Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse (6) sowie Kostenfestsetzungsbeschlüsse (7) als der Berichtigung zugänglich angesehen worden.

-
- 1) Bull, Rpfleger 1957 S. 402;
 Gründner S. 37;
 Lüdemann S. 69;
 Steinberg S. 38;
 - 2) OLG Celle MDR 1953 S. 111 (Beschl. vom 6. Nov. 1952); [zu Unrecht hält das OLG die Erläuterung eines mehrdeutigen Verweisungsbeschlusses nach § 319 ZPO für zulässig; der Gesetzgeber hat das Deklarationsverfahren - das überdies mit dem Berichtigungsverfahren nichts zu tun hatte - gerade nicht in die ZPO übernommen];
 LG Berlin JW 1938 S. 466 (Beschl. vom 5. Nov. 1937);
 LG Stuttgart ZZP Bd. 69 S. 413 (Beschl. vom 13. Apr. 1956);
 - 3) KG JW 1925 S. 1418 (Beschl. vom 5. Jan. 1925);
 OLG Jena JW 1928 S. 1317 (Beschl. vom 23. Sept. 1927);
 - 4) BFHE Bd. 105 S. 316 (Beschl. vom 10. März 1972);
 - 5) Freudenthal-Sauerländer, ZPO § 319 Anm. 2;
 Thomas-Putzo, ZPO § 692 Anm. 1a;
 KG ZZP Bd. 15 S. 74 (Beschl. vom 1. März 1889) mit Anm. Schultzenstein;
 OLG München Rpfleger 1963 S. 302 (Urt. vom 14. Febr. 1963) mit zustimmender Anm. Petermann;
 AG Düsseldorf DGVZ 1961 S. 61 (Beschl. vom 26. März 1958);
 AG Mönchengladbach JurBüro 1961 Sp. 394 (Beschl. vom 25. Apr. 1961);
 AG Köln JurBüro 1968 Sp. 418 (Beschl. vom 11. März 1968);
 - 6) Steinberg S. 38;
 - 7) Lüdemann S. 70 f.;
 Nussbaum S. 63 f.;
 OLG Kassel ZZP Bd. 44 S. 514 (Beschl. vom 28. Mai 1913);
 OLG Hamburg Rspr. Bd. 35 S. 76 (Beschl. vom 20. Febr. 1917);
 OGH Saarlouis JW 1928 S. 1945 (Beschl. vom 8. Mai 1928);
 OLG Düsseldorf JW 1935 S. 806 (Beschl. vom 26. Okt. 1934);

Besonderes Interesse kommt in diesem Zusammenhang der Berichtigung von Zahlungsbefehlen und von Kostenfestsetzungsbeschlüssen zu :

1. Der Zahlungsbefehl ist ein Institut des Zivilrechts; die Vorschriften über das Mahnverfahren [§§ 688 ff. ZPO] sind im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess nicht sinngemäss anwendbar (1). Der Frage der Korrektur "fehlerhafter" Zahlungsbefehle kommt deshalb nur im Zivilprozess Bedeutung zu.

- a) Bedenken gegen eine solche Berichtigung wurden früher (2) vor allem im Hinblick auf die Rechtsnatur des Zahlungsbefehls geltend gemacht. Nach einer insbesondere von Kohler (3) vertretenen Auffassung sollte der Zahlungsbefehl nicht als gerichtliche Entscheidung, sondern als eine an den Schuldner gerichtete Mitteilung, verbunden mit dem Hinweis, dass bei Nichtwiderspruch Vollstreckungsbefehl drohe, zu verstehen sein. Auf eine solche "Mitteilung" aber wollte § 319 ZPO nicht recht passen (4).

In neuerer Zeit lehnt Bull (5) die Berichtigung von Zahlungsbefehlen mit der Begründung ab, dieselben würden durchweg so, wie der Gläubiger sie entworfen habe, auch erlassen. Wenn die vom Gläubiger eingesetzten Angaben nicht zuträfen, so irre nicht das Gericht, son-

KG AnwBl. 1956 S. 261 (Beschl. vom 18. Jan. 1956);
 OLG Düsseldorf JMB1NRW 1956 S. 137 (Beschl. vom 18. Apr. 1956);
 OLG Schleswig Rpf1ger 1962 S. 431 (Beschl. vom 8. Mai 1959);
 OLG Hamm JMB1NRW 1964 S. 88 (Beschl. vom 13. Febr. 1964);

- 1) Kopp, VwGO § 173 Anm. 1;
 Tipke-Kruse, FGO § 155 Rdnr. 3;
 Peters-Sautter-Wolff, SGG § 202 Anm. 7 d ;
- 2) Vgl. Petersen-Anger, ZPO § 319 Anm. 1;
- 3) Prozessrechtliche Forschungen S. 131;
- 4) Vgl. Schultzenstein, Anm. zu KG ZZP Bd. 15 S. 74 (Beschl. vom 1. März 1889);
 Freytag (S. 61 f.) will gleichwohl die Berichtigung mit der Begründung zulassen, das Gericht sei an den von ihm erlassenen Zahlungsbefehl nicht gebunden;
- 5) Prozesshilfen S. 26;

dern allein der Gläubiger. Es fehle daher an der Grundvoraussetzung jeder Berichtigung, der Abweichung des vom Gericht Ausgesprochenen von dem, was es habe aussprechen wollen.

b) Die aufgezeigten Bedenken sind nicht begründet :

Nach der schon von Peters (1) vertretenen, heute herrschenden (2) und auch zutreffenden Auffassung stellt der Zahlungsbefehl eine "bindende" (3), durch den Widerspruch des Schuldners auflösend bedingte gerichtliche Entscheidung dar. Aus der Rechtsnatur des Zahlungsbefehls lassen sich Bedenken gegen seine Berichtigung deshalb nicht herleiten.

Ebensowenig steht der Umstand, dass der Zahlungsbefehl nicht vom Richter, sondern vom Rechtspfleger (4) in eigener Zuständigkeit erlassen wird, seiner Korrektur im Wege. Denn beim Erlass von Zahlungsbefehlen handelt es sich im Grunde um "richterliche" Tätigkeit, die nur zur Entlastung der Richter dem Rechtspfleger anvertraut ist (5), ohne damit ihres "richterlichen" Charakters entkleidet worden zu sein.

Bull (6) endlich ist zwar zuzugeben, dass die Berichtigung von Zahlungsbefehlen mit den Grundsätzen der "strengen Erklärungstheorie" unvereinbar ist, weil ein "Verlautbarungsmangel" des Rechtspflegers nicht vor -

1) Die geschäftliche Behandlung der Mahnsachen [S. 18];

2) Vgl. Baumbach-Lauterbach, ZPO § 692 Anm. 1;
Stein-Jonas-Schlosser, ZPO § 692 Anm. 1;

3) Damit erledigt sich Freytags (S. 61 f.) Argument;

4) Vgl. § 20 Nr. 1 des Rechtspflegergesetzes vom 5. Nov. 1969 [BGBl. I S. 2065];

5) Vgl. Art. VI § 1 des "Reichsgesetzes zur Entlastung der Gerichte" vom 11. März 1921 [RGBl. I S. 229];

6) Prozesshilfen S. 26;

liegt (1). Nach der - hier vertretenen - "objektiven Theorie" indes können Versehen auch der "Parteien" richtiggestellt werden. Für Fehler des "Gläubigers" im Mahnverfahren kann nichts Abweichendes gelten. Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche offenbare Fehlleistungen können deshalb auch im Zahlungsbefehl korrigiert werden.

Ihre zeitliche Grenze findet diese Berichtigung dort, wo der Zahlungsbefehl seine Kraft verliert [vgl. § 701 ZPO]. Denn für die Korrektur einer Entscheidung, die prozessual jede Wirkung verloren hat (2), fehlt das Rechtsschutzinteresse (3).

-
- 1) Die - überwiegend auf dem Boden der "strengen Erklärungstheorie" stehende - Literatur weicht [bis auf Bull, Prozesshilfen S. 26] der Erörterung dieses Problems bezeichnenderweise aus:

Schultzenstein [Anm. zu KG ZZP Bd. 15 S. 74 ff., 82] z.B. beschränkt sich auf den Hinweis, es widerstrebe "ebenso sehr dem natürlichen Rechtsgefühl wie dem berechtigten Interesse des Publikums", eine Berichtigung abzulehnen, die "niemandem, ausser der Staatskasse, auch nur den geringsten Schaden verursachen kann";

vgl. ferner Steinberg [S. 38], der lediglich ausführt, es könne "nicht bestritten werden, dass ein Bedürfnis die Zulassung der Berichtigung verlangt";

- 2) Vgl. Baumbach-Lauterbach, ZPO § 701 Anm. 1;
 3) Ähnlich bereits Schultzenstein, Anm. zu KG ZZP Bd. 15 S. 74 ff., 87 [Beschl. vom 1. März 1889];

Dass fehlerhafte Kostenfestsetzungsbeschlüsse (1) berichtigt (2) werden können, wird nirgends in Zweifel gezogen.

a) Im Ergebnis ist dieser Grundsatz nicht zu beanstanden. Die Feststellung der ziffernmässigen Höhe des Kostenbeitrages - die der im Urteil getroffene Ausspruch über die Kostenpflicht offenlässt - obliegt zwar nicht dem Richter, sondern dem Urkundsbeamten des Gerichts (3). Letzterer übt aber bei der Kostenfestsetzung "richterliche" Funktion aus; er legt das Gesetz selbständig unter eigener Verantwortung aus und wendet es an, ohne an Weisungen gebunden zu sein (4). Deshalb erscheint zwar keine [unmittelbare

1) Vgl. §§ 104 ZPO, 164 VwGO, 149 FGO, 197 SGG ;

2) Die Rspr. wendet § 319 ZPO zumeist unmittelbar an; vgl.:

OLG Kassel, ZZP Bd. 44 S. 514 [Beschl. vom 28. Mai 1913];

KG AnwBl. 1956 S. 261 [Beschl. vom 18. Jan. 1956];

OLG Düsseldorf, JMB1NRW 1956 S. 137 [Beschl. vom 18. Apr. 1956];

unklar: OGH Saarlouis, JW 1928 S. 1945 [Beschl. vom 8. Mai 1928]; ["Die Berichtigung eines solchen Fehlers ist - ebenso wie sie für Urteile nach § 319 ZPO zugelassen ist - auch bei Kostenfestsetzungsbeschlüssen möglich"];

3) Vgl. §§ 104 Abs. 1 S. 1 ZPO [i.V.m. § 21 Abs. 1 Nr. 1 RpflGG], 164 VwGO, 149 S. 1 FGO, 197 Abs. 1 S. 1 SGG;

4) Vgl. zum Zivilprozess Stein-Jonas-Pohle, ZPO § 104 Anm. I; ferner OLG Düsseldorf, JMB1NRW 1956 S. 137 [Beschl. vom 18. Apr. 1956]; dieses Gericht weist zutreffend darauf hin, dass es sich bei der Kostenfestsetzung um ursprünglich richterliche Tätigkeit handelt, die erst im Wege der Zivilprozessnovelle vom 1. Juni 1909 [RGBl. S. 475] auf den damaligen Gerichtsschreiber übertragen worden ist;

vgl. zum Verwaltungsprozess Eyermann-Fröhler, VwGO § 164 Rdnr. 2;

vgl. zum Finanzprozess Tipke-Kruse, FGO § 149 Rdnr. 1;

im übrigen ist im Finanzprozess von der Festsetzung der den Beteiligten zu erstattenden Aufwendungen [§ 149 FGO] der Ansatz der Gebühren und Auslagen des Gerichts [§ 147 FGO] zu trennen; bei letzterem wird der Kostenbeamte rein verwaltungsmässig und weisungsgebunden tätig [Tipke-Kruse, FGO § 147 Rdnr. 1], sodass eine "Berichtigung" der hier untersuchten Art ausscheidet [zwh.];

vgl. zum Sozialgerichtsprozess Mellwitz, SGG § 197 Rdnr. 3; Peters-Sautter-Wolff, SGG § 197 Anm. 1 u. 2 ;

oder entsprechende] Anwendung der Berichtigungsnormen (1), aber ein Zurückgreifen auf einen diesen Vorschriften zu - grunde liegenden, inhaltlich noch näher zu bestimmenden "allgemeingültigen Prozessrechtssatz" zulässig.

- b) Keine Schwierigkeiten bereiten im einzelnen Fälle, in de - nen die Festsetzung der Höhe des Kostenbetrages auf einem blossen "Rechenfehler" oder auf einem "Tatsachen-" bzw. "Rechtsirrtum" beruht: In Fällen der ersteren Art ist die Korrektur des Festsetzungsbeschlusses ebenso unbedenklich zulässig (2), wie sie in den Fällen der letzteren Art [nach den Grundsätzen der "objektiven Theorie"] auszuschliessen (3) ist.

Problematisch sind allein die Fälle, in denen nicht der Kostenfestsetzungsbeschluss, sondern die Kostenentschei - dung, auf der er beruht, einen offenkundigen Flüchtig - keitsfehler enthält. Dass die Kostenentscheidung berichtigt werden darf, steht ausser Frage. Zweifelhaft ist, ob dies auch für den Festsetzungsbeschluss gilt.

1) Vgl. S. 176 und daselbst Fussn. 1 d.A.;

2) Im gleichen Sinne: Wieczorek, ZPO § 103 Rdnr. B III c 1;

3) Die Rspr. lehnt in solchen Fällen die Berichtigung zu - meist mit der Begründung ab, ein "Verlautbarungsmangel" liege nicht vor; vgl. im einzelnen:

OLG Düsseldorf JMB1NRW 1956 S. 137 [Beschl. vom 18. Apr. 1956]; [hier hatte der Kostenbeamte die im oberlandesger - richtlichen Urteil angeordnete Kostentrennung hinsicht - lich des Verfahrens vor dem - unzuständigen - Landgericht übersehen und infolgedessen die Kosten unrichtig aufge - gliedert; das OLG lehnte - zu Recht - die Korrektur des Festsetzungsbeschlusses ab];

OLG Hamm JMB1NRW 1964 S. 88 [Beschl. vom 13. Febr. 1964]; [hier hatte der Kostenbeamte bei der Festsetzung einen dem Urteil vorgehefteten Berichtigungsbeschluss übersehen und infolgedessen die Kosten nach einem unrichtigen Mass - stab ausgeglichen; das OLG lehnte - zutreffend - die Berichtigung des Festsetzungsbeschlusses ab];

OGH Saarlouis JW 1928 S. 1945 [Beschl. vom 8. Mai 1928]; [hier lehnte das Gericht - mit Recht - die Korrektur ei - nes Festsetzungsbeschlusses ab, der eine Gebühr in Ansatz brachte, die von Rechts wegen nicht hätte zugebilligt werden dürfen];

Ich habe in den Fällen, in denen einer Nebenentscheidung [Ausspruch über die Prozesskosten, die vorläufige Vollstreckbarkeit] ein offenbar fehlerhafter Ausspruch zur Hauptsache zugrunde liegt, die Korrektur der Nebenentscheidung mit der Begründung abgelehnt, dieselbe sei gegenüber dem sachlich erkennenden Teil des Urteils selbständig. Für Kostenfestsetzungsbeschlüsse hat eine andere Beurteilung zu gelten.

Die Selbständigkeit des Kostenfestsetzungsbeschlusses erschöpft sich darin, rechnerisch die zu erstattenden Kosten festzustellen und zu verteilen (1). Der Beschluss regelt aber nicht selbständig die Pflicht zum Ersatz der Kosten des Rechtsstreits; vielmehr ist er in diesem Punkte abhängig von dem zugrunde liegenden Urteil, an dessen Ausspruch er gebunden ist (2) und dessen Schicksal er teilt (3). Diese Abhängigkeit geht so weit, dass ein in Rechtskraft erwachsener Festsetzungsbeschluss seine Wirksamkeit verliert, wenn die ihm zugrunde liegende Entscheidung beseitigt wird (4). Diese Abhängigkeit rechtfertigt es - ausnahmsweise - , mit der Berichtigung der Kostenentscheidung zugleich einen - in sich fehlerfreien - Festsetzungsbeschluss zu korrigieren.

1) Grundlegend: OLG Kassel, ZZP Bd. 44 S. 514 [Beschl. vom 28. Mai 1913];

2) vgl. Redeker-v.Oertzen, VwGO § 164 Rdnr. 1;
Schunck-De Clerck, VwGO § 164 Anm. 2 b ;
Peters-Sautter-Wolff, SGG § 197 Anm. 1 ;

3) Grundlegend: Nussbaum S. 63 f.;
vgl. ferner: Lüdemann S. 70 f.;
Redeker-v.Oertzen, VwGO § 164 Rdnr. 6;
OLG Hamburg, Rspr. Bd. 19 S. 82 [Beschl. vom 6. Febr. 1909];

4) Nussbaum S. 64;
vgl. auch Redeker-v.Oertzen, VwGO § 164 Rdnr. 6 [ders. führt aus, die Kostenfestsetzung werde "gegenstandslos", wenn der ihr zugrunde liegende Titel entfalle];

C. Die Berichtigung von Prozessvergleichen

Ein Rechtsstreit kann nicht nur durch Urteil oder Beschluss, sondern auch durch Prozessvergleich beendet werden. Der Frage der Berichtigung solcher Vergleiche kommt im Zivil- (1), Verwaltungs- (2) und Sozialgerichtsprozess (3) Bedeutung zu. Dem Finanzprozess ist der Vergleich als Erledigungsgrund fremd (4).

- I. Ein Teil (5) der zivilprozessualen Literatur wendet auf die Korrektur von Prozessvergleichen die Vorschrift des § 319 ZPO entsprechend an. Baumbach-Lauterbach (6) begründet dies mit dem Hinweis, das Gericht habe auch bei der Formulierung von Vergleichen "zumindest hinsichtlich der Form Verantwortung." Karger (7) weist auf die Notwendigkeit hin, dem Betroffenen ein Mittel an die Hand zu geben, einen offenbar fehlerhaft protokollierten Vergleich richtigzustellen. Es liege eine Lücke im Gesetz vor, die durch sinngemässe Anwendung des § 319 ZPO sachgemäss zu schliessen sei.

Ein weiterer Teil (8) der Literatur und die Rechtsprechung (9) dagegen lehnen die [entsprechende] Anwendung des § 319

-
- 1) Vgl. §§ 118 a Abs.3, 79⁴ Abs.1 Nr. 1 ZPO;
 - 2) Vgl. § 106 VwGO;
 - 3) Vgl. § 101 Abs.1 SGG;
 - 4) Wie hier Ziemer-Birkholz, FGO § 95 Rdnr. 3 mit weiteren Nachweisen;
 - 5) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 1;
Warneyer, ZPO § 319 Anm. 33;
Karger, ZZP Bd. 52 S. 400;
 - 6) ZPO § 319 Anm. 1;
 - 7) ZZP Bd. 52 S. 401;
 - 8) Petersen-Anger, ZPO § 319 Anm. 1;
Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. I;
Freytag S. 63;
Steinberg S. 39;
 - 9) OLG Frankfurt ZZP Bd. 30 S. 133 [Beschl. vom 10. Apr. 1901];
OLG Hamburg, Das Recht 1908 Nr. 3867 [Entsch. vom 6. Nov. 1908];

ZPO mit der Begründung ab, Prozessvergleiche seien keine richterlichen "Entscheidungen", sondern zu Protokoll des Gerichts geschlossene Verträge der Parteien, auf welche die Bestimmung des § 319 ZPO nicht "passe."

Im Verwaltungsprozess spricht sich Klinger (1) ohne nähere Begründung gegen eine entsprechende Anwendung des § 118 VwGO auf Prozessvergleiche aus.

Im Sozialgerichtsprozess fehlt - soweit ersichtlich - jede Stellungnahme.

II. Meine Bedenken gegen eine "entsprechende" ["sinngemässe"] Anwendung der Berichtigungsnormen habe ich an früherer Stelle (2) dargelegt; sie gelten auch hier. Der "Fehler - berichtigung" können Prozessvergleiche deshalb nur dann offenstehen, wenn sie - gleich den "Beschlüssen" - in den Geltungsbereich des - bereits angesprochenen - "allgemeinen Prozessrechtssatzes" fallen, d.h. wenn sie bindende "Entscheidungen" sind. Dies ist zu verneinen:

Nach einer im Zivil- (3), Verwaltungs- (4) und Sozialgerichtsprozess (5) vertretenen Auffassung stellt der Prozessvergleich sowohl eine Prozesshandlung, deren Wirksam-

OLG Hamburg Rspr. Bd.23 S.171 [Beschl. vom 6. Nov. 1910];
 OLG Posen Rspr. Bd. 29 S. 108 [Beschl. vom 2. Mai 1912];
 OLG Posen SeuffA. Bd.69 S.39 [Beschl. vom 5. Okt. 1912];
 OLG Karlsruhe Rspr. Bd. 35 S. 93 [Beschl. vom 16. Febr. 1916];
 OLG Celle ZZP Bd. 54 S. 87 [Beschl. vom 9. Jan. 1928];
 OLG Koblenz Rpfleger 1969 S. 137 [Beschl. vom 23. Sept. 1968];

1) VwGO § 118 Anm. A 2 ;

2) Vgl. S. 176 und daselbst Fussn. 1 d.A.;

3) Stein-Jonas-Münzberg, ZPO § 794 Anm. II;
 BGHZ Bd. 16 S. 388 [Urt. vom 10. März 1955];

4) Redeker-v.Oertzen, VwGO § 106 Rdnr. 1;
 Haueisen, DVBl. 1968 S. 285;
 BVerwGE Bd. 14 S. 103 [Urt. vom 28. März 1962];

5) v.Zastrow, JR 1967 S. 5;

keit sich nach den Grundsätzen des Prozessrechts richtet, als auch ein Rechtsgeschäft dar, für das die Regeln des materiellen Rechts gelten [sog. Doppelnatur des Prozessvergleichs]. Andere Auffassungen wollen den Prozessvergleich als reine Prozesshandlung (1) oder auch als rein sachlich-rechtliches Geschäft (2) verstanden wissen.

Welche von diesen Auffassungen zutrifft, kann dahinstehen. Einigkeit besteht jedenfalls darüber, dass Prozessvergleiche keine gerichtlichen "Entscheidungen" irgendwelcher Art sind. Daran ändert der Umstand nichts, dass solche Vergleiche durch Aufnahme in das Sitzungsprotokoll festzustellen sind (3). Denn auch durch diese Beurkundung erlangt das Beurkundete keine "Entscheidungsqualität."

Die "Fehlerberichtigung" von Prozessvergleichen wird deshalb auszuschliessen (4) sein.

1) Baumbach-Lauterbach, ZPO Anh. § 307 Anm. 2 A ;

2) Rosenberg, Lehrbuch des Deutschen Zivilprozessrechts [9. Aufl. 1961] § 128 I 1 ;

3) Vgl. zum Zivilprozess § 160 Abs.2 Nr.1 ZPO;

im Verwaltungsprozess sind Prozessvergleiche als "wesentliche Vorgänge der Verhandlung" [§ 105 Abs.2 S.1 VwGO] in die Niederschrift aufzunehmen [Klinger, VwGO § 105 Anm. B 2];

vgl. zum Sozialgerichtsprozess Mellwitz, SGG § 101 Rdnr. 6 ["Die Protokollierung des Vergleichs ist in jedem Fall zwingend"];

4) Dies schliesst freilich eine Verbesserung des Sitzungsprotokolls [unter Einschluss darin beurkundeter Vergleiche] aus allgemeinen Gesichtspunkten nicht notwendig aus [Näheres später];

Die Berichtigung von Schiedssprüchen

I. Der Frage der Berichtigung fehlerhafter Schiedssprüche kommt im Zivil- (1) und Verwaltungsprozess (2) Bedeutung zu. Dem Finanz- und dem Sozialgerichtsprozess ist das schiedsrichterliche Verfahren fremd (3).

Im Zivilprozess wendet die in Literatur (4) und Rechtsprechung (5) herrschende Auffassung die Vorschrift des

1) Vgl. §§ 1025 ff. ZPO ;

2) Die Zulässigkeit schiedsrichterlicher Vereinbarungen wird im Verwaltungsprozess aus den Vorschriften der §§ 168 Abs.1 Nr.5 VwGO, 187 Abs.1 VwGO hergeleitet [Haueisen, NJW 1962 S. 2129; Müller, NJW 1963 S. 282]. Gemäss § 173 VwGO finden auf das schiedsrichterliche Verfahren die Vorschriften der §§ 1025 ff. ZPO entsprechende Anwendung [Redeker-v.Oertzen, VwGO § 40 Rdnr. 58];

3) Im Finanz- und Sozialgerichtsprozess fehlen den §§ 168 Abs.1 Nr.5, 187 Abs.1 VwGO entsprechende Vorschriften. Deshalb wird die Zulässigkeit schiedsgerichtlicher Verfahren ausgeschlossen [Haueisen, NJW 1962 S. 2129 mit zahlreichen Nachweisen; Tipke-Kruse, FGO § 155 Rdnr. 3; Peters-Sautter-Wolff, SGG § 202 Anm.1] ;

4) Baumbach-Schwab, Kap. 18 A [S. 157 f.];
 Neukamp-Becker, ZPO § 319 Anm. 1;
 Sydow-Busch-Krantz, ZPO § 319 Anm. 2;
 Stein-Jonas-Schönke, ZPO § 1039 Anm. II 3 ;
 Thomas-Putzo, ZPO § 1040 Anm. 1;
 Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. A I ;
 Zöllner-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 2 b ;
 Blomeyer, Lehrb. § 127 III 3 a [S. 722];
 Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 177 I 7 [S. 958];
 Freytag S. 63;
 Reimer-Mussfeld S. 153;
 Steinberg S. 38;

5) RG Warn 1909 S. 238 [Urt. vom 30. Okt. 1908];
 RG SeuffA. Bd. 65 S. 252 [Urt. vom 14. Jan. 1910];
 RG Warn 1913 S. 409 [Urt. vom 8. Apr. 1913];
 RG JR 1926 Nr. 1312 [Entsch. vom 5. März 1926];
 RG JW 1935 S. 2050 [Urt. vom 22. März 1935];
 OLG Dresden JW 1913 S. 655 [Urt. vom 8. Apr. 1913];
 OLG Dresden SächsAnn. Bd. 35 S. 195 [Urt. vom 4. Nov. 1913];
 OLG Hamburg Rspr. Bd. 41 S. 271 [Urt. vom 6. Okt. 1920];

§ 319 ZPO auf das schiedsrichterliche Verfahren teils unmittelbar (1), teils entsprechend (2) an.

Eine überzeugende Begründung dieser Auffassung findet sich nirgends. Das in späteren Entscheidungen immer wieder zitierte Urteil des Reichsgerichts vom 30. Okt. 1908 (3) begnügt sich mit der Feststellung, wie "der Richter das rechtskräftige Urteil durch Beseitigung offensichtlicher Unrichtigkeiten im Ausdruck richtigstellen" könne und solle, so müsse "auch verständigerweise den Schiedsrichtern die Möglichkeit gegeben sein, den im übrigen für sie unänderlichen Schiedsspruch durch Beseitigung offenkundiger Unrichtigkeiten in der Fassung ihrem wirklichen Willen entsprechend zu berichtigen."

Im Verwaltungsprozess fehlt - soweit ersichtlich - jede Stellungnahme.

- II. Nach hier vertretener Auffassung kann eine Berichtigung fehlerhafter Schiedssprüche weder unmittelbar aus §§ 319 ZPO, 118 VWGO abgeleitet [Schiedssprüche sind keine "Urteile"] noch mit einer entsprechenden Anwendung dieser Vorschriften gerechtfertigt (4), sondern allenfalls auf den - bereits früher (5) angesprochenen - aus dem Sinngehalt der Berichtigungsnormen herzuleitenden "allgemeinen Prozessrechtssatz" gestützt werden.

Dieser "Rechtssatz" erfasst, wie immer er im einzelnen auch bestimmt werden mag, jedenfalls bindende richterliche Entscheidungen. Fraglich ist, ob "Schiedssprüche" solchen "Entscheidungen" gleichzustellen sind.

-
- 1) Vgl. z.B. OLG Hamburg Rspr. Bd. 41 S. 271 [Urt. vom 6. Okt. 1920];
 2) Vgl. z.B. RG Warn. 1909 S. 238 [Urt. vom 30. Okt. 1908]
 3) Warn 1909 S. 238 ;
 4) Vgl. S. 176 und daselbst Fussn. 1 d.A.;
 5) Vgl. S. 175 f. d.A.;

Diese "Gleichstellung" scheint § 1040 ZPO auszusprechen (1). Diese Vorschrift bestimmt, dass der Schiedsspruch unter den Parteien die "Wirkungen eines rechtskräftigen gerichtlichen Urteils" habe.

Gleichwohl bestehen zwischen "Urteil" und "Schiedsspruch" grundsätzliche Unterschiede (2). Der Schiedsspruch wurzelt seinem Wesen nach in einer Einigung der Parteien, während das Urteil seine Wirkung der vom Willen der Parteien unabhängigen Justizhoheit entnimmt. Urteile erlangen die Rechtskraft durch Ablauf der Rechtsmittelfrist, der Schiedsspruch dagegen wird erst wirksam, wenn die Förmlichkeiten des § 1039 ZPO erfüllt sind. Das rechtskräftige Urteil unterliegt nur der Wiederaufnahme, der Schiedsspruch dagegen kann aus zahlreichen (3), oft anzutreffenden Anlässen aufgehoben werden.

Trotz dieser grundsätzlichen Unterschiede weisen Urteil und Schiedsspruch indes eine entscheidende Gemeinsamkeit auf :

Mit der Zustellung des Schiedsspruches an die Parteien tritt eine Bindung gegenüber denselben ein, welche zur Folge hat , dass die Schiedsrichter ihren Spruch jedenfalls grundsätzlich weder abändern noch zurückziehen können (4). Diese "Bindung" an den Schiedsspruch entspricht ihrem Wesen nach der "innerprozessualen Bindungswirkung" des Urteils. Diese Gemeinsamkeit in der "Bindung", der ihrerseits ein identischer allgemeiner Rechtsgedanke - die "Rechtssicherheit" - zugrunde liegt, rechtfertigt es, Schiedssprüche in den Geltungsbereich eines den Berichtigungsnormen zugrunde liegenden "allgemeingültigen Prozessrechtssatzes" einzubeziehen.

- 1) Auf diese Vorschrift weist auch Freytag [S. 63] hin;
- 2) Vgl. zum folgenden Baumbach-Schwab, Kap. 18 a [S.151 f.];
- 3) Vgl. § 1041 Abs.1 Nr. 1 - 6 ZPO;
- 4) Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 177 I 6 c [S. 958];

abw. Baumbach-Schwab, Kap. 18 D (S.157); [ders. sieht als massgeblich für den Eintritt der "Bindung" der Schiedsrichter die Niederlegung des Spruches (§ 1039 ZPO) an; für die vorliegende Untersuchung ist diese Unterscheidung indes belanglos];

III. Im einzelnen weichen die bei der Korrektur fehlerhafter Schiedssprüche zu beobachtenden Grundsätze von den für Urteile entwickelten nur unwesentlich ab:

Die Berichtigung kann das Rubrum (1), den Tenor (2), den Tatbestand und die Gründe (3) des Schiedsspruchs ergreifen. Eine gänzlich fehlende Begründung des Schiedsspruchs kann - wie beim Urteil - nicht im Wege der "Berichtigung" nachgetragen werden (4). Im übrigen muss die Korrektur den Formvorschriften des § 1039 ZPO entsprechen (5). Sie ist von denselben Schiedsrichtern vorzunehmen, die den Spruch erlassen haben (6) und kann auch noch während einer anhängigen Aufhebungsklage [§ 1041 ZPO] erfolgen (7). Dem staatlichen Gericht steht die Prüfung zu [§ 1041 Abs.1 Nr.1 ZPO], ob die zulässigen Grenzen der Berichtigung gewahrt sind (8).

-
- 1) RG Warn 1909 S. 238 [Urt. vom 30. Okt. 1908];
 - 2) RG SeuffA. Bd. 65 S. 252 [Urt. vom 14. Jan. 1910];
 - 3) Baumbach-Schwab, Kap. 18 D [S. 158];
 - 4) Baumbach-Schwab, Kap. 18 D [S. 158];
Stein-Jonas-Schönke, ZPO § 1039 Anm. II 3 ;
OLG Hamburg Rspr. Bd. 41 S. 271 [Urt. vom 6. Okt. 1920];
 - 5) Baumbach-Schwab, Kap. 18 D [S. 157];
Reimer-Mussfeld S. 153;
 - 6) Freytag S. 63 ;
 - 7) Wieczorek, ZPO § 1039 Rdnr. B II b 1;
 - 8) Baumbach-Schwab, Kap. 18 D [S. 157];
Stein-Jonas-Schönke, ZPO § 1039 Anm. II 3 ;
Wieczorek, ZPO § 1039 Rdnr. B II b 1 ;

E. Die Berichtigung "sonstiger gerichtlicher Aktenstücke" (1)

I. Die Berichtigung von Ausfertigungen

Als "Ausfertigung" wird eine von dem Urkundsbeamten des Gerichts unterschriebene und mit dem Gerichtssiegel versehene Abschrift des Urteils bezeichnet, welche die Aufgabe hat, die bei den Gerichtsakten verbleibende Urschrift im Rechtsverkehr zu vertreten. Daraus folgt, dass die Ausfertigung die Urschrift im Wortlaut wiederzugeben hat, etwaige Abweichungen also zu bereinigen sind (2).

Ein bestimmtes Verfahren schreiben die Prozessordnungen nicht vor. Gelegentlich werden die Berichtigungsnormen teils unmittelbar (3), teils entsprechend (4) angewandt. Die überwiegende Auffassung (5) dagegen will in "Ausfertigungen" enthaltene Fehler formlos durch den zuständigen Urkundsbeamten beheben lassen. Begründet wird dies mit dem Hinweis,

1) Nach OLG Hamburg, Rspr. Bd.9 S.105 [Beschl. vom 23. Febr. 1904];

2) LG Leipzig, SächsArch. 1912 S. 261 [ohne Datum];

3) RG JW 1907 S. 147 [Urt. vom 19. Jan. 1907];

Kopp, VwGO § 118 Anm. 1 ["Unrichtigkeiten und Fehler, die nicht die Urschrift des Urteils, sondern nur Ausfertigungen betreffen, fallen nicht unter §§ 118, 119, 120; sie sind vom Urkundsbeamten der Geschäftsstelle nach § 319 ZPO zu berichtigen"];

4) Vgl. Thomas-Putzo, ZPO § 317 Anm. 3;

5) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. I 3;
Zöllner-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 3;
Hess S. 64 f.;
Steinberg S. 23 f.;

KG Rspr. Bd.17 S.155 [Beschl. vom 24. Okt. 1907];

LG Leipzig SächsArch. 1912 S. 261 [ohne Datum];

LG Stuttgart ZZP Bd. 69 S. 222 [Beschl. vom 7. Febr. 1956];

Becker-Riewald-Koch, FGO § 107 Anm. 1 (7);

Tipke-Kruse, FGO § 107 Rdnr. 1;

Ziemer-Haarman S. 427 [Rdnr. 4195];

BfH BstBl. 1964 III S.343 [Urt. vom 17. März 1964];

Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1;

BSG SozR Da 2 Nr.3 zu § 64 SGG [Beschl. vom 23. Dez. 1965];

als "Urteil" im Sinne der Berichtigungsnormen könne nur das Original gelten; die Ausfertigung selbst sei keine gerichtliche Entscheidung. Für die Übereinstimmung der Ausfertigung mit dem Original sei der Urkundsbeamte allein verantwortlich; nur er könne daher für eine Korrektur der Ausfertigung [funktionell] zuständig sein (1).

Der letztgenannten Auffassung ist zu folgen. Eine Anwendung der Berichtigungsnormen auf fehlerhafte Ausfertigungen scheidet schon deshalb aus, weil sich die "Bindungswirkung" des Urteils auf die gefällte Entscheidung, nicht aber auf eine fehlerhafte Ausfertigung dieser Entscheidung erstreckt. Zudem würde eine Beschränkung auf die Korrektur "offenbarer" Fehler - wie sie die Berichtigungsnormen vorsehen - der Aufgabe der Ausfertigung, im Verkehr die - fehlerfreie - Ur-schrift zu ersetzen, nicht gerecht. Dieser Aufgabe entsprechend muss vielmehr jede, auch die umfassendste Korrektur der Ausfertigung möglich sein. Weder die Berichtigungsnormen noch sonstige Vorschriften sind auf eine solche Korrektur zugeschnitten.

Aus dem Schweigen der Prozessordnungen kann indes nicht der Schluss gezogen werden, dass der Gesetzgeber die Zulässigkeit derartiger Korrekturen habe verneinen wollen. Im Gegenteil wird davon auszugehen sein, dass sie ein so notwendiges und selbstverständliches Bedürfnis der Praxis bildet, dass die Ordnung eines besonderen Verfahrens, wie es die Berichtigungsnormen für die Korrektur von Urschriften vorsehen, dafür nicht erforderlich schien (2).

1) Vgl. insbesondere LG Stuttgart, ZZP Bd.69 S.222 [Beschl. vom 7. Febr. 1956];
ferner Ziemer-Haarmann S. 427 [Rdnr. 4195];

2) Treffend: LG Leipzig, SächsArch. 1912 S. 261 [ohne Datum];

I. Die Berichtigung von Sitzungsprotokollen

1. Darüber, dass abgeschlossene, fehlerhafte Sitzungsprotokolle (1) berichtigt werden dürfen, besteht im Grundsatz kein Streit (2). Zweifelhaft ist allein die Rechtsgrundlage derartiger Korrekturen :

Eine in der zivilprozessualen Literatur und Rechtsprechung gelegentlich (3) vertretene Auffassung wendet die Vorschrift des § 319 ZPO entsprechend an. Auch die sozialgerichtliche Rechtsprechung spricht sich vereinzelt (4) für eine sinngemässe Anwendung des § 138 SGG aus.

Die überwiegend (5) vertretene Meinung indes lehnt die entsprechende Anwendung der Berichtigungsnormen mit dem Hin -

-
- 1) Das Führen von Sitzungsprotokollen schreiben alle hier untersuchten Prozessordnungen vor;
vgl. §§ 159 ff. ZPO, 105 VwGO, 94 FGO, 122 SGG;
 - 2) Vgl. Stein-Jonas-Pohle, ZPO § 159 Anm. III 3 ;
Eyermann-Fröhler, VwGO § 105 Rdnr. 7;
Ziemer-Birkholz, FGO § 94 Rdnr. 18;
Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1;
 - 3) Neukamp-Becker, ZPO § 319 Anm. 1;
Sydow-Busch-Krantz, ZPO § 319 Anm. 2;
OLG Dresden SächsAnn. Bd. 31 S. 33 [Beschl. vom 21. Sept. 1909];
wohl auch: OLG Köln MDR 1956 S. 361 [Beschl. vom 9. Jan. 1956]; [nur Leitsatz];
 - 4) LSG Hamburg Breith. 1959 S. 369 [Beschl. vom 13. Febr. 1959];
 - 5) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. I;
Bull, Prozesshilfen S. 33;
Steinberg S. 39;
Striemer, Anm. zu OLG Braunschweig JW 1927 S. 1169 [Beschl. vom 11. Juni 1926];
OLG Hamburg Rspr. Bd. 23 S. 171 [Beschl. vom 6. Nov. 1910];
OLG Posen SeuffA. Bd. 69 S. 39 [Beschl. vom 5. Okt. 1912];
OLG Koblenz Rpflger 1969 S. 137 [Beschl. vom 23. Sept. 1968];
RAG JW 1930 S. 1528 [Urt. vom 18. Jan. 1930];
BAG NJW 1965 S. 931 [Urt. vom 11. Dez. 1964];
Klinger, VwGO § 118 Anm. A 2;
Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1;

weis ab, Sitzungsprotokolle seien keine gerichtlichen "Entscheidungen" (1). Zudem sei auch die Korrektur anderer als bloss "offenbarer" Protokollfehler geboten (2). Diese Auffassung rechtfertigt die Berichtigung von Sitzungsprotokollen aus "allgemeinen Gesichtspunkten" (3) bzw. aus "Gründen prozessualer Zweckmässigkeit" (4).

2. Richtig ist allein folgendes :

Sitzungsprotokolle beurkunden Vorgänge, insbesondere solche verfahrensrechtlicher Natur, um deren Beweis zu sichern. Sie dienen der Nachprüfbarkeit gerichtlicher Entscheidungen, haben aber selbst keine Entscheidungsqualität (5), da sie keine an die Parteien gerichtete Willenserklärung des Gerichts enthalten. Damit aber scheidet sowohl eine unmittelbare Anwendung der Berichtigungsnormen als auch ein Zurückgreifen auf einen diesen Vorschriften zugrunde liegenden "allgemeingültigen Prozessrechtssatz" aus.

Bei der Frage nach der Rechtsgrundlage der Protokollberichtigung ist vielmehr von folgenden Erwägungen auszugehen :

-
- 1) In diesem Sinne vor allem Kleinschmidt [S. 46];
vgl. ferner OLG Hamburg, Rspr. Bd. 23 S. 171 [Beschl. vom 6. Nov. 1910];
 - 2) In diesem Sinne vor allem BAG NJW 1965 S. 931 [Urt. vom 11. Dez. 1964];
 - 3) OLG Posen, SeuffA. Bd. 69 S. 39 [Beschl. vom 5. Okt. 1912];
 - 4) Striemer, Anm. zu OLG Braunschweig, JW 1927 S. 1169 [Beschl. vom 11. Juni 1926];
 - 5) Dies folgt auch aus folgenden Erwägungen: Das Protokoll ist von dem Vorsitzenden und dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu unterschreiben (§ 163 Abs. 1 ZPO). Letzterer ist, wie Jauernig [Das fehlerhafte Zivilurteil S. 84] klarstellt, eine "ausserhalb des Gerichts stehende Person." Wollte man dem Protokoll "Entscheidungsqualität" zubilligen, so hinge die Existenz einer gerichtlichen Entscheidung von der Mitwirkung einer nichtrichterlichen Person - dem Urkundsbeamten - ab; ein nicht vertretbares Ergebnis [vgl. Jauernig, Das fehlerhafte Zivilurteil S. 84];

Den Richter, der die mündliche Verhandlung leitet oder den Verkündungstermin wahrnimmt, und den Protokollführer als die eigentliche Urkundsperson trifft die Verantwortung für eine wahrheitsgemäße Beurkundung (1). Diese Verantwortung verlangt als notwendiges Korrelat die Befugnis der Verantwortlichen, Fehler der Beurkundung richtigzustellen (2). Diese Befugnis liegt in der "Natur der Sache" selbst begründet; einer besonderen gesetzlichen Ermächtigung bedurfte es schon deshalb nicht, weil Sitzungsprotokolle als urteilsvorbereitende Prozesshandlungen nicht "bindend" sind (3), sondern der - grundsätzlich zu bejahenden - Änderungsbefugnis ihrer Urheber unterliegen.

1) Arg. §§ 163 Abs.1 ZPO, 105 Abs.2 S.5 VwGO, 94 Abs.2 S.5 FGO, 122 Abs.1 S.2 SGG;

vgl. im übrigen OLG Braunschweig, JW 1927 S. 1169 [Beschl. vom 11. Juni 1926];

2) OGHZ Bd. 1 S. 286 [Urt. vom 2. Dez. 1948] rechnet die Protokollberichtigung zu den Berufspflichten der Protokollbeamten; eine "Pflicht" ohne korrespondierende "Befugnis" aber ist ein Widerspruch in sich;

3) Darauf weist auch Kleinschmidt [S.45] zutreffend hin;

III. Die Berichtigung von Zustellungsurkunden

Mit der Frage der Anwendbarkeit der Berichtigungsnormen auf [fehlerhafte] Zustellungsurkunden (1) hat sich - soweit ersichtlich - nur Baumgärtel (2) befasst. Derselbe schliesst bei unrichtiger Bezeichnung des Zustellungsadressaten eine Korrektur der Zustellungsurkunde nach § 319 ZPO mit der Begründung aus, "zum Schutze des in der Urkunde nicht wörtlich Bezeichneten" sei "eine strenge Förmlichkeit geboten."

Richtig ist folgendes:

Die Aufnahme von Zustellungsurkunden ist ihrem Wesen nach nicht "bindende" gerichtliche Entscheidung, sondern Teil des Zustellungsaktes (3). Schon aus diesem Grunde scheidet eine [unmittelbare oder auch nur entsprechende] Anwendung der Berichtigungsnormen aus.

Davon abgesehen dürfte allerdings aus allgemeinen Gesichtspunkten die Korrektur von Ungenauigkeiten, die aus dem Zusammenhang der Urkunde ohne weiteres als solche ersichtlich sind, seitens des Zustellungsbeamten zulässig sein (4). Aus dem Schweigen der Verfahrensordnungen dürfte auch hier ein gegenteiliger Schluss nicht zu ziehen sein.

1) Vgl. § 190 Abs.1 ZPO; §§ 56 Abs.2 VwGO, 53 Abs.2 FGO, 63 Abs.2 SGG i.V.m. § 3 Abs.2 VwZG ;

2) Kriterien, in: Festschrift für Schnorr v. Carolsfeld S. 32;

3) Stein-Jonas-Pohle, ZPO § 190 Anm. I 1 ;

4) Zutreffend Stein-Jonas-Pohle, ZPO § 191 Anm. I ;

diese Grenzen dürfte ein der Entscheidung des AG Düsseldorf vom 26. März 1958 [DGVZ 1961 S. 61] zugrunde liegender Fall sprengen; dort hatte der mit der Zustellung eines gegen die "Firma Schulz & Co." gerichteten Titels betraute Postbedienstete die gleichlautende Zustellungsurkunde handschriftlich in "Hans Meier" geändert und diesem zugestellt; das AG Düsseldorf [a.a.O.] hat zur Frage der Zulässigkeit dieser "Berichtigung" leider nicht Stellung genommen;

Zusammenfassung :

1. Der Berichtigung zugänglich sind "Urteile" im weitesten Sinne, also auch Teilurteile, Zwischenurteile, Anerkenntnisurteile und Versäumnisurteile, soweit sie die jeweilige Verfahrensordnung kennt. Der Korrektur "unwirksamer" Urteile steht das fehlende Rechtsschutzbedürfnis, der Korrektur "ungültiger" Urteile die mangelnde Entscheidungsqualität entgegen.

Als der Berichtigung zugänglich haben alle Urteilselemente zu gelten. Besondere Bedeutung kommt der Korrektur fehlerhafter Partei- bzw. Beteiligtenbezeichnungen zu. Dieselbe ist zulässig, soweit die "Identität" der Partei [des Beteiligten] feststeht und durch die Berichtigung gewahrt bleibt; ein Erfordernis, auf das im Interesse einer klaren Abgrenzung der blossen Bezeichnungskorrektur gegenüber dem Wechsel der Partei [des Beteiligten] nicht verzichtet werden kann. Dabei ermöglicht die gebotene restriktive Auslegung des "Offenbarkeits"-Begriffes klare Entscheidungen.

2. "Beschlüsse" werden im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess in entsprechender Anwendung der jeweils einschlägigen Berichtigungsnorm korrigiert. Die Korrektur zivilprozessualer Beschlüsse ist vorbehaltlich des Bestandes eines aus dem Sinngehalt der Berichtigungsnormen zu erschiessenden, allgemein gültigen Prozessrechtssatzes zu - lässig.
3. Mangels Entscheidungsqualität können Ausfertigungen gerichtlicher Erkenntnisse, Prozessvergleiche, Sitzungsprotokolle und Zustellungsurkunden nicht Gegenstand eines förmlichen Berichtigungsverfahrens sein. Anderes gilt für Schiedssprüche, die vermöge ihrer Bindungswirkung den Urteilen gleichzustellen sind.

Dritter Abschnitt

Wesen und Wirkungen der berichtigenden Entscheidung

A. Allgemeines :

Die Berichtigung erfolgt in allen hier untersuchten Verfahrensordnungen durch Beschluss (1). Der Beschluss entscheidet über den Berichtigungsanspruch, der den Parteien [bzw. Beteiligten] bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen zusteht (2). Der Beschluss ist der materiellen Rechtskraft fähig (3). Deshalb darf ein rechtskräftig zurückgewiesener Berichtigungsantrag auch bei wiederholter Anbringung nicht zustimmend beschieden werden, noch darf eine Korrektur der [erfolglos] begehrten Art nunmehr von Amts wegen durchgeführt werden.

B. Die rückwirkende Kraft der Berichtigung :

Dem Berichtigungsbeschluss kommt nach unangefochtener Auffassung rückwirkende Kraft zu:

Bereits im Jahre 1892 führte das Reichsgericht (4) aus, habe

-
- 1) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. II 3 ;
Eyermaun-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 2;
Ziemer-Birkholz, FGO § 107 Rdnr. 8;
Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 2 ;
 - 2) Steinberg S. 24;
Ziemer-Haarmann S. 429 [Rdnr. 4205];
Felix, FR 1960 S. 35;
FG Hannover, EFG 1958 S. 323 [Urt. vom 26. Febr. 1958];
a.A.: Zitzlaff, StW 1950 Sp. 341 [ders. führt aus, ein Recht auf Fehlerberichtigung dürfe dem Steuerpflichtigen nicht zugestanden werden, da sonst "das Querulanten-tum hochgezüchtet" werde und "die Sachen niemals zur Ruhe kämen"];
Zitzlaff [a.a.O.] verkennt, dass querulatorischen Anträgen unter dem Gesichtspunkt des Rechtsmissbrauchs begegnet werden kann;
 - 3) Steinberg S. 25;
Ziemer-Haarmann S. 588 [Rdnr. 4918];
 - 4) JW 1892 S. 272 [Entsch. vom 28. Apr. 1892];

die Berichtigung "in unangefochtener Weise stattgefunden" , so sei es "so anzusehen, als ob das Urteil von vornherein in derjenigen Fassung erlassen [worden] wäre, welche ihm durch den Berichtigungsbeschluss nachträglich gegeben worden [sei]." Denn bei dem Berichtigungsverfahren handele es sich "nicht um eine Abänderung der gewollten, wenn auch in ihren Voraussetzungen irrtümlichen Entscheidung, sondern um die Feststellung des vom Richter ursprünglich beabsichtigten, aus Versehen in anderer Fassung verkündeten Erkenntnisses", und auf den im Berichtigungsbeschluss festgestellten "wahren Inhalt des Urteils" erstreckte sich dann auch die Rechtskraft, möge sie "vor oder nach Erlass des Beschlusses eingetreten sein."

Der Auffassung des Reichsgerichts, dass der Berichtigung rückwirkende Kraft zukomme, folgen - mit unterschiedlichen Formulierungen - Literatur und Rechtsprechung zum Zivil- (1),

-
- 1) Förster-Kann, ZPO § 319 Anm. 6 ["Der Berichtigungsbeschluss hat rückwirkende Kraft, d.h. es wird so angesehen, als wäre das Urteil von vornherein in der durch den Berichtigungsbeschluss geschaffenen Gestalt hergestellt worden"];

Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. III 1 ["Die Wirkung der Berichtigung besteht darin, dass der berichtigte Text des Urteils als der von Anfang an gültige erscheint"];

Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. E II ["Die Berichtigung wirkt so, wie wenn das Urteil sogleich richtig erlassen worden wäre"];

Zöllner-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 4 d ["Die Berichtigung wirkt auf den Zeitpunkt des Urteilerlasses zurück. Von nun an ist ausschliesslich das Urteil in der Fassung des Berichtigungsbeschlusses massgebend."];

Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 60 I 3 a (s. 285) ["Die Berichtigung hat rückwirkende Kraft, der Berichtigungsbeschluss stellt sich dar als Teil des Urteils"];

Lüdemann S. 69 ["Der Berichtigungsbeschluss stellt den wirklichen Willen des Gerichts fest. Der berichtigte Beschluss muss daher so angesehen werden, als ob er von vornherein in der berichtigten Fassung erlassen worden wäre"];

RG JW 1891 S. 7 [Entsch. vom 22. Nov. 1890];

RGZ Bd. 90 S. 228 [Urt. vom 15. Mai 1917];

RG LZ 1930 Sp. 658 [Urt. vom 3. Dez. 1929];

RG LZ 1933 Sp. 1398 [Urt. vom 5. Mai 1933];

OLG Colmar ZZP Bd. 36 S. 174 [Entsch. vom 25. Okt. 1904];

Verwaltungs- (1), Finanz- (2) und Sozialgerichtsprozess (3).

- 1) Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 6 ["Der Beschluss wirkt auf die Zeit der Verkündung des Urteils zurück, die neue Fassung gilt als die ursprüngliche"];

Koehler, VwGO § 118 Anm. IV 4 ["Der Berichtigungsbeschluss hat rückwirkende Kraft auf den Zeitpunkt der Urteilsverkündung bzw. -zustellung an Stelle der Verkündung. Die neue Fassung gilt als die ursprüngliche"];

Kopp, VwGO § 118 Anm. 3 ["Die Berichtigung wirkt auf den Zeitpunkt des Erlasses des Urteils zurück, die neue Fassung gilt künftighin als die ursprüngliche"];

Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 6 ["Mit der Rechtskraft der Berichtigung tritt das neugefasste Urteil rückwirkend an die Stelle des alten"];

PROVGE Bd. 64 S. 578 [Beschl. vom 17. Juni 1913];

- 2) Becker-Riewald-Koch, FGO § 107 Anm. 1 (6) ["Die Wirkung der Berichtigung ist, dass das Urteil als von vornherein mit dem geänderten Inhalt erlassen gilt"];

Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 9 ["Der Beschluss hat rückwirkende Kraft. Er wirkt auf die Zeit der Verkündung des Urteils zurück. Das Urteil gilt in der berichtigten Fassung als erlassen."];

Ziemer-Birkholz, FGO § 107 Rdnr. 8 ["Der Beschluss wirkt auf die Zeit der Verkündung (Zustellung) des Urteils zurück"];

BFHE Bd. 82 S. 640 [Urt. vom 13. Mai 1965];

a.A. BFHE Bd. 58 S. 585 [Urt. vom 18. Febr. 1954]; die Entscheidung, die sich mit der Korrektur eines Einkommensteuerbescheids befasst, führt - beiläufig - aus, dass "§ 319 ZPO im Gegensatz zu § 92 Abs. 3 AO die Rückwirkung kennt";

- 3) Hanow-Lehmann, RVO § 1673 Anm. 6 ["Die Wirkung der Berichtigung besteht darin, dass der berichtigte Text des Urteils als der von Anfang an gültige anzusehen ist"];

Mellwitz, SGG § 138 Rdnr. 10 ["Die Berichtigung wirkt auf den Zeitpunkt der Urteilsverkündung oder den ihr gleichstehenden Zeitpunkt zurück"];

BayLSG Breith. 1955 S. 545 [Entsch. vom 9. Nov. 1954];

Hierzu ist folgendes auszuführen :

Soweit sich der Berichtigungsbeschluss auf die Korrektur blosser "Verlautbarungsmängel" [z.B. Schreibversehen , Versprechen beim Diktat o.ä.] beschränkt , ist die vom Reichsgericht (1) angeführte Begründung bedenkenfrei.

Soweit der Berichtigungsbeschluss dagegen den "bindenden", rechtskraftfähigen Inhalt des Urteils abändert [wie dies nach hier vertretener Auffassung bei der Korrektur gewisser "Rechenfehler" geschieht] , greift eine andere Beurteilung Platz:

Ein solcher Beschluss ist, was seine "Zielsetzung" betrifft, Entscheidungen vergleichbar, die in einem - auf "Abänderung" eines angefochtenen Urteils gerichteten - Berufungs- oder Revisionsverfahren ergehen. Derartige Entscheidungen verbinden, wie Jauernig (2) und neuerdings Gilles (3) überzeugend nachweisen, die rückwirkende Aufhebung des angefochtenen Urteils mit seiner Ersetzung durch eine verbessernde, reformatorische Entscheidung [iudicium rescissorium]; eine Wirkung, die nach den Ausführungen Jauernigs (4) mit dem Erlass, nach der - überzeugenderen - Auffassung Gilles' (5) dagegen erst mit der formellen Rechtskraft der "abändernden" Entscheidung eintritt (6). Vergleichbares hat für den Berichtigungsbeschluss zu gelten. Jedes in seinem rechtskraftfähigen Inhalt ["offenbar"] "fehlerhafte" Urteil steht unter der

1) JW 1892 S. 272 [Entsch. vom 28. Apr. 1892];

2) Das fehlerhafte Zivilurteil S. 105 f.;

3) Rechtsmittel S. 33 ;

4) Das fehlerhafte Zivilurteil S. 105 ;

5) Rechtsmittel S. 33 [Fussn. 31]; zu Recht rügt Gilles, die Auffassung Jauernigs zwingt dazu, zwischen Erlass und formeller Rechtskraft einer "aufhebenden" Entscheidung von der gekünstelten Rechtsfigur eines "bedingten Nichturteils" auszugehen;

6) Die Ausführungen Jauernigs [a.a.O.] und Gilles' [a.a.O.] beschränken sich auf den Zivilprozess. Indes kann, wie ein Vergleich der §§ 511 ff. ZPO mit den §§ 129 f., 144 VwGO, 126 FGO, 159 u. 170 SGG zeigt, für den Verwaltungs- Finanz- und Sozialgerichtsprozess insoweit nichts grundsätzlich Abweichendes gelten;

[auflösenden] Bedingung seiner [zulässigen] Berichtigung. Findet letztere statt, so wird - mit dem Eintritt der formellen Rechtskraft (1) des Beschlusses - der "fehlerhafte" Teil des Urteils rückwirkend vernichtet. An die Stelle des beseitigten Entscheidungsteils tritt der Inhalt des Berichtigungsbeschlusses.

1) Zutreffend deshalb: Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 6
["Mit der Rechtskraft der Berichtigung tritt das neue -
fasste Urteil rückwirkend an die Stelle des alten"];

C. Auswirkungen der Urteilsberichtigung auf den Lauf der ordentlichen Rechtsmittelfristen

I. Eng mit der vorstehend beantworteten hängt die Frage zusammen, welchen Einfluss die Berichtigung des Urteils auf den Lauf der ordentlichen Rechtsmittelfristen ausübt.

1. In der zivilprozessualen Literatur und Rechtsprechung wird diese Frage nicht einheitlich beantwortet:

- a) Das Reichsgericht vertrat in älteren (1) Entscheidungen die Auffassung, die Zustellung eines gemäss § 319 ZPO erlassenen Berichtigungsbeschlusses eröffne keine neue Frist zur Einlegung der Berufung oder Revision gegen das berichtigte Urteil. Vielmehr finde gegen das letztere nur das gegen das ursprüngliche Urteil zulässige Rechtsmittel statt; die Frist zur Einlegung dieses Rechtsmittels werde durch die Zustellung des ursprünglichen, unberichtigten Urteils eröffnet.

Das Reichsgericht begründete diese Auffassung einmal mit dem Hinweis, dass eine dem § 517 ZPO entsprechende Vorschrift für das Urteilsberichtigungsverfahren fehle (2), und zum anderen damit, dass die Berichtigung keine neue Entscheidung schaffe, sondern nur den Inhalt der von vornherein beabsichtigten Entscheidung feststelle, das einzulegende Rechtsmittel sich daher gegen das ursprünglich verkündete Urteil und nicht lediglich gegen das Urteil richte, wie es sich durch die Berichtigung ergebe (3). Dem Einwand, erst durch den Berichtigungsbeschluss werde der wahre Inhalt des Urteils für die Parteien kenntlich, begegnete das

1) RG JW 1892 S. 272 [Entsch. vom 28. Apr. 1892];
 RG JW 1898 S. 661 [Entsch. vom 10. Okt. 1898];
 RG JW 1903 S. 180 [Urt. vom 17. Apr. 1903];
 RGZ Bd. 116 S. 13 [Urt. vom 19. Jan. 1927];

2) RGZ Bd. 116 S. 13 [Urt. vom 19. Jan. 1927];

3) RG JW 1903 S. 180 [Urt. vom 17. Apr. 1903];

Reichsgericht (1) mit dem Hinweis, dass nur "offenbare" Unrichtigkeiten der Korrektur zugänglich seien. Wo solche vorhanden seien, müsse jede Partei ohne weiteres davon ausgehen, dass eine Berichtigung erfolgen werde, und danach ihren Entschluss wegen eines etwa einzulegenden Rechtsmittels fassen. Härtefällen suchte das Reichsgericht (2) durch Wiedereinsetzung [§ 233 ZPO] zu begegnen.

Eine Ausnahme von dem vorstehenden Grundsatz liess das Reichsgericht nur in den Fällen gelten, in denen vor der Berichtigung ein wirksamer Zustellung zugängliches Urteil nicht vorlag, eine gleichwohl erfolgte Zustellung deshalb unwirksam war und infolgedessen eine Rechtsmittelfrist nicht in Lauf setzen konnte (3).

Eine vorsichtige Einschränkung des Grundsatzes, dass die Urteilsberichtigung den Lauf der Rechtsmittelfristen unberührt lasse, nahm das Reichsgericht (4) im Jahre 1942 vor, als es im Hinblick auf in der Literatur (5) laut gewordene Bedenken ausführte, bei der Berichtigung eines Urteils bleibe die ursprünglich laufende Rechtsmittelfrist "jedenfalls dann" bestehen, wenn das Urteil in der zugestellten Fassung hinreichend klar gewesen sei, um die Grundlage für die Entschliessungen und das weitere Handeln der Parteien zu bilden.

-
- 1) RG JW 1892 S. 272 [Entsch. vom 28. Apr. 1892];
RG JW 1898 S. 661 [Entsch. vom 10. Okt. 1898];
 - 2) RGZ Bd. 116 S. 13 [Urt. vom 19. Jan. 1927]; hier hatte erst der [nach Ablauf der Revisionsfrist ergangene] Berichtigungsbeschluss verdeutlicht, dass die Revisionssumme erreicht war. Das Reichsgericht gewährte Wiedereinsetzung, da die Partei "vor der Berichtigung gar nicht die rechtliche Möglichkeit zur Einlegung der Revision gehabt" habe;
 - 3) RGZ Bd. 29 S. 366 [Urt. vom 5. Febr. 1892];
RGZ Bd. 90 S. 173 [Urt. vom 24. Apr. 1917];
RGZ Bd. 159 S. 25 [Beschl. vom 8. Dez. 1938];
RGZ Bd. 170 S. 186 [Beschl. vom 1. Dez. 1942];
 - 4) RG DR 1943 A S. 249 [Urt. vom 5. Nov. 1942];
 - 5) Nachweise in den Gründen des vorbezeichneten Urteils;

Der Bundesgerichtshof endlich hält im Grundsatz daran fest, dass eine Berichtigung des Urteils den Lauf der Rechtsmittelfristen unberührt lasse (1).

Eine Ausnahme lässt der Bundesgerichtshof indes in den Fällen gelten, in denen erst aus der Berichtigung des Urteilstenors hervorgehe, dass eine Partei durch das ergangene Urteil beschwert sei (2), in denen die Beschwer der Partei nach der berichtigten Fassung erheblich grösser sei (3), oder in denen erst nach der berichtigten Fassung des Urteils ein Rechtsmittel möglich sei (4). In derartigen Fällen soll nach Auffassung des Bundesgerichtshofes der Lauf der Rechtsmittelfrist erst mit der Zustellung des Berichtigungsbeschlusses beginnen. Die Auffassung, die Interessen der beschwerten Partei seien durch die Möglichkeit eines Wiedereinsetzungsantrags hinreichend gewahrt, lehnt der Bundesgerichtshof (5) mit dem Hinweis auf die [zu] kurze Antragsfrist [§ 234 Abs.1 ZPO] und den Umstand ab, dass die Partei mit Ablauf der Jahresfrist [§ 234 Abs.3 ZPO] "endgültig rechtlos gestellt" werde.

- b) Nach Auffassung des überwiegenden Teils der älteren Literatur (6) übt die Urteilsberichtigung keinen

-
- 1) BGHZ Bd. 17 S. 149 [Beschl. vom 23. Apr. 1955];
BGH VersR 1966 S. 956 [Beschl. vom 30. Juni 1966];
BGH MDR 1970 S. 757 [Urt. vom 20. Mai 1970];
 - 2) BGHZ Bd. 17 S. 149 [Beschl. vom 23. Apr. 1955];
 - 3) BGH VersR 1966 S. 956 [Beschl. vom 30. Juni 1966];
 - 4) BGH VersR 1966 S. 956 [Beschl. vom 30. Juni 1966];
 - 5) BGHZ Bd. 17 S. 149 [Beschl. vom 23. Apr. 1955];
 - 6) Endemann, ZPO § 290 [a.F.] Anm. III;
Fürster-Kann, ZPO § 319 Anm. 6;
Freudenthal-Sauerländer, ZPO § 319 Anm. 5;
Gaupp-Stein, ZPO § 319 Anm. II;
Petersen-Anger, ZPO § 319 Anm. 4;
Seuffert, ZPO § 290 [a.F.] Anm. 3 b;
Struckmann-Koch, ZPO § 290 [a.F.] Anm. 5;
Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. B II;

Einfluss auf den Lauf der Rechtsmittelfrist aus ; letztere werde vielmehr durch die Zustellung des unberichtigten Urteils eröffnet. Förster-Kann (1) will dies ausdrücklich auch für den Fall verstanden wissen, dass die Partei erst durch das Urteil in seiner berichtigten Gestalt beschwert werde, und verweist auf die Möglichkeit der Wiedereinsetzung [§ 233 ZPO], die im übrigen auch von Kleinschmidt (2) als durchaus taugliches Mittel, vorkommende Härten auszugleichen, bezeichnet wird.

Der vorstehenden Auffassung folgt neuerdings E. Osterloh (3) mit der Begründung, lasse man die Berichtigung nur wirklich "offenbarer" Versehen zu, so könne die betroffene Partei "den Sinn des Urteils gar nicht missverstehen." Ein echtes Bedürfnis, Rechtsmittelfristen erst mit der Zustellung des Berichtigungsbeschlusses in Lauf zu setzen, sei dann nicht anzuerkennen.

Die jüngere Literatur dagegen folgt fast einhellig der Auffassung, dass der Lauf der Rechtsmittelfristen durch den Berichtigungsbeschluss zwar im allgemeinen nicht berührt werde, etwas anderes aber gelten müsse, wenn das Urteil in der zugestellten Fassung nicht klar genug gewesen sei, um die Grundlage für die Entschliessungen der Parteien zu bilden. In derartigen Fällen laufe die Frist erst von der Zustellung des Berichtigungsbeschlusses an (4).

1) ZPO § 319 Anm. 6;

2) S. 132;

3) S. 90;

4) In diesem Sinne vor allem Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. III 2 ; vgl. ferner Zöllner-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 4 d ; Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 60 I 3 a [S. 285]; Schumann, Fehlurteil, in: Festschrift für Eduard Bötticher S. 292 Fussn. 15;

2. Im Verwaltungsprozess ist die Beurteilung der Streitfrage ähnlich umstritten.

- a) In einer im Jahre 1910 ergangenen Entscheidung führte das Preussische Obergerverwaltungsgericht (1) aus, so - weit der Empfänger durch die Zustellung des unberichtigten Urteils vollständig über die Sach- und Rechtslage unterrichtet und dadurch in Stand gesetzt worden sei, sich über die Frage der Rechtsmittelinlegung schlüssig zu werden, liege kein Grund vor, ihm "mit der Zustellung des berichtigten Urteils von neuem die Rechtsmittelfrist zu gewähren." Stelle dagegen die Berichtigung die Frage der Rechtsmittelinlegung auf eine "ganz neue Grundlage", so erscheine die Zustellung des berichtigten Urteils erforderlich, um die Rechtsmittelfrist in Lauf zu setzen.

In einer wenig später ergangenen Entscheidung (2) dagegen führte das Preussische Obergerverwaltungsgericht, ohne im vorstehenden Sinne zu differenzieren, aus, im Hinblick auf die rückwirkende Kraft der Berichtigung laufe "die Frist zur Einlegung des Rechtsmittels von der vor der Berichtigung erfolgten Zustellung der Entscheidung an."

Das Bundesverwaltungsgericht (3) dagegen vertritt die Auffassung, dass der Berichtigungsbeschluss eine neue

-
- 1) DJZ 1911 Sp. 542 [Entsch. vom 23. Juni 1910];

Ähnliche Ausführungen finden sich in einer Entscheidung des BAH vom 20. Dez. 1929 [BAH Bd. 73 S. 106] ["Ist nach dem entscheidenden Teil des Urteils Verurteilung nach Antrag erfolgt und wird das Urteil dem - nächst dahin berichtet, dass die Klage abzuweisen ist, so läuft die Berufungsfrist erst von der Zustellung der berichtigten Entscheidung an"];

- 2) PROVGE Bd. 64 S. 578 [Beschl. vom 17. Juni 1913];
im Ergebnis ebenso: BAH Bd. 68 S. 31 [Urt. vom 25. Febr. 1928];
- 3) RdL 1966 S. 251 [Beschl. vom 7. Apr. 1966];

Rechtsmittelfrist ausnahmsweise dann eröffne, wenn das unberichtigte Urteil keine hinreichend klare Grundlage für die Entschliessungen des Rechtsmittelführers gebildet habe.

- b) Die ältere Literatur (1) folgt der Auffassung, dass der Berichtigungsbeschluss den Lauf der Rechtsmittelfristen unberührt lasse. In diesem Sinne dürften auch die dunklen Ausführungen Eyermann-Fröhlers (2) zu deuten sein.

Die neuere Literatur (3) dagegen ist überwiegend der Meinung, dass der Berichtigungsbeschluss den Lauf der Rechtsmittelfristen zwar grundsätzlich unberührt lasse, ein anderes aber gelten müsse, wenn erst das berichtigte Urteil die Beschwer eines Beteiligten erkennen lasse. Im letzteren Falle beginne der Lauf der Rechtsmittelfrist mit der Zustellung des Berichtigungsbeschlusses.

-
- 1) Friedrichs, LVerwG § 79 Anm. 10 [S.194];
Klinger, VGG § 79 Anm. B 2 ;
van de Sandt, VGG § 79 Anm. 1;
v.Werder-Labs-Ortmann, VGG § 79 Anm. I;
- 2) VwGO § 118 Rdnr. 6 ["Die Berichtigung gibt kein neues Rechtsmittel, sie beeinflusst auch nicht das alte Rechtsmittel"];
- 3) Klinger, VwGO § 118 Anm. C 5 ;
Koehler, VwGO § 118 Anm. IV 4 ;
Kopp, VwGO § 118 Anm. 4 ;
Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 7;
Schunck-De Clerck, VwGO § 118 Anm. 2 b ;

3. In der finanzprozessualen Literatur sind die Auffassungen geteilt:

Becker-Riewald-Koch (1), Ziemer-Birkholz (2), Ziemer-Haarmann (3) und wohl auch Mittelbach (4) räumen der Berichtigung des finanzgerichtlichen Urteils keinen Einfluss auf den Lauf der Rechtsmittelfrist ein. Vielmehr komme Wiedereinsetzung [§ 56 FGO] in Betracht, wenn die Rechtsmittelfrist zur Zeit der Berichtigung bereits verstrichen sei (5).

Dagegen wird nach Auffassung von Hübschmann-v.Wallis-List (6), Maeder-Mittelsteiner (7) und Tipke-Kruse (8) in Fällen, in denen erst aus der berichtigten Fassung des Urteils die Beschwer eines Beteiligten hervorgeht, mit der Zustellung des Berichtigungsbeschlusses eine neue Rechtsmittelfrist in Lauf gesetzt.

Von Seiten der Rechtsprechung liegt, soweit ersichtlich, bislang keine Stellungnahme vor.

4. Im Sozialgerichtsprozess vertrat das Reichsversicherungsamt in ständiger Rechtsprechung (9) die Auffassung,

1) FGO § 107 Anm. 1 (6);

2) FGO § 107 Rdnr. 8;

3) S. 430 [Rdnr. 4213];

4) DStR 1968 S. 276;

5) In diesem Sinne äussern sich Becker-Riewald-Koch [s.o. Fussn.1] und Mittelbach [s.o. Fussn.4];

6) FGO § 107 Rdnr. 9;

7) FGO § 107 Anm. II 4 ;

8) FGO § 107 Rdnr. 2;

9) RVA AN 1892 Nr. 1178 (S.329); [Rekursentscheid vom 9. Mai 1892];

RVA AN 1893 Nr. 227 (S.70); [Urt. vom 23. Jan. 1893];

RVA AN 1909 Nr. 1426 (S.523); [Revisionsentscheidung vom 8. Okt. 1908];

das Berichtigungsverfahren sei nicht geeignet, eine neue Rechtsmittelfrist in Lauf zu setzen. Zur Begründung führte das Reichsversicherungsamt aus (1), bei Zugrundelegung der gegenteiligen Ansicht würde das Gericht, da es "offenbare Unrichtigkeiten" jederzeit auch von Amts wegen zu berichtigen befugt und verpflichtet sei, in der Lage sein, durch eine nach Ablauf der Rechtsmittelfrist erfolgende Korrektur das rechtskräftige Urteil aufs neue der Anfechtung durch die eine Partei zum Nachteil der anderen freizugeben. Dies aber könne "nicht zugelassen werden."

Das Bundessozialgericht hält im Grundsatz an der Auffassung des Reichsversicherungsamtes fest. Ausnahmsweise allerdings soll die Berichtigung eine neue Rechtsmittelfrist eröffnen, wenn erst das berichtigte Urteil klar genug ist, um eine Grundlage für die Entschliessung der Beteiligten über das Rechtsmittel zu bilden (2), oder wenn durch die Berichtigung das Urteil überhaupt erst rechtsmittelfähig wird (3).

In der Literatur sind die Auffassungen geteilt.

Während Miesbach-Ankenbrank (4) sich auf die Feststellung beschränkt, dass die Zustellung des Berichtigungsbeschlusses keine neue Rechtsmittelfrist eröffne, wollen

1) AN 1892 Nr. 1178 (S. 329); [Rekursentscheid vom 9. Mai 1892];

2) BSG MDR 1966 S. 365 [Beschl. vom 23. Dez. 1965];
im gleichen Sinne äussert sich die wenig eingehende,
auf BGHZ Bd. 17 S. 149 Bezug nehmende Entscheidung des
BayLSG Breith. 1960 S. 652 [Beschl. vom 10. Dez. 1959];

3) BSG SozR SGG § 138 Da 1 Nr.1 [Urt. vom 24. Mai 1955];

4) SGG § 138 Anm. 6 ;

Meilwitz (1), Peters-Sautter-Wolff (2) und Schraft (3) eine Ausnahme dann gelten lassen, wenn das Urteil erst durch die Berichtigung klar genug werde, um eine Entschliessung der Beteiligten über das Rechtsmittel zu ermöglichen, oder wenn durch sie das Urteil erst die Rechtsmittelfähigkeit erlange (4).

1) SGG § 138 Rdnr. 12;

2) SGG § 138 Anm. 2;

3) SGG § 138 Anm. 2;

4) Diese Ausnahme wird nur von Peters-Sautter-Wolff [s.o. Fussn. 2] und Schraft [s.o. Fussn. 3] angeführt;

- II. Die Auffassung, in Ausnahmefällen setze erst die Zustellung des Berichtigungsbeschlusses die [ordentlichen] Rechtsmittelfristen in Lauf, kann nicht überzeugen.

Die Rechtsmittelvorschriften (1) knüpfen den Lauf der Beru-
fungs- und Revisionsfrist grundsätzlich an die Zustellung
des Urteils, ausnahmsweise (2) an die des Zulassungsbe-
schlusses. Abweichende, an die Zustellung des Berichtigungs-
beschlusses anknüpfende Regelungen fehlen; § 517 ZPO (3)
regelt nur den Fall der Urteilsergänzung, Wortlaut und Sinn
dieser Vorschrift legen den Umkehrschluss näher als ihre
gesetzesanaloge Anwendung (4).

Indes gilt (5) die Rechtsprechung auch als zur Umbildung ei-
ner gesetzlichen Regelung befugt, wenn anders ein als "unab-
weisbar" empfundenes Bedürfnis des Verkehrs nicht befriedigt
werden kann, der "Rechtsnotstand" darüber hinaus "evident"
und anders nicht zu beheben ist.

Diesen Voraussetzungen werden die von Literatur und Recht -
sprechung angeführten Ausnahmefälle indes nicht gerecht:

1) Vgl. §§ 516, 552 ZPO, 124 Abs.2, 139 Abs.1 VwGO, 120 Abs.
1 FGO, 151 Abs.1, 164 Abs.1 SGG ;

2) Vgl. §§ 139 Abs.1 VwGO, 120 Abs.1 FGO;

3) Die Vorschrift des § 517 ZPO findet im Verwaltungsprozess
[vgl. Baumbach-Lauterbach, ZPO § 517 Anm. 3] und im Fi-
nanzprozess [vgl. Ziemer-Birkholz, FGO § 155 Rdnr. 8]
entsprechende Anwendung;

4) Zhr., wie hier im Ergebnis Baumbach-Lauterbach, ZPO § 517
Anm. 2 B;

eigenartigerweise stellen weder Literatur noch Rechtspre-
chung eine analoge Anwendung des § 517 ZPO zur Diskussion;
eine solche Analogie ist [m.E.] im Ergebnis zwar abzuleh-
nen; sie liegt aber näher als die von Lit. und Rspr. be-
triebene "Rechtsfortbildung" [s.o.];

5) Vgl. Larenz, Methodenlehre S. 401;
ob diese - im Blick auf Art. 20 Abs.3 GG nicht bedenken -
freie - Auffassung zutrifft, kann im Ergebnis offenblei-
ben;

1. Die Auffassung, die Korrektur eines Urteils, das in der zugestellten Fassung "nicht klar genug" ist, am die Grundlage für die Entschliessungen der Parteien zu bilden, setze die Rechtsmittelfrist in Lauf, ist schon im Ansatz verfehlt. "Unklare" Urteile sind nicht Gegenstand des Berichtigungsverfahrens (1). Der Berichtigung zugänglich sind nach hier vertretener Auffassung allein Urteile, deren "Unrichtigkeit" dem "objektiven Betrachter" zweifelsfrei erkennbar ist. Solche Urteile aber bilden stets eine hinreichende Grundlage für die Entschliessungen der Parteien (2).

2. Die Auffassung, die Berichtigung setze in Fällen, in denen erst nach der berichtigten Fassung des Urteils ein Rechtsmittel möglich sei, die Rechtsmittelfrist in Lauf, spricht einmal die Fallgestaltungen an, in denen das ["fehlerhafte"] Urteil keinen oder einen "unrichtigen" Ausspruch über die Rechtsmittelzulassung enthält. Solche Fallgestaltungen lassen, wie ich in früherem Zusammenhang (3) ausgeführt habe, eine Berichtigung des Urteils nicht zu (4). Schon deshalb bleibt der Lauf der Rechtsmittelfristen unberührt.

Angesprochen sind ferner die Fälle, in denen der Streitwert (5) im Urteil versehentlich zu niedrig festgesetzt oder die Festsetzung überhaupt unterblieben ist. Die einen

1) Vgl. S. 12 d.A.;

2) Insoweit zutreffend führt bereits E. Osterloh [S. 90] aus, den "Sinn" eines "offenbar unrichtigen" Urteils könne die betroffene Partei gar nicht missverstehen;

3) Vgl. S. 164 d.A.;

4) Enthält das Urteil keinen Ausspruch, so fehlt die "Offenbarkeit" des Versehens; erschliesst sich die Zulassung aus den Gründen des Urteils, so ist sie wirksam, eine Berichtigung mithin überflüssig, d.h., unzulässig;

5) Die Urteilserweiterung ist für die Rechtsmittelfähigkeit der Urteile der Arbeitsgerichte, der Landesarbeitsgerichte und der Finanzgerichte bedeutsam [vgl. §§ 64 Abs.1, 72 Abs.1 S.4 ArbGG, 115 Abs.1 FGO];

unterstellt die herrschende (1), die anderen die überwie - gende (2) Meinung dem Berichtigungsverfahren. Beide Auf - fassungen sind verfehlt. Urteile enthalten regelmässig nur die ["fehlerhafte"] Streitwertfestsetzung selbst; Hinweise, wie das Gericht zu der von ihm eingesetzten Summe gelangt ist, fehlen. Von einem "offenbaren" Versehen kann in derar - tigen Fällen keine Rede sein. Fehlt die Festsetzung im Ur - teil, so lässt sich weder der Entscheidung selbst noch dem Verkündungsprotokoll entnehmen, ob das Gericht [in gehei - mer Beratung und Beschlussfassung!] über die Festsetzung entschieden, eine solche [rechtsirrtümlich] nicht für ge - boten gehalten oder dieselbe schlicht vergessen hat. Auch hier scheidet [mangels "Offenbarkeit"] des Versehens] eine Korrektur des Urteils aus. Der Lauf der Rechtsmittelfristen bleibt deshalb - in beiden Fällen - unberührt.

3. Endlich begründen auch solche Fälle, in denen erst die be - richtigte Urteilsfassung die "Beschwer" einer Partei [bzw. eines Beteiligten] erschliesst oder vergrössert, kein "un - abweisbares Bedürfnis" nach einer Gesetzeskorrektur.

-
- 1) Dersch-Volkmar, ArbGG § 61 Rdnr. 32;
Dietz-Nikisch, ArbGG § 61 Rdnr. 20;
Bleistein, JuS 1969 S. 584 Fussn. 9;
Savaète, AuR 1962 S. 266;
Stückrath, RdA 1961 S. 106;

BAGE Bd. 12 S. 8 [Urt. vom 3. Nov. 1961];
BAG NJW 1967 S. 1439 [Urt. vom 23. Febr. 1967];

- 2) Dersch-Volkmar, ArbGG § 61 Rdnr. 32;
Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. VII 2;
Stückrath, RdA 1961 S. 106;

RAGE Bd. 1 S. 5 [Beschl. vom 18. Okt. 1927];
RAGE Bd. 14 S. 33 [Urt. vom 25. Apr. 1934];

abw. Savaète, AuR 1962 S. 266;

Beschwert ist der Kläger, wenn das angefochtene Urteil ihm etwas versagt, was er in erster Instanz beantragt hatte [sog. formelle Beschwer] (1). Die Beschwer "errechnet" sich aus dem Vergleich zwischen dem in erster Instanz gestellten Antrag des Klägers und dem rechtskraftfähigen (2) Inhalt der Entscheidung; letzterer wiederum erschliesst sich aus dem Urteilstenor in seiner aus den "tragenden" (3) Gründen der Entscheidung ersichtlichen Einordnung (4). Der Beklagte ist beschwert, soweit der rechtskraftfähige Inhalt der Entscheidung für ihn nachteilig ist [sog. materielle Beschwer].

Diese Begriffsbestimmung erhellt, dass nur solche Fehler, die den Inhalt des Urteilsausspruchs berühren, Einfluss auf die "Beschwer" einer Partei [eines Beteiligten] nehmen können. Aus dieser Gruppe wiederum scheiden solche Fehler aus, die sich in Gestalt eines klageabweisenden Tenors niederschlagen oder sich als "offenbare" Auslassungen darstellen; in beiden Fällen kann und muss der ["feh-

-
- 1) Stein-Jonas-Grunsky, ZPO Allg.Einl. V 1 a vor § 511; Eyermann-Fröhler, VwGO § 124 Rdnr. 4; Ziemer-Haarmann S. 467 [Rdnr. 4358]; Mellwitz, SGG § 160 Rdnr. 9;

vgl. im übrigen die eingehenden Literaturnachweise bei Gilles, Rechtsmittel S. 31 Fussn. 28;

- 2) Gilles, Rechtsmittel S. 170; Blomeyer, Lehrb. § 97 II [S. 513];
- 3) Vgl. Schwab, Bedeutung der Entscheidungsgründe, in: Festschrift für Eduard Bötticher S. 340;
- 4) Vgl. Ziemer-Haarmann S. 467 [Rdnr. 4360], der ausführt, zur Ermittlung der "Beschwer" sei "erforderlichenfalls auch die Urteilsbegründung heranzuziehen";

an dieser Stelle zeigt sich im übrigen die von Zeuner [Grenzen der Rechtskraft S. 174 f.] gelegnete Bedeutung der Lehre von der "Rechtskraft der Entscheidungsgründe" für die Bestimmung der "Beschwer" [zutreffend: Gilles, Rechtsmittel S. 22 f.];

lerhafte"] Tenor nach Massgabe der Entscheidungsgründe interpretiert werden und wird eine "Beschwer" der Partei schon durch das "fehlerhafte" Urteil, nicht erst durch seine berichtigte Fassung begründet.

Im Sinne der eingangs bezeichneten Auffassung bedeutsam sind deshalb allein die Fälle, in denen sich die "Unrichtigkeit" des Tenors nicht aus dem Inhalt des Urteils selbst, insbesondere nicht aus den "tragenden" Gründen der Entscheidung, sondern aus anderen [zulässigen] Erkenntnisquellen erschliesst. Hier begründet [oder erhöht] tatsächlich erst die berichtigte Fassung des Urteils die "Beschwer" des Prozessbeteiligten.

Gleichwohl ist das "unabweisbare Bedürfnis" des Verkehrs, den Beginn der Rechtsmittelfrist an die Zustellung des Berichtigungsbeschlusses zu knüpfen, auch in solchen Fällen zu verneinen. Es ist Sache dessen, der durch das korrekt gefasste Urteil "beschwert" [oder in erhöhtem Masse "beschwert"] sein würde, fristgerecht das [statthafte] Rechtsmittel einzulegen und in der Begründung hervorzuheben, dass der Tenor des angefochtenen Urteils korrekturbedürftig sei. Das Rechtsmittelgericht (1) wird diese Korrektur [mit rückwirkender Kraft] vornehmen, um alsdann über das [zulässige] Rechtsmittel zu entscheiden (2).

1) Näheres zur Befugnis des Rechtsmittelgerichts, die angefochtene Entscheidung zu korrigieren, später [S. 246 ff.];

2) Nicht zu verkennen ist allerdings, dass die zunehmende Kompliziertheit der Rechtsgeschäfte, die insbesondere den auf steuerrechtlichem und sozialversicherungsrechtlichem Gebiet ergehenden Urteilen zugrunde liegen, im Einzel - fall den Rechtsmittelführer an der Erkenntnis des [zwar dem "objektiven Betrachter", nicht aber dem Rechtsmittelführer "offenbaren"] Fehlers und damit an der Einhaltung der Rechtsmittelfrist hindern kann. In derartigen Fällen muss durch Wiedereinsetzung [§§ 56 FGO, 67 SGG] geholfen werden. Dem Hinweis des Bundesgerichtshofes [BGHZ Bd. 17 S. 149 - Beschl. vom 23. Apr. 1955 -], der Betroffene werde nach Jahresfrist [§§ 234 Abs. 3 ZPO, 56 Abs. 3 FGO, 67 Abs. 3 SGG] rechtlos gestellt, ist entgegenzuhalten, dass auch die Verwirkung des Berichtigungsanspruchs den Betroffenen "rechtlos" stellt, ein solcher Vorgang dem Prozessrecht also nicht fremd ist;

D. Die Abhängigkeit des Berichtigungsbeschlusses vom Schicksal der Hauptentscheidung

Nur selten äussern sich Literatur und Rechtsprechung zur Frage der Selbständigkeit oder Abhängigkeit des Berichtigungsbeschlusses gegenüber der berichtigten Entscheidung. Vereinzelt (1) wird dem Beschluss die "sachliche Selbständigkeit" mit der Begründung abgesprochen, er stelle "nur den wahren Inhalt des vorher erlassenen Urteils fest." An anderer Stelle (2) wird ausgeführt, der Beschluss stelle sich seinem Inhalt nach als "Teil" des Urteils dar, da er "dem Urteil erst seinen wahren Inhalt gebe."

Richtig ist folgendes:

Der Berichtigungsbeschluss ist kein Teil der berichtigten Entscheidung. Dies folgt schon aus seiner selbständigen Anfechtbarkeit. Im übrigen wird der Beschluss zwar "auf dem Urteil vermerkt" (3); das Urteil aber ist mit dem Vollzug der Unterschriften derjenigen [Berufs-]Richter, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, abgeschlossen. Spätere, dem fertigen Urteil nachgefügte, ggfs. von ganz anderen Richtern erlassene berichtigende Beschlüsse können nicht als Teil der Entscheidung gelten.

Jedoch steht der Beschluss zweifelsfrei in einem besonderen, in der Natur der Sache begründeten Abhängigkeitsverhältnis zu der berichtigten Entscheidung. Der Beschluss dient ausschliesslich dazu, Flüchtigkeitsfehler der [Haupt-]Entscheidung zu beheben. Eine weitergehende Bedeutung kommt ihm nicht zu. Der Beschluss teilt deshalb das rechtliche Schicksal der [Haupt-]Entscheidung; er wird mit der Aufhebung der letzteren gegenstandslos (4), gleichgültig, ob seine Beseitigung ausgesprochen wird oder nicht.

1) Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 10;

vgl. ferner das Urt. des BSG [SozR Da 28 Nr. 48 zu § 77 SGG] vom 9. Sept. 1965, das sich allerdings mit der Korrektur von Rentenbescheiden befasst;

2) Steinberg S. 24;

Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 60 I 3 a [S. 285];

3) Näheres später [S. 271 d.A.];

4) Wie hier allein Nussbaum [S.62] und Kopp [VwGO § 118 Anm.4];

E. Die Berichtigung als "Spruchrichtertätigkeit" im Sinne des
§ 839 Abs. 2 BGB

1. Wird ein Urteil durch einen fehlerhaften, aber wirksamen Berichtigungsbeschluss korrigiert, so stellt sich für den Betroffenen mit der Rechtskraft dieses Beschlusses die Frage der Amtshaftungsklage [§ 839 BGB] (1).

Dabei stellt sich weniger das Problem der Amtspflichtverletzung; die Berichtigung gehört, soweit sie notwendig ist, zur richterlichen Amtspflicht (2). Fraglich ist vielmehr, ob dem Richter, der den fehlerhaften Beschluss erlassen hat, die Haftungsbeschränkung des § 839 Abs. 2 S. 1 BGB zugute kommt.

Diese Haftungsbeschränkung gilt für solche Pflichtverletzungen, die "bei dem Urteil in einer Rechtssache" begangen werden. Die Berichtigung erfolgt in Beschlussform. Gleichwohl hat das Reichsgericht (3) das Eingreifen der Haftungsbeschränkung mit der Begründung bejaht, nicht die Form, sondern der sachliche Inhalt der Amtstätigkeit entscheide, ob sie eine solche "bei dem Urteil" sei. Der Berichtigungsbeschluss habe gerade die besondere Natur einer Amtstätigkeit "bei dem Urteil", da er der sachlichen Selbständigkeit entbehre und nur die Feststellung des vom Richter ursprünglich beabsichtigten, nur aus Versehen in anderer Fassung verlautbarten Erkenntnisses enthalte. Dieser Auffassung ist das Reichsgericht auch später (4) treu geblieben. Andere Entscheidungen sind nicht bekannt geworden .

Die Literatur folgt im Wesentlichen (5) der Auffassung des Reichsgerichts. Nur Wieczorek (6) betont, der Rechtsprechung

1) Diese Frage hat für alle hier untersuchten Prozessordnungen Bedeutung [vgl. Erman-Drees, BGB § 839 Rdnr. 82];

2) Wilowski-Levy, ZPO § 290 [a.F.] Anm. 2;
 Ziemer-Haarmann S. 429 [Rdnr. 4205];

3) RGZ Bd. 90 S. 228 (Urt. vom 15. Mai 1917);

4) RGZ Bd. 116 S. 90 ff., 93 (Urt. vom 8. Febr. 1927);

5) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 3 B;
 Sydow-Busch-Krantz, ZPO § 319 Anm. 5;
 E. Osterloh S. 99;
 Steinberg S. 26;

6) ZPO § 319 Rdnr. E II b ;

könne nicht darin gefolgt werden, dass sie den Berichtigungsbeschluss wie ein Urteil im Sinne des § 839 Abs.2 BGB behandle; dies sei er gerade nicht.

2. Der h.M. ist im Ergebnis zuzustimmen. Die Haftungsbeschränkung des § 839 Abs.2 BGB kommt auch dem Richter, der einen Berichtigungsbeschluss erlässt, zugute.

Dies lässt sich zwar nicht damit begründen, dass der Berichtigungsbeschluss "Bestandteil des Urteils" sei (1). Denn der Beschluss ist nach hier vertretener Auffassung zwar vom Schicksal der [Haupt-]Entscheidung abhängig, im übrigen aber selbständig.

Nicht halten lässt sich auch die Begründung, dass der Berichtigungsbeschluss dem Urteil "wesensgleich" sei, also zu den urteilsvertretenden Erkenntnissen (2) gehöre. Dazu zählen solche Entscheidungen, die unter den für ein Urteil wesentlichen Voraussetzungen, insbesondere nach notwendiger vorheriger Anhörung der Beteiligten erlassen worden sind (3). Die Gewährung rechtlichen Gehörs aber schreiben die Berichtungsnormen selbst nicht vor. Auch aus Art. 103 Abs.1 GG lässt sich die Notwendigkeit einer Anhörung der von der Berichtigung Betroffenen nicht in jedem Falle herleiten (4).

Indes erfasst der Geltungsbereich des § 839 Abs.2 BGB alle Pflichtverletzungen, die "bei" dem Urteil, nicht nur solche, die "durch" das Urteil begangen werden. Daraus folgert die herrschende, hier als richtig zu unterstellende Meinung (5), es sei nicht erforderlich, dass die Pflichtverletzung gerade in dem Urteil als solchem, d.h. in der Sachentscheidung selbst liege; vielmehr nähmen auch alle übrigen Massnahmen, die darauf gerichtet seien, die Grundlagen für die Sachentscheidung zu gewinnen, an der Privilegierung teil.

1) In diesem Sinne Palandt-Thomas, BGB § 839 Anm. 8 b;

2) Vgl. Soergel-Siebert-Glaser, BGB § 839 Rdnr. 229;

3) BGHZ Bd. 36 S. 379 [Urt. vom 19. Febr. 1962];
BGHZ Bd. 46 S. 106 [Urt. vom 19. Sept. 1966];

4) Näheres später [S. 262 ff. d.A.];

5) Vgl. Erman-Drees, BGB § 839 Rdnr. 86;

Mit der gleichen Berechtigung aber muss die Haftungsvergünstigung Massnahmen zuteil werden, die - wenn auch nach Urteilserlass getroffen - der Richtigstellung des Urteilsinhalts dienen. Massnahmen der von der h.M. erwähnten Art sind bereits, Massnahmen der letztgenannten Art sind noch dem Bereich richterlicher Erkenntnis - und nicht dem Vollstreckungsbereich (1) - zuzuordnen. Beide ergehen "bei dem Urteil in einer Rechtssache"; auf beide findet § 839 Abs.2 BGB Anwendung.

1) Auf die Unterscheidung, ob eine Massnahme dem "Erkenntnisbereich" oder dem "Vollstreckungsbereich" zuzurechnen sei, hat die Rspr. im Zusammenhang mit § 839 Abs. 2 BGB wiederholt abgestellt [vgl. die Nachweise bei Soergel - Siebert-Glaser, BGB § 839 Rdnr. 228];

F. Auswirkungen der Berichtigung auf die Vollstreckung aus dem
berichtigten Titel

I. Für den Zivilprozess gilt nach einhelliger Auffassung (1) der Satz, dass die Zwangsvollstreckung [§§ 704 ff. ZPO] nur aus der berichtigten Fassung des Urteils (2) statt - findet. Daran kann angesichts der "rückwirkenden" Kraft der Berichtigung kein Zweifel bestehen. Im Hinblick auf diese "Rückwirkung" dürfte sogar Vollstreckungsakten, die vor Berichtigung des Urteils im Sinne der richtigen Fassung des Titels durchgeführt werden, die Gesetzmässigkeit nicht abzusprechen sein (3).

Die Aufhebung einer - sich im Lichte der berichtigten Fassung des Urteils als unberechtigt erweisenden - Vollstreckungsmassnahme kann der Schuldner im Wege der Vollstreckungserinnerung [§ 766 ZPO] betreiben (4). Ihm steht darüber hinaus entsprechend § 717 Abs.2 S.1 ZPO ein mate-

1) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 3 B ["ZwV nur aus dem berichtigten Urteil"];

Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. III 1 ["Der berichtigte Text des Urteils erscheint als der von Anfang an gültige, daher auch für die Zwangsvollstreckung massgebende"];

Thomas-Putzo, ZPO § 319 Anm. 4 ["ZwVollstr. nur aus der berichtigten Fassung"];

Zöller-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 4 d ["Ab Erlass des Berichtigungsbeschlusses kann die Zwangsvollstreckung nur nach Massgabe der berichtigten Fassung des Urteils betrieben werden"];

vgl. ferner LG Dresden SächsArch. 1916 S. 146 [Beschl. vom 9. Aug. 1915];

2) Vollstreckungstitel ist also nicht etwa der Berichtigungsbeschluss [RG JW 1891 S. 7 - Entsch. vom 22. Nov. 1890 -];

3) Richtig RG JW 1891 S.7 [Entsch. vom 22. Nov. 1890];

4) H.M.; vgl. Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. III 1;

Thomas-Putzo, ZPO § 319 Anm. 4;

Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. E II;

Zöller-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 4 d;

OLG Dresden Rspr. Bd.16 S.288 [Beschl. vom 6. Sept. 1907];

riell-rechtlicher Anspruch auf Schadensersatz zu (1), der allerdings nicht durch einfachen Inzidentantrag [§ 717 Abs.2 S.2 ZPO] (2), sondern nur im Wege der Klage im gewöhnlichen Verfahren verfolgt werden kann (3).

- II. Im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess folgt die Vollstreckung gegen die öffentliche Hand den Vorschriften der §§ 704 ff. ZPO (4). Grundsätzliche Unterschiede gegenüber dem zum Zivilprozess Ausgeführten sind deshalb nicht anzuerkennen (5).

Die Vollstreckung zugunsten der öffentlichen Hand folgt im Verwaltungs- und Sozialgerichtsprozess (6) dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz vom 27. Apr. 1953 [BGBl. I S. 157], das mit § 5 Abs.1 hinsichtlich der anzuwendenden Vollstreckungsvorschriften auf die §§ 325 ff. AbgO ver-

1) Vgl. die eingehenden, auf den Untersuchungen Pechers [Schadensersatzansprüche aus ungerechtfertigter Vollstreckung, insbes. S. 188/189] beruhenden Ausführungen E. Osterlohs [S.98/99];

wie hier im übrigen Stein-Jonas-Münzberg, ZPO § 717 Anm. VI 3;

2) Gegen den Inzidentantrag im Berichtigungsverfahren spricht das Fehlen obligatorischer mündlicher Verhandlung [vgl. Stein-Jonas-Münzberg, ZPO § 717 Anm. VI 2] und der Umstand, dass die ausreichende Nachprüfbarkeit des Berichtigungsbeschlusses nicht in jedem Falle sichergestellt ist [näheres später] [S.275 ff. d.A.];

3) Abw. [ohne nähere Begründung] Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. E II ["Der unberechtigt beigetriebene Betrag ist im anhängigen Verfahren in entsprechender Anwendung des § 717 II verfolgbar"];

4) Vgl. §§ 167 Abs.1 S.1 VwGO, 151 Abs.1 S.1 FGO, 198 Abs.1 SGG;

5) Hinweise aus Literatur und Rechtsprechung fehlen. Dies mag an der geringen Bedeutung liegen, die der Vollstreckung gegen die öffentliche Hand in der Praxis zukommt [vgl. Ziemer-Birkholz, FGO § 151 Rdnr. 2];

6) Vgl. §§ 169 Abs.1 S.1 VwGO, 200 Abs.1 SGG;

weist, im Finanzprozess (1) unmittelbar den §§ 325 - 381 AbgO. Auch insoweit sind Unterschiede gegenüber dem zum Zivilprozess Ausgeführten nicht begründet: Hier wie dort sind durchgeführte Pfändungen [§ 343 S.1 AbgO] als Folge einer Titelkorrektur aufzuheben, sind abgeführte Versteigerungserlöse [§ 354 a Abs.2 AbgO] zurückzuerstatten (2). Eine dem § 717 Abs.2 S.2 ZPO entsprechende Vorschrift fehlt; die Rückforderung des ungerechtfertigt Beigetriebenen kann deshalb zweifelsfrei (3) nur durch besondere Klage verfolgt werden.

1) Vgl. § 150 S. 1 EGO ;

- 2) Vgl. Tipke-Kruse, AbgO § 354 a Rdnr. 2 [Bereicherungsanspruch auf Herausgabe des Erlöses gem. §§ 812, 816 BGB]; Tipke-Kruse [aaO] behandelt allerdings nur den Fall der Versteigerung einer schuldnerfremden Sache;
- 3) Für den Sozialgerichtsprozess folgt dies bereits aus § 198 Abs.2 SGG ["Die Vorschriften über die vorläufige Vollstreckbarkeit, den Arrest und die einstweilige Verfügung sind nicht anzuwenden"];

G. Das Problem der Bindung des Gerichts an grob fehlerhafte Berichtigungsbeschlüsse

I. Entwicklung und gegenwärtiger Stand von Rechtsprechung und Lehre

Die Tendenz von Rechtsprechung und Lehre, den Kreis korrigibler Versehen zum Nachteil der Rechtssicherheit auszu-
dehnen, findet ihr Gegenstück in der wachsenden Neigung
der Gerichte, grob fehlerhaften Berichtigungsbeschlüssen
die "Wirksamkeit", "Verbindlichkeit" oder "Beachtlichkeit"
abzusprechen.

1. Auf zivilprozessualen Gebiet lehnte es das Reichsgericht
anfangs (1) ab, Beschlüssen, welche die Grenzen zulässiger
Berichtigung überschritten, die Wirksamkeit abzuer-
kennen. Damit hielt sich das Reichsgericht im Rahmen
seiner sonstigen Rechtsprechung, die z.B. auch gesetzlo-
sen Wiedereinsetzungsbeschlüssen [§ 233 ZPO] die Rechts-
wirksamkeit nicht versagte (2).

Von der vorstehenden Auffassung rückte das Reichsgericht
später in Einzelfällen (3) ab. Die neuere Rechtsprechung

-
- 1) Vgl. RG JW 1888 S. 119 (Entsch. vom 22. Febr. 1888); [hier
führte das Reichsgericht aus, ein Beschluss, der die
Grenzen zulässiger Berichtigung überschreite, könne "mit
der sofortigen Beschwerde angefochten werden"];
vgl. ferner RGZ Bd. 110 S. 429 (Urt. vom 5. Mai 1925);
[hier führte das Reichsgericht aus, es müsse "mit dem be-
richtigten Urteil auch dann gerechnet werden, wenn der
Berichtigungsbeschluss in der geschehenen Art nicht erlas-
sen werden durfte"];
vgl. endlich RG LZ 1930 Sp. 658 (Urt. vom 3. Dez. 1929);
[hier führte das Reichsgericht aus, ob die "an sich flüs-
sigen Grenzen der Berichtigungsmöglichkeit eingehalten"
seien, könne nur auf sofortige Beschwerde hin geprüft
werden; an der "bindenden Wirkung" des Beschlusses ändere
seine Unanfechtbarkeit im Einzelfalle nichts];
 - 2) Vgl. RG JW 1922 S. 1392 (Urt. vom 24. Jan. 1922); ["Eine
vom Gericht prozesswidrig gewährte Wiedereinsetzung heilt
trotzdem die Fristversäumung und kann nicht nachher für
unwirksam erachtet werden"];
 - 3) RGZ Bd. 129 S. 155 (Urt. vom 28. Mai 1930);
RGZ Bd. 153 S. 252 (Urt. vom 20. Jan. 1937);
[auf beide Entscheidungen, die sich mit der Korrektur von
Zuschlagsbeschlüssen - §§ 79 ff. ZVG - befassen, wird
später einzugehen sein];

hat sie grundsätzlich aufgegeben: Als "unbeachtlich", "nicht verbindlich", "wirkunglos" oder "unwirksam" bezeichnet sie solche Beschlüsse, die einen nicht hinreichend "offenbaren" Fehler korrigieren (1), ferner solche Beschlüsse, die einen im Urteil bewusst unterlassenen Ausspruch im Wege der Berichtigung nachtragen (2),

-
- 1) BGHZ Bd. 20 S. 188 (Urt. vom 8. März 1956); ["nicht bindend"];
 BAG AP Nr. 2 zu § 319 ZPO (Urt. vom 22. Dez. 1955);
 BAG AP Nr. 4 zu §§ 319, 321 ZPO (Urt. vom 5. Mai 1960); ["unbeachtlich"];
 BAG AP Nr. 11 zu § 319 ZPO (Urt. vom 19. Mai 1960); ["nicht bindend"];
 BAG AP Nr. 15 zu § 319 ZPO (Urt. vom 4. Juni 1969); ["nicht bindend"];
 OLG Schleswig WM 1967 S. 834 (Beschl. vom 14. Juni 1967); ["wirkunglos"];
 LG Düsseldorf MDR 1957 S. 621 (Beschl. vom 3. Juni 1957); ["unbeachtlich"];

die Mehrzahl der angeführten Entscheidungen befasst sich mit dem Nachtrag einer im Urteil fehlenden Rechtsmittelzulassung [meist der Revision];

- 2) RG JW 1936 S. 102 (Beschl. vom 28. Okt. 1935) betr. die Ergänzung eines Urteils um eine ausweislich der Akten erst nach Urteilserlass beschlossene Rechtsmittelzulassung; ["unwirksam"];
- RAG JW 1929 S. 3103 (Urt. vom 13. Juli 1929) betr. die nachträgliche Zulassung der Revision in der erklärten Absicht, dem Kläger die Anfechtung eines als falsch erkannten Urteils zu ermöglichen; ["nicht verbindlich"];
- RAG JW 1931 S. 1291 (Urt. vom 21. Juni 1930) betr. die Nachholung einer bewusst unterlassenen Revisionszulassung; ["nicht bindend"];
- BAG AP Nr. 1 zu §§ 319, 321 ZPO (Beschl. vom 7. März 1955) betr. die Nachholung einer ausweislich der Gründe des Berichtigungsbeschlusses nicht beschlossenen Revisionszulassung; ["unbeachtlich"];
- BAG AP Nr. 3 zu § 319 ZPO (Urt. vom 13. Apr. 1955) betr. die Nachholung einer erst nach Urteilsverkündung beschlossenen Revisionszulassung; ["unwirksam"];

weiter solche Beschlüsse, die eine nachträgliche Parteiänderung herbeiführen (1). In Einzelfällen spricht die Rechtsprechung endlich rechtsmissbräuchlichen Berichtigungsbeschlüssen (2), Beschlüssen, die nicht in ausreichender Besetzung gefällt worden sind (3), und Beschlüssen, die einen Verstoss gegen § 308 Abs. 1 ZPO ["ne ultra petita"] beheben (4), die "Wirksamkeit" [bzw. "Beachtlichkeit"] ab.

In der Literatur erfährt die Auffassung der Rechtsprechung teils Zustimmung, teils Kritik (5) :

Bruns (6) betont, die Existenz des Urteils wirke Unabänderlichkeit für das erlassende Gericht; eine Negativwirkung, die allen auf "Abänderung" zielenden gerichtlichen Handlungen, soweit sie sich nicht in den Grenzen der §§ 319 ff. ZPO hielten, die "Beachtlichkeit" nehme. Ähnlich äussern sich Rosenberg-Schwab (7) und Wahle (8).

-
- 1) BGH Warn. 1969 Nr. 363 (Urt. vom 19. Dez. 1969); ["keine bindende Wirkung"];
 OLG München Rpfleger 1963 S. 302 (Urt. vom 14. Febr. 1963); ["wirkungslos"];
 LG Hamburg NJW 1956 S. 1761 (Beschl. vom 28. Juni 1956); ["nicht bindend"];
 LG Koblenz Rpfleger 1972 S. 458 (Beschl. vom 29. Aug. 1972); ["unbeachtlich"];
 - 2) OLG Hamm Rpfleger 1960 S. 298 (Beschl. vom 7. März 1960); [hier hatte das Kreisgericht in D. - DDR - einen auf "DM-Ost" lautenden Vollstreckungstitel in "DM-West" bekräftigt. Das OLG führte aus, der Beschluss "binde nicht", da ihm "jede gesetzliche Grundlage fehle"];
 - 3) LAG Hamburg AP 52 Nr. 189 (Urt. vom 17. Aug. 1951);
 - 4) OLG Köln NJW 1960 S. 1471 (Urt. vom 20. Nov. 1959); ["wirkungslos"];
 OLG Saarbrücken JBLSaar 1960 S. 132 (Urt. vom 10. Mai 1960); ["unbeachtlich"];
 - 5) Unrichtig deshalb Stein-Jonas-Schumann/Leipold [ZPO § 319 Anm. III 2], der behauptet, das Schrifttum habe die Auffassung der Rspr. "weitgehend gebilligt";
 - 6) Lehrb. § 42 II 1 [S. 385];
 - 7) Lehrb. § 60 I 3 a [S. 284];
 - 8) Anm. zu RG JW 1928 S. 709 in: JW 1928 S. 1222 [ders. bezeichnet urteilsändernde Beschlüsse als "absolut unwirksam"];

Bull (1) betont, gerade die "Rechtssicherheit" gebiete es, grob fehlerhafte Berichtigungsbeschlüsse durchweg als "unbeachtlich" und für die Vollstreckungsorgane "unverbindlich" zu behandeln. In neuerer Zeit hat sich auch Petermann (2) dieser Auffassung angeschlossen.

Diesen Äusserungen steht eine Vielzahl von Literaturbeiträgen gegenüber, die für die "Wirksamkeit" grob fehlerhafter Berichtigungsbeschlüsse eintreten (3).

Zur Begründung hebt ein Teil (4) dieser Beiträge hervor, das Wesen richterlicher "Bindung" bestehe gerade darin, dass sie auch die fehlerhafte Entscheidung decke. Andere (5) führen aus, die Vorschrift des § 319 Abs.3 ZPO

-
- 1) Rpfleger 1958 S. 245;
vgl. auch Bull, Abhandlungen S. 33;
 - 2) Rpfleger 1973 S. 156 ;
 - 3) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. III 2;
Goldschmidt, Zivilprozessrecht S. 162 Fussn. 40;
Kleinschmidt S. 137;
E. Osterloh S. 95;
Friedrichs, Anm. zu RG JW 1928 S. 709 in: JW 1928 S. 2131;
Friedenthal, Anm. zu RG JW 1929 S. 365 (Urt. vom 29. Nov. 1928);
Grunsky, Anm. zu BAG AP Nr. 15 zu § 319 ZPO (Urt. vom 4. Juni 1969);
Jonas, Anm. zu RAG JW 1931 S. 1291 (Urt. vom 21. Juni 1930) ;
ders., Anm. zu RG JW 1936 S. 102 (Beschl. vom 28. Okt. 1935);
Pohle, Anm. zu BAG AP Nr. 1 zu §§ 319, 321 ZPO (Beschl. vom 7. März 1955);
ders., Anm. zu BAG AP Nr.2 zu § 319 ZPO (Urt. vom 22. Dez. 1955);
Schumann, Anm. zu BAG AP Nr. 14 zu § 319 ZPO (Urt. vom 9. März 1968);
 - 4) Jonas, Anm. zu RAG JW 1931 S. 1291 (Urt. vom 21. Juni 1930);
Grunsky, Anm. zu BAG AP Nr. 15 zu § 319 ZPO (Urt. vom 4. Juni 1969);
 - 5) E. Osterloh S. 95;
Grunsky, Anm. zu BAG AP Nr. 15 zu § 319 ZPO (Urt. vom 4. Juni 1969);

wäre überflüssig, wollte man jede die Voraussetzungen des § 319 Abs.1 ZPO zu Unrecht bejahende Entscheidung als "wirkunglos" behandeln. Wieder andere (1) weisen darauf hin, die Nichtbeachtung eines Berichtigungsbeschlusses - einer richterlichen Entscheidung - beeinträchtigt in hohem Masse die "Rechtssicherheit" ; letztlich führe dies dazu, dass sich jeder Gerichts- vollzieher über Beschlüsse eines Revisionsgerichts werde glauben hinwegsetzen zu dürfen (2). Stein-Jonas-Schumann/Leipold (3) endlich betonen, die Berichtigung werde zumeist auch in der Sache den besseren, gerechteren Richterspruch bringen, als ihn das Festhalten an dem unberichtigten Urteil gewährleiste.

2. Im Verwaltungsprozess hat die Streitfrage nur geringe Beachtung gefunden :

In einer vereinzelt Entscheidung (4) bezeichnete das Kgl.Preussische Obergerverwaltungsgericht eine Urteilsberichtigung als "nichtig", die nicht von dem Kollegialgericht selbst, sondern in dessen Namen von seinem Vorsitzenden verfügt worden war und die Korrektur eines nicht hinreichend "offenbaren" Fehlers betraf.

Von den Vertretern der neueren Literatur hält Redeker-v.Oertzen (5) eine Berichtigung, die aus einem gesetzlich nicht vorgesehenen Grunde erfolgt, für "unbeacht-

1) Schumann, Anm. zu BAG AP Nr. 14 zu § 319 ZPO (Urt. vom 9. März 1968);

2) Jonas, Anm. zu RG JW 1936 S.102 (Beschl. vom 28. Okt. 1935);
ähnlich auch E. Osterloh S. 95;

3) ZPO § 319 Anm. III 2 ;

4) PROVGE Bd. 59 S. 465 (Urt. vom 19 .Sept. 1910);

5) VwGO § 118 Rdnr. 6;

lich." Der gegenteiligen Auffassung folgen Ule (1) und Kopp (2).

3. Von den Vertretern der finanzprozessualen Literatur hält Ziemer-Haarmann (3) eine "Berichtigung", die sich in Wahrheit als "echte Ergänzung" des Urteils darstelle, ohne in deren Form [§ 109 FGO] vorgenommen worden zu sein, für "unwirksam", die Zustellung des - berichtigten - Urteils in der beschlossenen Form für nicht erfolgt. Hübschmann-v.Wallis-List (4) betont, soweit eine Berichtigung unzulässig gewesen sei, weil die Voraussetzungen des § 107 FGO fehlten, "verbleibe es bei der alten Fassung."

Von Seiten der Rechtsprechung fehlt - soweit ersichtlich - jede Stellungnahme.

4. Auf dem Gebiet des Sozialgerichtsprozesses hat das Bundessozialgericht (5) einem Berichtigungsbeschluss, der die im Urteil eines Sozialgerichts enthaltene Rechtsmittelbelehrung ["Gegen dieses Urteil kann... Berufung eingelegt werden"] korrigierte ["Gegen dieses Urteil wird die Berufung zugelassen"], "rechtliche Wirkungen" mit der Begründung abgesprochen, der Wille des Gerichts, das Rechtsmittel zuzulassen, sei "schon auf Grund der Auslegung der Rechtsmittelbelehrung" ersichtlich gewesen; deshalb sei "kein Raum für eine Berichtigung" gewesen. In einer weiteren Entscheidung (6) hat das Bundessozialgericht einem Be -

1) VwGO § 118 Anm. 1 [S.400];

2) VwGO § 118 Anm. 3 ["Wirksam, jedoch anfechtbar ist auch eine unter Verletzung der Grenzen des § 118 vorgenommene Berichtigung"];

3) S. 430 [Rdnr. 4214];

4) FGO § 107 Rdnr. 12;

5) BSGE Bd. 8 S. 154 (Urt. vom 30. Sept. 1958);

6) DVB1. 1963 S. 267 (Beschl. vom 23. Okt. 1962);

richtigungsbeschluss, der in Abänderung eines sozialgerichtlichen Urteils die Berufung zugelassen hatte (1), die "Wirksamkeit" mit der Begründung abgesprochen, für das Vorliegen einer "Unrichtigkeit" fehle jeder Anhaltspunkt; dieselbe sei deshalb nicht "offenbar", es fehle mithin "an der Voraussetzung zum Erlass eines Berichtigungsbeschlusses."

Auch die sozialgerichtliche Literatur spricht vereinzelt (2) einer Berichtigung, deren gesetzliche Voraussetzungen fehlen, die rechtliche Wirkung ab-

1) Das Urteil enthielt eine Rechtsmittelbelehrung des Inhalts, dass die Berufung gemäss § 149 SGG nicht zulässig sei. Der Berichtigungsbeschluss sprach aus, dass die Berufung gemäss § 150 Nr.1 SGG zugelassen werde, weil das Gericht die Zulassung beschlossen, sie aber versehentlich nicht in das Urteil aufgenommen habe;

2) Vgl. Mellwitz, SGG § 138 Rdnr. 6 ["Eine unzulässige Berichtigung ist für das spätere Verfahren unbeachtlich"];

vgl. ferner Miesbach-Ankenbrank, SGG § 138 Anm. 2 ["Nachholung der Revisionszulassung durch Berichtigung bindet nicht, wenn sich aus dem Zusammenhang der ursprünglichen Urteilsfassung kein Anhalt für eine solche Unrichtigkeit ergibt"];

I. K r i t i k :

Zur Abgrenzung der "anfechtbar gültigen" von den "unwirksamen" und "ungültigen" Berichtigungsbeschlüssen (1)

Berichtigungsbeschlüsse sind bindende, rechtskraftfähige richterliche Entscheidungen. Die Frage ihrer "Wirksamkeit" oder "Gültigkeit" kann nicht abweichend von den für solche Entscheidungen allgemein gültigen prozessualen Grundsätzen beantwortet werden (2).

1. Als "unwirksam" ["nichtig", "wirkungslos"] bezeichnet die Prozessrechtslehre(3) fehlerhafte Entscheidungen, die zwar als Urteile bestehen, aber infolge schwerwiegender "subjektiver" oder "objektiver" Mängel nicht in der Lage sind, dem Urteil gemäße Wirkungen zu entfalten (4). Bedeutung kommt nur den letzteren [den "objektiven" Mängeln] zu (5). Ein "objektiver" Mangel liegt dann vor, wenn "der konkrete Prozess infolge äusserer Umstände seinen Zweck verfehlt" (6). Hierher gehören die Fälle, in denen ein Berichtigungsbeschluss im Stadium der Unterbrechung (7) oder der Aussetzung des Verfahrens erlassen wird. Ein solcher Beschluss ist "unwirksam." Hierher gehören ferner die Fälle völliger Unbestimmtheit des Entscheidungstenors (8). Als "unwirksam"

-
- 1) Zur Terminologie vgl. Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre § 14 IV [S. 221 ff.];
 - 2) Darauf weist auch Pohle, Anm. zu BAG AP Nr.2 zu § 319 ZPO [Urt. vom 22. Dez. 1955] hin;
 - 3) Die vorliegende Untersuchung folgt im wesentlichen den Ausführungen Grunskys [Grundlagen S. 397 ff.] und Sauers [Allgemeine Prozessrechtslehre § 14 IV - S. 221 ff. -];
 - 4) Grunsky [Grundlagen S. 399] erkennt ihnen allerdings die "Bindungswirkung" zu;
 - 5) Zu den "subjektiven" Mängeln rechnet Sauer [Allgemeine Prozessrechtslehre § 14 IV1- S. 224 -] Schein und Nichternstlichkeit, soweit sie von den Prozessbeteiligten erkannt werden. Danach wäre z.B. der vom Amtsrichter am Stammtisch verkündete Berichtigungsbeschluss "unwirksam";
 - 6) Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre § 14 IV 1 [S.224];
 - 7) Vgl. LSG Bremen, ZfS 1963 S.311 [Beschl. vom 30. Okt. 1962];
 - 8) Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre § 14 IV 1 [S.224];

hätte deshalb ein Berichtigungsbeschluss zu gelten, der nicht klar erkennen liesse, welches Urteilelement [Rubrum, Tenor etc.] korrigiert werden solle. Hierher zählen weiter die Fälle in sich widerspruchsvoller Entscheidungen (1). Dazu gehören die sog. "perplexen" (2) Berichtigungsbeschlüsse ["Ich berichtige, obwohl ich die Voraussetzungen für eine Berichtigung selbst nicht für vorliegend erachte"]. Derartige Beschlüsse sind, wie auch Jo - nas (3) richtig bemerkt, "unwirksam". Ferner gehören hierher Entscheidungen, die eine der Rechtsordnung unbekannte Rechtsfolge aussprechen (4). Hierher würde z.B. ein Berichtigungsbeschluss zählen, der ein Urteil um die Zulassung eines der anzuwendenden Verfahrensordnung fremden Rechtsmittels [z.B. des "Rekurses" im Zivilprozess] ergänzt. Hierher zählen ferner Beschlüsse, die im Wege der "Berichtigung" des Urteils einen Parteiwechsel herbeiführen, nicht aber solche, die einen im Urteil "bewusst" unterlassenen Ausspruch nachtragen; derartiges ist zwar dem Berichtigungsverfahren fremd, der Rechtsordnung im übrigen aber nicht unbekannt (5).

Die vorstehenden Beispiele zeigen, dass sich die Mehrzahl der von der [neueren] Rechtsprechung behandelten Fälle in die Kategorie "unwirksamer" Berichtigungsbeschlüsse nicht einordnen lässt.

1) Blomeyer, Lehrb. § 81 III 2 a [S.408];
Ziemer-Birkholz, FGO § 95 Rdnr. 27;

2) Vgl. Jonas, Anm. zu RAG JW 1931 S. 1291 [Urt. vom 21. Juni 1930];

3) Anm. zu RAG JW 1931 S. 1291 [Urt. vom 21. Juni 1930];

4) Baumbach-Lauterbach, ZPO Übers. 3 C b vor § 300;
Ziemer-Birkholz, FGO § 95 Rdnr. 27;

a.A. Kleinschmidt [S.92], der den auf einen rechtsfremden Erfolg gerichteten Beschluss als "Nichtbeschluss", d.h. als "ungültig" ansieht;

5) Vgl. §§ 321 Abs.1 ZPO, 120 Abs.1 VwGO, 109 Abs.1 FGO, 140 Abs.1 SGG ;

2. Als "ungültig" bezeichnet die Prozessrechtslehre (1) Nichtprozessakte, die kein förmliches Verfahren nach sich ziehen, nicht rechtsmittelfähig sind und von dem Betroffenen als nicht existent ["unbeachtlich"] betrachtet werden dürfen (2).

Dazu gehören einmal Entscheidungen, die von keinem "Gericht" herrühren (3). "Ungültig" wäre deshalb ein von dem Gerichtsvollzieher oder dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle (4) auf die Urteilsurschrift gesetzter Berichtigungsbeschluss.

Als "ungültig" gelten ferner Entscheidungen, die nicht in zurechenbarer Weise verlautbart worden sind (5). Berichtigungsbeschlüsse [die nicht "verkündet" werden müssen] sind deshalb vor vollendeter Zustellung ein rechtliches Nichts, ein gerichtsinterner Vorgang (6). Nichts anderes gilt für den Entwurf eines Berichtigungsbeschlusses, der den Beteiligten ohne Willen des Gerichts als fertige Entscheidung zugänglich gemacht wird (7).

3. Sonstige Mängel, welche die "Wirksamkeit" oder "Gültigkeit" von richterlichen Entscheidungen [und damit von Berichtigungsbeschlüssen] in Frage stellen, sind nicht anzuerkennen.

-
- 1) Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre § 14 IV 2 [S. 225];
 2) Treffend sagt Baumbach-Lauterbach [ZPO § 300 Übers. 3 B], dass derartige Akte "das Gewand richterlicher Entscheidung nur als Maske tragen";
 3) Grunsky, Grundlagen S. 399;
 4) Vgl. Jauernig, Das fehlerhafte Zivilurteil S. 11;
 5) Eingehend Jauernig, Das fehlerhafte Zivilurteil S. 42 ff.;
 6) Zutreffend: Kleinschmidt a. 90;
 7) Vgl. Grunsky, Grundlagen S. 399 Fussn. 10;

dabei spricht allerdings viel für die Forderung Jauernigs, der Missbrauch müsse "in irgend einer Weise nach aussen erkennbar oder wenigstens naheliegend sein" [Das fehlerhafte Zivilurteil S. 60].

Ein [fehlerhafter] Berichtigungsbeschluss, der keiner der vorbezeichneten Gruppen zugerechnet werden kann, hat deshalb als "anfechtbar gültig" zu gelten. Dafür spricht neben den eingangs angestellten Erwägungen seine Eigenschaft als ein Staatshoheitsakt, der unabhängig von seiner sachlichen Richtigkeit Geltung erheischt (1). Dafür sprechen weiter die Einrichtung des Instanzenzuges (2) und die Institution der materiellen Rechtskraft, die beide gegenstandslos wären, wenn dem fehlerhaften Beschluss rundweg die Beachtlichkeit abgesprochen werden dürfte. Dafür spricht endlich auch die Vorschrift des § 579 ZPO (3), die aufzeigt, dass auch schwerste Mängel eine richterliche Entscheidung lediglich der Nichtigkeitsklage aussetzen (4).

Zur Gruppe der "anfechtbar gültigen" Entscheidungen hat im Ergebnis vor allem die grosse Zahl derjenigen Berichtigungsbeschlüsse zu rechnen, die eine nicht ausreichend "offenbare" [insbesonderer "gerichtsoffenbare"] Unrichtigkeit korrigieren (5). Zur Gruppe der "anfechtbar gültigen" Entscheidungen sind ferner diejenigen Berichtigungsbeschlüsse zu rechnen, bei deren Erlass nicht die erforderliche Zahl von Richtern mitgewirkt hat. Für Urteile hat dies Jauernig (6) mit überzeugender Begründung nachgewiesen. Für Beschlüsse kann eine strengere Beurteilung nicht Platz greifen.

-
- 1) Vgl. Baumbach-Lauterbach, ZPO § 300 Übers. 3 A;
 - 2) Am schärfsten hat das Argument des Instanzenzuges Goldschmidt [Prozess S. 501] herausgestellt. Goldschmidt führt aus, solange und soweit eine Entscheidung abänderlich, insbesondere anfechtbar sei, könne "ihre Beachtlichkeit nicht in Frage gestellt werden";
 - 3) Vgl. zum Verwaltungsprozess § 153 Abs.1 VwGO, zum Finanzprozess § 134 FGO, zum Sozialgerichtsprozess § 179 Abs.1 SGG;
 - 4) Darauf weist Pohle, Anm. zu BAG AP Nr.1 zu §§ 319, 321 ZPO [Beschl. vom 7. März 1955] hin;
 - 5) Unhaltbar deshalb BGHZ Bd. 20 S. 188 ff., 192 (Urt. vom 8. März 1956) ["nicht bindend"];
 - 6) Das fehlerhafte Zivilurteil S. 27 ff.;

Zusammenfassung :

Die Berichtigung hat rückwirkende Kraft. Sie erfolgt durch bindenden, rechtskraftfähigen Beschluss, der zwar kein "Teil" der berichtigten Entscheidung ist, aber mit deren Beseitigung gegenstandslos wird.

Die Berichtigung des Urteils hat keinen Einfluss auf den Lauf der ordentlichen Rechtsmittelfristen.

Die Berichtigung ist "Spruchrichtertätigkeit" im Sinne des § 839 Abs.2 BGB.

Die Zwangsvollstreckung erfolgt nach Massgabe der berichtigten Entscheidung. Die Rückforderung des auf Grund des unberichtigten Vollstreckungstitels Beigetriebenen kann nur durch besondere Klage verfolgt werden.

Die Frage, wann grob fehlerhafte Berichtigungsbeschlüsse "unwirksam", "ungültig" oder "anfechtbar gültig" sind, ist nach den für sonstige gerichtliche Entscheidungen anerkannten prozessualen Grundsätzen zu beantworten. Danach sind solche Beschlüsse - von wenigen, zahlenmässig unbedeutenden Ausnahmen abgesehen - grundsätzlich als "anfechtbar gültig" zu behandeln.

Vierter Abschnitt

Verfahren, Anfechtung und Rechtsmittel

A. Das bei der Berichtigung zu beobachtende Verfahren

I. Die Frage der [funktionellen] Zuständigkeit

Im Zivil-, Verwaltungs- und Finanzprozess beschränken sich die Berichtigungsnormen auf die Feststellung, offenkundige Versehen seien "von dem Gericht" zu beheben. Das Sozialgerichtsgesetz begnügt sich mit dem Hinweis, über die Berichtigung entscheide der "Vorsitzende". Diese - wenig eingehende - Regelung wirft eine Reihe von Fragen auf, bei deren Beantwortung vereinzelte, in den Besonderheiten der untersuchten Verfahrensordnungen begründete Unterschiede deutlich werden.

1. Zur Frage der Zuständigkeit des erstinstanzlichen Gerichts

- a) Als zum Erlass des Berichtigungsbeschlusses zuständig gilt im Zivilprozess das erstinstanzliche, d.h. dasjenige Gericht, das die zu korrigierende Entscheidung selbst erlassen hat (1). Nichts abweichendes gilt für den Verwaltungs- (2), Finanz- (3) und Sozialgerichtsprozess.

-
- 1) H.M.; vgl. statt aller aus der älteren Literatur Wilmski-Levy, ZPO § 290 [a.F.] Anm. 2; aus der jüngeren Literatur Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. III 1 ;
- 2) Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 5; Klinger, VwGO § 118 Anm. C 1 ; Kopp, VwGO § 118 Anm. 3; Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 5; Schunck-De Clerck, VwGO § 118 Anm. 2 a ;
- 3) Görg-Müller, FGO § 107 Anm. 2 [Rdnr. 578]; Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 8; Maeder-Mittelsteiner, FGO § 107 Anm. III 2; Tipke-Kruse, FGO § 107 Rdnr. 2; Ziemer-Birkholz, FGO § 107 Rdnr. 7; Ziemer - Haarmann S. 429 [Rdnr. 4206];

Das Gericht wird im Zivilprozess in voller Besetzung des jeweiligen Spruchkörpers tätig (1); jedoch dürfen verbreiteter Auffassung (2) zufolge Entscheidungen des Einzelrichters [§ 349 Abs. 3 ZPO] nicht vom Kollegium, Entscheidungen des letzteren wiederum nicht von jenem be-
 richtiget werden. Im Verwaltungs- und im Finanzprozess entscheidet auf mündliche Verhandlung das Kollegium (3), fehlt eine solche, so wird mit Rücksicht auf §§ 4 Abs. 3 S. 2 VwGO, 4 Abs. 3 S. 2 FGO die Mitwirkung der ehrenamtlichen Richter als entbehrlich angesehen (4). Im Sozialgerichtsprozess endlich entscheidet der Vorsitzende ohne die Sozialrichter, in den Rechtsmittelzügen auch ohne die beisitzenden Berufsrichter (5). Insoweit bestehen also deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Verfahrensordnungen (6).

Im übrigen sollen am Erlass des Berichtigungsbeschlusses auch andere Richter mitwirken dürfen als diejenigen, welche an der zu berichtigenden Entscheidung selbst be-

-
- 1) Im Arbeitsgerichtsprozess berichtigt der Vorsitzende des ArbG allein; der Mitwirkung der Beisitzer bedarf es nicht [LAG Hamm, MDR 1969 S. 170 - Urt. vom 10. Mai 1968 -];
 - 2) Wleczorek, ZPO § 319 Rdnr. C 1 a ;
 Zöllner-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 4 b ;
 Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 60 I 3 a [S. 284];
 - 3) Klinger, VwGO § 118 Anm. C 1 ;
 Koehler, VwGO § 118 Anm. IV 3 ;
 in gleichem Sinne äusserte sich bereits das ProVG,
 DJZ 1911 Sp. 542 [Entsch. vom 19. Sept. 1910];
 - 4) Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 5 ;
 OVG Lüneburg AS Bd. 16 S. 367 [Beschl. vom 20. Okt. 1960];
 Tipke-Kruse, FGO § 107-Rdnr. 2 ;
 Ziemer-Haarmann S. 430 [Rdnr. 4209];
 a.A. Mittelbach, DStR 1968 S. 89 [ohne Begründung];
 - 5) Miesbach-Ankenbrank, SGG § 138 Anm. 4 ;
 Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 2 ;
 Dähne S. 52;
 - 6) Auf die Frage, ob diese Unterschiede durch die Eigenart der jeweiligen Prozessordnung "erzungen" werden oder "zufälliger" Natur sind, wird im Dritten Teil d. A. einzugehen sein;

teiltigt waren. Diese Auffassung kann als die im Zivil- (1), Verwaltungs- (2), Finanz- (3) und Sozialgerichtsprozess (4) herrschende bezeichnet werden. Abweichend äussern sich nur Bruns (5) und Endemann (6); beide wollen im Zivilprozess die Regelung des § 320 Abs. 4 S. 2 ZPO entsprechend angewandt wissen.

Endlich lässt die im Zivilprozess (7) überwiegend, im Verwaltungs- (8), Finanz- (9) und Sozialgerichtspro-

-
- 1) Vgl. aus der Literatur Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. C 1 b ;
vgl. aus der Rechtsprechung BGH NJW 1972 S. 2268 [Urt. vom 25. Sept. 1972];
 - 2) Vgl. statt aller: Ule, VwGO § 118 Anm. 2 [S. 400 f.];
in gleichem Sinne äusserte sich bereits das ProVG
[ProVGE Bd. 55 S. 498 - Beschl. vom 25. Nov. 1909 -];
 - 3) Becker-Riewald-Koch, FGO § 107 Anm. 1 (3);
Görg-Müller, FGO § 107 Anm. 2 [Rdnr. 578];
Hübschmann-v. Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 8;
Maeder-Mittelsteiner, FGO § 107 Anm. II 3;
Tipke-Kruse, FGO § 107 Rdnr. 2;
Barske-Woerner S. 110;
Paulick S. 84 [Rdnr. 300];
Ziemer-Haarmann S. 429 [Rdnr. 42. 6];
 - 4) Mellwitz, SGG § 138 Rdnr. 9;
Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 2;
 - 5) Lehrb. § 40 VIII 2 c [S. 372] u. daselbst Fussn. 40;
 - 6) ZPO § 290 [a.F.] Fussn. 4;
 - 7) Förster-Kann, ZPO § 319 Anm. 3;
Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. II 1;
Warneyer, ZPO § 319 Anm. 20;
Steinberg S. 35;
BGHZ Bd. 18 S. 350 [Urt. vom 27. Okt. 1955];
 - 8) Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 5;
Kopp, VwGO § 118 Anm. 3;
Schunck-De Clerck, VwGO § 118 Anm. 2 a ;
 - 9) Becker-Riewald-Koch, FGO § 107 Anm. 1 (3);
Tipke-Kruse, FGO § 107 Rdnr. 2;
Ziemer-Birkholz, FGO § 107 Rdnr. 7;
BFHE Bd. 82 S. 640 [Urt. vom 13. Mai 1965];

zess (1) einhellig vertretene Auffassung die Berichtigung des Urteils durch das erstinstanzliche Gericht auch dann noch zu, wenn das Urteil bereits durch ein Rechtsmittel angefochten worden ist. Der Bundesgerichtshof (2) begründet dies mit dem Hinweis, durch eine Rechtsmittellüge erhalte der Kläger keine "schutzwürdige Position", die einer Korrektur des Urteils entgegenstehe. Die gegenteilige Auffassung räume dem offenbar unrichtigen Urteil einen Eigenwert ein, der ihm gerade nicht zukomme. Der Bundesfinanzhof (3) führt zum gleichen Thema aus, die Auffassung, dass die "Verfahrensherrschaft" und damit die Berichtigungsbefugnis mit der Einlegung des Rechtsmittels auf die höhere Instanz übergehe, könne "jedenfalls für finanzgerichtliche Urteile keine Geltung beanspruchen." Die Berichtigung enthalte nur eine Klarstellung, führe aber nicht zu einem neuen Urteil. Daher könne sie auch durch ein zwischenzeitlich eingelegtes Rechtsmittel nicht ausgeschlossen werden.

Gegen die vorbezeichnete, herrschende Auffassung wenden sich die - auf den Zivilprozess beschränkten - Ausführungen E. Osterlohs (4). Osterloh meint, der jedem ordentlichen Rechtsmittel eigene Devolutiveffekt nehme dem Vorderrichter nicht nur die Möglichkeit einer sachlichen Änderung seiner Entscheidung; er stelle das Urteil vielmehr auch "formal" zur alleinigen Disposition des Rechtsmittelgerichts.

-
- 1) Mellwitz, SGG § 138 Rdnr. 8;
Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 2;
Brackmann S. 248 p ;
 - 2) BGHZ Bd. 18 S. 350 [Urt. vom 27. Okt. 1955];
 - 3) BFHE Bd. 82 S. 640 [Urt. vom 13. Mai 1965];

4) S. 89 ff., 311 ff.

vgl. auch KG ZZP Bd. 52 S. 194 [Urt. vom 27. Sept. 1926];

in dieser Entscheidung führt das Kammergericht, freilich ohne Begründung, aus, für eine Urteilsberichtigung sei kein Raum mehr, sobald der Berufungskläger zur Beseitigung des fehlerhaften Urteils den Weg der Berufung beschritten habe;

b) Zu den vorbezeichneten Streitfragen ist im einzelnen folgendes auszuführen :

- aa) Die Zuständigkeit des erstinstanzlichen Gerichts, die von ihm selbst erlassene Entscheidung zu korrigieren, bedarf kaum einer Begründung. Sie folgt aus der "Natur der Sache", ist - soweit ersichtlich - niemals in Zweifel gezogen worden und entsprach im übrigen auch gemeinrechtlicher Praxis.
- bb) Entscheidungen des Einzelrichters (1) können vom Kollegium, Entscheidungen des letzteren von jenem berichtigt werden. Solcherart ergangene Berichtigungsbeschlüsse sind "gültig" und "wirksam", aber anfechtbar:

Wie Jauernig (2) überzeugend nachgewiesen hat, repräsentiert auch der Einzelrichter das "Gericht", wenn auch in einer besonderen Besetzung. Überschreitet der Einzelrichter seine Entscheidungsbefugnis, so fehlt der Spruchbehörde nicht die "Gerichtsqualität"; das Gericht ist vielmehr lediglich vorschriftswidrig besetzt. Dieser Mangel hindert nicht die Entstehung einer "wirksamen" Entscheidung. Deshalb bringt auch die Korrektur des Urteils eines Kollegialgerichts durch den Einzelrichter einen Berichtigungsbeschluss hervor. Letzterer kann allerdings im Wege eines [zulässigen] Rechtsbehelfs angefochten werden.

Für den umgekehrten Fall, die Berichtigung einer Entscheidung des Einzelrichters durch das Kolle -

-
- 1) Die Frage hat nur für den Zivilprozess Bedeutung;
dem Verwaltungsprozess ist das Verfahren vor dem Einzelrichter fremd [str., wie hier Baumbach - Lauterbach, ZPO Übers. 3 vor § 348];
für den Finanzprozess [vgl. Ziemer-Haarmann S. 173 Rdnr. 3206] und den Sozialgerichtsprozess gilt nichts abweichendes;
- 2) Das fehlerhafte Zivilurteil S. 31 ff., 38 f.; zustimmend: Blomeyer, Lehrb. § 81 III 1 [S.406];

gium, kann nichts anderes gelten; der Beschluss ist "anfechtbar gültig" (1).

- cc) Schwieriger zu beurteilen ist die Frage, ob an dem Berichtigungsbeschluss auch andere Richter mitwirken dürfen als die, welche am Erlass der zu berichtigenden Entscheidung selbst beteiligt waren.

Für die Beantwortung dieser Frage scheint sich ein Umkehrschluss aus den §§ 320 Abs.4 S.2 ZPO, 119 Abs.2 S.2 VwGO, 108 Abs.2 S.2 FGO, 139 Abs.2 S.2 SGG geradezu aufzudrängen (2). Diese Vorschriften schreiben übereinstimmend für die Berichtigung des "Tatbestandes" die Mitwirkung derjenigen Richter vor, die "bei dem Urteil mitgewirkt haben." Die Urteilsberichtigungsnormen dagegen enthalten eine derartige Bestimmung nicht.

Gleichwohl erscheint ein Umkehrschluss schon allein deshalb fragwürdig, weil der - das "argumentum e contrario" erst erlaubende - ausschliessende Charakter (3) der §§ 320 Abs.4 S.2 ZPO, 119 Abs.2 S.2 VwGO, 108 Abs.2 S.2 FGO, 139 Abs.2 S.2 SGG nicht einfach unterstellt und auch durch Auslegung nicht zweifelfrei ermittelt werden kann (4).

1) Abw. Kleinschmidt [S.139], der ausführt, sobald der Einzelrichter "die Sache dem Kollegium zu - rückgegeben" habe, sei letzteres zur Berichtigung zuständig; in Fällen der von Kleinschmidt angesprochenen Art kann es sich indes nur um prozessleitende Anordnungen [z.B. Beweisbeschlüsse] handeln, die regelmäßig frei abänderbar sind [Blomeyer, Lehrb. § 29 II S. 132] und bei denen sich die Frage formeller Berichtigung deshalb nicht stellt;

2) Auf das "argumentum e contrario" aus § 291 Abs.4 [a.F.] ZPO beruft sich denn auch Struckmann-Koch, ZPO § 290 [a.F.] Anm. 3;

3) Vgl. Larenz, Methodenlehre S. 368;

4) A.A. Hess [S.40] mit dem Hinweis, § 320 ZPO stelle auf das Erinnerungsvermögen des Richter ab; § 320 Abs.4 ZPO könne deshalb für § 319 ZPO nicht gelten;

Indes bedarf diese Frage keiner Entscheidung. Für einen Umkehrschluss fehlt die Grundvoraussetzung, das Vorliegen einer "Gesetzeslücke" (1) :

Die Urteilsberichtigungsnormen weisen - mit Ausnahme des § 138 S.2 SGG - die Korrektur fehlerhafter Entscheidungen dem "Gericht" zu. Wie Jauernig (2) überzeugend nachgewiesen hat, muss unter dem "Gericht" im Sinne der §§ 300 ff. ZPO stets die mit der Aburteilung des konkreten Rechtsstreits befasste Spruchabteilung, also eine feststehende Institution verstanden werden, die als solche unabhängig ist von der Person ihrer Mitglieder und auch bei deren Wechsel ihre "Identität" bewahrt. Jauernigs Ausführungen beschränken sich auf den Zivilprozess; die Eigenheiten des Verwaltungs- und des Finanzprozesses rechtfertigen indes keine andere Deutung. "Identität" der urteilenden und der korrigierenden Richter setzen die §§ 319 ZPO, 118 VwGO, 107 FGO mithin schon nach ihrem Wortlaut nicht voraus.

Entsprechendes hat für die Regelung des § 138 S. 2 SGG, welche die Berichtigungsbefugnis dem "Vorsitzenden" zuschreibt, zu gelten:

Die §§ 27, 34 und 40 SGG, welche die Vertretung des Vorsitzenden regeln, machen deutlich, dass die Stellung des "Vorsitzenden" im Sozialgerichtsprozess als eine prozessuale Institution zu verstehen ist, die an die Identität der Person nicht anknüpft. Der "Vorsitzende" im Sinne des § 138 S. 2 SGG ist deshalb als der jeweilige Vorsitzende des

1) Larenz, Methodenlehre S. 350;

2) Das fehlerhafte Zivilurteil S. 15 ff., 22 ;

Senats oder der Kammer, welche das zu berichtigende Urteil gefällt hat, oder, wenn sich die Geschäftsverteilung geändert hat, nunmehr dafür zuständig wäre, zu verstehen (1). Auf "Personengleichheit" kommt hier, wie in den übrigen Verfahrensordnungen, nichts an.

- dd) Die Berichtigung eines bereits durch Rechtsmittel angefochtenen Urteils seitens des erstinstanzlichen Gerichts ist zulässig. Dies folgt aus der [übereinstimmenden] Formulierung der Berichtigungsnormen, dass offenkundige Versehen "jederzeit" zu berichtigen seien.

Demgegenüber kann der Hinweis E. Osterlohs (2), der "Devolutiveffekt" des Rechtsmittels stelle das angefochtene Urteil "auch formal" zur alleinigen Disposition des Rechtsmittelgerichts, nicht überzeugen.

E. Osterloh übersieht, dass die Prozesshandlung der Berufungs- oder Revisionseinlegung nur dann "devolutiv" wirkt, wenn das eingelegte Rechtsmittel "zulässig" und "begründet" ist und damit zu einer Aufhebung der Vorentscheidung führt (3). Mithin bliebe [nach E. Osterlohs Lösung] die Vorinstanz in Fällen unzulässiger oder unbegründeter Rechtsmittel-

1) In diesem Sinne mit Recht Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 2;

2) S. 91;

3) Damit folge ich einer neuerdings von Gilles [Rechtsmittel S. 101] vertretenen - freilich keineswegs herrschenden - Auffassung; Gilles [aaO] führt aus, dass in Fällen einer Verwerfung, Zurückweisung oder sonstigen negativen Beendigung des Rechtsmittelstreits die durch die Vorinstanz entschiedene Streitsache dem Obergericht gar nicht angefallen, sondern in der unteren Instanz rechtshängig geblieben sei. Mit jeder Verwerfung, Zurückweisung oder Erledigung des Rechtsmittels stehe fest, dass eine "Devolution" der Sache in die höhere Instanz überhaupt nicht erfolgt sei;

rügen berichtigungsbefugt, im übrigen aber nicht. Dies zwänge den Erstrichter, bei der Prüfung der Zulässigkeit eines Berichtigungsantrags incidenter über die Erfolgsaussicht eines eingelegten Rechtsmittels zu befinden. Dazu aber ist das ["schnelle" und "einfache"] Berichtigungsverfahren nicht bestimmt.

E. Osterlohs Ausführungen überschätzen im übrigen die Bedeutung des "Devolutiveffekts." Dieser "Effekt" - in der Literatur (1) unterschiedlich definiert - dient, wie Gilles (2) nachweist, allein der Klärung, wie "der in unterer Instanz rechts - hängige Streitfall zum Zwecke seiner prinzipiell - len oder eventuellen Neuentscheidung in die höhere Instanz gelangt." Eine weitergehende Bedeutung kommt ihm nicht zu. Die "Unabänderlichkeit" des [angefochtenen] Urteils für die Vorinstanz und ihre Kehrseite, die "instanzbeendende" Eigenschaft (3) der Entscheidung, sind Ausfluss der "inner - prozessualen Bindungswirkung" des Urteils, nicht des Devolutiveffekts, der als "Zufallerscheinung", nicht als "entscheidendes Charakteristikum" der Rechtsmittel (4) zur Lösung der anstehenden Streitfragen nichts beitragen kann.

-
- 1) Eingehende Literaturnachweise finden sich bei Gilles, Rechtsmittel S. 158 f.;
 - 2) Rechtsmittel S. 180 f.;
 - 3) Vgl. Jauernig, Das fehlerhafte Zivilurteil S. 103 f.;
 - 4) Baur, Anschlussberufung, in: Festschrift für Ch. N. Fragistras S. 366;

2. Zur Berichtigungsbefugnis des Rechtsmittelgerichts

Im vorangehenden Kapitel wurde die Zuständigkeit des ersten Instanzlichen Gerichts, seine Urteile zu korrigieren, bejaht. Im Folgenden wird zu prüfen sein, ob auch das Rechtsmittelgericht - neben seinen eigenen Entscheidungen - im Rahmen eines anhängigen Berufungs- oder Revisionsverfahrens offenkundige Versehen, die in dem angefochtenen Urteil enthalten sind, berichtigen darf.

a) Zu dieser Frage nehmen Literatur und Rechtsprechung folgendermassen Stellung :

aa) Auf dem Gebiet des Zivilprozessrechts vertritt Stein - Jonas - Schumann/Leipold (1) die Auffassung, das Rechtsmittelgericht dürfe - ausser seiner eigenen Entscheidung - auch das angefochtene Urteil korrigieren, soweit es sich dasselbe "sachlich zu eigen mache." Die Gefahr divergierender Entscheidungen (2) wiege geringer als das praktische Bedürfnis nach der Berichtigungsmöglichkeit. Wieczorek (3) verneint grundsätzlich die Zuständigkeit der höheren Instanz, will aber eine Ausnahme dann zulassen, wenn das Rechtsmittelgericht "mit der Sache befasst" ist, da offenbare Unrichtigkeiten "in der Rechtsmittelinstanz nicht stehen - bleiben dürfen" (4). Der Bundesgerichtshof (5) endlich begnügt sich mit der Feststellung, "offenbare Unrichtigkeiten" seien nach § 319 Abs. 1 ZPO vom "Gericht", d.h. auch von dem mit der Sache befassten Rechtsmittelgericht zu korrigieren.

1) ZPO § 319 Anm. II 1 ;

2) Auf die Gefahr, dass bei einer konkurrierenden Zuständigkeit des Rechtsmittelgerichts in beiden Instanzen gleichzeitig einander widersprechende Entscheidungen über dieselbe Berichtigungsfrage ergeben, weist z.B. Förster-Kann [ZPO § 319 Anm. 4] hin;

3) ZPO § 319 Rdnr. C I a ;

4) Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. C I b ;

5) NJW 1964 S. 1858 [Urt. vom 18. Juni 1964];

Gegen die vorstehende Auffassung wendet sich E. Osterloh (1) mit der Behauptung, ein Berichtigungsverfahren sei überflüssig, wo das fehlerhafte Urteil auf ein - statthaftes - Rechtsmittel hin überprüft werde : Das Rechtsmittelgericht könne in den Gründen seiner Entscheidung klarstellen, ob und inwieweit das angefochtene Urteil eine "offenbare Unrichtigkeit" enthalte.

- bb) Auf verwaltungsprozessualen Gebiet begnügen sich Ey - ermann-Fröhler (2) und Kopp (3) mit dem Hinweis, "berichtigen" könne "auch das Rechtsmittelgericht." Redeker-v.Oertzen (4) beschränkt sich auf die Angabe , zuständig sei "in Ausnahmefällen auch das Rechtsmittelgericht." Koehler (5) endlich meint, auch das höhere Gericht dürfe nach der Einlegung eines Rechtsmittels das angefochtene Urteil berichtigen, wenn es die Vorentscheidung "sachlich unbeanstandet" lasse.

Aus der Rechtsprechung verdient eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (6) Erwähnung. In dem die - ser Entscheidung zugrunde liegenden Rechtsstreit hatte die Beklagte im Rahmen der Revision gerügt, dass das Berufungsgericht dem Antrag, das Urteil des Verwaltungsgerichts wegen Unzuständigkeit aufzuheben, nicht stattgegeben habe. Das Bundesverwaltungsgericht berichtigte daraufhin durch Beschluss den Tenor des Berufungsurteils durch den Zusatz, dass das Urteil des Verwaltungsgerichts aufgehoben werde, und führte zur Begründung aus, eine solche Korrektur könne "auch von dem Rechtsmittelgericht, bei dem der Rechtsstreit anhängig ist, vorgenommen werden."

1) S. 89 ff.;

2) VwGO § 118 Rdnr. 5;

3) VwGO § 118 Anm. 3 ;

4) VwGO § 118 Rdnr. 5;

5) VwGO § 118 Anm. IV 5 ;

6) BVerwGE Bd. 30 S. 146 [Beschl. vom 16. Juli 1968];

- cc) In der finanzprozessualen Literatur findet sich vorwiegend (1) der Hinweis, das Rechtsmittelgericht dürfe im Rahmen seines Revisionsurteils auch offenbare Unrichtigkeiten des angefochtenen Urteils richtigstellen. Der Bundesfinanzhof (2) teilt diese Auffassung.

Gegen die vorbezeichnete Auffassung wendet sich Becker-Riewald-Koch (3). Der Kommentar meint, der Bundesfinanzhof habe vor der Entscheidung über die Revision das Finanzgericht zu veranlassen, sein Urteil nach § 107 FGO zu berichtigen.

- dd) Im Sozialgerichtsprozess können nach Auffassung des Bundessozialgerichts (4) "offenbare Unrichtigkeiten von der höheren Instanz berichtigt werden, solange ein Rechtsstreit vor ihr schwebt und solange sie mit der Sache befasst ist."

Anderer Meinung ist insoweit offenbar Peters-Sautter-Wolff (5). Der Kommentar führt aus, der für die Berichtigung zuständige "Vorsitzende" [§ 138 S.2 SGG] sei der jeweilige Vorsitzende der Kammer, welche das Urteil gefällt habe oder jetzt hierfür zuständig wäre, "auch wenn die Sache nach eingelegtem Rechtsmittel in einem höheren Rechtszuge anhängig" sei.

1) Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 8;
 Leise-Paleit, FGO § 107 Anm. 3;
 Ziemer-Birkholz, FGO § 107 Rdnr. 8a;
 Ziemer-Haarmann S. 429 [Rdnr. 4207];

2) BFHE Bd. 95 S. 97 [Urt. vom 23. Jan. 1969];

3) FGO § 107 Anm. 2 (4) ;

4) BSGE Bd. 11 S. 146 ff., 148 [Beschl. vom 14. Dez. 1959];

5) SGG § 138 Anm. 2;

b) Zu den vorbezeichneten Streitfragen ist folgendes auszuführen :

- aa) Kaum einer Begründung bedarf die Zuständigkeit der Rechtsmittelinstanz, ihre eigenen Entscheidungen zu berichtigen. Sie erschliesst sich negativ aus dem Fehlen eines sonst zuständigen Spruchkörpers - dem Untergericht kann schlechterdings nicht die Korrektur eines Urteils höherer Instanz überantwortet sein - und positiv aus dem Wortlaut der Mehrzahl der Berichtigungsnormen: "Gericht" im Sinne der §§ 319 Abs.1 ZPO, 118 Abs.1 VwGO, 107 Abs.1 FGO ist die mit der Aburteilung des konkreten Rechtsstreits jeweils befasste Spruchabteilung (1). Im Rechtsmittelverfahren ist dies das mit der Sache befasste Rechtsmittelgericht.
- bb) Die Befugnis der Rechtsmittelinstanz, die angefochtene Entscheidung durch Berichtigungsbeschluss zu korrigieren, kann im Wege des "argumentum a maiore ad minus" (2) der Regelung der §§ 564 Abs.1 ZPO, 144 Abs.3 Nr.2 VwGO, 126 Abs.3 Nr.2 FGO, 170 Abs.2 S.2 SGG entnommen werden: Wenn die Rechtsmittelinstanz die angefochtene Entscheidung sogar mit rückwirkender Kraft vernichten kann (3), so muss sie erst recht befugt sein, dieselbe unter Wahrung ihres Fortbestands hinsichtlich offenkundiger Fehler zu korrigieren (4).

Demgegenüber kann die Auffassung Becker-Riewald-Kochs (5), das Rechtsmittelgericht habe vor seiner Entscheidung über das Rechtsmittel den Vorderrichter zu veranlassen, sein Urteil zu berichtigen, nicht überzeugen. Zwar vermeidet diese Auffassung - die eine Begründung

-
- 1) Vgl. Jauernig, Das fehlerhafte Zivilurteil S. 22;
 2) Zum "argumentum a maiore ad minus" eingehend Larenz, Methodenlehre S. 367 f.;
 3) Vgl. Jauernig, Das fehlerhafte Zivilurteil S. 105;
 4) Ähnlich äussert sich Hess [S.43] in Bezug auf § 319 ZPO;
 5) FGO § 107 Anm. 2 (4);

vermissen lässt - die anderorts (1) beschworene, de facto aber gering zu veranschlagende (2) Gefahr, dass in beiden Instanzen gleichzeitig einander widersprechende Entscheidungen über dieselbe Berichtigungsfrage ergehen. Sie hält jedoch prozessökonomischen Erwägungen nicht stand:

Die Aufgabe der Prozessökonomie besteht darin, die Institution des Prozesses zu rationalisieren. Sie hat hierzu verfügbare prozessuale Mittel so einzusetzen, dass der Prozesszweck - die Wahrung des Rechtsfriedens und die Konkretisierung der Gerechtigkeit (3) - möglichst umfassend gefördert wird (4). Ihre Funktion im einzelnen Verfahren besteht darin, Sorge zu tragen, dass das Verfahrensziel, die Entscheidung über das prozessuale Begehren, mit dem geringstmöglichen Aufwand erreicht wird (5).

Im vorstehenden Sinne "prozessökonomisch" ist allein die unmittelbare Korrektur der angefochtenen Entscheidung durch das Rechtsmittelgericht. Die Übersendung der Prozessakten an den Vorderrichter, ohne die eine Berichtigung des angefochtenen Urteils kaum stattfinden kann, verursacht einen zusätzlichen Aufwand an sachlichen wie auch an personellen Mitteln und verzögert die eigentliche Rechtsmittelentscheidung, ohne damit auch nur eine höhere Richtigkeitsgewähr der Entscheidung sicherzustellen (6). Sie ist prozessunökonomisch und damit, wie v.Mettenheim (7) überzeugend nachweist, unzulässig.

1) Vgl. Förster-Kann, ZPO § 319 Anm. 4;

2) Auch E. Osterloh [S.90] weist in Anlehnung an Freytag [S. 33 ff.] darauf hin, dass der Vorderrichter nur berichtigt, wenn ihm die Prozessakten vorliegen; deshalb ist, solange sich letztere bei dem Rechtsmittelgericht befinden, die Gefahr widersprüchlicher Entscheidungen praktisch ausgeschlossen;

3) Vgl. v.Mettenheim, Prozessökonomie S. 25;

4) Vgl. v.Mettenheim, Prozessökonomie S. 17;

5) Vgl. v.Mettenheim, Prozessökonomie S. 76;

6) Im Gegenteil wird die Korrektur des Urteils durch die Rechtsmittelinstanz regelmässig auch die höhere Richtigkeitsgewähr aufweisen;

7) Prozessökonomie S. 169;

Nicht überzeugen kann letztlich die Auffassung E. Osterloh (1), ein Berichtigungsverfahren in der Rechtsmittelinstanz sei überflüssig, weil das Instanzgericht in den Gründen seiner Entscheidung klarstellen könne, ob und inwieweit das angefochtene Urteil eine "offenbare Unrichtigkeit" enthalte.

Diese Auffassung gibt zu Bedenken in mehrfacher Hinsicht Anlass. Einmal beraubt das von Osterloh vorgeschlagene Verfahren die Parteien jeder Möglichkeit, die - nur in den Urteilsgründen ausgesprochene - "Berichtigung" im Beschwerderechtszug anzufechten. Zum anderen schützt dieses Verfahren zumindest in den Fällen, in denen das Rechtsmittel verworfen oder zurückgewiesen wird, das angefochtene Urteil also unbeeinträchtigt bestehen bleibt (2), die von der "Unrichtigkeit" betroffene Partei nicht vor der Vollstreckung aus dem unberichtigten Urteil. Und endlich erlaubt das vorgeschlagene Verfahren keine Lösung der Fälle, in denen die Rechtsmittelinstanz ganz ohne richterliche Entscheidung, z.B. durch Prozessvergleich (3), oder zumindest ohne Entscheidung zur Hauptsache, z.B. durch übereinstimmende Rechtsmittelerledigungserklärung (4), beendet wird. In derartigen Fällen bleibt, soll nicht die "offenbare Unrichtigkeit" im angefochtenen Urteil stehenbleiben, ihre vorgängige Korrektur durch Beschluss des Rechtsmittelgerichts die einzig vertretbare Lösung.

1) S. 92;

2) Vgl. Jauernig, Das fehlerhafte Zivilurteil S. 100;

3) Im Finanzprozess, dem der Prozessvergleich fremd ist, kommt diesem Argument allerdings keine sonderliche Überzeugungskraft zu;

4) Vgl. zur Erledigung des Rechtsmittels die eingehenden Ausführungen Heintzmans, ZZP Bd. 87 S. 199 ff.;

3. Zur Frage der Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts

Die Frage, ob auch das Vollstreckungsgericht zur Berichtigung eines offenbar fehlerhaften Titels berufen sei, hat bisher wenig Beachtung gefunden. Sie wird in der zivilprozessualen Literatur von Düringer (1) ohne nähere Begründung bejaht, von Bull (2) und neuerdings von E. Osterloh (3) dagegen mit dem Hinweis auf die Gefahr divergierender Entscheidungen verneint. Im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess wird sie, obschon keineswegs völlig gegenstandslos (4), nirgends diskutiert.

E. Osterlohs Auffassung mag im Ergebnis überzeugen; in der Begründung kann sie nicht befriedigen: Ob die Vollstreckungsinstanz einen fehlerhaften Titel berichtigen darf, ist eine Frage der [funktionellen] Zuständigkeit. Letztere aber kann mit Hilfe blosser Zweckmässigkeits-erwägungen weder bejaht noch verneint werden.

Auszugehen ist vielmehr auch hier von der grundsätzlichen Frage, ob die Vollstreckungsinstanz als "Gericht" im Sinne der §§ 319 Abs.1 ZPO, 118 Abs.1 VwGO, 107 Abs.

1) DJZ 1911 Sp. 41;

2) Prozesshilfen S. 28;

3) S. 97;

4) Verwaltungs- und Finanzprozess kennen die Institution des Vollstreckungsgerichts bei der Vollstreckung gegen die öffentliche Hand [§§ 170 VwGO, 151 FGO]; Vollstreckungsgericht ist im Verwaltungsprozess das Gericht des ersten Rechtszuges [§ 167 Abs.1 S.2 VwGO], im Finanzprozess das Finanzgericht [§ 151 Abs.1 S. 2 FGO]; sozialgerichtliche Urteile werden zu Lasten der öffentlichen Hand durch die Amtsgerichte vollstreckt [vgl. § 198 Abs.1 SGG sowie Mellwitz, SGG § 198 Rdnr. 2];

1 FGO (1) anzusprechen ist. Diese Frage muss verneint werden. "Gericht" im Sinne der angezogenen Bestimmungen ist die mit der Aburteilung des Rechtsstreits befasste Spruchabteilung (2). Das Vollstreckungsgericht aber wird, soweit es überhaupt "Entscheidungen" fällt, nur mit der Durchführung der Zwangsvollstreckung, niemals aber mit dem Rechtsstreit als solchem befasst [vgl. z.B. §§ 765 a, 766, 769 Abs.2, 811 a, 813 a, 825 ZPO]. Das Prozessgericht, nicht das Vollstreckungsgericht, ist deshalb "Gericht" im Sinne der Berichtigungsnormen und damit zur Korrektur fehlerhafter Vollstreckungstitel zuständig.

-
- 1) Da sozialgerichtliche Urteile durch die Amtsgerichte [§ 764 Abs.1 ZPO] vollstreckt werden, dürfte auch insoweit - wenn überhaupt - § 319 Abs.1 ZPO [nicht : § 138 S.2 SGG] einschlägig sein [zwh.];
- 2) Vgl. zum Zivilprozess Jauernig, Das fehlerhafte Zivilurteil S. 22;

II. Amts- oder Antragsverfahren ?

1. Im Zivilprozess findet die Berichtigung "auch von Amts wegen" statt [§ 319 Abs.1 ZPO]. Daraus schliesst die ältere Literatur (1), dass ein Berichtigungsantrag lediglich als "Anregung der Offizialtätigkeit" zu werten sei. Umgekehrt meint Kleinschmidt (2), das Gericht dürfe nicht von Amts wegen berichtigen, wo kein Antrag zu erwarten sei. Die neuere Literatur (3) wiederum lässt Amts- und Antragsverfahren gleichberechtigt und unabhängig von einander zu.

Im Verwaltungs- und im Finanzprozess gibt der Wortlaut der Gesetzesnormen [§§ 118 Abs.1 VwGO, 107 Abs.1 FGO] keinerlei Anhalt. Die in der Literatur h.M. (4) lässt die Berichtigung sowohl auf Antrag als auch von Amts wegen zu. Ziemer-Birkholz (5) dagegen will dem Berichtigungsantrag nur die Bedeutung einer Anregung zu amtlicher Tätigkeit beimessen.

Im Sozialgerichtsprozess erwähnt § 138 S.1 SGG ["von Amts wegen"] im Gegensatz zur Regelung des § 1673 Abs.

-
- 1) Seuffert, ZPO § 290 [a.F.] Anm. 2;
Wilmowski-Levy, ZPO § 290 [a.F.] Anm. 1;
 - 2) S. 138;
 - 3) Vgl. statt aller Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. II 1;
 - 4) Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 5;
Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 4;
Schunck-De Clerck, VwGO § 118 Anm. 2a;
Becker-Riewald-Koch, FGO § 107 Anm. 1 (3);
Görg-Müller, FGO § 107 Anm. 2 (Rdnr. 578);
Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 7;
 - 5) FGO § 107 Rdnr. 7;

1 RVO ["auf Antrag oder von Amts wegen"] nicht mehr die Möglichkeit einer Berichtigung auf Antrag. Hofmann-Schroeter (1) und Peters-Sautter-Wolff (2) schliessen daraus, dass die Berichtigung allein von Amts wegen zu betreiben sei und der Antrag eines Beteiligten keiner Entscheidung bedürfe, da er nur als Anregung zu amtlicher Tätigkeit zu werten sei (3). Für ein echtes Antragsrecht der Beteiligten treten dagegen Mellwitz (4), Miesbach-Ankenbrank (5) und das Landessozialgericht Schleswig (6) ein.

2. Nach hier vertretener Auffassung ist die Berichtigung in allen untersuchten Verfahrensordnungen sowohl auf Antrag als auch von Amts wegen zulässig.

Der Grundsatz, dass für die gerichtliche Entscheidung allemal ein Antrag erforderlich ist [das "Antragsprinzip" (7)], gilt für alle hier untersuchten Prozessordnungen (8). Urteilsberichtigung setzt mithin grundsätzlich einen Antrag voraus. Dem trägt der Wortlaut des § 319 Abs. 1 ZPO ["auch von Amts wegen"] deutlich Rechnung; die §§ 118 Abs. 1 VwGO, 107 Abs. 1 FGO schliessen - durch ihr Schweigen - diesen Grundsatz nicht aus. Missverständlich

1) SGG § 138 Anm. 2;

2) SGG § 138 Anm. 2;

3) Peters-Sautter-Wolff [SGG § 138 Anm. 2] meint allerdings, das Gericht habe dem Beteiligten, soweit es seiner Anregung nicht folge, "seine Entschliessung mitzuteilen";

4) SGG § 138 Rdnr. 7;

5) SGG § 138 Anm. 3;

6) SozE I/4 § 138 Anm. 1 (Beschl. vom 11. Juni 1954);

7) Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre § 6 II 1 (S.76 f.);

8) Grunsky, Grundlagen S. 19 [ders. vermennt allerdings "Antragsprinzip" und "Dispositionsmaxime"; zum Unterschied beider vgl. Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre § 6 I 3 (S.73) und § 6 II 1 (S. 76);

ist allein der Wortlaut des § 138 S.1 SGG ["von Amts wegen"]. Indes hat der Gesetzgeber mit der Schaffung des Sozialgerichtsgesetzes nicht das Ziel verfolgt, die Zulässigkeit prozessualer Erwirkungshandlung einschränkender zu regeln, als dies im Verfahren nach der Reichsversicherungsordnung (§ 1673 Abs.1 RVO) der Fall war (1). Wenn § 138 S.1 SGG gleichwohl die Möglichkeit der Antragsstellung nicht ausdrücklich erwähnt, so allein deshalb, weil der Gesetzgeber diese Möglichkeit als selbstverständlich erachtet hat (2). Endlich kann ein solcher Antrag auch nicht als blosse "Anregung der Offizialtätigkeit" gewertet werden. Als prozessuale Erwirkungshandlung zwingt der Antrag das Gericht zu seiner Bescheidung, selbst wenn er jeder Grundlage entbehrt (3). Für eine Offizialtätigkeit ist insoweit kein Raum.

Eine Anerkennung des "Offizialprinzips" (4) neben dem Antragsprinzip verlangt als Ausnahme von dem eingangs bezeichneten Grundsatz nach gesetzlicher Regelung. Diesem Erfordernis trägt der Wortlaut des § 319 Abs.1 ZPO ["auch von Amts wegen"] Rechnung. Gleiches gilt für den - freilich missverständlichen - Wortlaut des § 138 S.1 SGG. Probleme wirft insoweit nur die verwaltungs- und finanzprozessuale Regelung auf: Das Schweigen der §§ 118 Abs.1 VwGO, 107 Abs.1 FGO deutet an sich auf die Herrschaft des - reinen - Antragsprinzips hin. Indes geben

-
- 1) Überzeugend: LSG Schleswig SozE I/4 § 138 Nr.1 (Beschl. vom 11. Juni 1954);
 - 2) Dafür spricht der Wortlaut der amtlichen Begründung zu § 86 des Entwurfs eines Gesetzes über das Verfahren in der Sozialgerichtsbarkeit [vgl. S. 37 d.A.]; dieselbe erwähnt den "Antrag auf Berichtigung" ausdrücklich;
 - 3) Vgl. Goldschmidt, Prozess S. 372 ff.;
 - 4) Vgl. Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre § 6 II 1 (S. 76);

die Materialien zu § 118 VwGO (1) hinreichenden Aufschluss, dass der Gesetzgeber sowohl das Amts- als auch das Antragsverfahren in den Geltungsbereich der Norm hat einbeziehen wollen (2). Die Vorschrift des § 107 FGO wiederum ist dem § 118 VwGO inhaltlich angepasst worden (3); eine übereinstimmende Interpretation - die letztlich auch dem vor Erlass dieser Vorschrift gültigen Rechtszustand entspricht (4) - erscheint deshalb zulässig.

-
- 1) Vgl. die Amtliche Begründung zu § 117 des Entwurfs einer Bundesverwaltungsgerichtsordnung [S.26 d.A.];
 - 2) Eine solche Auslegung ist freilich, stellt man auf den "Willen" des Gesetzgebers [und nicht auf den "rechtspolitischen Zweck" der Norm] ab, nicht bedenkenfrei. Denn der "Wille" des Gesetzgebers hat im konkreten Fall im Wortlaut der §§ 118 Abs.1 VwGO, 107 Abs.1 FGO keinen - noch so geringen - Niederschlag gefunden;
 - 3) Vgl. die Amtliche Begründung zu § 103 des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung der Finanzgerichtsbarkeit [S.33 d.A.];
 - 4) Vgl. Becker-Riewald-Koch, AbgO § 92 Anm. 4 (1);

III. Die Frage des Vertretungszwangs

1. Im Zivilprozess unterwirft § 78 Abs. 1 ZPO das Verfahren vor den Landgerichten und allen Gerichten des höheren Rechtszuges dem Vertretungszwang. Diesem Vertretungszwang unterliegt nach einer in der Literatur (1) verbreiteten Auffassung auch das Berichtigungsverfahren. Ein weiterer Teil der Literatur (2) bejaht den Vertretungszwang zwar grundsätzlich, misst ihm aber mit dem Hinweis, das Gericht könne auf ein unzulässiges Gesuch hin von Amts wegen tätig werden, geringe praktische Bedeutung bei. Das gleiche Argument nutzt Seuffert(3), um den Vertretungszwang überhaupt zu negieren. Im Ergebnis folgt ihm E. Osterloh, der ausführt (4), ein Vertretungszwang führe zu vermeidbaren Kosten; er sei überdies wegen der "Simplizität der Sache" wenig sinnvoll.

Aus der Rechtsprechung liegt allein eine Entscheidung des Reichsgerichts (5) vor. Darin führt das Gericht aus, ein Berichtigungsantrag unterliege dem Vertretungszwang, soweit die Berichtigung eine "weitere Prüfung auf Grund anderweit herbeizuziehenden Materials notwendig mache", eine Berichtigung von Amts wegen mithin ausscheide.

-
- 1) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 3A;
Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. C II;
Zöllner-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 4a;
Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 60 I 3 a (S. 285).
Hess S. 45;
 - 2) Petersen-Anger, ZPO § 319 Anm. 3;
Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 14;
Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. II 2;
Steinberg S. 27;
 - 3) ZPO § 290 [a.F.] Anm. 2;
 - 4) S. 88;
 - 5) RGZ Bd. 25 S. 404 (Beschl. vom 15. Febr. 1890);

Im Verwaltungsprozess besteht Vertretungszwang nur vor dem Bundesverwaltungsgericht [§ 67 Abs.1 S.1 VwGO] (1). Entsprechend spärlich fallen die Äusserungen der Literatur aus: Eyermann-Fröhler, (2), Redeker-v.Oertzen (3) und Ule (4) betonen, Vertretungszwang bestehe für jede Prozesshandlung in jedem Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht. Eine Ausnahme will Eyermann-Fröhler (5) dort zulassen, wo das Bundesverwaltungsgericht "keine rechtsprechende Tätigkeit zu entfalten hat" ; der Bezug zum Berichtigungsverfahren bleibt indes offen. Redeker-v.Oertzen endlich (6) will "Anträge des Beigeladenen nach §§ 118 - 120 VwGO" vom Vertretungszwang ausgenommen wissen. Die zur Begründung zitierte Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (7) stützt diese Auffassung, was das Berichtigungsverfahren anbelangt, indes nicht (8).

Der Finanzprozess kennt keinen Vertretungszwang (9).

Im Sozialgerichtsprozess besteht nur vor dem Bundessozialgericht ein - zudem auf bestimmte Beteiligte beschränkter - Vertretungszwang (§ 166 Abs.1 SGG). Ent-

-
- 1) Vor dem VG und dem OVG "kann angeordnet werden, dass ein Bevollmächtigter bestellt...werden muss" (§ 67 Abs.2 S.2 VwGO);
 - 2) VwGO § 67 Rdnr. 3;
 - 3) VwGO § 67 Rdnr. 4;
 - 4) VwGO § 67 Anm. I 1 (S. 243);
 - 5) VwGO § 67 Rdnr. 3;
 - 6) VwGO § 67 Rdnr. 4;
 - 7) NJW 1965 S. 125 (Urt. vom 23. Okt. 1964);
 - 8) Die - allerdings nur im Leitsatz veröffentlichte - Entscheidung führt aus, ein Antrag des Beigeladenen auf Ergänzung des Urteils (§ 120 Abs.1 VwGO) durch einen Ausspruch über seine aussergerichtlichen Kosten unterliege nicht dem Vertretungszwang;
 - 9) Ziemer-Birkholz, FGO § 62 Rdnr. 11;

sprechend dürftiger Erörterung erfreut sich das hier behandelte Problem:

Mellwitz (1) und Peters-Sautter-Wolff (2) betonen, der Vertretungszwang beziehe sich auf alle Prozesshandlungen im Revisionsverfahren. Darüber hinaus zitiert Peters-Sautter-Wolff (3) die bereits angeführte Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (4) und tritt ihr für für das Gebiet der Sozialgerichtsbarkeit bei.

2. Nach hier vertretener Auffassung rechtfertigt zwar der Wortlaut, nicht aber die rechtspolitische Zwecksetzung der §§ 78 Abs.1 ZPO, 67 Abs.1 S.1 VwGO, 166 Abs.1 SGG deren Anwendung auf das Berichtigungsverfahren. Die im Gesetz enthaltene Regel ist zu weit gefasst. Sie muss im Wege einer "teleologischen Reduktion" (5) auf den ihr nach dem Zweck des Gesetzes zukommenden Anwendungsbereich zurückgeführt werden. Diese "Reduktion" führt zur Negierung des Vertretungszwangs im Berichtigungsverfahren:

Der Vertretungszwang dient einerseits der Fürsorge für die rechtsunkundige Partei, der regelmässig die Fähigkeit abgeht, das für den Prozess wesentliche zu erkennen und dasselbe dem Gericht in geordneter Form und "schlüssig" im Hinblick auf das Klageziel vorzutragen. Er ist darüber hinaus Fürsorge für das Gericht, dem aussichtslose Prozesse erspart, die anhängig werdenden aber mit geordnetem, juristisch aufbereitetem Tatsachenstoff vorgelegt werden sollen, und dessen Tätigkeit infolge der Prozessführung durch rechtskun-

1) SGG § 166 Rdnr.2;

2) SGG § 166 Anm. 1;

3) SGG § 166 Anm. 1;

4) NJW 1965 S. 125 (Urt. vom 23. Okt. 1964);

5) Vgl. Larenz, Methodenlehre S. 369;

dige und sprachgewaltige Personen erst als eine erfolgversprechende ermöglicht wird (1). Der Vertretungszwang steht damit, wie Sauer (2) zutreffend bemerkt, im Dienste der Prozessökonomie.

Diese rechtspolitische Zwecksetzung rechtfertigt es nicht, auch das Berichtigungsverfahren in den Geltungsbereich der §§ 78 Abs.1 ZPO, 67 Abs.1 VwGO, 166 Abs.1 SGG einzubeziehen. Die Fähigkeit, offenkundige Flüchtigkeitsversehen zu erkennen und ihr Vorhandensein dem Richter in verständlicher Form aufzuzeigen, kommt auch der nicht anwaltlich beratenen Partei zu. Eine mündliche Verhandlung, welche die Vertretung durch "rechtsgelehrte" oder "redegewandte" Personen u.U. rechtfertigen könnte, ist im Berichtigungsverfahren weder vorgeschrieben (3) noch üblich. Auch wird das verständliche Interesse des Richters, vor vermeidbarer Arbeit bewahrt zu bleiben, durch - im Einzelfall unbegründete - Berichtigungsanträge nicht über Gebühr tangiert: Die Entscheidung über den Antrag ergeht durch einfachen, auf die Abfassung weniger Zeilen beschränkbarer Beschluss.

Für eine Negierung des Vertretungszwanges spricht endlich eine letzte Erwägung: Die Erstattung aussergerichtlicher Kosten, soweit sie im Berichtigungsverfahren anfallen, lässt sich nach geltendem Recht nicht durchweg zufriedenstellend lösen (4). Der Ruf nach dem Gesetzgeber pflegt in solchen - minder bedeutsamen - Fällen ungehört zu verhallen. Die Negierung des Vertretungszwanges löst auch dieses Problem.

1) Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 29 II 1 [S.115];

2) Allgemeine Prozessrechtslehre § 8 III 2 [S.123];

3) Näheres später [S. 262 ff. d.A.];

4) Näheres später [S. 273 f. d.A.];

IV. Mündliche Verhandlung und rechtliches Gehör

1. Über die Berichtigung "kann ohne mündliche Verhandlung entschieden werden" [§§ 319 Abs.2 S.1 ZPO, 118 Abs.2 S.1 VwGO (1), 107 Abs.2 S.1 FGO] (2). Ihre Anordnung steht mithin im Ermessen des Gerichts (3); ein Recht auf mündliche Verhandlung wird auch durch Art. 103 Abs.1 GG nicht begründet (4).

Die Anordnung mündlicher Verhandlung wird sich bei einer von Amts wegen vorzunehmenden Berichtigung regelmässig erübrigen (5). Im Antragsverfahren dagegen kann sie [z.B. zur Erörterung von Inhalt und Sinn eines unklaren Berichtigungsantrags (6)] im Einzelfall ratsam sein (7).

-
- 1) Genauer zitiert: "Ohne vorgängige mündliche Verhandlung" [§ 107 Abs.2 S.1 FGO]; vgl. dazu den Dritten Teil d.A.;
 - 2) Im Sozialgerichtsprozess gilt § 124 Abs.3 SGG ["Entscheidungen des Gerichts, die nicht Urteile sind, können ohne mündliche Verhandlung ergehen, soweit nicht anderes bestimmt ist"]; ähnliche Regelungen treffen die §§ 101 Abs.3 VwGO, 90 Abs.1 S.2 FGO, sodass die §§ 118 Abs.2 S.1 VwGO, 107 Abs.2 S.1 FGO im Grunde entbehrlich sind;
 - 3) Endemann, ZPO § 290 [a.F.] Anm. 2; Koehler, VwGO § 118 Anm. IV 1; Tipke-Kruse, FGO § 90 Rdnr. 2; Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 2;
 - 4) Treffend Ziemer-Birkholz, FGO § 96 Rdnr. 57; ders. stellt klar, dass das Recht auf Gehör und das Recht auf mündliche Verhandlung nicht gleichzusetzen sind, da dem Recht auf Gehör auch durch schriftliche Mitteilung entsprochen werden kann;
 - 5) Darauf weist bereits Hora [S.882] hin;
 - 6) Bestehen dagegen Zweifel am Vorliegen eines korrigiblen Versehens, so fehlt die "Offenbarkeit"; der Richter wird deshalb nicht mündliche Verhandlung anberaumen, sondern den Berichtigungsantrag zurückweisen [ähnlich: LG Dresden, SächsArch. Bd.4 S.721 = Beschl. vom 8. Nov. 1893 -];
 - 7) Kleinschmidt S. 142;

2. Die Frage, ob den Parteien ["Beteiligten"] im Berichti -
gungsverfahren zumindest rechtliches Gehör zu gewähren
sei, wird unterschiedlich beantwortet. Ältere Beiträge
(1) verneinen sie. Becker-Riewald-Koch (2) hält eine An-
hörung der Beteiligten "manchmal" für "zweckmässig." Das
Bundesverfassungsgericht (3) endlich, dem Eyermann-Fröh-
ler (4) und Kopp (5) folgen, führt aus, die Anhörung der
Prozessbeteiligten sei erforderlich, wenn es nicht nur
um die Korrektur blosser "Formalien" gehe, sondern eine
zuvor durch gerichtliche Entscheidung erworbene "Rechts-
stellung" der Betroffenen nachteilig verändert werde.

Dazu ist folgendes auszuführen:

Der verfassungsrechtlich geschützte [Art. 103 Abs. 1 GG]
Anspruch auf rechtliches Gehör hat die Funktion, den Pro-
zessbeteiligten, deren "Recht" im Verfahren zur Disposi -
tion steht, Gelegenheit zur Verteidigung dieses "Rechtes"
und zur Einflussnahme auf die richterliche Entscheidung
zu gewähren (6). Dieser Anspruch gilt für alle hier unter-
suchten Prozessordnungen, gleichgültig, ob sie das Verfah-
ren dem Verhandlungs- oder dem Untersuchungsgrundsatz un -
terstellen (7); er ist letztlich Ausfluss der Menschenwür-

-
- 1) Hellwig, System S. 505;
Hörsing S. 882;
Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. C III ;
- 2) FGO § 107 Anm. 1 (3);
- 3) BayVBl. 1972 S. 588 [Beschl. vom 19. Juli 1972]; hier hat-
te ein Oberverwaltungsgericht die Kostenentscheidung des
Urteils ohne vorherige Anhörung der Beteiligten zum Nach -
teil der Klägerin abgeändert;
- 4) VwGO § 118 Rdnr. 6 [allerdings unrichtig zitiert: "BVerwG
v. 19. 7. 1972"];]
- 5) VwGO § 118 Anm. 3;
- 6) Grunsky, Grundlagen S. 200;
- 7) Grunsky, Grundlagen S. 195 und daselbst Fussn. 1a;
Rüping, Information 1974 S. 134;

de (1). Trotz seines hohen Ranges kommt dem Grundsatz der Gewährung rechtlichen Gehörs indes kein absoluter Wert zu; seine Tragweite erwächst vielmehr erst aus der Auseinandersetzung mit anderen Verfahrensprinzipien (2), insbesondere dem der Prozesswirtschaftlichkeit ["Prozessökonomie"].

Für das Berichtigungsverfahren bedeutet dies folgendes :

Ein "Recht" der Prozessbeteiligten steht im Berichtigungsverfahren dann zur Disposition, wenn die "tragenden" Bestandteile des Urteilstenors korrigiert werden. In derartigen Fällen ist, wie auch das Bundesverfassungsgericht (3) zutreffend bemerkt, der Betroffene notwendig zu hören; das Gebot der Prozessbeschleunigung [eines Postulats der "Prozessökonomie"] tritt zurück.

Bei der Korrektur blosser "Formalien", Fehler der Grammatik, der Syntax, des Stils etc. stehen "Rechte" der Prozessbeteiligten hingegen nicht auf dem Spiel. In solchen Fällen setzt sich das Gebot wirtschaftlichen Prozedierens durch, das eine Anhörung der Betroffenen nicht bloss als "entbehrlich" (4), sondern als "unökonomisch" [weil verfahrensverzögernd] und damit als unzulässig (5) erscheinen lässt.

1) Vgl. die Nachweise bei Grunsky, Grundlagen S. 195 Fussn. 3;

2) Treffend: Rüping, Information 1974 S. 134;

3) BayVB1. 1972 S. 588 [Beschl. vom 19. Juli 1972];

4) In diesem Sinne offenbar das BVerfG [BayVB1. 1972 S. 588 - Beschl. vom 19. Juli 1972 -];

5) Vgl. v. Mettenheim, Prozessökonomie S. 169;

V. Zur Frage der Zulässigkeit der Beweisaufnahme

1. Im Zivilprozess ist die Frage der Zulässigkeit einer Beweisaufnahme im Berichtigungsverfahren umstritten. Eine in der Literatur verbreitete (1) Auffassung hält die Beweiserhebung nicht grundsätzlich für ausgeschlossen. Einschränkend äussern sich Förster-Kann (2) und Hess (3), die zwar eine zur Aufdeckung des Fehlers gebotene Beweisaufnahme ausschliessen, dagegen eine Beweisaufnahme, welche der Richtigstellung eines als fehlerhaft erkannten Urteilsinhalts dient, zulassen wollen (4). Einschränkend äussert sich auch Steinberg (5), der die Vernehmung von Zeugen ablehnt, den Urkundenbeweis aber zulassen will, dessen Zulässigkeit er mit einem Umkehrschluss aus § 320 Abs.4 S.1 ZPO zu rechtfertigen sucht. Ein anderer Teil (6) der Literatur und die Rechtsprechung (7) endlich meinen, im Hinblick auf die gebotene "Offenbarkeit" des Versehens sei für eine Beweiserhebung kein Raum.

-
- 1) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. II 2 ; Burkhardt, JurBüro 1960 Sp. 139; Kleinschmidt S. 142; Wurzer, AcP Bd. 120 S. 422 ;
 - 2) ZPO § 319 Anm. 5 b;
 - 3) S. 46 f.;
 - 4) Gegen diese Differenzierung wendet sich Freytag [S.37 f.];
 - 5) S. 16;
 - 6) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 3 B; Warneyer, ZPO § 319 Anm. 31; Freytag S. 37; Hein, Identität S. 64; Hörle, ZZP Bd. 44 S. 70;
 - 7) RG JW 1902 S. 362 [Beschl. vom 24. Mai 1902]; OLG Darmstadt DJZ 1906 Sp. 92 [Beschl. vom 16. Juni 1905]; KG Rspr. Bd. 25 S. 99 [Beschl. vom 15. Nov. 1911]; OLG Rostock SeuffA. Bd. 69 S. 213 [Beschl. vom 4. Dez. 1913]; LG Dresden SächsArch. Bd.4 S.721 [Beschl. vom 8. Nov. 1893];
wohl auch: OLG Schleswig WM 1967 S. 834 [Beschl. vom 14. Juni 1967]; das OLG führt aus, ein Fehler, der sich erst durch das Bekanntwerden von Beweisunterlagen eines anderen Verfahrens ergebe, rechtfertige keine Berichtigung;

Im Verwaltungsprozess betont v.Werder-Labs-Ortmann (1), eine Beweiserhebung würde dem Erfordernis der "offenbaren" Unrichtigkeit nicht entsprechen. Koehler (2) beschränkt sich auf den Hinweis, die Unrichtigkeit dürfe "nicht erst auf Grund von umfangreichen Ermittlungen feststellbar sein." Die Rechtsprechung enthält sich jeder Stellungnahme.

Im Finanzprozess führt allein Tipke (3) aus, wo eine Beweisaufnahme notwendig sei, könne von einer "offenbaren" Unrichtigkeit keine Rede sein.

Im Sozialgerichtsprozess fehlt bislang jede Stellungnahme.

2. Die Streitfrage hat im Prozessrecht keine ausdrückliche Regelung erfahren. Ein Umkehrschluss aus §§ 320 Abs.4 S.1 ZPO, 119 Abs.2 S.1 VwGO, 108 Abs.2 S.1 FGO, 139 Abs.2 S.1 SGG ["Das Gericht entscheidet ohne Beweisaufnahme"] entfällt, da sich die Beschränkung des Beweiserhebungsverbots gerade auf die zitierten Vorschriften aus dem Zweck der gesetzli - chen Regelung nicht herleiten lässt (4). Die Frage kann indes aus dem Erkenntnis der Funktion und der Ausgestaltung des Berichtigungsverfahrens beantwortet werden.

Das Berichtigungsverfahren dient der "schnellen" und "einfachen" Korrektur gewisser Fehlleistungen (5). Diese Ver -

1) VGG § 79 Anm. I ;

2) VwGO § 118 Anm. III 4 ;

3) Anm. zu BFH StRK AbGO § 92 R. 24 [Urt. vom 4. Sept. 1961];

4) Vgl. Larenz, Methodenlehre S. 368;

die zitierten Vorschriften erfassen die "nicht-offenbaren" Mängel der Feststellung; Mängel also, die nach allgemeinen prozessualen Grundsätzen an sich der Beweiserhebung zugänglich wären, deren Ausschluss deshalb ausdrücklicher gesetzlicher Regelung bedürfte. Die §§ 319 ZPO, 118 VwGO, 107 FGO, 138 SGG dagegen erfassen Mängel, angesichts deren "Offenbarkeit" der Gesetzgeber ein Beweiserhebungs - verbot möglicherweise für überflüssig gehalten hat. Ein Umkehrschluss ist deshalb nicht zwingend.

5) Vgl. den Wortlaut der Amtlichen Begründung zu § 280 des "Entwurfs einer Deutschen Civilprozessordnung" [Hahn, Materialien I S. 288];

fahrensfunktion schliesst die Erhebung nicht "präsender" Be-
weise (1) notwendigerweise aus. Das Berichtigungsverfahren
beschränkt sich weiter auf die Behebung "offenbarer" Verse-
hen. Diese Ausgestaltung des Verfahrens steht dem Beweis
durch Zeugen, durch Sachverständige und durch Parteiverneh-
mung entgegen. Denn was [allein] im Wissen dieser Personen
steht, ist dem "objektiven Betrachter" [dem "Erkenntnisub-
jekt" des Berichtigungsverfahrens] nicht notwendig erkenn-
bar. Was bleibt, ist der Beweis durch ["präsende"] Urkun-
den (2), die - einer an früherer Stelle getroffenen Ein-
schränkung gemäss - ständig zur Disposition des Gerichts
stehen [wie z.B. das Grundbuch, das Handelsregister etc.].
Der Heranziehung solcher Urkunden als Beweismittel stehen
Zweck und Ausgestaltung (3) des Berichtigungsverfahrens
nicht entgegen.

-
- 1) Zu den verschiedenen Beweismitteln der [hier untersucht -
ten] Verfahrensgesetze vgl. Grunsky, Grundlagen S. 384 ;
 - 2) Vgl. §§ 415 ff. ZPO i.V.m. §§ 98 VwGO, 118 SGG;
im Finanzprozess gilt § 81 Abs.1 S. 2 FGO ;
 - 3) Dem - fiktiven! - "objektiven Betrachter" ist der Inhalt
des Grundbuches [etc.] vertraut, ein Versehen, das dem
Richter erst durch die Heranziehung dieser Urkunde kennt-
lich wird, mithin "offenbar";

I. Die Frage der Begründungspflicht

1. Ob und in welchem Umfang ein Berichtigungsbeschluss mit Gründen zu versehen ist, wird nicht einheitlich beantwortet.

- a) Auf zivilprozessualen Gebiet führt Hess (1) aus, die Beifügung von Gründen sei zwar nicht vorgeschrieben, in wichtigen Fällen aber "zweckmässig"; sie entspreche im übrigen dem Gebot "richterlichen Anstands." Demgegenüber hält Schumann (2) eine Begründung zwar grundsätzlich für geboten, meint aber, was Inhalt und Grundlage eines Berichtigungsbeschlusses sei, lasse sich mit einem kurzen Satz prägnant ausdrücken; selbst die Wendung "wegen eines offenkundigen Irrtums" reiche als Begründung aus. Das Bundesarbeitsgericht (3) endlich hat wiederholt hervorgehoben, der Berichtigungsbeschluss müsse zumindest einen Hinweis darüber enthalten, inwieweit eine "offenbare Unrichtigkeit" der ursprünglichen Entscheidung vorliege.

Wieczorek (4) dagegen ist der Auffassung, der Berichtigungsbeschluss bedürfe einer Begründung nicht. Eine solche sei auch überflüssig, weil die Unrichtigkeit "offenbar" sein und deshalb auch vom Beschwerdegericht als solche erkannt werden müsse, und weil zudem im Falle der Ablehnung der Berichtigung kein Rechtsmittel gegeben sei.

Gegen eine Begründungspflicht wendet sich endlich auch Pohle (5) mit dem Hinweis, das Gesetz liefere für ein besonderes "Form- und Nachweiserfordernis" keinen Anhalt.

1) S. 48;

2) Anm. zu BAG AP Nr. 14 zu § 319 ZPO [Urt. vom 9. März 1968];

3) BAG AP Nr. 2 zu § 319 ZPO [Urt. vom 22. Dez. 1955];
BAG AP Nr. 14 zu § 319 ZPO [Urt. vom 9. März 1968];
vgl. ferner LAG Schleswig-Holstein SchlHA 1968 S. 215
[Beschl. vom 3. Mai 1968];

4) ZPO § 319 Rdnr. C IV;

5) Anm. zu BAG AP Nr. 2 zu § 319 ZPO [Urt. vom 22. Dez. 1955];

- b) Im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess sind rechtsmittelfähige Beschlüsse kraft ausdrücklicher gesetzlicher Vorschrift (1) zu begründen. Im Hinblick auf diese Regelung wird die Pflicht, auch dem Berichtigungsbeschluss eine Begründung beizugeben, verschiedentlich (2) bejaht.

2. Zur Frage der Begründungspflicht ist folgendes auszuführen :

- a) Pohle (3) ist zuzugeben, dass § 319 ZPO über die Form der schriftlichen Abfassung des Berichtigungsbeschlusses nichts enthält, insbesondere die Beigabe von Entscheidungsgründen, wie sie § 313 Abs.1 Nr.4 ZPO für das Urteil vorsieht, nicht anordnet. Auch § 329 Abs.2 ZPO gibt insoweit keinen Aufschluss.

Indes stimmen Rechtsprechung und Lehre (4) im wesentlichen darin überein, dass Beschlüsse, die der Beschwerde unterliegen, auch ohne ausdrückliche gesetzliche Normierung einer Begründung bedürfen (5), da anderenfalls ihre Nachprüfung durch das Beschwerdegericht nicht gewährleistet sei. Beschlüsse, die keiner Beschwerde im Sinne der §§ 567 ff. ZPO unterliegen, können zumindest auf Verfassungsbeschwerde hin überprüft werden; auch insoweit wird deshalb ein Begründungszwang angenommen. (6).

1) Vgl. §§ 122 Abs.2 S.1 VwGO, 113 Abs.2 S.1 FGO, 142 Abs.2 SGG;

2) Kopp, VwGO § 118 Anm. 3;
Redeker-v.Oertzen, VwGO § 122 Rdnr. 6;
LSG Nordrhein-Westfalen SozE I/4 § 138 Nr. 2 [Urt. vom 20. März 1956];

3) Anm. zu BAG AP Nr.2 zu § 319 ZPO [Urt. vom 22. Dez. 1955];

4) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 329 Anm. I 4 mit weiteren Nachweisen;

5) Letztlich gründet sich diese Auffassung auf Art. 19 Abs. 4 GG [BVerfGE Bd.28 S.10 ff., 14 - Beschl. vom 28. Jan. 1970 -];

6) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 329 Anm. I 4 ;

Wendet man die vorstehenden Grundsätze auf das Berichtigungsverfahren an, so wird man auf eine Begründung des Berichtigungsbeschlusses schlechthin nicht verzichten können.

Ihrem Umfang nach muss diese Begründung die tatsächlichen und rechtlichen Erwägungen des Gerichts verdeutlichen, die zum Erlass der berichtigenden Entscheidung oder zur Zurückweisung des Berichtigungsantrags geführt haben. Schumann (1) ist zuzugeben, dass sich diese Angaben - zumindest in einfachen Fällen - auf einen kurzen, prägnanten Satz beschränken dürfen. Die bloße Wiedergabe des Wortlauts der Berichtigungsnorm ["wegen einer offenbaren Unrichtigkeit"] dürfte allerdings nicht als ausreichend anzuerkennen sein.

- b) Keine Schwierigkeiten bereitet die Frage der Begründungspflicht im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess: Berichtigungsbeschlüsse fallen als rechtsmittelfähige (2) Entscheidungen in den Geltungsbereich der §§ 122 Abs.2 S.1 VwGO, 113 Abs.2 S.1 FGO, 142 Abs.2 SGG und sind deshalb zu begründen. Hinsichtlich des Umfangs (3) dieser Begründung gilt das zum Zivilprozess ausgeführte.

1) Anm. zu BAG AP Nr. 14 zu § 319 ZPO [Urt. vom 9. März 1968];

2) Vgl. §§ 146 Abs.1 VwGO, 128 Abs.1 FGO, 172 Abs.1 SGG [Näheres später]; [S. 294 ff. d.A.];

3) Zum Umfang der Begründung von Beschlüssen äussern sich Klinger [VwGO § 122 Anm. B 3] und Tipke-Kruse [FGO § 113 Erl.];

VII. Zur Frage der Äusseren Form und der Zustellung des Berichtigungsbeschlusses

1. Der Berichtigungsbeschluss wird "auf dem Urteil und den Ausfertigungen vermerkt" [§§ 319 Abs.2 S.2 ZPO, 118 Abs.2 S.2 VwGO, 107 Abs.2 S.2 FGO, 138 S.3 SGG].

Zu Zweifeln gibt die Auslegung dieser Bestimmungen wenig Raum. Der Beschluss wird - an "sichtbarer" (1) Stelle - auf die Urteilsurschrift (2) oder - sofern es an Platz mangelt - auf ein gesondertes Blatt gesetzt, das mit der Urschrift in amtlicher Weise (3), nicht durch blosses Zusammenkleben verbunden wird. Unmittelbare Korrekturen im Urteilstext selbst sind also ausgeschlossen (4). Bereits erteilte Ausfertigungen fordert die Geschäftsstelle aus Anlass ihrer Berichtigung zurück. Zwangsmittel stehen ihr dabei nicht zu Gebote; jedoch entspricht die Rückgabe anwaltlicher Standespflicht (5). Ein Einfluss auf die "Gültigkeit" oder die "Wirksamkeit" der Korrektur wird der Anbringung des Berichtigungsvermerks im übrigen nicht eingeräumt (6).

2. Die auf mündliche Verhandlung hin ergehenden Berichtigungsbeschlüsse sind im Zivilprozess zu verkünden (7), nicht

-
- 1) Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 7; Ziemer-Haarmann S. 430 [Rdnr. 4210];
 - 2) Zöllner-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 4 c; Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 5; Ziemer-Haarmann S. 430 [Rdnr. 4210];
 - 3) Zutreffend LG Hannover JurBüro 1970 Sp. 886 [Beschl. vom 25. Aug. 1970];
 - 4) KG Rspr. Bd. 23 S. 170 [Urt. vom 12. Mai 1901]; Görg-Müller, FGO § 107 Anm. 2 [Rdnr. 578];
 - 5) Zutreffend Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. C IV b ;
 - 6) Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. C IV b ; Kopp, VwGO § 118 Anm. 3 ; Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 11;
 - 7) Vgl. § 329 Abs.1 ZPO;

verkündete Beschlüsse sind den Parteien von Amts wegen mitzuteilen, und zwar im Falle der Berichtigung durch Zustellung [arg.: § 319 Abs.3 Halbs.2 ZPO], im Falle der Ablehnung eines Berichtigungsantrags durch formlose Übersendung [arg.: § 319 Abs.3 Halbs.1 ZPO]. Im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess dagegen sind im Berichtigungsverfahren erlassene Entscheidungen unterschiedslos zuzustellen (1). Eine Ausnahme gilt lediglich für die Entscheidungen der Oberlandesgerichte, der Oberverwaltungsgerichte und der Landessozialgerichte; hier genügt stets formlose Übersendung, da kein Rechtsmittel (2) gegeben ist.

1) Vgl. § 56 Abs.1 VwGO sowie Klinger, VwGO § 118 Anm. C III ;

vgl. ferner § 53 Abs.1 FGO sowie Ziemer-Haarmann S. 430 [Rdnr. 4211];

vgl. endlich § 63 Abs.1 SGG sowie Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 2;

2) Vgl. §§ 567 Abs.3 S.1 ZPO, 152 Abs.1 S.1 VwGO, 177 SGG;

VIII. Die Kosten des Berichtigungsverfahrens

Für das Berichtigungsverfahren werden keine besonderen Gerichtskosten erhoben (1). Dies folgt für den Zivil-, Verwaltungs- und Finanzprozess aus § 1 GKG (2), für den Sozialgerichtsprozess aus § 183 SGG (3). Auch aussergerichtliche Kosten entstehen im Regelfall nicht. Die Berichtigung gehört zum Gebührenrechtszug (4). Die Tätigkeit eines Prozessbevollmächtigten gilt mithin durch die Regelgebühr (5) als abgegolten.

Ein Ausspruch über die Kosten des Berichtigungsverfahrens ist deshalb regelmässig entbehrlich (6).

Schwierigkeiten bereiten indes Fälle, in denen eine Partei, deren bisheriger Prozessbevollmächtigter verstorben ist oder seine Zulassung aufgegeben hat, gezwungen (7) ist, einen anderen Anwalt mit der Durchführung des Berichtigungsverfahrens zu betrauen (8). In solchen Fällen kann der neu bestellte Prozessbevollmächtigte die Gebühr aus § 56 BRAGebO

-
- 1) Mielke, GKG § 32 Anm. 1;
Lauterbach-Hartmann, GKG § 32 Anm. 1;
Rittmann-Wenz, GKG § 32 Anm. 5;
 - 2) Die in § 189 Abs. 1 VwGO angesprochenen landesrechtlichen Vorschriften erklären zum überwiegenden Teil das GKG für anwendbar;
vgl. im übrigen § 140 Abs. 1 FGO sowie Ziemer-Haarmann S. 612 [Rdnr. 5007];
 - 3) Nach § 183 SGG ist das sozialgerichtliche Verfahren grundsätzlich kostenfrei;
 - 4) Vgl. zum Zivilprozess § 37 Nr. 6 BRAGebO;
vgl. zum Verwaltungs- und Finanzprozess §§ 37 Nr. 6, 144 Abs. 1 BRAGebO;
vgl. zum Sozialgerichtsprozess § 116 BRAGebO, der "Neben- und Abwicklungstätigkeiten" umfasst [Gerold-Schmidt, BRAGebO § 116 Rdnr. 4] und damit das Berichtigungsverfahren einbezieht;
 - 5) Vgl. §§ 31, 116 Abs. 2 BRAGebO;
 - 6) Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. C IV c;
Redeker-v. Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 5;
 - 7) Dieser Fall wird allerdings nur praktisch, wenn man - mit der h.M. - den Anwaltszwang bejaht;
 - 8) Auf diese Fallgestaltung weist z.B. Burkhardt [JurBüro 1960 Sp. 139] hin;

(1) liquidieren. Letztere - in Gestalt aussergerichtlicher Kosten - der Gegenseite aufzuerlegen, verbietet sich zu - mindest in den Fällen, in denen die Gegenseite nicht ge - hört worden ist oder der Berichtigung nicht widersprochen hat. Eine Überwälzung auf die Staatskasse als die einzig billig erscheinende Lösung scheidet mangels einer gesetz - lichen Vorschrift (2) aus. Mithin fallen diese Kosten der rechtssuchenden Partei selbst zur Last - ein unerträgliches Ergebnis, sofern ein Flüchtigkeitsfehler des Gerichts zur zur Korrektur ansteht.

Zur Abhilfe schlägt Hagen (3) - wenn auch in anderem Zu - sammenhang (4) - eine Ergänzung des § 839 Abs. 3 BGB (5) vor, die es erlauben würde, durch grob fahrlässige Amts - pflichtverletzung des Richters verursachte aussergericht - liche Kosten auf die Staatskasse abzuwälzen. Eine solche Ergänzung wäre auch für die vorliegend geschilderten Fäl - le von Vorteil. Sie ist entbehrlich, sofern man - entgegen der h.M. - den Anwaltszwang für das Berichtigungsverfahren verneint.

-
- 1) Gerold-Schmidt, BRAGebO § 37 Rdnr. 19;
im Sozialgerichtsprozess gilt § 116 Abs.2 BRAGebO;
 - 2) Insbesondere hilft § 7 Abs.1 GKG nicht; diese Vorschrift erfasst nur Gebühren und Auslagen der Gerichte, nicht solche der Parteien [Lauterbach-Hartmann, GKG § 7 Anm.1];
 - 3) NJW 1970 S. 1017;
 - 4) Hagens Ausführungen befassen sich mit den aussergerichtlichen Kosten der Revisionsinstanz, die durch grob feh - lerhaftes Prozedieren des Gerichts verursacht werden;
 - 5) Hagen schlägt folgende Ergänzung dieser Vorschrift vor:
"Der Haftungsausschluss gilt ferner nicht bei grob fahr - lässigen Amtspflichtverletzungen, soweit diese zusätz - lich aussergerichtliche Kosten verursachen";

B. Zur Erzwingbarkeit und Beseitigung der berichtigenden Ent- scheidung

I. Die zeitlichen Grenzen der Berichtigungsbefugnis

Nach dem übereinstimmenden Wortlaut der §§ 319 Abs.1 ZPO, 118 Abs.1 VwGO, 107 Abs.1 FGO, 138 S.1 SGG sind offenkundige Versehen "jederzeit" zu berichtigen. Die Literatur deutet dies so, dass die prozessuale Befugnis, eine Berichtigung vorzunehmen oder zu beantragen, "an keine Frist gebunden" (1) sei, "ohne Befristung" (2), "ohne zeitliche Begrenzung" (3), "auch nach Einlegung eines ordentlichen Rechtsmittels" (4) und auch "nach eingetretener Rechtskraft" (5) bestehe.

Diese Auffassung bedarf der Präzisierung (6) in mehrfacher Hinsicht:

-
- 1) Reincke, ZPO § 290 [a.F.] Anm. 1;
Koehler, VwGO § 118 Anm. III 2;
Görg-Müller, FGO § 107 Anm. 2 [Rdnr. 578];
Miesbach-Ankenbrank, SGG § 138 Anm. 3;
 - 2) Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 60 I 3 a [S.284];
 - 3) Becker-Riewald-Koch, FGO § 107 Anm. 1(3);
Ziemer-Haarmann S. 429 [Rdnr. 4205];
 - 4) Dazu habe ich im Zusammenhang mit der Frage nach der [funktionellen] Zuständigkeit des Gerichts bereits Stellung genommen;
 - 5) Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 6;
Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. II 1;
Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. C II b;
Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 5;
Kopp, VwGO § 118 Anm. 3;
Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 4;
Schunck-De Clerck, VwGO § 118 Anm. 2 a;
Leise-Paleit, FGO § 107 Anm. 3;
Ziemer-Birkholz, FGO § 107 Rdnr. 7;
Mellwitz, SGG § 138 Rdnr. 8;
Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 2;
 - 6) Darauf weist auch Hess [S. 36 f.] hin;

1. Als frühester Zeitpunkt für die Einleitung eines [förmlichen] Berichtigungsverfahrens kommt der des "Existenzwerdens" der fehlerhaften Entscheidung in Betracht (1). Der blosse Entwurf scheidet [mangels "Bindung"] als Gegenstand förmlicher Berichtigung aus.
2. Entgegen vereinzelt (2) vertretener Auffassung lässt sich auch ein [End-]Zeitpunkt bestimmen, nach welchem die Durchführung einer Berichtigung ausgeschlossen ist. Es ist dies der Zeitpunkt, in dem die fehlerhafte Entscheidung durch ein [formell rechtskräftiges] Urteil höherer Instanz aufgehoben wird (3). Nach den überzeugenden Ausführungen Gilles' (4) vernichtet die aufhebende Entscheidung mit dem Eintritt der formellen Rechtskraft (5) das angefochtene Urteil in seinem rechtlichen Bestand wie in seinen Wirkungen. Das aufgehobene Urteil ist, wie Jauernig (6) formuliert, als ein "rechtliches Nichts" dem ["ungültigen"] Nichturteil gleichzustellen. Die Korrektur eines solchen Urteils aber scheidet, wie bereits an früherer Stelle ausgeführt, aus.

-
- 1) Hess [S.38] zieht die Grenze dort, wo das unterzeichnete Urteil dem Gerichtsschreiber [d.h. dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle] übergeben wird; dies ist m.E. bedenklich, da das Urteil damit "aus dem Bereich des handelnden Staatsorgans noch nicht herausgetreten ist" [vgl. Jauernig, Das fehlerhafte Zivilurteil S. 42/43]; abzustellen ist vielmehr auf den Zeitpunkt [zurechenbarer] Verlautbarung des Urteils;
 - 2) Förster-Kann, ZPO § 319 Anm. 3; Hess S. 38;
 - 3) Oder, wie z.B. der Zahlungsbefehl, durch blossen Zeitablauf kraftlos wird [§ 701 ZPO];
 - 4) Rechtsmittel S. 33;
 - 5) Gilles, Rechtsmittel S. 33 Fussn. 31; abw. Jauernig, Das fehlerhafte Zivilurteil S. 105; dagegen wiederum Gilles [aaO];
 - 6) Das fehlerhafte Zivilurteil S. 105;

3. Der prozessualen Befugnis, eine Berichtigung vorzunehmen oder zu beantragen, kann endlich im Einzelfall der Einwand der Verwirkung entgegenstehen :

Eine Verwirkung materieller Rechte oder prozessualer Befugnisse liegt vor, wenn "die verspätete Geltendmachung eines Anspruchs gegen Treu und Glauben verstösst." Der blosser Zeitablauf allein führt also nicht zur Verwirkung; hinzukommen muss vielmehr, dass der Berechtigte "unter Verhältnissen untätig bleibt, unter denen vermünftigerweise etwas zur Wahrung des Rechts unternommen zu werden pflegt" (1). Ursprünglich von der Zivilrechtssprechung entwickelt (2), hat das Institut der Verwirkung Eingang auch im Öffentlichen Recht gefunden (3) : Hier rechtfertigt es nach Darstellung des Bundesverfassungsgerichts (4) "nicht nur ein schutzwürdiges Vertrauen der Gegenpartei auf das Untätigbleiben des Berechtigten, sondern auch ein öffentliches Interesse an der Erhaltung des Rechtsfriedens, die Anrufung eines Gerichts nach langer Zeit als unzulässig anzusehen."

Im Bereich der "Fehlerberichtigung" findet die Möglichkeit der Verwirkung nur geringe Beachtung. Die [sozialgerichtliche] Literatur erwähnt sie vereinzelt (5), die

1) BVerfG DVBl. 1973 S. 361 [Beschl. vom 26. Jan. 1972] mit weiteren Nachweisen;

2) Vgl. die eingehenden Ausführungen Baumgärtels [ZZP Bd. 67 S. 425 ff.];

3) Eingehend H.J. Kraemer S. 94 ff.;

auch das BVerfG betont in ständiger Rechtsprechung, das Institut der Verwirkung gelte auch im öffentlichen Recht einschliesslich des Verfahrensrechts [vgl. BVerfG DÖV 1970 S. 498 - Urt. vom 26. Nov. 1969 - mit weiteren Nachweisen];

4) DVBl. 1973 S. 361 [Beschl. vom 26. Jan. 1972];

5) Miesbach-Ankenbrank, SGG § 138 Anm. 3;
Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 1;
Dapprich S. 67 ;

Rechtsprechung befasst sich mit ihr ausschliesslich im Hinblick auf die Korrektur fehlerhafter Steuer- (1) und Rentenbescheide (2).

Für Urteile kann indes nichts abweichendes gelten. Wenn schon die Befugnis, [offenbar "unrichtige"] behördliche Entscheidungen [d.h. Verwaltungsakte] zu korrigieren, im Einzelfall aus Gründen der Rechtssicherheit oder mit Rücksicht auf das Prinzip von "Treu und Glauben" ausgeschlossen werden kann, so muss dies auch und um so mehr für Urteile gelten, denen allgemein nicht nur eine grössere Bedeutung im Rechtsverkehr, sondern auch eine höhere Bestandskraft beigemessen wird.

Gleichwohl ist die Zahl möglicher Anwendungsfälle des Instituts der Verwirkung gering: Wird z.B. ein Urteil durch die Berufungs- und Revisionsinstanz bestätigt, so dürfte die prozessuale Befugnis des Erstrichters, den Tenor dieses Urteils [z.B. in sein Gegenteil] zu berichtigen, aus Gründen der Rechtssicherheit verwirkt sein. Denkbar ist ferner der Fall, dass der Gläubiger, vom Schuldner auf eine "Unrichtigkeit" des Vollstreckungstitels angesprochen, erklärt, er lege auf eine Berichtigung keinen Wert, da er sich angesichts der Pfandlosigkeit des Schuldners von einer Vollstreckung keinen Erfolg verspreche. Hier dürfte die spätere Geltendmachung des Berichtigungsanspruches gegen "Treu und Glauben" verstossen. Diese Fälle (3) lassen sich kaum wesentlich vermehren; sie zeigen aber, dass der Gesichtspunkt der Verwirkung der Berichtigungsbefugnis auch nicht gänzlich vernachlässigt werden kann.

1) FG Rheinland-Pfalz EFG 1958 S. 350 [Urt. vom 2. Juli 1958];

2) BSG SozR Da 28 Nr. 48 zu § 77 SGG [Urt. vom 9. Sept. 1965];

3) Die geringe praktische Bedeutung dieser Fälle liegt auf der Hand;

II. Rechtsmittel gegen die Zurückweisung des Berichtigungsantrags

1. Während § 319 Abs.3 Halbs.1 ZPO bestimmt, dass gegen den Beschluss, der einen Berichtigungsantrag zurückweist, "kein Rechtsmittel stattfindet", verzichten die §§ 118 VwGO, 107 FGO, 138 SGG auf eine entsprechende Regelung. Literatur und Rechtsprechung führen folgendes aus:

- a) Verwirft das Gericht einen Berichtigungsantrag ohne Sachprüfung als unzulässig, so hält die im Zivilprozess fast einhellig vertretene (1) Auffassung die [einfache] Beschwerde [§ 567 ZPO] für statthaft. Zur Begründung führt das Oberlandesgericht Braunschweig (2) aus, es entspreche der "unverkennbaren Absicht des Gesetzgebers", den Beschwerdeweg nur auszuschliessen, wenn das Gericht die ihm zustehende Prüfung des Berichtigungsantrags wirklich vorgenommen und denselben auf Grund sachlicher Erwägungen zurückgewiesen habe. Freytag (3) folgt diesen Ausführungen. Kleinschmidt (4) dagegen betont, mit der Negierung eines Berichtigungsantrags weise der Richter ein "Verfahrensgesuch" zurück, sodass die allgemeine Regel des § 567 Abs.1 ZPO eingreife.

-
- 1) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 4 b;
 Förster-Kann, ZPO § 319 Anm. 5 d;
 Neukamp-Becker, ZPO § 319 Anm. 5 b;
 Petersen-Anger, ZPO § 319 Anm. 5;
 Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 15;
 Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. IV 1;
 Zöllner-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 5 b;

Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 60 I 3 a [S. 285];

Freytag S. 44;

Hess S. 51 f.;

Kleinschmidt S. 147;

Steinberg S. 28 f.;

OLG Braunschweig SeuffA. Bd.48 S.226 [Beschl. vom 15. Jan. 1892];

OLG Colmar, Das Recht 1901 S. 237 [Beschl. vom 29. Dez. 1900];

BayObLGE Bd.2 S.216 [Beschl. vom 19. Apr. 1901];

KG Rspr. Bd. 27 S. 87 [Beschl. vom 9. Nov. 1912];

- 2) SeuffA. Bd.48 S.226 [Beschl. vom 15. Jan. 1892];

3) S. 44;

4) S. 147;

Gegen diese Auffassung wenden sich Schultz (1) und E. Osterloh (2). Schultz betont, eine Unterscheidung danach, ob ein Antrag als "unzulässig" oder als "unbegründet" zurückgewiesen worden sei, finde in der klaren gesetzlichen Regelung [§ 319 Abs.3 Halbs.1 ZPO] keine Stütze. Osterloh weist darauf hin, dass die generelle Versagung eines Rechtsmittels ihren Sinn habe, da sie die Parteien zu beschleunigter Entschliessung über die Einlegung eines ordentlichen Rechtsmittels gegen das Urteil selbst veranlasse.-

Weiter lässt eine in der zivilprozessualen Literatur und Rechtsprechung gelegentlich (3) vertretene Auffassung die [einfache] Beschwerde [§ 567 ZPO] zu, wenn der [zurückweisende] Beschluss von einem nicht ordnungsgemäss besetzten Gericht erlassen worden ist. Striemer (4) begründet dies mit dem Hinweis, die Zivilprozessordnung wolle "zweifelloos nur gegen den Beschluss eines ordnungsmässig besetzten Gerichts Rechtsmittel ausschliessen;" bei ordnungswidriger Besetzung gelte "naturgemäss die Regel der Beschwerdefähigkeit nach § 567 ZPO."-

Endlich bezieht eine in Literatur (5) und Rechtspre -

1) Anm. zu OLG Frankfurt JW 1924 S. 426 [Beschl. vom 18. Mai 1922];

2) S. 96;

3) Züller-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 5 b;
Striemer, Anm. zu KG JW 1926 S. 2463 [Beschl. vom 20. Apr. 1926];

KG JW 1926 S. 2463 [Beschl. vom 20. Apr. 1926];

4) Anm. zu KG JW 1926 S. 2463 [Beschl. vom 20. Apr. 1926];

5) Förster-Kann, ZPO § 319 Anm. 5 d;
Petersen-Anger, ZPO § 319 Anm. 5;
Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 15;
Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. IV 3;
Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 60 I 3 a [S.285];

Freytag S. 43;

Hess S. 53;

chung (1) verbreitete Auffassung die Regelung des § 319 Abs.3 Halbs.1 ZPO nur auf Entscheidungen des Erstrich - ters, nicht aber auf eine erst in der Beschwerdeinstanz ausgesprochene Zurückweisung des Berichtigungsantrags , welch letztere der sofortigen [weiteren] Beschwerde unterliege. Dies folge, so wird ausgeführt (2), aus dem "gesetzgeberischen Zweck" des § 319 Abs.3 ZPO. Das Be - richtigungsverfahren bezwecke, ungewollte Versehen im Spruch des erkennenden Gerichts in möglichst einfacher Weise gut zu machen. Wenn dieses Gericht selbst nicht sagen könne, dass ein "Fehler" vorliege, so werde in der Regel nicht mit grösserer Autorität ein anderes gericht das Gegenteil sagen können. Dieser Grund falle aber weg, wenn nicht das erkennende Gericht selbst, sondern ein anderes die Meinung des ersteren feststelle. Bei der Ermittlung der Meinung eines Dritten komme dem höheren Gericht auch die höhere Autorität zu. Andere (3) führen aus, wenn erst die Beschwerdeinstanz den Be -

-
- 1) RGZ Bd. 35 S. 419 [Beschl. vom 22. Juni 1895];
 RG JW 1899 S. 339 [Beschl. vom 22. Apr. 1899];
 RG JW 1901 S. 121 [Beschl. vom 29. Jan. 1901];
 RG JW 1903 S. 373 [Beschl. vom 22. Sept. 1903];
 OLG Hamburg Rspr. Bd. 25 S. 98 [Beschl. vom 18. Sept. 1911];
 OLG Dresden SächsAnn. Bd. 37 S. 246 [Beschl. vom 30. Dez. 1915];
 OLG Düsseldorf HRR 1938 Nr. 692 [Beschl. vom 3. Febr. 1938];
 OLG Köln OLGZ 1965 S. 50 [Beschl. vom 18. Mai 1965];
einschränkend: OLG Düsseldorf MDR 1957 S. 235
 [Beschl. vom 11. Jan. 1957];
 OLG Düsseldorf JMBLNRW 1962 S. 93 [Beschl. vom 3. Okt. 1961];
 [beide Entscheidungen halten die weitere Beschwerde für zulässig, soweit sie nicht "zur Nachprüfung der Sache selbst" nötige];
- 2) OLG Köln OLGZ 1965 S. 50 [Beschl. vom 18. Mai 1965];
- 3) Baumbach-Lauterbach, ZPO § 319 Anm. 4 b ;

richtigungsantrag ablehne, sei regelmässig die Berufungsfrist verstrichen. Dann sei die [weitere] Beschwerde das letzte Mittel, einen drohenden Rechtsverlust abzuwenden. Wer ihre Zulässigkeit verneine, zwinge die Partei, Berufung einzulegen, ohne den Ausgang des Berichtigungsverfahrens abwarten zu können.

Gegen die vorstehende Auffassung wendet sich neben Wieczorek (1) das Oberlandesgericht Rostock (2) mit dem Hinweis, der Beschwerderechtszug dürfe nicht länger sein als der Rechtszug in der Hauptsache. Kleinschmidt (3) und E. Osterloh (4) führen aus, im Falle der Verfristung eines [ordentlichen] Rechtsmittels könne durch Wiedereinsetzung [§ 233 ZPO] geholfen werden, ohne dass es der [weiteren] Beschwerde bedürfe.-

- b) Im Verwaltungsprozess lässt § 146 Abs. 1 VwGO die befristete [§ 147 Abs. 1 VwGO] Beschwerde gegen diejenigen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte (5) zu, die weder Urteil noch Vorbescheid sind. Die völlig h.M. (6) wendet diese Regelung auch auf den Beschluss an, der einen Berichtigungsantrag zurückweist.

1) ZPO § 319 Rdnr. D III ;

2) SeuffA. Bd. 80 S. 94 [Beschl. vom 24. Nov. 1925];

3) S. 146;

4) S. 96;

5) Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte sind grds. nicht beschwerdefähig [§ 152 Abs. 1 S. 1 VwGO];

6) Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 8;

Klinger, VwGO § 118 Anm. C 6 ;

Koehler, VwGO § 118 Anm. V;

Kopp, VwGO § 118 Anm. 4;

Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 6;

Schunck-De Clerck, VwGO § 118 Anm. 2 c;

Ule, VwGO § 118 Anm. II [S. 401];

- c) Entsprechendes gilt für den Finanzprozess: Hier wendet die einhellige (1) Meinung die Vorschrift des § 128 Abs. 1 FGO, welche die befristete [§ 129 Abs.1 FGO] Beschwerde gegen Entscheidungen des Finanzgerichts zulässt, die nicht Urteile oder Vorbescheide sind, auf den Beschluss an, der einen Berichtigungsantrag zurückweist (2).
- d) Im Sozialgerichtsprozess endlich wendet die überwiegende Meinung (3) die Vorschrift des § 172 Abs.1 SGG, welche die befristete [§ 173 S.1 SGG] Beschwerde gegen diejenigen Entscheidungen der Vorsitzenden der Sozialgerichte (4), die nicht Vorbescheide sind, zulässt, auch auf den Beschluss an, der einen Berichtigungsantrag zurückweist.

Abweichend äussert sich nur Dapprich (5), der [ohne nähere Begründung] ausführt, die Ablehnung einer Berichtigung sei "nie selbständig, sondern nur mit dem Urteil anfechtbar."

-
- 1) Becker-Riewald-Koch, FGO § 107 Anm. 1 (4);
Görg-Müller, FGO § 107 Anm. 2 [Rdnr. 578];
Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 12;
Tipke-Kruse, FGO § 107 Rdnr. 2;
Ziemer-Birkholz, FGO § 107 Rdnr. 9;
Barske-Woerner S. 111;
Ziemer-Haarmann S. 430 [Rdnr. 4215];
Mittelbach, DStR 1968 S. 89;
 - 2) Anders in einem Sonderfall BFHE Bd. 105 S. 316 (Beschluss vom 10. März 1972); [Lehnt der Vorsitzende des Senats eines Finanzgerichts die Berichtigung einer einstweiligen Anordnung ab, so ist dagegen nicht die Beschwerde an den BFH, sondern die Anrufung des FGs gegeben, da auch gegen die einstweilige Anordnung selbst nur der Antrag auf mündliche Verhandlung zulässig wäre];
 - 3) Mellwitz, SGG § 138 Rdnr. 14;
Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 2;
Brackmann S. 248 p ;
unklar Hofmann-Schroeter, SGG § 138 Anm. 2 ["Ein Berichtigungsbeschluss ist mit der Beschwerde anfechtbar"];
 - 4) Entscheidungen der Landessozialgerichte oder ihrer Vorsitzenden sind nicht beschwerdefähig [§ 177 SGG];
 - 5) S. 149 ;

2. Zu den vorstehenden Fragen ist folgendes auszuführen :

- a) Die im Zivilprozess vertretene (1) Auffassung, die [einfache Beschwerde sei überall dort zulässig, wo ein Berichtigungsantrag als "unzulässig" zurückgewiesen worden sei, geht fehl. Weder hat ein [im Sinne der "subjektiven" Theorie] historisch-psychologischer gesetzgeberischer Wille (2) des behaupteten Inhalts im Gesetz [§ 319 Abs.3 Halbs.1 ZPO] irgendwie erkennbaren (3) Ausdruck gefunden, noch lässt der [von der "objektiven" Theorie betonte] Gesetzeszweck, die Korrektur offenkundiger Versehen in "einfacher" und "rascher" Weise zu ermöglichen, den Schluss auf die Notwendigkeit zu, Rechtsschutz auch gegen die Ablehnung eines Berichtigungsantrags zu gewähren. Das genaue Gegenteil ist der Fall : Ein "rasches" Verfahren ist auch ein solches, das zu schnellem Abschluss drängt; ein Gesetzeszweck, der durch die Gewährung umfassenden Rechtsschutzes eher beeinträchtigt als gefördert wird. Endlich kann auch der Hinweis (4) auf § 567 Abs.1 Halbs. 2 ZPO [Zurückweisung eines Verfahrensgesuches] nicht überzeugen. Die Vorschrift des § 319 Abs.3 Halbs.1 ZPO schliesst als lex specialis für ihren Bereich die Anwendung entgegenstehender allgemeiner Vorschriften, so der des § 567 Abs.1 ZPO, aus (5). Die Zurückweisung eines Berichtigungsantrags als "unzulässig" ist deshalb unanfechtbar.

1) Vgl. z.B. Olg Braunschweig, SeuffA. Bd. 48 S. 226 [Beschl. vom 15. Jan. 1892];

2) Vgl. Larenz, Methodenlehre S. 296;

3) Vgl. Bartholomeyczik S. 53 [ders. führt aus, der "Wille des Gesetzgebers" sei nur insoweit zu berücksichtigen, als er im Gesetz einen, sei es auch noch so unvollkommenen, aber immerhin erkennbaren Ausdruck gefunden habe];

4) Vgl. Kleinschmidt S. 147;

5) Richtig: Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 16;

Fehl geht weiter die Auffassung, ein in prozessordnungswidriger Besetzung erlassener [ablehnender] Beschluss sei durch [einfache] Beschwerde anfechtbar. Ein solcher Beschluss ist, wie Jauernig (1) nachweist, keine "ungültige" Entscheidung [bei der - trotz gesetzlich normierter Unanfechtbarkeit - eine Anfechtung durch Rechtsmittel zumindest diskutiert werden könnte (2)], sondern eine "gültige" und "wirksame" Entscheidung, deren Fehlerhaftigkeit ihre formelle Rechtskraft nicht in Frage stellen kann. Keine abweichende Beurteilung rechtfertigt auch die Auffassung, die [einfache] Beschwerde sei unabhängig von den gesetzlichen Voraussetzungen stets dann zulässig, wenn der erlassene Beschluss "greifbar gesetzwidrig" sei (3). Denn zur Annahme einer solchen "greifbaren Gesetzlosigkeit" reicht ein Verstoss gegen Verfahrensvorschriften nicht aus (4).

Fehl geht endlich die Auffassung, der Rechtsmittelausschluss [§ 319 Abs.3 Halbs.1 ZPO] beziehe sich nicht auf Entscheidungen des Beschwerdegerichts. Dagegen spricht der klare Wortlaut des § 319 Abs.3 Halbs.1 ZPO: "Zurückgewiesen" wird der "Antrag auf Berichtigung" auch durch das Beschwerdegericht, welches den Berichtigungsbeschluss des Erstrichters aufhebt. Dem kann nicht der Einwand entgegengesetzt werden, der "Sinn des Gesetzes" erfordere es, den Geltungsbereich des § 319 Abs.3 Halbs. 1 ZPO auf die Entscheidung des Erstrichters zu beschränken, weil dieser am besten wisse, ob seine Entscheidung einen "Fehler" enthalte; ein Umstand, der für die Beschwerdeinstanz nicht zutreffe. Wenn dies "Sinn des Gesetzes" wäre, so hätte der Gesetzgeber jedenfalls

1) Das fehlerhafte Zivilurteil S. 24 ff., 27;

2) Vgl. Jauernig, Das fehlerhafte Zivilurteil S. 87 ff.;

3) Vgl. Blomeyer, Lehrb. § 105 I 2 [S.587] mit weiteren Nachweisen;

4) Vgl. Thomas-Putzo, ZPO § 567 Anm. 4 mit weiteren Nachweisen;

für § 319 ZPO eine dem § 320 Abs. 4 S. 2 ZPO vergleichbare Regelung getroffen. Das dies nicht geschehen ist, zeigt, dass eine Einschränkung der geforderten Art dem § 319 Abs. 3 Halbs. 1 ZPO fremd ist (1). Auch kann der Hinweis, die [weitere] Beschwerde sei bei Verfristung ordentlicher Rechtsmittel der einzige Weg, einem drohenden Rechtsverlust vorzubeugen, nicht überzeugen. Diese Auffassung verkennt, dass zahlreiche Berichtigungsanträge erst nach Ablauf der ordentlichen Rechtsmittelfristen eingebracht werden (2). Sie übersieht weiter, dass bei Verfristung durch Wiedereinsetzung [§ 233 ZPO], bei - im Ergebnis überflüssiger - Rechtsmittelleinlegung durch Nichterhebung von Kosten [§ 7 GKG] geholfen werden kann (3), ohne bei den Bestimmungen Gewalt anzutun.-

Im Ergebnis bleibt mithin den Bestrebungen (4) von Rechtsprechung und Schrifttum, den Geltungsbereich des § 319 Abs. 3 Halbs. 1 ZPO einzuengen, der Erfolg versagt: Gegen die Zurückweisung des Berichtigungsantrags "findet kein Rechtsmittel statt."

- b) Im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess findet gegen die Zurückweisung des Berichtigungsantrags die [befristete] Beschwerde statt. Daran kann angesichts der kla-

1) Darauf weist auch Steinberg [S. 29] zutreffend hin;

2) Darauf weist OLG Kiel, JW 1935 S. 1048 [Beschl. vom 10. Jan. 1935] zutreffend hin;

3) Darauf weist auch E. Osterloh [S. 96] hin;

4) Letztlich sind diese Bestrebungen als der Versuch zu verstehen, aus einem gewandelten Verständnis des Rechtsstaates den Rechtsschutz des Bürgers umfassender zu gestalten, als dies dem [historischen] Gesetzgeber angebracht erschien. Dieser Versuch findet indes in § 319 Abs. 3 Halbs. 1 ZPO eine Schranke, die zu beseitigen aus-schliesslich Aufgabe einer Reform des gerichtlichen Verfahrens sein kann ;

ren Regelung der §§ 146 Abs.1 VwGO, 128 Abs.1 FGO, 172 Abs. 1 SGG kein Zweifel bestehen. Eine entsprechende Anwendung des § 319 Abs.3 Halbs.1 ZPO (1) scheidet aus, da die erst genannten Vorschriften als *leges speciales* vorgehen (2). Die abweichende Auffassung Dapprichs (3), die eine Begründung vermissen lässt, sich aber ersichtlich an zivilprozessualen Vorstellungen orientiert, findet im Gesetz [§ 172 Abs.1 SGG] keine Stütze.

-
- 1) Im Wege der "Generalverweisung" [§§ 173 VwGO, 155 FGO, 202 SGG];
- 2) Zutreffend: Becker-Riewald-Koch, FGO § 107 Anm. 1 (4);
- 3) S. 149 ;

Im vorstehenden Zusammenhang gewinnt die Frage an Interesse, ob die Partei, deren Berichtigungsantrag erfolglos geblieben ist oder die - aus welchem Grund auch immer - das Berichtigungsverfahren nicht einschlagen will, das [angebliche] Vorliegen eines offenkundigen Versehens auch durch ein gegen das Urteil selbst gerichtetes ordentliches Rechtsmittel rügen kann.

a) Diese Frage wird von Rechtsprechung und Schrifttum nicht einheitlich beantwortet.

aa) Von den Vertretern der zivilprozessualen Literatur und Rechtsprechung wird die Zulässigkeit eines solchen Rechtsmittels überwiegend (1) bejaht. Wieczorek (2) und Stein-Jonas-Schumann/Leipold (3) bezeichnen die Rechtsmitteleinlegung sogar als den "nach Ablehnung eines Berichtigungsantrags einzig gangbaren Weg." Aber auch vorher fehle einem Rechtsmittel nicht das Rechtsschutzbedürfnis (4). Beseitige das Rechtsmittelgericht die Unrichtigkeit, so könne dies "Entscheidung über das Rechtsmittel oder Berichtigung nach § 319 ZPO sein" (5).

Gegen die vorbezeichnete Auffassung wenden sich Steinberg und E. Osterloh.

1) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. II 4; Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. C II a; Zöllner-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 4 a;

RGZ Bd. 110 S. 429 [Urt. vom 5. Mai 1925]; OLG Jena SeuffA. Bd. 41 S. 228 [Urt. vom 21. Nov. 1884];

OLG Dresden Rspr. Bd. 3 S. 439 [Urt. vom 27. Juni 1901];

BayObLG Rspr. Bd. 25 S. 130 [Beschl. vom 22. März 1910];

OLG Königsberg HRR 1936 Nr. 761 [Urt. vom 20. Dez. 1935];

2) ZPO § 319 Rdnr. C II a;

3) ZPO § 319 Anm. II 4;

4) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. II 4;

5) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. II 4;

Steinberg (1) meint, dem allein auf die Korrektur "offenbarer Unrichtigkeiten" abzielenden Rechtsmittel fehle das Rechtsschutzbedürfnis (2), solange nicht die Berichtigung vergeblich versucht worden sei, die Aus-sichtslosigkeit eines Berichtigungsantrags dargelegt werde oder wenigstens begründete Zweifel an dem Erfolg eines Berichtigungsantrags geäußert würden.

E. Osterloh (3) dagegen meint, ordentliche Rechtsmittel könnten mangels "Beschwer" der Partei nicht allein auf das Vorliegen "offenbarer Unrichtigkeiten" gestützt werden. Dem stehe auch die unterschiedliche Funktion des Berichtigungs- und des Rechtsmittelverfahrens - das eine diene der "lediglich formalen" Korrektur des Urteils, das andere der Überprüfung des Urteils auf seine Übereinstimmung mit materiellem oder prozessualen Recht - entgegen. "Offenbare Unrichtigkeiten" seien deshalb ausschliesslich im Berichtigungsverfahren zu beheben.

- bb) Auf dem Gebiet des Verwaltungsprozessrechts vertrat Schunck-De Clerck (4) früher (5) die Auffassung, soweit die Unrichtigkeit "die Entscheidung selbst" [d.h. deren Tenor] betreffe, bleibe neben dem Berichtigungsverfahren "die Beseitigung durch Rechtsmittel unberührt." Andere Stellungnahmen fehlen.

- 1) S. 34 f.;
in ähnlichem Sinn äussert sich LG Freiburg [ZZP Bd. 68 S. 308 - Ur. vom 27. Apr. 1955 -], das ausführt, Voraussetzung für die Zulässigkeit einer Berufung sei, dass ihr Ziel "nicht auf dem einfacheren Wege der Urteilsberichtigung erreicht werden kann";
- 2) Den Ausführungen Steinbergs widerspricht Freytag [S. 54] mit dem Hinweis, ein Rechtsschutzbedürfnis sei schon deshalb zu bejahen, weil die Partei, die auf den Erfolg ihres Berichtigungsantrags vertraue, den Ablauf der Rechtsmittelfrist riskiere;
- 3) S. 89 ff.;
- 4) VGG § 69 Anm. 2;
- 5) Schunck-De Clercks Kommentierung der VwGO führt den Fall nicht mehr auf;

cc) Im Finanzprozess findet die Frage, ob ein ordentliches Rechtsmittel allein auf das Vorliegen eines offenkundigen Versehens gestützt werden könne, ebenfalls nur geringe Beachtung. Mittelbach (1) scheint von der Zulässigkeit eines solchen Rechtsmittels auszugehen, da er rät, in Fällen, in denen es zweifelhaft sei, ob ein unterlaufenes Versehen als "offenbare Unrichtigkeit" im Sinne des § 107 FGO anzusprechen sei, Revision einzulegen, um dem Ablauf der Rechtsmittelfrist [§ 120 Abs. 1 FGO] vorzubeugen.

Bedenken grundsätzlicher Art scheint auch der Bundesfinanzhof nicht zu hegen, der in einer jüngeren Entscheidung (2) ausführt, die Berichtigung eines angefochtenen Urteils, die zu Gunsten des Rechtsmittelführers wirke, führe "insoweit" zur Erledigung des Rechtsmittels in der Hauptsache; eine Auffassung, die auch von Maeder-Mittelsteiner (3) ohne Widerspruch zitiert wird.

dd) Im Sozialgerichtsprozess kann nach der von Miesbach-Ankenbrank (4) vertretenen Auffassung die Berichtigung eines fehlerhaften Urteils auch "durch ein zulässiges Rechtsmittel herbeigeführt werden."

Gegen diese Auffassung wendet sich Peters-Sautter-Wolff (5). Der Kommentar führt aus, zwar könne gegen eine Unrichtigkeit im Tenor auch ein statthaftes Rechtsmittel eingelegt werden. Jedoch fehle das Rechtsschutzbedürfnis, wenn der Kläger mit dem Rechtsmittel nicht mehr begehre, als er auch im Berichtigungsverfahren erreichen könne.

1) DStR 1968 S. 276;

2) BFHE Bd. 82 S. 640 [Urt. vom 13. Mai 1965]; da eine Erledigung der Hauptsache die Zulässigkeit des Rechtschutzbegehrens voraussetzt [Ziemer-Haarmann S. 287 Rdnr. 3659], ist der BFH mithin von der Zulässigkeit des Rechtsmittels ausgegangen, soweit es auf die Unrichtigkeit gestützt war;

3) FGO § 107 Anm. II 4 ;

4) SGG § 138 Anm. 2;

5) SGG § 138 Anm. 1;

b) K r i t i k :

Ein ordentliches Rechtsmittel kann nicht allein auf das Vorliegen eines "offenkundigen Flüchtigkeitsfehlers" gestützt werden. Zu dieser Ansicht nötigt nicht ein fehlendes Rechtsschutzbedürfnis, auch nicht in jedem Falle das Fehlen formeller oder materieller Beschwer, sondern allein die Unzulässigkeit prozessunökonomischen Prozedierens :

- aa) Das Rechtsschutzbedürfnis (1) hat nach den Untersuchungen v.Mettenheims (2) die Aufgabe, "die Inanspruchnahme der Gerichte auf solche Fälle zu beschränken, in denen die begehrte Entscheidung zum Schutz subjektiver Rechte und damit zur Verwirklichung des objektiven Rechts beitragen kann." Es fehlt, wenn die begehrte Entscheidung an sich - in welchem Verfahren sie auch ergehen mag - den Prozesszweck nicht fördern kann (3).

So verstanden, kann ein Rechtsschutzbedürfnis weder für den Antrag, offenkundige Versehen im Berichtungsverfahren zu beheben, noch für eine auf derartige Fehlleistungen gestützte Rechtsmittellüge geleugnet werden. Denn die begehrte Entscheidung an sich - die "fehlerfreie" Abfassung des Urteils - fördert mit der Erfüllung des Berichtigungsanspruchs des Betroffenen die Verwirklichung objektiven Rechts und dient damit dem Prozesszweck.

-
- 1) Die vorliegende Untersuchung folgt der differenzierenden Auffassung Pohles [Zur Lehre vom Rechtsschutzbedürfnis, in: Festschrift für Friedrich Lent S. 195 ff.] und v.Mettenheims [Prozessökonomie S. 35 und daselbst Fussn. 58]; beide sondern aus dem Begriff des "Rechtsschutzbedürfnisses" diejenigen Fälle aus, in denen Rechtsschutz in einem unwirtschaftlichen Verfahren nachgesucht wird;
- 2) Prozessökonomie S. 34 ff., 44;
- 3) Vgl. v.Mettenheim, Prozessökonomie S. 35 Fussn. 58 und daselbst S. 38;

- bb) Entgegen der von E. Osterloh (1) vertretenen Auffassung scheitert das Rechtsmittel auch nicht [durchweg] am Fehlen der [formellen oder materiellen] Beschwer (2) des Rechtsmittelführers. Dass eine - geringe - Zahl offenkundiger Flüchtigkeitsfehler geeignet ist, eine Beschwer des Betroffenen zu begründen, habe ich bereits an früherer Stelle ausgeführt.
- cc) Das Rechtsmittel scheitert jedoch an der Unzulässigkeit unökonomischen Prozedierens.

Die Korrektur offenkundiger Flüchtigkeitsfehler vollzieht sich - bei gleichwertigem Ergebnis - im Berichtigungsverfahren schneller, billiger und mit geringerem Aufwand an sachlichen und personellen Mitteln als im Rechtsmittelverfahren. Sie trägt damit zur Rationalisierung des einzelnen Verfahrens - einer Aufgabe der Prozessökonomie (3) - bei. Die [damit verbundene] Entlastung der Rechtsmittelinstanz führt, wie v.Mettenheim (4) nachweist, gleichzeitig zu einer wesentlichen Abkürzung der Gesamtheit aller Verfahren; sie dient damit der Rationalisierung des Prozesses als Institution. Beide Gesichtspunkte lassen die ausschliesslich auf offenkundige Flüchtigkeitsfehler gestützte Rechtsmittelmängel als ein prozessunwirtschaftliches und damit notwendigerweise unzulässiges (5) Rechtsinstitut erscheinen.

1) S. 89 ff.;

2) Das Verhältnis der "Beschwer" zum "Rechtsschutzbedürfnis" ist umstritten; die Identität beider Erfordernisse wird teils behauptet, teils geleugnet [Nachweise bei v.Mettenheim, Prozessökonomie S. 46 Fussn. 101 f.];

Gilles [Rechtsmittel S. 51 Fussn. 76] bezeichnet die "Beschwer" als eine "spezifische Ausprägung des Rechtsschutzbedürfnisses", in der sich das letztere aber nicht erschöpfe; welche Auffassung zutrifft, ist im Rahmen der vorliegenden Untersuchung belanglos;

3) Vgl. v.Mettenheim, Prozessökonomie S. 15;

4) Prozessökonomie S. 78;

5) Überzeugend: v.Mettenheim, Prozessökonomie S. 169;

Hinzu kommt ein Weiteres. Die Berichtigung offenkundiger Versehen gehört zur richterlichen Amtspflicht (1). Die Erhebung einer Rechtsmittelrüge ändert daran nichts. Nimmt das Rechtsmittelgericht diese Amtspflicht ernst, so muss es das angefochtene Urteil berichtigen, sobald es sich unter Zuhilfenahme der Rechtsmittelbegründungsschrift von der "Fehlerhaftigkeit" desselben überzeugt hat. Damit entzieht das Gericht dem Rechtsmittel die Grundlage, das nach überwiegender Meinung (2) als unzulässig verworfen, nach Auffassung Wieczoreks (3) und des Reichsgerichts (4) als unbegründet und kostenpflichtig (5) zurückgewiesen werden muss, in der Sache also jedenfalls nicht durchdringen kann.

Ein solches, ebenso arbeits- und kostenintensives wie fruchtloses Prozedieren kann nicht zulässig sein.

Deshalb ist ein auf offenkundige Flüchtigkeitsfehler gestütztes Rechtsmittel, mag es neben einem Berichtigungsantrag, an Stelle eines solchen oder nach dessen Zurückweisung erhoben werden, in der Hoffnung auf die generalpräventive Wirkung eines solchen Vorgehens als unzulässig zu verwerfen. Ein besserer Weg bietet sich nicht an.

-
- 1) Wilmowski-Levy, ZPO § 290 [a.F.] Anm. 2;
Tipke-Kruse, FGO § 107 Rdnr. 2;
Ziemer-Haarmann S. 429 [Rdnr. 4205];
 - 2) Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 137 II 3 [S. 706] Fussn. 3;
Freytag S. 54;
Steinberg S. 37;
OLG Köln OLGZ 1965 S. 50 ff., 52 [Beschl. vom 18. Mai 1965];
abw. Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. II 4 [das Rechtsmittel erledigt sich im Sinne des § 91 a ZPO];
 - 3) ZPO § 319 Rdnr. C II a ;
 - 4) RGZ Bd. 110 S. 429 [Urt. vom 5. Mai 1925];
 - 5) Zöllner-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 4;
OLG Köln OLGZ 1965 S. 50 [Beschl. vom 18. Mai 1965];

II. Die Anfechtung des Berichtigungsbeschlusses

1. Die Anfechtung des Berichtigungsbeschlusses vollzieht sich in den hier untersuchten Verfahrensordnungen nach im wesentlichen übereinstimmenden Regeln. Im Zivilprozess findet "gegen den Beschluss, der eine Berichtigung ausspricht, sofortige Beschwerde statt" [§ 319 Abs.3 Halbs. 2 ZPO]. Im Verwaltungs- und Finanzprozess wendet die herrschende (1), im Sozialgerichtsprozess die überwiegende (2) Meinung die Vorschriften über die [befristete] Beschwerde [§§ 146 Abs. 1, 147 VwGO, 128 Abs.1, 129 FGO, 172 Abs.1, 173 SGG] auch auf den Berichtigungsbeschluss an.

Im Zusammenhang mit der vorstehenden Regelung werden folgende Streitfragen erörtert :

-
- 1) Eyermann-Fröhler, VwGO § 118 Rdnr. 8;
 Klinger, VwGO § 118 Anm. C 6 ;
 Koehler, VwGO § 118 Anm. V;
 Kopp, VwGO § 118 Anm. 4;
 Redeker-v.Oertzen, VwGO § 118 Rdnr. 6;
 Schunck-De Clerck, VwGO § 118 Anm. 2 c ;
 Ule, Verwaltungsprozessrecht S. 226;
 Becker-Riewald-Koch, FGO § 107 Anm. 1 (4);
 Görg-Müller, FGO § 107 Anm. 2 [Rdnr. 578];
 Hübschmann-v.Wallis-List, FGO § 107 Rdnr. 12;
 Kühn, FGO § 107 Anm. 2;
 Leise-Paleit, FGO § 107 Anm. 5;
 Tipke-Krsue, FGO § 107 Rdnr. 2;
 Ziemer-Birkholz, FGO § 107 Rdnr. 9;
 Ziemer-Haarmann S. 430 [Rdnr. 4215];
 - 2) Hofmann-Schroeter, SGG § 138 Anm. 2;
 Miesbach-Ankenbrank, SGG § 138 Anm. 5;
 Peters-Sautter-Wolff, SGG § 138 Anm. 2;
 Dapprich S. 149;
abw. Mellwitz, SGG § 138 Rdnr. 13 [s.u.] ;

- a) Im Zivilprozess ist streitig, ob die sofortige Beschwerde [§ 319 Abs.3 Halbs.2 ZPO] auch dann stattfindet, wenn die berichtigte Entscheidung selbst unanfechtbar ist. Dabei entzündet sich der Streit vorwiegend an den Fällen, in denen das Landgericht ein Berufungsurteil korrigiert. In derartigen Fällen hält ein Teil (1) der Rechtsprechung die sofortige Beschwerde für unzulässig. Er verweist zur Begründung auf einen ungeschriebenen Rechtssatz des Inhalts, dass eine Beschwerde überall dort unzulässig sei, wo sie zu sachlicher Überprüfung eines unanfechtbaren Urteils zwingt und damit die Gefahr einander widersprechender Entscheidungen heraufbeschwöre. Dies sei bei der Berichtigung eines landgerichtlichen Urteils zweiter Instanz der Fall.

Auch Göppinger (2) folgt dieser Auffassung und betont die Notwendigkeit, das Gesetz "nach seinen eigenen Grundgedanken, nach den Bedürfnissen der Praxis und im Interesse einer Vereinfachung des Verfahrensganges im Wege der abändernden Rechtsfindung [Restriktion] zu berichtigen."

Dagegen halten andere Vertreter (3) der Literatur und ein weiterer Teil (4) der Rechtsprechung die Beschwerde mit

-
- 1) OLG Düsseldorf NJW 1952 S. 1220 [Beschl. vom 7. Juli 1952];
 OLG Neustadt MDR 1961 S. 419 [Beschl. vom 27. Jan. 1961];
 OLG Schleswig SchlHA 1963 S. 168 [Beschl. vom 4. Apr. 1963];
 OLG Karlsruhe MDR 1968 S. 421 [Beschl. vom 10. Aug. 1967];
 - 2) ZZP Bd. 68 S. 148 f.;
 - 3) Roquette, Anm. zu OLG Breslau JW 1931 S. 1764 [Beschl. vom 29. Jan. 1931];
 Schneider, Anm. zu OLG Karlsruhe MDR 1968 S. 421 [Beschluss vom 10. Aug. 1967];
 E. Osterloh S. 94;
 - 4) OLG Düsseldorf JMB1NRW 1964 S. 89 [Beschl. vom 2. Jan. 1964];
 OLG Celle OLGZ 1965 S. 52 [Beschl. vom 15. Febr. 1965];
 OLG Hamm MDR 1969 S. 850 [Beschl. vom 14. Juli 1969];
 KG NJW 1972 S. 262 [Beschl. vom 14. Okt. 1971];
 OLG Düsseldorf MDR 1973 S. 505 [Beschl. vom 24. Jan. 1973];

der Begründung für zulässig, der Beschwerderechtszug unterliege selbständigen Voraussetzungen, die von denen der Berufung und der Revision verschieden seien. Er sei unabhängig davon, in welcher Instanz sich der Rechtsstreit befinde und ob gegen das berichtigte Urteil ein Rechtsmittel gegeben sei. Die Heranziehung des von der Gegenmeinung angeführten "ungeschriebenen Rechtssatzes" gehe fehl, da die Nachprüfung eines Berichtigungsbeschlusses nie zu einer sachlichen Überprüfung des berichtigten Urteils führe, die Gefahr widersprechender Entscheidungen mithin auszuschliessen sei.

- b) Nicht übereinstimmend beantwortet wird im Zivilprozess weiter die Frage, ob auch die von einem Oberlandesgericht vorgenommene Berichtigung der sofortigen Beschwerde [§ 319 Abs. 3 Halbs. 2 ZPO] unterliege.

Der überwiegende Teil (1) der Literatur und die Rechtsprechung (2) verneinen die Anfechtbarkeit des vom Oberlandesgericht erlassenen Berichtigungsbeschlusses mit dem Hinweis auf die Vorschrift des § 567 Abs. 3 S. 1 ZPO, die als "lex posterior (3) et specialis" der Regelung des § 319 Abs. 3 Halbs. 2 ZPO vorgehe.

Der gegenteiligen Auffassung folgt E. Osterloh (4), der ausführt, der Gesetzgeber habe bei Einführung des § 567 Abs. 3 ZPO nicht die Berichtigungsbeschlüsse, sondern allein die urteilsvorbereitenden Verfahrensbeschlüsse im Auge gehabt. Darüber hinaus entnimmt E. Osterloh dem § 567

1) Stein-Jonas-Schumann/Leipold, ZPO § 319 Anm. IV 2;
 Wieczorek, ZPO § 319 Rdnr. E;
 Zöller-Degenhart, ZPO § 319 Anm. 5 a;
 Schönke-Kuchinke, Lehrb. § 75 I 1 a [S. 346];
 Hess S. 52;
 Steinberg S. 31;

2) RG Warn 1930 Nr. 56 (S. 109) [Urt. vom 17. Dez. 1929];

3) Die Beschwerde gegen Entscheidung der Oberlandesgerichte ist erst durch die "Zivilprozessnovelle 1910" [Ges. vom 22. Mai 1910 - RGBI. S. 767 -] ausgeschlossen worden;

4) S. 93;

Abs.3 S.2 ZPO den allgemeinen Grundsatz, dass "urteilsvertretende" Beschlüsse der Oberlandesgerichte - zu denen auch die Berichtigungsbeschlüsse zu rechnen seien - der Beschwerde unterliegen. Endlich meint E. Osterloh, Art. 103 Abs.1 GG zwingt zu der Folgerung, dass den Parteien entweder im Berichtigungsverfahren rechtliches Gehör zu gewähren sei - was unzweckmässig sei - oder aber, dass ihnen auch gegen den Berichtigungsbeschluss eines Oberlandesgerichts ein Rechtsmittel zugestanden werden müsse.

- c) Schwierigkeiten bereiten im Zivilprozess endlich die Fälle, in denen ein förmlicher Berichtigungsbeschluss nicht ergangen ist, das Gericht vielmehr die - "fehlerhaft" verkündete - Entscheidung unmittelbar in "richtiger" Fassung schriftlich abgesetzt und dieses Verfahren mit der nach § 319 ZPO zulässigen "Berichtigung" moti - viert hat.

Nach einer in Literatur und Rechtsprechung gelegentlich (1) vertretenen Auffassung liegt in derartigen Fällen eine Verletzung von Verfahrensvorschriften vor, wegen der jedenfalls nicht die sofortige Beschwerde [§ 319 Abs. 3 Halbs.2 ZPO], sondern allenfalls die Berufung oder die Revision gegeben sei.

Andere (2) wiederum bezeichnen die sofortige Beschwerde als das allein zulässige Rechtsmittel.

-
- 1) Förster-Kann, ZPO § 319 Anm. 5 d;
Steinberg S. 30;
E. Osterloh S. 94;

RGZ Bd. 5 S. 357 [Beschl. vom 25. März 1881];

- 2) Skonietzki-Gelpcke, ZPO § 319 Anm. 16;

die von Skonietzki-Gelpcke [aaO] zitierte Entscheidung RG Gruchot Bd. 29 S. 420 [Urt. vom 23. Okt. 1884] ist allerdings insofern anders gelagert, als dort ein Berichtigungsbeschluss ergangen und den Parteien zugestellt, das Urteil sodann in der "richtigen" Fassung abgesetzt worden war, ohne Aufschluss zu geben, dass eine Berichtigung stattgefunden habe. Das Reichsgericht wies die gegen das Urteil eingelegte Revision zurück und bezeichnete die sofortige Beschwerde gegen den Berichtigungsbeschluss als das allein zulässige Rechtsmittel;

Wieder andere (1) wollen jeweils das im Einzelfall von der betroffenen Partei ergriffene Rechtsmittel als zulässig ansehen.

- d) Im Sozialgerichtsprozess endlich vertritt Mellwitz (2) im Gegensatz zu der überwiegenden Literaturmeinung die Auffassung, die einmal erfolgte Berichtigung könne "nur mit dem Urteil selbst angefochten werden." Eine Begründung lässt der Kommentar allerdings vermissen.

2. K r i t i k :

Dass gegen die Berichtigungsbeschlüsse der Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichte die [befristete] Beschwerde gegeben ist, kann angesichts des klaren Wortlauts der §§ 146 Abs.1 VwGO, 128 Abs.1 FGO, 172 Abs.1 SGG nicht zweifelhaft sein. Die gegenteilige, von Mellwitz (3) vertretene Auffassung findet weder im Gesetz noch in den Materialien (4) zu § 138 SGG eine Stütze.

Zu den übrigen Streitfragen ist folgendes zu bemerken :

- a) Berichtigt das Landgericht ein zweitinstanzliches Urteil, so ist gegen den Berichtigungsbeschluss die sofortige Beschwerde gegeben. Dies folgt aus der klaren

1) Goldschmidt, Prozess S. 502 und daselbst Fussn. 2656;

2) SGG § 138 Rdnr. 13;

3) SGG § 138 Rdnr. 13;

4) Vgl. den Wortlaut der Amtlichen Begründung zu § 86 des "Regierungsentwurfs eines Gesetzes über das Verfahren in der Sozialgerichtsbarkeit" [BT-Drucksache Nr. 4357 vom 19. Mai 1953]; dieselbe führt aus, zum Unterschied von § 319 Abs.3 ZPO sei "auch" gegen den Beschluss, der einen Antrag auf Berichtigung zurückweise, die Beschwerde zugelassen;

gesetzlichen Regelung des § 319 Abs. 3 Halbs. 1 ZPO, die weder durch einen geschriebenen Prozessrechtssatz - § 567 Abs.3 S.1 ZPO ist seinem Sinn nach auf landgerichtliche Beschlüsse nicht anwendbar (1) - noch durch einen ungeschriebenen Rechtssatz des Prozessrechts eingeschränkt wird. Die gegenteilige Auffassung ["Die Beschwerde gegen Berichtigungsbeschlüsse des Landgerichts als Berufungsgericht ist unzulässig, weil sie zu sachlicher Überprüfung eines unanfechtbaren Urteils zwingt"] verkennt, dass das Beschwerdegericht sich nur mit der Zulässigkeit des Berichtigungsbeschlusses befassen, in keinem Falle aber auf die urteilsmässige Sachentscheidung eingehen kann (2). Die u.a. von Göppinger (3) beschworene Gefahr divergierender Entscheidungen ist deshalb nicht gegeben, eine "teleologische Reduktion" des § 319 Abs.3 Halbs. 2 ZPO (4) nicht gerechtfertigt.

- b) Gegen die Berichtigungsbeschlüsse der Oberlandesgerichte findet gemäss § 567 Abs.3 S.1 ZPO eine Beschwerde nicht statt. Die von E. Osterloh (5) vertretene gegenteilige Auffassung verkennt den rechtspolitischen Zweck des § 567 Abs.3 ZPO. Durch diese Vorschrift, die auf das Änderungsgesetz zur Zivilprozessordnung vom 22. Mai 1910 [RGBl. S. 767] (6) zurückgeht, ist das Reichsgericht im Interesse

1) Darauf weist Schneider, Anm. zu OLG Karlsruhe MDR 1968 S. 421 [Beschl. vom 10. Aug. 1967] zutreffend hin;

2) Vgl. die eingehenden und überzeugenden Ausführungen Schneiders [Anm. zu OLG Karlsruhe, MDR 1968 S. 421 - Beschl. vom 10. Aug. 1967 -], denen nichts hinzuzu - fügen ist;

3) ZZP Bd. 68 S. 151;

4) Zur "teleologischen Reduktion" Larenz, Methodenlehre S. 369 ff., 372 [Einschränkung des Anwendungsbereichs einer Vorschrift, weil ihre Anwendung auf eine bestimmte Fallgruppe ein insoweit für vorrangig erachtetes Rechtsprinzip verletzen würde];

5) S. 93;

6) Unrichtig E. Osterloh S. 93, der die "Novelle 1905" [Gesetz vom 5. Juni 1905 - RGBl. S. 536] anführt; der grundsätzliche Ausschluss der Beschwerde gegen Entscheidungen der Oberlandesgerichte ist erst durch die "Novelle 1910" erfolgt;

seiner Entlastung von in der Regel minder wichtigen Geschäften grundsätzlich von der Aufgabe freigestellt worden, über Beschwerden gegen Entscheidungen der Oberlandesgerichte zu befinden (1). Der "Zweck" dieser Gesetzesänderung würde zumindest teilweise unterlaufen, wollte man Berichtigungsbeschlüsse der Oberlandesgerichte mit dem Hinweis auf einen aus § 567 Abs.3 S.2 ZPO zu erschliessenden "allgemeinen Grundsatz" oder unter Berufung auf die Verletzung "wesentlicher Prozessgrundsätze" [z.B. des "rechtlichen Gehörs"] (2) dennoch der höchsten Instanz unterbreiten. Auch lässt der klare Wortlaut des § 567 Abs.3 ZPO für eine Unterscheidung zwischen Beschwerden gegen "urteilsvorbereitende" und solchen gegen "urteilsvertretende" Beschlüsse keinen Raum; beide müssen als ausgeschlossen gelten (3).

-
- 1) RGZ Bd. 144 S. 86 [Beschl. vom 7. März 1934];
RG Warn. 1935 Nr. 150 [Beschl. vom 30. Aug. 1935];
RG Warn. 1936 Nr. 99 [Beschl. vom 7. Apr. 1936];
 - 2) In der Rspr. wird zwar gelegentlich die Auffassung vertreten, die Verletzung rechtlichen Gehörs eröffne den Beschwerdeweg gegen eine an sich unanfechtbare Entscheidung [Nachweise bei Stein-Jonas-Grunsky, ZPO Einl. IV 1 vor § 511 Fussn. 80];
die Gegenmeinung, welche die Partei auf die Verfassungsbeschwerde verweist [Stein-Jonas-Grunsky aaO], verdient jedoch den Vorzug, da sie im Interesse der Rechtssicherheit für die Parteien klare Verhältnisse schafft;
 - 3) Für die dem § 567 Abs.3 S.1 ZPO entsprechenden §§ 152 Abs.1 VwGO, 177 SGG kann nach ihrem rechtspolitischen Zweck, der Entlastung der Revisionsinstanz, nichts abweichendes gelten;
vgl. zu § 152 Abs.1 VwGO die Amtliche Begründung zu § 148 des "Entwurfs einer Bundesverwaltungsgerichtsordnung" [BT-Drucksache Nr.55 vom 5. Dez. 1957 S.47] sowie Kopp, VwGO § 152 Anm. 1;
vgl. zu § 177 SGG Peters-Sautter-Wolff, SGG § 177 Erl.;
im Finanzprozess ist die Streitfrage wegen des zweistufigen Aufbaus der Finanzgerichtsbarkeit [FG - BFH] ohne Bedeutung;

- c) Die Fälle, in denen das Gericht eine "fehlerhaft" verkündete Entscheidung unmittelbar in "richtiger" Fassung absetzt und dieses Verfahren mit der nach § 319 ZPO [bzw. §§ 118 VwGO, 107 FGO, 138 SGG] zulässigen "Berichtigung" motiviert, lassen sich überzeugend weder den [ordentli - chen] Rechtsmitteln noch der [sofortigen bzw. befristeten] Beschwerde allein unterstellen. Beide Lösungen vernachlässigen das Schutzbedürfnis des Betroffenen: Die erste zwingt ihm ein ["kostspieliges" und "zeitraubendes"] Rechtsmittel auf, das er bei korrektem (1) richterlichen Prozedieren nicht hätte ergreifen brauchen; die zweite mutet ihm die [fristgerechte (2)] Einlegung eines Rechtsmittels zu, für dessen "Statthaftigkeit" die äussere Form der getroffenen Entscheidung keinen Anhalt gibt.

Zu tragbaren Ergebnissen gelangt man erst, wenn man Fälle der bezeichneten Art den Grundsätzen unterstellt, welche die Praxis zur Anfechtung "inkorrekter" Entscheidungen entwickelt hat.

Der Begriff der "inkorrekten" Entscheidung wird im Prozessrecht verwendet, wenn die gewählte Entscheidungsform nicht dem Gesetz entspricht (3). Gegen eine solche Entscheidung lässt die herrschende (4), hier als richtig zu unterstellende Auffassung sowohl das Rechtsmittel zu ,

-
- 1) Korrekter Weise hätte das Gericht den "fehlerhaften" Tenor in die [schriftlich abzusetzende] Entscheidung aufnehmen, in den Gründen derselben den "Fehler" klarstellen und durch einen nachgebrachten Berichtigungsbeschluss den Tenor korrigieren müssen;
 - 2) Im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess stellt sich das Problem angesichts des strengen Gebots einer richtigen Rechtsmittelbelehrung, ohne die keine Rechtsmittelfrist in Lauf gesetzt wird, allerdings nicht mit solcher Schärfe wie im Zivilprozess [Maetzel, MDR 1969 S. 345 ff., 350];
 - 3) Maetzel, MDR 1969 S. 345;
 - 4) Stein-Jonas-Grunsky, ZPO Einl. III 1 a vor § 511 ; Eyermann-Fröhler, VwGO § 124 Rdnr. 3; Ziemer-Haarmann S. 462 [Rdnr. 4346]; Peters-Sautter-Wolff, SGG § 172 Anm. 4 a;

das der gewählten ["inkorrekten"] Entscheidungsart, als auch dasjenige, welches der Entscheidungsart, die hätte gewählt werden müssen, entspricht [sog. "Grundsatz der Meistbegünstigung" (1)]. Eine Ausnahme erkennt die h.M. nur dort an, wo zwar die inkorrekte, nicht aber die korrekte Entscheidung ihrer Art nach anfechtbar ist; hier findet kein Rechtsmittel statt (2).

Wird der "Grundsatz der Meistbegünstigung" auf die eingangs bezeichneten Fälle (3) angewandt, so bedeutet dies, dass gegen - unmittelbar in "fehlerfreier" Fassung abgesetzte - Urteile sowohl Berufung bzw. Revision als auch ["sofortige" bzw. "befristete"] Beschwerde, gegen - "fehlerhaft" verkündete - Beschlüsse dagegen allein die Beschwerde statthaft sein muss. In beiden Fällen richtet sich das Rechtsmittel auf die Herstellung des verkündeten Urteilstenors. Abweichendes gilt nur für die Entscheidungen der Oberlandesgerichte, der Oberverwaltungsgerichte und der Landessozialgerichte, die im Hinblick auf §§ 567 Abs.3 S.1 ZPO, 152 Abs.1 S.1 VwGO, 177 SGG keinem Rechtsmittel unterliegen (4).

-
- 1) Zu den abweichenden Auffassungen ["subjektive Theorie", "objektive Theorie"] vgl. Stein-Jonas-Grunsky, ZPO Einl. III vor § 511;
 - 2) Diese Ausnahme rechtfertigt sich aus der Erwägung, dass ein Verfahrensfehler der Vorinstanz nicht in eine [ohne diesen Fehler nicht bestehende] Sachkompetenz der Rechtsmittelinstanz umgemünzt werden kann [Maetzel, MDR 1969 S. 347];
 - 3) Streng genommen handelt es sich in Fällen der eingangs bezeichneten Art nicht um "inkorrekte", sondern um sog. "gemischte" Entscheidungen [vgl. OVG Münster NJW 1970 S. 164 - Beschl. vom 3. Sept. 1969 -], d.h. um solche, die zum einen Teil in Urteilsform, zum anderen Teil in Beschlussform hätten ergehen müssen;
 - 4) Für die Beschwerde gilt dies generell, für die Revision jedenfalls insoweit, als sie auf die "inkorrekt" durchgeführte "Berichtigung" gestützt wird;

C. Zur Zulässigkeit einer "Judikatsklage", einer "Klage auf Fest-
stellung des Urteilsinhalts" oder einer "wiederholten Klage"
an Stelle der Urteilsberichtigung

Die früher verbreitete Auffassung von der Unzulässigkeit der Berichtigung eines "Parteiversehens" zwang die Zivilrechtssprechung, mit der Anerkennung einer "Judikatsklage" (1), einer "Klage auf Feststellung des Urteilsinhalts" (2) oder einer "Wiederholung der Klage" (3) andere Wege zu beschreiten, das solcherart "fehlerhafte" Urteil vollstreckbar zu machen.

- 1) Vgl. OLG Hamburg, SeuffA. Bd. 44 S. 105 [Urt. vom 5. Juni 1888];
 hier war die Vollstreckung des erstinstanzlichen Urteils an der [vom Kläger verursachten] Falschbezeichnung des Beklagten ["Nalopp" statt "Nolof"] gescheitert. Die "Klage auf abermalige Verurteilung aus demselben Schuldgrunde" bezeichnete das OLG als gerechtfertigt, da der Kläger an ihr ein "berechtigtes Interesse" habe. Es stehe "nichts im Wege, das frühere Urteil selbst der Klage zu Grunde zu legen und mit der actio iudicati zu klagen."
 vgl. ferner RGZ Bd. 99 S. 270 (Urt. vom 10. Juli 1920);
 [Unmöglichkeit der Urteilsberichtigung als Zulässigkeitsvoraussetzung der Judikatsklage];
- 2) Vgl. OLG München Rspr. Bd. 31 S. 51 [Urt. vom 23. Sept. 1914];
 vgl. ferner OLG Köln JW 1929 S. 123 [Urt. vom 12. Juli 1928];
 beide Entscheidungen halten eine Feststellungsklage in den Fällen für zulässig, in denen [weil die Unrichtigkeit des Urteils auf einem "Parteiversehen" beruhte] der Kläger "von vornherein mit einer Ablehnung einer Berichtigung zu rechnen hatte" [OLG München aaO] bzw. "wenig Aussicht auf einen Erfolg des Berichtigungsverfahrens" bestand [OLG Köln aaO];
- 3) Vgl. OLG Frankfurt JW 1929 S. 274 [Urt. vom 28. Sept. 1928];
 das OLG bejaht das Rechtsschutzbedürfnis an einer Wiederholung der Klage in Fällen, in denen das Ersturteil unvollstreckbar ist und ein Berichtigungsantrag "aussichtslos" erscheint;

Die neuere Rechtsprechung und Lehre (1) dagegen, welche die Zulässigkeit der Berichtigung auch von "Parteiversehen" ausnahmslos [und m.E. zutreffend] bejaht, lehnt ein derartiges Prozedieren mit Recht - wenn auch mit zweifelhafter (2) Begründung - ab.

-
- 1) Vgl. Kleinschmidt [S.128], der ausführt, das "ganze Institut" der Judikatsklage habe "keinen Wert" und sei "als geltendes Recht abzulehnen";

vgl. ferner E. Osterloh [S.82], der ausführt, es bestehe "kein Bedürfnis und kein Rechtsschutzinteresse für die Judikatsklage, die Wiederholung der Klage und ähnliche Wege, um ein Urteil gegen den erkennbar gemeinten Beklagten vollstreckbar zu machen";

vgl. endlich Rosenberg-Schwab, Lehrb. § 60 I 3 a [S.285]; ders. bezeichnet das Urteil des OLG Frankfurt vom 28. Sept. 1928 [JW 1929 S. 274] als bedenklich, weil das Rechtschutzinteresse an einer Wiederholung der Klage fehle, soweit der Weg aus § 319 ZPO offenstehe;

- 2) Nach hier vertretener Auffassung scheitert zumindest die "Wiederholung der Klage", solange die Berichtigungsmöglichkeit eröffnet ist, nicht am fehlenden Rechtsschutzinteresse [weil die begehrte Entscheidung das behauptete materielle Recht des Klägers schützen kann; vgl. v.Mettenheim, Prozessökonomie S. 38], sondern an der Unzulässigkeit des [vergleichsweise] unökonomischen Prozedierens [vgl. v.Mettenheim, Prozessökonomie S. 169];

Zusammenfassung :

1. Zur Korrektur "fehlerhafter" Entscheidungen ist in erster Linie das erlassende Gericht zuständig. "Richteridentität" ist nicht erforderlich. Die Einlegung eines ordentlichen Rechtsmittels steht der Berichtigung des [angefochtenen] Urteils nicht entgegen.

Neben dem erlassenden Gericht ist das mit der Sache befasste Rechtsmittelgericht, nicht aber das Vollstreckungsgericht zur Berichtigung berufen.

Die Berichtigung erfolgt auf Antrag oder von Amts wegen. Anwaltszwang besteht nicht. Die Durchführung einer mündlichen Verhandlung ist zulässig, aber nicht geboten, eine Beweisaufnahme, die sich auf andere Beweismittel als ["präsente"] Urkunden stützt, ausgeschlossen. Rechtliches Gehör ist zu gewähren, soweit die Berichtigung eine [fehlerhaft erworbene] Rechtsstellung des Betroffenen nachteilig verändert.

Der Berichtigungsbeschluss ist im Interesse seiner Nachprüfbarkeit durch die Beschwerdeinstanz zu begründen. Er wird auf die Urschrift der Entscheidung gesetzt oder mit ihr verbunden. Nicht verkündete Beschlüsse werden zugestellt, soweit ein Rechtsmittel gegeben ist.

Das Berichtigungsverfahren ist gerichtskostenfrei. Die Berichtigung gehört zum Gebührenrechtszug; die Tätigkeit eines Prozessbevollmächtigten gilt deshalb grundsätzlich durch die Regelgebühr als abgegolten. Die Kosten eines neu bestellten Bevollmächtigten trägt die rechtssuchende Partei.

Der grundsätzlich "jederzeit" zulässigen Berichtigung kann im Einzelfall der Einwand der Verwirkung entgegenstehen.

2. Gegen die Zurückweisung des Berichtigungsantrags findet im Zivilprozess kein Rechtsmittel, im übrigen die [be - fristete] Beschwerde statt.

Ausnahmen sind nicht anzuerkennen.

Gegen den Beschluss, der eine Berichtigung ausspricht, findet im Zivilprozess die sofortige, im übrigen die [be - fristete] Beschwerde statt. Berichtigungsbeschlüsse der Oberlandesgerichte, der Obergerichtsverwaltungen und der Landessozialgerichte sind unanfechtbar.

3. Die im Zusammenhang mit der Korrektur von "Parteiverse - hen" früher wiederholt aufgegriffene Frage nach der Zu - lässigkeit einer "Judikatsklage", einer "Klage auf Fest - stellung des Urteilsinhalts" oder einer "wiederholten Klage" hat ihre Bedeutung verloren.

Fünfter Abschnitt

Randfragen

A. Die Berichtigung gerichtlicher Entscheidungen im Geltungsbereich des Zwangsversteigerungsgesetzes

- I. Rechtsprechung und Schrifttum wenden die Vorschrift des § 319 ZPO - teils unmittelbar, teils entsprechend - auch auf solche Hoheitsakte an, die im Geltungsbereich des Zwangsversteigerungsgesetzes [ZVG] ergehen :

Anordnungs- [§ 20 ZVG] und Beitrittsbeschlüsse [§ 27 ZVG] können nach übereinstimmender Auffassung von Literatur (1) und Rechtsprechung (2) wegen offensichtlicher Schreibversehen oder ähnlicher Unrichtigkeiten, z.B. hinsichtlich der Bezeichnung des Gläubigers oder des Schuldners, des haftenden Grundstücks oder des Vollstreckungstitels korrigiert werden. Erwähnung verdient ein Beschluss des Oberlandesgerichts München (3). Darin lehnt das Gericht die Berichtigung eines Anordnungsbeschlusses [§ 20 ZVG] mit der Begründung ab, der darin enthaltene Fehler [Bezeichnung der Antragstellerin als "Firma Gebr. Framel u. Staud" an Stelle von "Framel u. Staud GmbH"] gehe auf ein Versehen der Antragstellerin zurück; überdies bilde die Frage, für wen die Versteigerung beschlossen worden sei, bereits den Gegenstand eines anhängigen Rechtsstreits, weshalb es "nicht wohl angängig erscheine, in Form eines Berichtigungsbeschlusses eine der Entscheidung des Prozessgerichts unterbreitete Streitfrage aus der Welt zu schaffen."

-
- 1) Sydow-Busch-Krantz, ZPO § 319 Anm. 2 [betr. Anordnungsbeschlüsse];
Zeller, ZVG § 15 Anm. 6 [betr. Anordnungs- und Beitrittsbeschlüsse];
 - 2) OLG München Rspr. Bd. 26 S. 399 [Beschl. vom 27. Juli 1912]; [betr. Anordnungsbeschlüsse];
RGZ Bd. 134 S. 64 [Urt. vom 2. Okt. 1931]; [betr. Beitrittsbeschlüsse];
 - 3) Rspr. Bd. 26 S. 399 [Beschl. vom 27. Juli 1912];

Zuschlagsbeschlüsse [§ 82 ZVG] dürfen nach Auffassung des Reichsgerichts (1) nur hinsichtlich solcher Mängel korrigiert werden, die sich aus dem Inhalt des Beschlusses selbst ergeben. Eine Berichtigung, die den "Sinn" des Zuschlagsbeschlusses verändert, hält das Reichsgericht (2) für unbeanstandlich; es lehnt auch die Ergänzung eines lückenhaften Zuschlagsbeschlusses an Hand des Versteigerungsprotokolls [§ 78 ZVG] ab (3). Die Literatur folgt im wesentlichen (4) der Auffassung des Reichsgerichts.

Die h.M. (5) hält endlich auch eine Berichtigung des [abgeschlossenen und unterschriebenen] Versteigerungsprotokolls [§ 78 ZVG] entsprechend § 319 ZPO für zulässig. Einschränkungen werden nur dort gemacht, wo die Berichtigung "erst einen Tatbestand herstellt, der aus dem [unberichtigten] Protokoll nicht herausgelesen werden kann" (6) oder aber solche Erklärungen betrifft, die im Versteigerungstermin vorgelesen und genehmigt werden müssen (7).

1) RGZ Bd. 129 S. 155 [Urt. vom 28. Mai 1930];

2) RGZ Bd. 153 S. 252 [Urt. vom 20. Jan. 1937];

3) RGZ Bd. 60 S. 48 [Urt. vom 28. Jan. 1905];

4) Sydow-Busch-Krantz, ZPO § 319 Anm. 2;
Dassler-Schiffhauer, ZVG § 82 Anm. 7;
Zeller, ZVG § 82 Anm. 3;

abw. Jaeckel-Glütze, ZVG § 82 Rdnr. 11 [ders. lehnt die Auffassung des Reichsgerichts, der Fehler müsse sich aus dem Zuschlagsbeschluss selbst ergeben, als zu weitgehend ab];

5) Grundlegend: Hagemeister, SchlHA 1960 S. 103;

KG Rspr. Bd. 20 S. 379 [Beschl. vom 28. Jan. 1910];

KG JW 1932 S. 188 [Beschl. vom 15. Apr. 1931];

LG Berlin WPM IV 1958 S. 1513 [Beschl. vom 21. Apr. 1958];

6) KG JW 1932 S. 188 [Beschl. vom 15. Apr. 1931];

7) Dassler-Schiffhauer, ZVG § 78 Anm. 5;
Zeller, ZVG § 80 Anm. 3;

abw. Hagemeister, SchlHA 1960 S. 106 [ders. will die Protokollberichtigung zulassen, wenn sich "der richtige Inhalt der Erklärung der Beteiligten mit genügender Deutlichkeit hinter dem unrichtigen Wortlaut des Protokolls abzeichnet"];

II. Dazu ist folgendes auszuführen :

Eine unmittelbare Anwendung des § 319 ZPO im Zwangsversteigerungsverfahren scheidet aus. Anordnungs- [§ 20 ZVG], Beitritts- [§ 27 ZVG] und Zuschlagsbeschlüsse [§ 82 ZVG] sind keine "Urteile" im Sinne dieser Vorschrift; noch weniger trifft dies auf Versteigerungsprotokolle [§ 78 ZVG] zu (1). Gegen eine entsprechende Anwendung des § 319 ZPO bestehen Bedenken, auf die ich in früherem Zusammenhang (2) hingewiesen habe. Deshalb kann die Berichtigung allein auf einen aus dem Sinngehalt der Berichtigungsnormen zu erschliessenden, allgemeinen Prozeßrechtsatz gestützt werden, der [weil sie "bindende" Entscheidungen sind] die Anordnungs-, Beitritts- und Zuschlagsbeschlüsse, nicht aber [mangels "Entscheidungsqualität"] die Versteigerungsprotokolle (3) erfasst.

Im übrigen kann der Auffassung des Oberlandesgerichts München (4) nicht gefolgt werden: Die Tatsache, dass ein im Anordnungsbeschluss enthaltener Fehler auf ein Versehen des Antragstellers zurückgeht, steht seiner Berichtigung ebensowenig entgegen wie der Umstand, dass "die Streitfrage der Entscheidung des Prozessgerichts unterbreitet worden" ist. Für Anordnungsbeschlüsse können insoweit keine strengeren als die für "Urteile" aufgestellten Grundsätze gelten.

-
- 1) Deshalb ist Zellers [ZVG § 1 Anm. 394] Hinweis, auf die Zwangsversteigerung fänden "die allgemeinen Vorschriften der ZPO über das Verfahren unmittelbar Anwendung", in dieser Allgemeinheit nicht zutreffend;
 - 2) Vgl. S. 176 und daselbst Fussn. 1 d.A.;
 - 3) Wie wenig die Vorschrift des § 319 ZPO auf Versteigerungsprotokolle "passt", zeigt augenfällig die Kommentierung des Problems bei Dassler-Schiffhauer [ZVG § 78 Anm. 5]; ders. will einerseits § 319 ZPO entsprechend anwenden, andererseits aber auch die Korrektur nicht offensichtlicher Fehler zulassen und damit ein begriffswesentliches Merkmal des § 319 ZPO aufgeben;
 - 4) Rspr. Bd. 26 S. 399 [Beschl. vom 27. Juli 1912];

Nicht überzeugen kann auch die Auffassung des Reichsgerichts (1), die "Unrichtigkeit" des Zuschlagsbeschlusses müsse sich aus seinem Inhalt selbst erschliessen. Zwar würde eine derartige Einschränkung der [sonst] zulässigen "Erkenntnisquellen" die Korrektur von Zuschlagsbeschlüssen weder ausschliessen noch generell erschweren (2). Denn Zuschlagsbeschlüsse bedürfen - was das Reichsgericht verkennt - stets einer Begründung (3). Aus dem "Zusammenhang des Beschlusses selbst" können "Fehler" deshalb durchaus erkennbar sein. Jedoch besteht kein Anlass, die Korrektur solcher Beschlüsse an engere Voraussetzungen als die von "Urteilen" zu knüpfen: Der besonderen Bedeutung des Zuschlagsbeschlusses als eines rechtsbegründenden, rechtskraftfähigen, für Art und Umfang der Rechtsfolgen unmittelbar massgebenden richterlichen Ausspruchs (4) wird der hier verwendete "Offenbarkeitsbegriff", der zumindest einen "Anhalt" für das Vorliegen des "Fehlers" in der zu berichtigenden Entscheidung voraussetzt, durchaus gerecht.

1) RGZ Bd. 129 S. 155 [Urt. vom 28. Mai 1930];

2) Anders das Reichsgericht [RGZ Bd. 129 S. 155 - Urt. vom 28. Mai 1930 -] mit dem Hinweis, Zuschlagsbeschlüsse enthielten regelmässig keine Begründung;

3) Ohne das Vorliegen einer Begründung würde für eine Nachprüfung solcher Beschlüsse im Rechtsbehelfsverfahren jede Grundlage fehlen [zutreffend: Zeller, ZVG § 1 Anm. 32];

4) Zeller, ZVG § 90 Anm. 3 ;

B. Die Korrektur gerichtlicher Entscheidungen im Konkursverfahren

I. Im Geltungsbereich der Konkursordnung [KO] befassen sich Literatur und Rechtsprechung mit der Berichtigung des Eröffnungsbeschlusses, des Aufhebungsbeschlusses und der Eintragung zur Konkurstabelle.

Die Berichtigung des Eröffnungsbeschlusses [§ 108 Abs. 1 KO] erwähnt Jaeger-Weber (1). Der Kommentar führt aus, wenn im Eröffnungsbeschluss nur die Firma des Einzelkaufmannes, die sich nicht mit dem bürgerlichen Namen des letzteren decke, angegeben sei, so müsse der Beschluss nach § 319 ZPO korrigiert werden, wie dies stets zu geschehen habe, wenn eine falsche Bezeichnung des Schuldners bei feststehender Identität offenbar werde. In ähnlichem Sinne äussert sich Mentzel-Kuhn (2). Das Kammergericht (3) endlich hält eine Korrektur des Eröffnungsbeschlusses wohl grundsätzlich für zulässig, hebt aber einschränkend hervor, durch die Berichtigung dürfe nicht "eine andere Person als beabsichtigt war" oder eine solche Person zum Gemeinschuldner gemacht werden, die "nicht über den Konkursantrag gehört worden" und bezüglich derer das Vorliegen der Konkursvoraussetzungen "überhaupt nicht geprüft" worden sei.

Mit der Berichtigung des Aufhebungsbeschlusses [§ 163 KO] befasst sich ebenfalls Jaeger-Weber (4). Derselbe führt aus, habe sich der Richter offenbar nur im Ausdruck vergriffen

-
- 1) KO § 108 Rdnr. 6;
vgl. auch Böhle-Stamschräder, KO § 108 Anm. 1 ["Für Fehlerberichtigung gilt § 319 ZPO"];
 - 2) KO § 72 Anm. 3 [ders. führt aus, § 319 ZPO sei insbesondere dann anzuwenden, wenn der Name des Gemeinschuldners im Eröffnungsbeschluss unrichtig angegeben sei, gleichgültig, ob ein Irrtum des Gerichts vorliege oder ob sich der Gemeinschuldner einen falschen Namen beigelegt habe];
 - 3) LZ 1915 Sp. 80 [Beschl. vom 22. Okt. 1914]; hier war Konkurs über das Vermögen des [Vaters] A.X. in B., Wasserstr. 6 eröffnet worden; später wurde dieser Beschluss dahin berichtigt, dass Gemeinschuldner der [Sohn] A.X. in S., Augustastr. 11 sei;
 - 4) KO § 163 Rdnr. 2;

und statt einer gesetzlich gebotenen "Einstellung" [§ 202 KO] die "Aufhebung" [§ 163 KO] des Konkursverfahrens ausgesprochen, so sei eine zeitlich begrenzte, auch von Amts wegen statthafte Berichtigung des Beschlusses nach § 319 ZPO angezeigt.

Die Korrektur einer fehlerhaften Eintragung in die Konkurs-tabelle [§ 145 Abs. 1 KO] endlich lassen ältere (1) Literaturbeiträge mit der Begründung zu, dass die Eintragung eine das Konkursgericht "bindende" und deshalb wie ein Urteil zu berichtigende Entscheidung sei. Jüngere (2) Beiträge dagegen betonen, § 319 ZPO passe auf Tabelleneintragungen nicht, da die Eintragung lediglich "beurkundende" Funktion habe, daher keine "Entscheidung" sei, und das Gericht überdies bei der Berichtigung fehlerhafter Tabellenvermerke nicht an die Schranken des § 319 ZPO gebunden sein dürfe. Aus der Rechtsprechung ist neben älteren (3) Entscheidungen ein Beschluss des Oberlandesgerichts Hamm (4) anzuführen. Darin betont das Gericht, es bestehe ein "unabweisbares Bedürfnis, die Berichtigung einer unrichtigen oder unterbliebenen Tabelleneintragung für zulässig zu erachten", wenn sie auch "im Gesetz selbst keine Regelung gefunden" habe.

II. Zu Vorstehendem ist im einzelnen folgendes auszuführen :

-
- 1) Vgl. Gündner S. 13 und daselbst Fussn. 14;
vgl. ferner die Nachweise bei Jaeger-Weber, KO § 145 Rdnr. 3;
 - 2) Jaeger-Weber, KO § 145 Rdnr. 3;
Mentzel-Kuhn, KO § 145 Anm. 7;
unbefriedigend: Böhle-Stamschräder, KO § 145 Anm. 4 [ders. betont zwar die Zulässigkeit der Berichtigung, schweigt sich aber über ihre Rechtsgrundlage aus];
 - 3) OLG Frankfurt, Das Recht 1912 Nr. 1058 [Entsch. vom 10. Mai 1911];
OLG Karlsruhe Rspr. Bd. 35 S. 262 [Beschl. vom 12. Juli 1916];
 - 4) Rpfleger 1965 S. 78 [Beschl. vom 5. Febr. 1964];

Im Hinblick auf § 72 KO begegnet die gesetzeseanaloge Anwendung des § 319 ZPO auf Entscheidungen des Konkursgerichts keinen grundsätzlichen Bedenken.

Eröffnungs- [§ 108 Abs.1 KO] und Aufhebungsbeschlüsse [§ 163 Abs.1 KO] sind solche "Entscheidungen" (1), nämlich Willenserklärungen des Konkursgerichts, die den Ausspruch einer Rechtsfolge (2) enthalten. Sie sind deshalb der Fehlerkorrektur in den für "Urteile" aufgezeigten Grenzen (3) zugänglich.

Anders ist die Eintragung zur Konkurstabelle zu bewerten. Die Eintragung wirkt zwar rücksichtlich der festgestellten Forderungen wie ein rechtskräftiges Urteil [§ 145 Abs.2 KO]; sie bewirkt damit insbesondere Unabänderlichkeit für das Konkursgericht (4). Ihrem Wesen nach aber hat die Eintragung eine rein beurkundende, rechtsfeststellende Funktion [vgl. § 144 Abs.1 KO] (5); sie stellt keine "Entscheidung" des Konkursgerichts über Grund, Betrag oder Rang der Konkursforderungen dar. Eine [gesetzeseanaloge] Anwendung des § 319 ZPO scheidet damit aus.

1) Zum Begriff der "Entscheidung" vgl. Baumbach-Lauterbach, ZPO Übers. 1 A vor § 300;

2) Rechtsfolge des Eröffnungsbeschlusses ist der Konkursbeschluss [Jaeger-Weber, KO § 108 Rdnr. 5];

Rechtsfolge des Aufhebungsbeschlusses ist der Übergang des Verwaltungs- und Verfügungsrechts über das bislang konkursbefangene Vermögen auf den Gemeinschaftsdar [Böhle-Stamschräder, KO § 163 Anm. 4];

3) Solche "Grenzen" setzt der Korrektur der Bezeichnung des Gemeinschaftsdar im Eröffnungsbeschluss das Erfordernis der "Identität", auf welches das Kammergericht [LZ 1915 Sp. 80 - Beschl. vom 22. Okt. 1914 -] - wenn auch nicht expressis verbis - zu Recht abstellt;

4) Mentzel-Kuhn, KO § 145 Anm. 5;

5) Grundlegend: OLG Karlsruhe, Rspr. Bd. 35 S. 262 [Beschl. vom 12. Juli 1916];

Die Korrektur gerichtlicher Entscheidungen im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit

I. Dass Entscheidungen, die im Geltungsbereich des "Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit" [FGG] ergehen, der Fehlerkorrektur zugänglich sind, wird nirgends in Zweifel gezogen. Streitig dagegen ist die Rechtsgrundlage. Während Baur (1), Keidel-Winkler (2) und das BayObLG (3) den § 319 ZPO für entsprechend anwendbar halten, meinen Jansen (4), Pikart-Henn (5), Schlegelberger (6) und das Oberlandesgericht Düsseldorf (7), diese Vorschrift sei Ausfluss eines "allgemeinen Rechtsgedankens", der die Korrektur offenkundiger Versehen auch im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit gestatte.

Keine dieser Auffassungen trifft unbedenklich zu: Einerseits stehen der analogen Anwendung des § 319 ZPO grundsätzliche Bedenken entgegen, die auch im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit Geltung haben (8). Und andererseits muss der "Grundgedanke" einer einzelnen Verfahrensnorm [hier: des § 319 ZPO] nicht notwendig Allgemein-gültigkeit besitzen, d.h. [ungeschriebener] Bestandteil anderer Verfahrensordnungen [hier: des FGG] und damit "Rechtsquelle" sein (9). Richtiger erscheint es vielmehr,

-
- 1) Freiwillige Gerichtsbarkeit § 24 A I 2 [S. 244];
 - 2) FGG § 18 Rdnr. 57;
 - 3) NJW 1968 S. 234 [Beschl. vom 18. Juli 1968]; [nur LS];
 - 4) FGG § 18 Rdnr. 37;
 - 5) S. 103;
 - 6) FGG § 18 Rdnr. 2;
 - 7) OLGZ 1970 S. 126 [Beschl. vom 18. Aug. 1969];
 - 8) Vgl. S. 176 und daselbst Fussn. 1 d.A.;
 - 9) Darauf wird im Dritten Teil d.A. näher einzugehen sein;

aus dem Sinngehalt einer Mehrzahl (1) von Normen, nämlich der §§ 319 ZPO, 118 VwGO, 107 FGO, 138 SGG und ihrer historischen Vorläufer, auf einen "allgemein gültigen Prozessrechtssatz" zu schliessen, der als [ungeschriebener] Bestandteil des gesamten Prozessrechts auch im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit Gültigkeit besitzt. Vorbehaltlich der Existenz eines solchen Rechtssatzes (2) ist die Korrektur von Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit als zulässig anzusehen.

- II. Die grosse Zahl der dem FGG-Verfahren unterstellten Rechtsangelegenheiten (3) liesse es unzweckmässig erscheinen, im Rahmen der Arbeit auf die Besonderheiten der Korrektur einzelnen oder aller denkbaren Entscheidungen einzugehen (4). Hinweise auf die [neuere] Rechtsprechung (5) mögen ge-

1) Auch Larenz [Methodenlehre S. 364 f.] weist darauf hin, dass sich ein "allgemeiner Rechtsgrundsatz" regelmässig aus der Übereinstimmung des Grundgedankens mehrerer Gesetzesbestimmungen erschliesse;

2) Vgl. hierzu die Ausführungen des Dritten Teils d.A.;

3) Vgl. die umfassende Aufzählung bei Pikart-Henn [S. 17 - 20];

4) Darauf haben auch Freytag [S. 65] und E. Osterloh [S. 99 f.] verzichtet;

5) OLG Düsseldorf JMB1NRW 1955 S. 89 [Beschl. vom 4. März 1955] betr. die entsprechende Anwendung des § 319 ZPO auf eine Entscheidung nach dem "Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen" vom 21. Juli 1953 [BGB1. S. 667], die keinen Ausspruch über die Erstattung aussergerichtlicher Kosten enthielt;

OLG Celle NdsRpfl. 1955 S. 189 [Beschl. vom 6. Juni 1955] betr. die Unzulässigkeit der Berichtigung eines sachlich falschen Hoffolge-Erbscheins;

BayObLG MDR 1960 S. 933 [Beschl. vom 12. Juli 1960] betr. die Zulässigkeit der Berichtigung einer fehlerhaften Geburtsangsangabe in einem Todeserklärungsbeschluss bei Wahrung der "Identität" des für tot Erklärten;

OLG Schleswig WPM 1967 S. 834 [Beschl. vom 14. Juni 1967] betr. die Unwirksamkeit der Berichtigung des Beschlusses einer Kammer für Wertpapierbereinigung ["Gesetz zur Bereinigung des Wertpapierwesens" vom 19. Aug. 1949 - WiGB1. S. 295] bei mangelnder "Offenbarkeit" des Fehlers;

LG Frankfurt MDR 1969 S. 580 [Beschl. vom 3. Febr. 1969] betr. die Korrektur eines grammatikalisch fehlerhaften Testamentsvollstreckerzeugnisses analog § 319 ZPO;

nügen. Grundsätzlich wird in jedem Einzelfall zu prüfen sein, ob die in Frage stehende Entscheidung der richterlichen Abänderungsbefugnis [§ 18 Abs.1 FGG] unterliegt, die nach hier vertretener Auffassung (1) eine Fehlerkorrektur im Berichtigungsverfahren ausschliesst.

1) Anders die h.M.;

vgl. Jansen, FGG § 18 Rdnr. 36 f. [ders. rechnet "formale Veränderungen und Ergänzungen der Verfügung" nicht zum Anwendungsbereich des § 18 FGG, will nach Massgabe dieser Vorschrift dagegen "Irrtümer bei der richterlichen Willensbildung" korrigieren];

auch Pikart-Henn [S.103], E. Osterloh [S. 100] und Schlegelberger [FGG § 18 Rdnr.2] grenzen die Berichtigung "offenbarer Unrichtigkeiten" von der Befugnis, eine Verfügung "sachlich zu ändern" [§ 18 FGG] ab;

auf die Untauglichkeit einer solchen Abgrenzung, die schon am Beispiel der "Rechenfehler" scheitert, habe ich in früherem Zusammenhang hingewiesen;

D. Die Korrektur offenbar unrichtiger Verwaltungsakte

Die Frage, ob Verwaltungsakte der Fehlerberichtigung zugänglich sind, fällt aus dem Rahmen der vorliegenden Untersuchung. Sie soll indes, da Rechtsprechung und Schrifttum die Korrektur derartiger Hoheitsakte im wesentlichen den gleichen Voraussetzungen unterwerfen wie die von Urteilen, wenigstens gestreift werden.

- I. Nach der im Verwaltungsrecht herrschenden (1) Auffassung können im Verwaltungsakt enthaltene Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten jederzeit mit Wirkung ex tunc (2) berichtigt werden, ohne dass insoweit ein Vertrauensschutz besteht (3).

Als "offenbare Unrichtigkeiten" bezeichnet Forsthoff (4) "belanglose Fehlleistungen, welche in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Sprachgebrauch als blosse Versehen bezeichnet werden, die den Verwaltungsakt nicht zu einem fehlerhaften machen" und bei deren Korrektur "der Verwaltungsakt als solcher inhaltlich bestehen bleibt." Nach Wolffs (5) Auffassung dagegen ist "unrichtig" ein Verwaltungsakt, der "zwar so wie erlassen objektiv nicht hätte ergehen sollen, weil er nicht allen Anforderungen an einen ordnungsmässigen Verwaltungsakt genügt, der aber weder absolut noch den Um -

-
- 1) Forsthoff, Lehrb. § 12 S. 223 und daselbst Fussn. 1; Jellinek, Verwaltungsrecht S. 283; Wolff, Verwaltungsrecht I § 51 VII 4 [S. 347]; BVerwG BayVB1. 1971 S. 21 [Urt. vom 15. Mai 1970]; BVerwGE Bd. 40 S. 212 ff., 216 [Urt. vom 12. Juli 1972]; BSGE Bd. 15 S. 96 [Urt. vom 8. Sept. 1961];
- 2) Wolff, Verwaltungsrecht I § 51 VII 7 b [S. 347]; BVerwGE Bd. 40 S. 212 ff., 216 [Urt. vom 12. Juli 1972];
- 3) BVerwGE Bd. 40 S. 212 ff., 216 [Urt. vom 12. Juli 1972];
- 4) Lehrb. § 12 S. 223 und daselbst Fussn. 1;
- 5) Verwaltungsrecht I § 51 VII [S. 346];

ständen nach in Widerspruch zu gültigen zwingenden Rechts - sätzen steht, also nicht rechtswidrig ist." Das Oberverwaltungsgericht Bremen (1) endlich führt aus, eine den Schreib- und Rechenfehlern ähnliche Unrichtigkeit sei nur dann anzunehmen, wenn es sich "weder um einen Rechtsirrtum noch um eine unrichtige Tatsachenbewertung" handle. Bereits die blosse Möglichkeit, dass der Fehler auf derartigen Ur - sachen beruhe, stehe der Annahme einer "ähnlichen Unrichtigkeit" entgegen.

Keine volle Übereinstimmung besteht hinsichtlich der Rechtsgrundlage derartiger Korrekturen:

Das Reichsversicherungsamt (2) wandte auf die Berichtigung berufsgenossenschaftlicher Rentenfestsetzungsbescheide die Vorschrift des § 290 [a.F.] ZPO sinngemäss an. Die Recht - sprechung des Bundesverwaltungsgerichts (3) und einzelner Oberverwaltungsgerichte (4) dagegen erkennt "den Gedanken , der in den Vorschriften der Prozessgesetze über die Berichtigung gerichtlicher Urteile verkörpert ist [§§ 319 Abs. 1 ZPO, 118 Abs.1 VwGO, 107 Abs.1 FGO, 138 S.1 SGG] und der sich sinngemäss für Verwaltungsakte auch in ausdrücklichen gesetzlichen Regelungen des Verwaltungsverfahrens findet [§ 92 Abs.2 AbgO] , als allgemeinen Rechtsgrundsatz an." Ähnlich äussert sich das Bundessozialgericht (5).

1) DÖV 1974 S. 353 [Urt. vom 20. Dez. 1973];

2) AN 1899 S. 444 [Entsch. vom 19. Aug. 1898];

3) BayVBl. 1971 S. 21 [Urt. vom 15. Mai 1970];

4) Vgl. OVG Bremen DÖV 1974 S. 353 [Urt. vom 20. Dez. 1973];

5) Grundlegend: BSGE Bd. 15 S. 96 [Urt. vom 8. Sept. 1961];

vgl. ferner: BSG DVBl. 1963 S. 252 [Urt. vom 23. Nov. 1962];

BSGE Bd. 18 S. 270 [Urt. vom 21. Febr. 1963];

BSG SozE I/4 § 138 Nr.3 [Urt. vom 24. Juni 1965];

BSGE Bd. 24 S. 203 [Urt. vom 19. Jan. 1966];

BSGE Bd. 26 S. 98 [Urt. vom 31. Jan. 1967];

Von den Vertretern der Literatur meint Wolff (1), wo eine gesetzliche Regelung fehle, könne "von § 319 Abs.1 ZPO ad minus geschlossen werden." Jellinek (2) dagegen führt aus, der in § 319 ZPO gesetzlich normierte Grundsatz gelte "kraft ungeschriebenen Rechtes" auch im Verwaltungsverfahren. Tannen (3) endlich betont, die Bindung [§ 77 SGG] der Versicherungsträger an ihre Bescheide werde durch einen allgemeinen, ungeschriebenen Grundsatz des Verwaltungsrechts, der die Berichtigung fehlerhafter Verwaltungsakte gestatte, durchbrochen, führt aber im gleichen Atemzuge aus, "mithin" sei § 138 SGG "auch im sozialversicherungsrechtlichen Verwaltungsverfahren entsprechend anwendbar."

II. Nach hier vertretener Auffassung kann die Befugnis der Behörde, ihre eigenen Verwaltungsakte zu korrigieren, überall dort nicht in Zweifel gezogen werden, wo diese Akte nicht in "Bindungswirkung" erwachsen. Die "Bindungswirkung" des Verwaltungsakts steht sowohl seiner inhaltlichen Abänderung als auch seiner Beseitigung entgegen (4). Fehlt sie, so ist die Korrektur des Verwaltungsakts als ein "minus" seiner Beseitigung unbedenklich zulässig. Ein Vertrauensschutz des Betroffenen scheidet bei "offenbaren" Mängeln des Aktes aus.

1) Verwaltungsrecht I § 51 VII 7 b [S. 347];

2) Verwaltungsrecht S. 283;

3) SGB. 1960 S. 66 f.;

4) Treffend BSGE Bd. 18 S. 26 [Urt. vom 21. Sept. 1962]; die Entscheidung führt aus, nur die [materielle] Bindungswirkung hindere die Behörde, neue Verwaltungsakte mit einem anderen Ausspruch über die Rechtsfolge zu erlassen;

abw. spricht Wolff [Verwaltungsrecht I § 52 III b S.352] von der materiellen Rechtskraft des Verwaltungsakts, die seiner Abänderung und Beseitigung entgegenstehe;

In "Bindungswirkung" erwachsen die sozialversicherungsrechtlichen [§ 77 SGG] (1) sowie solche Verwaltungsakte, die sich auf "einen abgeschlossenen Sachverhalt beziehen und nach Gewährung rechtlichen Gehörs in einem gerichtsähnlichen, förmlichen Verfahren das Bestehen oder Nichtbestehen einer Berechtigung oder einer Rechtsstellung feststellen oder einen Streit entscheiden" (2). Die Korrektur derartiger Verwaltungsakte bedarf gesetzlicher Legitimation. Eine solche lässt sich aus Gesetzesanaloger Anwendung des § 319 ZPO [oder des § 138 SGG] nicht unbedenklich herleiten (3). Auch kann ein Schluss von § 319 Abs.1 ZPO "ad minus" wegen des "aliud"-Charakters der Verwaltungsakte gegenüber den Urteilen der Zivilgerichte nicht überzeugen (4). Einzige Lösung bleibt auch hier, die Korrektur "bindender" Verwaltungsakte auf einen allgemeingültigen, ungeschriebenen, aus dem Sinngehalt der §§ 319 ZPO, 118 VwGO, 107 FGO, 138 SGG sowie vergleichbarer Bestimmungen [z.B. § 92 Abs.2 AbgO] herzuleitenden Prozessrechtssatz zurückzuführen (5). Darin ist der neueren Recht -

-
- 1) Vgl. Peters-Sautter-Wolff, SGG § 77 Anm. 7 [ders. führt aus, die "Bindungswirkung" des § 77 SGG habe zum Inhalt, dass der einmal erlassene Verwaltungsakt endgültig sei, und dass an ihn der Verwaltungsträger und der Betroffene gebunden seien];
vgl. ferner BSGE Bd.18 S.26 [Urt. vom 21. Sept. 1962]; das Gericht führt aus, den Verwaltungsakten in Angelegenheiten der Sozialgerichtsbarkeit müsse "materielle Bindungswirkung" zukommen, da sonst alle Vorschriften überflüssig seien, welche die Rücknahme oder den Widerruf derartiger Akte regelten;
abw. Strack, ZfS 1954 S. 99;
 - 2) Wie hier: Wolff, Verwaltungsrecht I § 52 III 1 [S. 353], der allerdings von "materieller Rechtskraft", nicht von "Bindungswirkung" spricht;
 - 3) Vgl. S. 176 und daselbst Fussn. 1 d.A.;
 - 4) Bedenklich deshalb Wolff, Verwaltungsrecht I § 51 VII 7 b [S. 347];
 - 5) Die Vorschrift des § 77 SGG steht nicht entgegen: Die "Bindung" tritt ein, soweit "durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist" [§ 77 Halbs.3 SGG]. Als "Gesetz" im Sinne dieser Bestimmung sieht das BSG [BSGE Bd.15 S.81 - Urt. vom 6. Sept. 1961 -] zutreffend auch das ungeschriebene Recht an;

sprechung (1) zuzustimmen. Der Inhalt dieses Rechtssatzes freilich steht im Ungewissen (2); er wird im Dritten Teil der Untersuchung näher zu bestimmen sein.

-
- 1) Vgl. insbes. OVG Bremen DÖV 1974 S. 353 [Urt. vom 20. Dez. 1973] mit weiteren Nachweisen;
 - 2) Das OVG Bremen [DÖV 1974 S. 353 - Urt. vom 20. Dez. 1973 -] führt zwar [aaO S. 354] aus, auf den Inhalt dieses "allgemeinen Rechtsgrundsatzes" werde "im einzelnen noch zurückzukommen sein", beschränkt sich im folgenden aber auf die inhaltliche Wiedergabe höchstrichterlicher Entscheidungen [BVerwGE Bd. 40 S. 212 - Urt. vom 12. Juli 1972 - ; BSG NJW 1970 S. 2079 - Urt. vom 23. Juli 1970 - ; BFH NJW 1968 S. 1112 - Urt. vom 8. Dez. 1967 -], denen das Gericht folgt;

E. Exkurs: Die Urteilsberichtigung im Strafprozess

- I. Eine den Berichtigungsnormen [§§ 319 ZPO, 118 VwGO, 107 FGO, 138 SGG] entsprechende Bestimmung weist die Strafprozessordnung nicht auf (1). Rechtsprechung und Lehre leiten die Berichtigungsbefugnis des Strafrichters teils (2) aus einer entsprechenden Anwendung des § 319 Abs. 1 ZPO, teils (3) aus § 267 StPO ab, der das Gericht zu vollständiger und wahrheitsgetreuer, d.h. "fehlerfreier" Wiedergabe des Ergebnisses der Hauptverhandlung in den Urteilsgründen verpflichtet. Als zulässig gilt die lediglich das "Formale" (4), d.h. die Schreibweise, die Ausdrucksform, die "Fassung" von Urteilsformel (5) oder Urteilsgründen (6) betreffende Berichtigung im Gegensatz zu der [unzulässigen] "sachlichen Änderung" des Entscheidungsinhalts, die "auf einem neuen Denkvorgang beruht" (7). In allen Fällen aber ist "unerlässliche Vor -

-
- 1) Eb. Schmidt, StPO § 268 Rdnr. 20;
 - 2) RGSt. Bd. 61 S. 388 ff., 392 [Urt. vom 25. Okt. 1927]; Freytag S. 64 mit weiteren Nachweisen;
 - 3) BGHSt. Bd. 12 S. 374 ff., 376 [Urt. vom 3. Febr. 1959]; Löwe-Rosenberg-Geier, StPO § 268 Anm. 5;
 - 4) Vgl. RGSt. Bd. 28 S. 247 ff., 250 [Urt. vom 6. März 1896], das zwischen "lediglich formalen" und "sachlichen" Mängeln unterscheidet;
 - 5) Mit einem "offensichtlichen Fassungsversehen bei der Urteilsformel" setzt sich BGHSt. Bd. 5 S. 5 ff., 10 [Urt. vom 16. Juni 1953] auseinander;
 - 6) Mit einem "offensichtlichen Schreibfehler" in den Urteilsgründen befasst sich BGH NJW 1952 S. 797 [Urt. vom 6. Mai 1952];
 - 7) Vgl. RGSt. Bd. 56 S. 232 f., 233 [Urt. vom 14. Nov. 1921]; vgl. im übrigen die ausführliche Darstellung der Rechtsprechung bei Eb. Schmidt [StPO § 268 Rdnr. 20 ff.];

aussetzung" jeder Berichtigung die "Offenkundigkeit des Irrtums und des wirklich Beschlossenen unter Ausschluss jedes vernünftigen Zweifels" (1).

Liegen die genannten Voraussetzungen vor, so ist die Urteilskorrektur "auch dann noch zulässig, wenn dadurch einer schon erhobenen Sachrüge die Grundlage entzogen wird" (2).

- II. Die vorstehende Judikatur zeigt bemerkenswerte Parallelen zum Zivilprozess auf: Hier wie dort findet sich die gleiche, fragwürdige Abgrenzung zwischen den blossen "Mängeln im Ausdruck des Gewollten" (3) und den "sachlichen Mängeln" (4), den "Denkfehlern" (5), hier wie dort herrscht Unklarheit über die Rechtsgrundlage (6) einer als notwendig erkannten, gesetzlich aber nicht normierten Berichtigung.

Der Lösung der letztgenannten Frage am nächsten kommt Seibert (7), der ausführt, die "Prozess-Wirtschaftlichkeit" verbiete es, dem Tatrichter die Korrektur offenkundiger Versehen zu versagen und dadurch den Angeklagten oder die

1) BGHSt. Bd. 5 S. 5 ff., 11 [Urt. vom 16. Juni 1953];

2) BGH NJW 1952 S. 797 [Urt. vom 6. Mai 1952];
Eb. Schmidt, StPO § 268 Rdnr. 24;
einschränkend Seibert, NJW 1964 S. 239 Fussn. 2 [ders. führt aus, eine "Berichtigung nach Revisionsrüge" werde "oft für eine sachliche - und daher unstatthafte - Änderung sprechen"];

3) Am deutlichsten: RGSt. Bd. 61 S. 388 f., 392 [Urt. vom 25. Okt. 1927];

4) Vgl. RGSt. Bd. 56 S. 232 f., 233 [Urt. vom 14. Nov. 1921];

5) Allerdings räumt der BGB [LM Nr. 8 zu § 268 StPO - Urt. vom 14. Jan. 1954 -] ein, dass die Grenze zwischen Berichtigung und Änderung des Urteils fließend sei, eine eindeutige Trennung sich nicht vollziehen lasse;

6) Vgl. z.B. BGHSt. Bd. 5 S. 5 ff., 10 [Urt. vom 16. Juni 1953]; die Entscheidung motiviert die Zulässigkeit der Berichtigung mit der Erwägung, es wäre "nicht erträglich und dem Ansehen des Gerichts schädlich, wenn...ein so widersinniges Ergebnis bestehen bleibe, obwohl die Berichtigung...keine wichtigen Belange der Allgemeinheit und der Beteiligten" verletze;

7) NJW 1964 S. 239;

Anklagebehörde zu Rechtsmitteln zu nötigen, die dann die Beseitigung des Versehens durch das übergeordnete Gericht zur Folge hätten: Richtigerweise wird auch die [Urteils] Berichtigung im Strafprozess auf einen "allgemein gültigen Prozessrechtssatz" (1) zu stützen sein, der in einer bestimmten, im Folgenden zu klärenden Beziehung zu der "Zweckmässigkeit" [der "Prozesswirtschaftlichkeit"] des gerichtlichen Verfahrens steht.

1) Allenfalls andeutungsweise spricht dies BGHSt. Bd. 5 S. 5 ff., 7 [Urt. vom 16. Juni 1953] aus; dort heisst es, in der Rechtsprechung des Reichsgerichts hätten zahlreiche, sehr verschiedenartige Fälle "zu - nächst zur Anerkennung des allgemeinen Satzes geführt, offensichtliche Mängel des Ausdrucks für das erkennbar Gewollte, offensichtliche Schreib- oder Fassungsfehler dürften berichtigt werden"; ob diese Ausführungen im oben bezeichneten Sinne ver - standen werden dürfen, ist freilich zweifelhaft;

Zusammenfassung :

Anordnungs- [§ 20 ZVG], Beitritts- [§ 27 ZVG] und Zuschlags-
beschlüsse [§ 82 ZVG], Eröffnungs- [§ 108 Abs.1 KO] und Auf-
hebungsbeschlüsse [§ 163 Abs.1 KO], "bindende" Entscheidungen
der freiwilligen und der Strafgerichtsbarkeit sowie in "Bin-
dungswirkung" erwachsene Verwaltungsakte sind der Fehlerkor-
rektur - teils analog § 319 ZPO [in Verbindung mit § 72 KO] ,
teils in Anwendung eines aus dem "Sinngesamt" der Berichti-
gungsnormen zu erschliessenden "allgemein gültigen Prozess -
rechtssatzes" - zugänglich.

Abweichendes gilt für Versteigerungsprotokolle [§ 78 ZVG]
und Eintragungen zur Konkurstabelle [§ 145 Abs.1 KO], die
bloss beurkundende Funktion haben, d.h. denen die "Entschei-
dungsqualität" fehlt.

Dritter Teil

=====

Gemeinsame Grundsätze, reformatorische Erwägungen und Vorschläge

Die Berichtigungsnormen als Ausprägungen eines allgemein gültigen Prozessrechtssatzes

Der erste Teil der Arbeit hat zu belegen versucht, dass die "schnelle" und "einfache" Korrektur offenkundiger Versehen schon in früheren Rechtsepochen als zulässig galt und auf Grund von im wesentlichen mit den heute gültigen Berichtigungsnormen übereinstimmenden gesetzlichen Vorschriften durchgeführt worden ist. Der zweite Teil der Untersuchung hat gezeigt, dass Auslegung und Anwendung der Berichtigungsnormen auf allen hier untersuchten Verfahrensgebieten die gleichen Probleme aufwerfen, die - trotz grundsätzlicher Verschiedenheit (1) der einzelnen Prozessordnungen - nach übereinstimmenden Gesichtspunkten gelöst werden können.

Beide Umstände legen die zuerst vom Kgl. Preussischen Oberverwaltungsgericht (2) geäußerte und auch in dieser Arbeit mehrfach ausgesprochene Vermutung nahe, dass diese Übereinstimmung nicht gleichsam zufälliger Natur ist, sondern dass den Berichtigungsnormen ein ungeschriebener Rechtssatz zugrunde liegt, der für bestimmte Rechtsgebiete und Entscheidungsarten eine positiv-rechtliche Konkretisierung erfahren hat, darüber hinaus

1) Indes zeigt, was auch Martens [Jahrb. 1904 S. 65 Fasn. 4] andeutet, gerade die Urteilsberichtigungsregelung, dass die Unterschiede zwischen den einzelnen Verfahrensordnungen, insbesondere ihren Prozessmaximen, nicht so gravierend sind, wie gelegentlich behauptet wird;

2) PROVGE Bd. 49 S. 436 [Urt. vom 1. Nov. 1906];

als Bestandteil des gesamten Verfahrensrechts (1) anzusehen ist, den man deswegen als einen "allgemeinen Prozessrechtsatz" oder als Bestandteil eines "Allgemeinen Teils" des Prozessrechts (2) bezeichnen und dem man damit die Qualifikation als "Rechtsquelle" (3) zuerkennen kann.

Um die vorbezeichnete Vermutung zu erhärten, wird, Anregungen von Menger (4) und Wolff (5) folgend, zunächst im Wege der Abstraktion aus den positiv-rechtlich normierten Be-
richtigungsvorschriften [§§ 319 ZPO, 118 VwGO, 107 FGO, 138 SGG, 92 Abs.2 AbgO] deren "Sinngehalt", der ihnen zugrunde liegende "allgemeine Rechtsgedanke" herauszuschälen sein. Dies allein genügt, wie Wolff (6) zutreffend betont, freilich nicht, da der "Grundgedanke" einer verfahrensrechtlichen Regelung nicht notwendig Allgemeingültigkeit besitzen, d.h. [ungeschriebener] Bestandteil aller Verfahrensordnungen und damit "Rechtsquelle" sein muss. Deshalb wird weiter zu prüfen sein, ob sich dieser "allgemeine Rechtsgedanke" unbefangener und kritischer Einsicht (7) als sichere, notwendige und unabdingbare Konkretisierung gewisser allgemei-

-
- 1) Darauf, dass es einen "eisernen Bestand" an Rechtssätzen gibt, die allen Verfahrensarten gemeinsam sind, hat in früherer Zeit insbes. D o e r r [AöR Bd. 41 S. 54], in jüngerer Zeit M e n g e r [Allgemeine Prozessrechtsätze, in: Staatsbürger u. Staatsgewalt Bd. II S. 447] hingewiesen;
 - 2) Menger, Allgemeine Prozessrechtssätze, in: Staatsbürger u. Staatsgewalt Bd. II S. 428;
 - 3) Menger, Allgemeine Prozessrechtssätze, in: Staatsbürger u. Staatsgewalt Bd. II S. 428;
 - 4) System S. 71;
 - 5) Rechtsgrundsätze, in: Gedächtnisschrift für Walter Jellinek S. 42;
 - 6) Rechtsgrundsätze, in: Gedächtnisschrift für Walter Jellinek S. 42;
 - 7) Wolff, Rechtsgrundsätze, in: Gedächtnisschrift für Walter Jellinek S. 42;

ner (1) oder besonderer (2) Rechtsgrundsätze darstellt (3) und deshalb als "Rechtsquelle" anzuerkennen ist (4).

- 1) Die "allgemeinen Rechtsgrundsätze" erschliessen sich aus der Anwendung des Gerechtigkeitsprinzips auf allgemeine und typische Situationen oder Interessenlagen, die lediglich durch die Existenz einer Vielzahl von Menschen bedingt sind [Wolff, Rechtsgrundsätze, in: Gedächtnisschrift für Walter Jellinek S. 39];

zu den "allgemeinen Rechtsgrundsätzen" rechnet Wolff [aaO S. 39 f.] u.a. Treu und Glauben, die Achtung der Menschenwürde und die Rechtssicherheit, Menger [System S. 72] u.a. den Gleichheitssatz und die Gewährung rechtlichen Gehörs; Fechner [Rechtsphilosophie S. 186] bezeichnet ganz allgemein den "Grundrechtskatalog" als rechtssatzmässige Konkretisierung allgemeiner Rechtsgrundsätze;

- 2) Die "besonderen Rechtsgrundsätze" sind Ableitungen aus dem Rechtsprinzip im Hinblick auf solche typischen Situationen oder Interessenlagen, die über die blosse Existenz einer Vielheit von Menschen hinaus schon bestimmte raumzeitlich bedingte soziale Lebensverhältnisse und Lebensordnungen voraussetzen [Wolff, Rechtsgrundsätze, in: Gedächtnisschrift für Walter Jellinek S. 40];

zu den "besonderen Rechtsgrundsätzen" zählt Wolff [aaO S. 41] u.a. die Einschränkung der Selbsthilfe, das Verbot der Entscheidung in eigener Sache und die Gewährung rechtlichen Gehörs;

die vorstehende Unterscheidung zwischen "allgemeinen" und "besonderen" Rechtsgrundsätzen wird neuerdings auch von Menger [Allgemeine Prozessrechtssätze, in: Staatsbürger u. Staatsgewalt Bd. II S. 428 f.] vollzogen; andere, wie z.B. Lacambra [Rechtsphilosophie S. 550 ff.] und Laun [Rechtsgrundsätze, in: Festschrift für Gustav Radbruch S. 117 f.] treffen sie nicht;

- 3) Ähnlich äussert sich Menger [Allgemeine Prozessrechtssätze, in: Staatsbürger u. Staatsgewalt Bd. II S. 447], der die "allgemeinen Prozessrechtssätze" als "nähere Konkretisierungen teils der verfassungsgestaltenden Grundentscheidungen der Konstituante, teils der auch dem Verfassungsgeber vorgegebenen allgemeinen und besonderen Rechtsgrundsätze" begreift;

- 4) Oder, ob sich dieser "allgemeine Rechtsgedanke" als "Verwirklichung der Rechtsidee" [Gerechtigkeit, Gemeinwohl, Rechtssicherheit] und speziell der "Prozessidee" darstellt [vgl. Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre § 18 I S. 250 f.];

Der den Berichtigungsnormen zugrunde liegende "allgemeine Rechtsgedanke" [ihr "Sinngesamt"] lässt sich nach den Ergebnissen des zweiten Teils dieser Arbeit folgendermaßen bestimmen:

Entscheidungen eines Richters oder eines Verwaltungsbeamten (1), die einen dem "objektiven Betrachter" erkennbaren Flüchtigkeitsfehler enthalten, sollen nicht der Anfechtung im Wege eines formstrengen, kostspieligen und zeitraubenden [ordentlichen] Rechtsmittels unterworfen sein. Sie sollen vielmehr - unter Durchbrechung einer ihnen sonst zukommenden "Bindungswirkung" - in einem "schnellen" und "einfachen" (2) Verfahren berichtigt werden können. Auf die einfachste Formel zurückgeführt bedeutet dies: Jede hoheitliche "Bindung" endet, soweit die erlassene Entscheidung auf einem offenkundigen Versehen beruht.

Dieser "allgemeine Rechtsgedanke" erschliesst sich einerseits aus dem Prinzip der Gerechtigkeit als dem eigentlichen "Zweck" jedes Verfahrens (3). Der "Prozesszweck" [die "Prozessidee"] verbietet es, dass offensichtliches, jedem verständigen Betrachter erkennbares Unrecht den Anspruch erhebt, "Recht" zu sein. Der - den Berichtigungsnormen zugrunde liegende - "Rechtsgedanke" erlaubt die Korrektur derartigen Unrechts; er steht damit im Dienst der "Prozessidee", die ihrerseits der Verwirklichung der Rechtsidee dient (4).

-
- 1) Dass Verwaltungsbehörden ungeachtet der in Art. 20 Abs. 2 S. 2, 92 GG getroffenen Regelung "Entscheidungen" fällen, also im materiellen Sinne "Recht sprechen" dürfen, solange nur der Weg zum Gericht offen bleibt, stellt z.B. Jauernig [Das fehlerhafte Zivilurteil S. 7 Fußn. 4] klar;
 - 2) Vgl. den Wortlaut der [wiederholt zitierten] Amtlichen Begründung zu § 280 des Entwurfs einer Deutschen Zivilprozessordnung;
 - 3) Vgl. Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre § 1 II 1 [S. 4];
ähnlich: v. Mettenheim, Prozessökonomie S. 25 ["Der Zivilprozess hat den Zweck, den allgemeinen Rechtsfrieden zu wahren und das objektive Recht... zu verwirklichen"];
 - 4) Sauer, Allgemeine Prozessrechtslehre § 5 II 2 [S. 61];

Darüber hinaus versteht sich dieser "allgemeine Rechtsgedanke" aber auch als eine notwendige Ausprägung des Rechtsgrundsatzes der "Zweckmässigkeit" (1), der - in Gestalt der "Verfahrenswirtschaftlichkeit" ["Prozessökonomie"] - Grundlage jedes heiligtlichen Handelns ist. Eine Prozessordnung, welche die Korrektur offenkundiger Versehen nicht einem "schnellen" und "einfachen" Verfahren, sondern ausschliesslich dem [ordentlich - chen] Rechtsmittelverfahren überantwortet, missachtet den Grundsatz der Prozesswirtschaftlichkeit. Eine solche Prozessordnung ist schlechterdings nicht vorstellbar (2); sie würde ihren Rechtscharakter in Frage stellen (3). Für das behördliche Verfahren kann nichts grundsätzlich abweichendes gelten.

Daraus aber folgt, dass der den Berichtigungsnormen zugrunde liegende "Rechtsgedanke" als notwendige und unverzichtbare Konkretisierung des Rechtsgrundsatzes der "Zweckmässigkeit" und damit als "allgemeiner Prozessrechtssatz", als "Rechts - quelle" anzuerkennen ist.

Damit lösen sich die im zweiten Teil der Untersuchung vereinzelt aufgetretenen Schwierigkeiten: ["Bindende"] zivilprozessuale Beschlüsse, Schiedssprüche, ["bindende"] Entscheidungen

-
- 1) Auf das Prinzip der "Zweckmässigkeit", das im Prozessrecht im Grundsatz der "Prozessökonomie" verwirklicht sei, weist auch M e n g e r [Allgemeine Prozessrechtssätze, in: Staatsbürger u. Staatsgewalt Bd. II S. 444] hin;
 - 2) Vgl. insbes. Schumann [Prozessökonomie, in: Festschrift für Karl Larenz S. 280 f.]; ders. führt aus, die "Prozessökonomie" stehe nicht zur Disposition des Gesetzgebers; sie sei ein "objektiver Rechtsgedanke", dem "die speziellen Zwecke des Verfahrens untergeordnet" seien;
 - 3) Vgl. insbes. Wolff [Rechtsgrundsätze, in: Gedächtnisschrift für Walter Jellinek S. 37]; ders. führt aus, die Rechtsgrundsätze seien "oberste ranghöchste Rechtsquellen, mit denen auch die anderen [geschriebenen] Rechtsquellen sich nicht in Widerspruch setzen dürfen, ohne ihren Rechtscharakter in Frage zu stellen";

der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie ["bindende"] Verwaltungsakte sind nicht im Wege einer [Rechts- oder Gesetzes-] Analogie (1), sondern in Anwendung eines "allgemein gültigen Prozessrechtssatzes" zu korrigieren, dessen Inhalt sich aus dem Sinngehalt der Berichtigungsnormen erschliesst und der in der Gerechtigkeitsidee einerseits, im Gebot der Zweckmäßigkeit allen förmlichen Verfahrens andererseits seine letzte Rechtfertigung findet.

1) Vgl. S. 176 und daselbst Fussn. 1 d.A.;

3. Möglichkeiten einer Vereinheitlichung bestehender Berichti- gungsverfahren

Die Korrektur offenkundiger Flüchtigkeitsfehler folgt - wie dargestellt - im wesentlichen übereinstimmenden, korrespondierender Auslegung zugänglichen Normen. Dieser Umstand legt die Frage der Vereinheitlichung (1) dieser Vorschriften nahe. Dafür bieten sich verschiedene Wege (2) an.

I. Verfahrenseinheit, Verfahrensvereinfachung oder Verfahrensangleichung ?

1. Die grösstmögliche Vereinheitlichung liesse sich durch Reduktion vorhandener Berichtigungsnormen auf eine einzige, als Bestandteil einer Einheitsprozessordnung für alle Verfahrensarten gültigen Vorschrift erzielen.

Indes ist die Möglichkeit, ein solches "Einheitsverfahren" zu schaffen, mit Bettermann (3), Lent (4) und Niese (5) skeptisch zu bewerten. Denkbar ist eine Zusammenfassung der drei öffentlich-rechtlichen Verfahrensordnungen in der vom "Speyerer Entwurf" vorgeschlagenen Form (6). Dagegen wird der Zivilprozess seine grundsätzliche Eigenständigkeit wohl stets bewahren müssen (7). Die Formulierung einer einzigen, allgemein gültigen Berichtigungsnorm mit dem Endziel der Verfahrenseinheit erscheint deshalb nicht sinnvoll.

-
- 1) Diese Frage wird durch § 145 des "Speyerer Entwurfs", der sich lediglich um die Vereinheitlichung der §§ 118 VwGO, 107 FGO, 138 SGG bemüht, weder vollständig noch zutreffend [s.u.] beantwortet;
 - 2) Auf die einzelnen Wege hat insbesondere Lent [NJW 1954 S. 1585] hingewiesen;
 - 3) ZZP Bd. 70 S. 194;
 - 4) NJW 1954 S. 1587;
 - 5) JZ 1957 S. 74;
 - 6) Für diese Verfahrensordnungen kann, wie im folgenden aufzuzeigen sein wird, auch eine [restlos] übereinstimmende Berichtigungsregelung gefunden werden;
 - 7) Eingehend Lent, NJW 1954 S. 1587;
vgl. ferner Bettermann, ZZP Bd. 70 S. 196;

2. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, drei der untersuchten Verfahrensordnungen [VwGO, FGO, SGG] an Stelle einer eigenen Regelung auf die Berichtigungsnorm einer vierten [ZPO] verweisen zu lassen.

Diese Lösung orientiert sich an historischen Vorbildern (1); Lent (2) hält sie für möglich und wünschenswert. Sie ist gleichwohl nicht bedenkenfrei. Die Verwaltungsgerichtsordnung, die Finanzgerichtsordnung und das Sozialgerichtsgesetz enthalten bereits "Generalverweisungen" (3) auf Gerichtsverfassungsgesetz und Zivilprozessordnung. Zusätzliche "Spezialverweisungen" auf § 319 ZPO würden den Geltungsbereich dieser Generalklauseln ins Ungewisse stellen (4). Andererseits kann die Urteilsberichtigung auch nicht dem Geltungsbereich dieser "Generalverweisungen" unterstellt werden. Denn die Entscheidung, ob die "grundsätzlichen Unterschiede" [§§ 173 Halbs. 2 VwGO, 155 Halbs. 2 FGO, 202 Halbs. 2 SGG] der einzelnen Verfahrensordnungen die sinngemäße Anwendung des § 319 ZPO gestatten, kann der [rechtsunkundigen] Partei nicht aufgebürdet werden.

3. Damit bleibt allein die Möglichkeit, durch übereinstimmende Formulierung der bestehenden Berichtigungsnormen zur Vereinfachung der untersuchten Prozessordnungen beizutragen.

Diese Lösung ist nicht ohne Sinn. Jeder Unterschied im Wortlaut der Berichtigungsnormen führt allzu leicht zu Zweifeln, ob ihr Inhalt auch wirklich übereinstimmt, oder ob sich hinter dem Unterschied im Wortlaut nicht doch ein Unterschied in der Sache verbirgt (5). Eine wörtlich übereinstimmende Fassung lässt derartige Zweifel nicht aufkommen; sie ist Ziel der folgenden Ausführungen.

1) Vgl. die Ausführungen d.A. zur Geschichte der Urteilsberichtigung im Verwaltungsprozess [S. 21 f. d.A.];

2) NJW 1954 S. 1588 Fussn. 6;

3) Vgl. §§ 173 VwGO, 155 FGO, 202 SGG;

4) Darauf weist auch Lent [NJW 1954 S. 1585] hin;

5) Treffend Lent, NJW 1954 S. 1586;

II. Die Herstellung wörtlicher und sachlicher Übereinstimmung der Berichtigungsnormen

Die einzelnen, im Zweiten Teil dieser Arbeit aufgezeigten Unterschiede der untersuchten Regelungen sind teils redaktioneller Art, teils im Aufbau der jeweiligen Verfahrensordnung begründet.

1. Die Behebung redaktioneller Unterschiede

Dass der ausschliesslich in § 319 Abs.1 ZPO verwendete Ausdruck "Rechnungsfehler" sprachlich veraltet ist, wurde bereits an früherer Stelle angedeutet. Eine vereinheitlichende Regelung wird der in den "jüngeren" Berichtigungsnormen (§§ 118 VwGO, 107 FGO, 138 SGG) und im "Speyerer Entwurf" (§ 145) verwendeten Wortbildung ["Rechenfehler"] den Vorzug geben.

Überflüssig ist der allein in § 118 Abs.2 S.1 VwGO enthaltene Hinweis, über die Berichtigung könne ohne "vorgängige" mündliche Verhandlung entschieden werden. Dass eine mündliche Verhandlung nur vor der Entscheidung über die Berichtigung, welche das Verfahren in erster Instanz abschliesst, stattfinden kann, bedarf keines Hinweises (1).

Darüber hinaus erschliesst sich der Grundsatz bloss fakultativer mündlicher Verhandlung (§§ 319 Abs.2 S.1 ZPO, 118 Abs.2 S.1 VwGO, 107 Abs.2 S.1 FGO) im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess bereits aus den Vorschriften der §§ 101 Abs.3 VwGO, 90 Abs.1 S.2 FGO, 124 Abs.3 SGG, im Zivilprozess aus der Kasuistik des Ge -

1) Mit Recht verzichtet auch § 145 Abs.2 S.1 des "Speyerer Entwurfs" auf die erwähnte Floskel; die Einzelbegründung zu § 145 des "Speyerer Entwurfs" [S. 398] führt dazu aus, § 118 VwGO werde "nur dadurch redaktionell geändert, dass das Wort <vorgängig> in § 118 Abs.2 VwGO gestrichen" werde; dem ist nichts hinzuzufügen;

setzes und dem Zweck des § 128 ZPO (1). Der ausdrückliche, in den Berichtigungsnormen enthaltene Hinweis, dass über die Berichtigung "ohne mündliche Verhandlung entschieden werden" könne [§§ 319 Abs.2 S.1 ZPO, 118 Abs. 2 S.1 VwGO, 107 Abs.2 S.1 FGO (2)], erscheint deshalb entbehrlich (3).

Eine letzte, redaktionelle Korrektur betrifft den Wortlaut der §§ 118 Abs.1 VwGO, 107 Abs.1 FGO, 138 S.1 SGG. Während § 319 Abs.1 ZPO ausdrücklich klarstellt, dass offenkundige Flüchtigkeitsfehler "auch von Amts wegen" zu berichtigen seien, Amts- und Antragsverfahren mithin gleichstellt, verzichten die §§ 118 Abs.1 VwGO, 107 Abs. 1 FGO auf einen derartigen Hinweis (4). Die Formulierung des § 138 S.1 SGG ["von Amts wegen"] endlich erweckt den Eindruck, das Antragsverfahren überhaupt ausschließen zu wollen. Gleichwohl lassen Literatur und Rechtsprechung, wie bereits an früherer Stelle ausgeführt, zum überwiegenden Teil auch im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess neben dem Amtsverfahren das [echte] Antragsverfahren zu; eine Auffassung, der ich mit Rücksicht auf die Gesetzesmaterialien zugestimmt habe. Diese Auffassung rechtfertigt es, einer vereinheitlichenden Regelung den Wortlaut des § 319 Abs.1 ZPO ["auch von Amts wegen"] zugrunde zu legen.

-
- 1) Rosenberg-Schwab [Lehrb. § 81 I 1 a S. 381] und Stein-Jonas-Pohle [ZPO § 128 Anm. II 3 d] folgern aus der Kasuistik des Gesetzes und dem Zweck des § 128 ZPO, dass in Fällen, in denen durch Beschluss zu entscheiden ist und das Gesetz über die Notwendigkeit mündlicher Verhandlung schweigt, ohne eine solche Entscheidung werden dürfe, wenn zwischen den Parteien keine Meinungsverschiedenheit über die zu treffende Entscheidung bestehe; dieser Gedanke muss auch im Berichtigungsverfahren Anwendung finden, in dem über die Korrektur wirklich "offenbarer" Versehen eine Meinungsverschiedenheit [vernünftigerweise] nicht bestehen kann;
 - 2) Zutreffend verzichtet § 138 SGG auf einen solchen Hinweis;
 - 3) Dies übersieht der "Speyerer Entwurf";
 - 4) Ebenso § 145 Abs.1 des "Speyerer Entwurfs";

2. Die Herstellung sachlicher Übereinstimmung

In sachlicher, über die bloße Wortfassung hinausgreifender Hinsicht unterscheiden sich die Berichtigungsregelungen in zwei Punkten, der Spruchkörperbesetzung und der Beschwerde-
regelung.

- a) Im Zivilprozess entscheidet über die Berichtigung das [zuständige] Gericht in voller Besetzung des jeweiligen Spruchkörpers. Im Verwaltungs- und Finanzprozess ent-
fällt, soweit die Entscheidung ohne mündliche Verhand-
lung ergeht, die Mitwirkung der ehrenamtlichen Richter [§§ 4 Abs.3 S.2 VwGO, 4 Abs.3 S.2 FGO]. Im Sozialge-
richtsprozess endlich entscheidet der Vorsitzende allein [§ 138 S.2 SGG].

Um eine Vereinheitlichung der verwaltungs-, finanz- und sozialgerichtlichen Regelung bemüht sich der "Speyerer Entwurf". Die Vorschrift des § 145 Abs.2 S.1 dieses Entwurfs ersetzt § 138 S.2 SGG durch eine den §§ 319 Abs.2 S.1 ZPO, 118 Abs.2 S.1 VwGO, 107 Abs.2 S.1 FGO wörtlich entsprechende Formulierung. Darüber hinaus trifft § 4 Abs.3 des Entwurfs eine den §§ 4 Abs.3 VwGO, 4 Abs.3 FGO inhaltlich entsprechende Regelung. Dadurch eröffnen sich zwei Möglichkeiten: Findet eine mündli-
che Verhandlung statt, so entscheidet in allen Instan-
zen das Gericht in voller Besetzung über die Berichti-
gung. Wird eine mündliche Verhandlung dagegen nicht durchgeführt, so entscheidet das Kollegium der Berufs-
richter. Der Entwurf betont (1), Besonderheiten des so-
zialgerichtlichen Verfahrens stünden der vorgeschlage-
nen Änderung nicht entgegen. Eine möglicherweise ein-
tretende Verfahrensverzögerung werde durch die Vorteile der Kollegialentscheidung aufgewogen.

1) Vgl. S. 398 der Einzelbegründung zum Entwurf eines
Verwaltungsgerichtsgesetzes ["Speyerer Entwurf"];

Dem Gedankengang des "Speyerer Entwurfs" ist zuzustimmen.

Die Regelung des § 138 S.2 SGG greift auf historische Vorbilder zurück. Das - erstinstanzliche - alleinige Entscheidungsrecht des Vorsitzenden hatten bereits § 1673 Abs.2 der "Reichsversicherungsordnung" vom 19. Juli 1911 [RGBl. S. 509], § 164 Abs.2 S.1 des "Versicherungsgesetzes für Angestellte" vom 20. Dez. 1911 [RGBl. S. 989] und § 281 Abs.2 des "Gesetzes über das Verfahren in Versorgungssachen" vom 10. Jan. 1922 [RGBl. I S. 59] normiert. Das Sozialgerichtsgesetz [§ 138 S.2 SGG] trägt diesen Vorbildern Rechnung (1).

Diese historische Verwurzelung der genannten Bestimmung indiziert indes nicht die Zweckmäßigkeit der getroffenen Regelung.

Bedenklich erscheint diese Regelung vor allem deshalb, weil nach geltendem Recht der Vorsitzende auch in den Rechtsmittelzügen allein entscheidet (2), Berichtigungsbeschlüsse der Landessozialgerichte aber unanfechtbar (3) sind. Stellt man dazu die grosszügige Auslegung

1) Deshalb trifft die Behauptung der Amtlichen Begründung zu § 86 des "Regierungsentwurfs eines Gesetzes über das Verfahren in der Sozialgerichtsbarkeit" [BT-Drucksache Nr. 4357 vom 19. Mai 1953], der - mit § 138 SGG wörtlich übereinstimmende - § 86 des Entwurfs sei "dem § 319 Abs.1 und 2 ZPO nachgebildet", in dieser Allgemeinheit nicht zu. Eine dem § 138 S.2 SGG entsprechende Bestimmung enthält § 319 ZPO gerade nicht;

2) Insoweit enthält das Sozialgerichtsgesetz ein Novum; z.B. bestimmte die - das Verfahren vor dem Reichsversicherungsamt betreffende - Vorschrift des § 1721 RVO, dass über die Berichtigung eines Urteils durch Kollegialentscheidung zu befinden sei [ebenso bereits § 45 Abs.2 der "Verordnung, betreffend den Geschäftsgang und das Verfahren des Reichsversicherungsamtes" vom 19. Okt. 1900 - RGBl. S. 983 -];

3) Vgl. § 177 SGG ;

in Rechnung, die zahlreiche Gerichte den Urteilsberichtigungsnormen angedeihen lassen, so wird deutlich, dass die in Frage stehende Regelung [§ 138 S.2 SGG] de facto den rechtskraftfähigen Inhalt landessozialgerichtlicher Entscheidungen zur - unanfechtbaren - Disposition eines einzelnen Richters, des [jeweils zuständigen] Senats -präsidenten, stellt.

Eine derartige Regelung aber ist [weil sie zum Missbrauch reizt] nicht nur in hohem Grade unzweckmässig. Sie ist auch systemwidrig. Die Rechtsmittelvorschriften des Sozialgerichtsgesetzes [§§ 143 ff. SGG] lassen die Zielsetzung erkennen, dass über Rechtsmittel, welche auf eine Abänderung sozialgerichtlicher Urteile zielen, durch Kollegialentscheidung erkannt werden soll. Für das Berichtigungsverfahren, das zwar kein eigentliches "Rechtsmittel" gewährt, aber ebenfalls eine - u.U. sehr tiefgreifende - Abänderung des Urteils erlaubt, darf systemgerecht nichts Abweichendes gelten.

Damit verdient im Ergebnis die im Verwaltungs- und Finanzprozess gültige und auch vom "Speyerer Entwurf" vorgeschlagene Regelung gegenüber dem geltenden Recht [§ 138 S.2 SGG] den Vorzug.

Eine auf die Berichtigungsnormen beschränkte Verfahrensangleichung hätte somit § 138 S.2 SGG durch eine den §§ 319 Abs.2 S.1 ZPO, 118 Abs.2 S.1 VwGO, 107 Abs. 2 S.1 FGO entsprechende Formulierung zu ersetzen. Darüber hinaus wären die §§ 12, 30 und 40 SGG durch eine den §§ 4 Abs.3 S.2 VwGO, 4 Abs.3 S.2 FGO inhaltlich entsprechende Regelung zu ergänzen.

Eine weitergehende Angleichung der verwaltungs-, finanz- und sozialgerichtlichen Regelung an diejenige des

Zivilprozesses dagegen würde eine umfassende Vereinheitlichung der massgeblichen Bestimmungen gerichtsverfahrensrechtlichen Inhalts [§§ 23 ff. GVG, 4 ff. VwGO, 4 ff. FGO, 3 ff. SGG] voraussetzen. Dass eine solche Vereinheitlichung im Bereich des Möglichen liegt, hat insbesondere Lent (1) klargestellt. Den Rahmen der vorliegenden Untersuchung würde sie jedoch sprengen.

- b) Ein weiterer sachlicher Unterschied findet sich in der Beschwerderegelung :

Im Zivilprozess findet gegen den Beschluss, der einen Berichtigungsantrag zurückweist, kein Rechtsmittel statt [§ 319 Abs.3 Halbs.1 ZPO]; der Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess dagegen eröffnet die [befristete] Beschwerde [§§ 146 Abs.1 VwGO, 128 Abs.1 FGO, 172 Abs.1 SGG]. Welche Gründe den Gesetzgeber zu der letztgenannten, von § 319 Abs.3 Halbs.1 ZPO abweichenden Regelung bewogen haben, entzieht sich gesicherter Erkenntnis (2). Die Gesetzesmaterialien geben keinen Aufschluss. Sicher ist indes, dass sich ein sachlich einleuchtender, durch die Besonderheiten der untersuchten Verfahrensordnungen gerechtfertigter Grund für eine differenzierende Regelung nicht finden lässt. Deshalb stellt sich die Frage nach der sachgerechteren Lösung (3).

Ein zumindest teilweiser Ausschluss der Beschwerde, wie ihn § 319 Abs.3 Halbs.1 ZPO vorsieht, kommt der Zwecksetzung der Berichtigungsnormen, ein Verfahren zu eröff-

1) NJW 1954 S. 1586 f.;

2) Zu vermuten steht, dass der [moderne] Gesetzgeber mit der im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess getroffenen Regelung dem Unbehagen der Praxis über die als unbefriedigend empfundene Regelung des § 319 Abs. 3 Halbs.1 ZPO Rechnung tragen wollte; einem Unbehagen, das sich in vielfachen - de lege lata bedenklichen - Versuchen, die geltende gesetzliche Regelung zu unterlaufen, geäussert hat [vgl. S. 279d.A.];

3) Vgl. Bettermann, ZZP Bd. 70 S. 190 [ders. führt aus, wo die verschiedenen Regelungen des gleichen Problems bei gleicher Interessenlage verschieden zweckmässig seien, sollten alle übrigen Verfahrensordnungen an die mit der zweckmässigsten Regelung angeglichen werden];

nen, das nicht nur unkompliziert durchzuführen, sondern auch rasch zu einem Abschluss zu bringen ist, unzweifelhaft entgegen.

Andererseits entspricht dem Wesen des Rechtsstaates heutigen Verständnisses nicht zuletzt eine möglichst umfassende Anfechtbarkeit gerichtlicher Entscheidungen.

Rechtsbehelfe sollte, wie Sauer (1) zutreffend bemerkt, das positive Recht in reichem Masse zur Verfügung stellen. Denn fehlerhafte Staatsakte sind dem Ansehen des Staates abträglich, der deshalb nicht rechthaberisch an ihrem Bestand festhalten, sondern zu ihrer Berichtigung die notwendigen Mittel anbieten sollte (2).

Dieser Forderung wird eine dem § 319 Abs.3 Halbs.1 ZPO entsprechende Regelung nicht gerecht. Die grundsätzliche Anfechtbarkeit der einen Berichtigungsantrag zur rückweisenden Entscheidung ist deshalb dem geltenden Recht [§ 319 Abs.3 Halbs.1 ZPO] vorzuziehen. Der Zwecksetzung der Berichtigungsnormen, ein rasch abzuschließendes Verfahren zu eröffnen, wird durch die Zulassung der sofortigen Beschwerde [§ 577 ZPO] ausreichend Rechnung getragen.

Im Wege einer Vereinheitlichung bestehender Berichtigungsnormen wäre § 319 Abs.3 ZPO deshalb wie folgt zu fassen (3) :

"Gegen die Entscheidung findet
sofortige Beschwerde statt."

1) Allgemeine Prozessrechtslehre § 18 II 2 a [S.262];

2) Sauer, aaO ;

3) Hier zeigen sich die Grenzen einer auf die Berichtigungsnormen beschränkten-Verfahrensangleichung:

Im Zivilprozess findet die [sofortige] Beschwerde nur statt, wenn dies ausdrücklich gesetzlich bestimmt ist. Dagegen ist im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess die [befristete] Beschwerde grundsätzlich zulässig. Infolge dieses Unterschieds kann im Zivilprozess auf § 319 Abs.3 ZPO in seiner vorgeschlagenen Fassung nicht verzichtet werden, während eine

3. Formulierungsvorschlag :

Unter Zugrundelegung der vorstehenden Ausführungen hätte eine übereinstimmende Formulierung der Absätze 1 und 2 der hier untersuchten Berichtigungsnormen [§§ 319 ZPO, 118 VwGO, 107 FGO, 138 SGG] folgendermassen zu lauten:

- (1) "Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten im Urteil sind jederzeit vom Gericht auch von Amts wegen zu berichtigen.
- (2) Der Berichtigungsbeschluss wird auf dem Urteil und den Ausfertigungen vermerkt."

Zusätzlich würde die Vorschrift des § 319 ZPO einen Absatz 3 folgenden Wortlauts erhalten :

- (3) "Gegen die Entscheidung findet sofortige Beschwerde statt."

entsprechende Regelung im Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsprozess überflüssig wäre. Eine Angleichung der Berichtigungsnormen, welche über die hier vorgeschlagene Fassung hinausgeht, müsste deshalb mit einer Angleichung des Beschwerderechtszugs der hier untersuchten Verfahrensordnungen Hand in Hand gehen;

Zusammenfassung :

1. Den Berichtigungsnormen liegt der "allgemeine Rechtsge - danke" zugrunde, dass "bindende" Hoheitsakte, die "Recht sprechen", jederzeit zulässiger Abänderung unterliegen , soweit sie auf offenkundigen Flüchtigkeitsversehen be - ruhen.

Dieser "allgemeine Rechtsgedanke" ist als notwendige Konkretisierung des Rechtsgrundsatzes der "Zweckmässig - keit" allen behördlichen und gerichtlichen Verfahrens und damit als "allgemeiner Prozessrechtssatz", als "Rechtsquelle" anzuerkennen.

2. Für die Vereinheitlichung bestehender Berichtigungsre - gelungen bieten sich drei Wege an : Die Schaffung ei - ner einzigen, allgemein gültigen Berichtigungsnorm mit dem Endziel der "Verfahrenseinheit", die Ersetzung vor - handener Berichtigungsnormen durch General- oder Spe - zialverweisungen, und - als Minimallösung - die Herbei - führung einer bloss übereinstimmenden Formulierung der Einzelvorschriften.

Die erste Lösung scheitert an der Unmöglichkeit eines Einheitsverfahrens, die zweite an der Unerträglichkeit von Verweisungen für den [rechtsunkundigen] Laien.

Gangbar ist allein die dritte Lösung, deren Ziel, die Schaffung wörtlicher und inhaltlicher Übereinstimmung der Einzelvorschriften, weitgehend verwirklicht werden kann.

Lebenslauf

Am 26. Jan. 1943 wurde ich als Sohn des Angestellten Dr. Heinz Wiesemann und seiner Ehefrau Hildegard geb. Raddatz in Berlin geboren. Im Frühjahr 1949 wurde ich in Berlin-Spandau eingeschult. Nach dem Besuch verschiedener Grund- und Oberschulen in Berlin (1949 - 1958) und Wiesbaden (1958 - 1962) bestand ich am 1. März 1962 an der Gutenberg-Schule in Wiesbaden das Abitur.

Von 1962 bis 1967 studierte ich Rechtswissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz. Am 4. Okt. 1967 bestand ich in Mainz die Erste Juristische Staatsprüfung. Vom Dezember 1967 bis zum Juli 1971 durchlief ich den Juristischen Vorbereitungsdienst in Rheinland-Pfalz. Am 7. Juli 1971 bestand ich in Zweibrücken die Grosse Juristische Staatsprüfung.

Vom Oktober 1971 bis März 1973 war ich als Richter - zunächst in Bad Kreuznach, später in Mainz - tätig. Vom April 1973 bis September 1974 arbeitete ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Prof. Dr. M ü h l an der Universität Mainz. Seit dem 1. Okt. 1974 bin ich als Richter in Mainz tätig.

Das mündliche Doktorexamen bestand ich am 11. Dez. 1974.

